G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Harald Legler und Eberhard Jochem
Energieverbrauch, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Georgi Arbatow
Aussichten und Probleme der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen

Karl Unger
Die EG und die Entwicklungsländer

Werner Gestigkeit
Die Totalitarismus-Legende

Wilhelm Raimund Beyer
„Was tun?"
Zeitnahe Gedanken zu Lenins gleichnamiger Schrift

Richard Sorg
Gewerkschaften und Bildungspolitik

3'77

März 1977 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

März 1977

CHRONIK DES MONATS FEBRUAR 1977 259

KOMMENTARE UND BERICHTE

„Vom Schülerberg zum Rentnerberg – Die programmierte Dauerkrise?" Zu einer Studie des Battelle-Instituts ..... *Ulrich Ewers* 262

Lernziel „Gesamtdeutsches Bewußtsein" – Irredenta in der Schule? ..... *Georg Herde* 266

HAUPTAUFSÄTZE

Der Zusammenhang zwischen Energieverbrauch, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ..... *Harald Legler und Eberhard Jochem* 270

Aussichten und Probleme der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ..... *Georgi Arbatow* 286

Die EG und die Entwicklungsländer. Das Abkommen von Lome als Grundstein einer neuen Weltwirtschaftsordnung? ..... *Karl Unger* 301

Die Totalitarismus-Legende. Das Ende der Weimarer Republik im offiziellen Geschichtsbild der BRD ..... *Werner Gestigkeit* 318

„Was nun?" Zeitnahe Gedanken zu Lenins gleichnamiger Schrift ..... *Wilhelm Raimund Beyer* 341

Gewerkschaften und Bildungspolitik. Zur Bildungspolitischen Konferenz '76 des DGB ..... *Richard Sorg* 355

MEDIENKRITIK

Ach, wäre das schön gewesen ..... *Günter Giesenfeld* 370

BÜCHER

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 371

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten ..... *Jörg Goldberg* 372

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Reden auf einer Veranstaltung gegen die Berufsverbote in Bonn am 19. Januar 1977 (Prof. Dr. Grünwald und Prof. D. Kreck) 377

Aufruf zum Kongreß der Demokratischen Fraueninitiative am 16. April 1977 in Oberhausen: „Für die Gleichberechtigung der Frau in einer humanen Gesellschaft" (Wortlaut) 384

Aufruf: Verteidigt das Bremer Modell (Wortlaut) 385

Aufruf des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zur Fachtagung „Probleme der Abrüstung und die Aufgabe der Wissenschaftler" am 6. und 7. Mai 1977 in Darmstadt (Wortlaut) 387

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zweiundzwanzigster Jahrgang · Heft 3/1977

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Februar 1977

1. 2. – Naher Osten. Vor Antritt einer ausgedehnten Reise in den Nahen Osten (2.–11. 2.) warnt UN-Generalsekretär Waldheim in Genf vor der Gefahr eines neuen Nahost-Konflikts, falls es nicht gelinge, noch in diesem Jahr eine Lösung auf dem Verhandlungswege zu finden. Ziel seiner Reise sei es, mit allen Beteiligten die Wiederaufnahme der Genfer Friedenskonferenz zu erörtern. Waldheim besucht Ägypten, Syrien, Saudiarabien, den Libanon, Jordanien und Israel. In Damaskus hat der Generalsekretär am 5. 2. einen Meinungsaustausch mit PLO-Führer Yassir Arafat. – Am 4. 2. treffen überraschend Ministerpräsident Rabin (Israel) und Präsident Houphout-Biogny (Elfenbeinküste) zu einem vertraulichen Gespräch zusammen. Die Begegnung, die bis zum Abschluß geheimgehalten wird, findet in Genf statt. In Presseberichten heißt es, Präsident Houphouet-Boigny habe zuvor eine Botschaft von Arafat erhalten. – Vom 8.–12. 2. hält sich Bundesaußenminister Genscher in Syrien und Ägypten auf. Ein geplanter Besuch in Jordanien wird wegen des Todes von Königin Alia am 9. 2. abgesagt. – Am 22. 2. kehrt Außenminister Vance nach Konsultationen mit den Regierungen Israels, Ägyptens, Jordaniens, Saudiarabiens, Syriens und des Libanon in die amerikanische Hauptstadt zurück. In Amman werden am gleichen Tag die seit 1970 unterbrochenen offiziellen Beziehungen zwischen Jordanien und der Palästinensischen Befreiungsorganisation mit dem Empfang einer PLO-Delegation durch König Hussein wiederaufgenommen.

– USA / UdSSR. Präsident Carter empfängt im Weißen Haus erstmals den sowjeti-

schen Botschafter Dobrynin. An der Unterredung, die den bilateralen Beziehungen und insbesondere den Problemen einer Beschränkung der strategischen und nuklearen Rüstung gilt, nehmen Außenminister Vance und Sicherheitsberater Brzezinski teil.

2. 2. – *Indien.* Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Jagjivan Ram, dienstältestes Kabinettsmitglied, verläßt die Regierung und tritt aus der Kongreßpartei aus. Ram gibt die Bildung einer neuen Partei mit dem Namen „Congressmen for Democracy" bekannt und kündigt an, er werde bei den bevorstehenden Parlamentswahlen (vgl. „Blätter", 2/1977, S. 131) gegen Premierministerin Indira Gandhi auftreten. – Am 11. 2. wird Basappa Danappa Jatti als neues Staatsoberhaupt vereidigt. Der bisherige Vizepräsident tritt die Nachfolge des am gleichen Tag verstorbenen Präsidenten Fakhruddi Ali Ahmed an.

3. 2. – *Abrüstung.* Die Verhandlungen über einen Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa werden in Wien mit einer 11. Runde fortgesetzt; die 10. Runde hatte vom 27. 9. – 16. 12. 1976 stattgefunden. Der polnische Delegationschef, Botschafter Slawomir Dabrowa, erklärt vor der Presse, mit der Forderung nach einer nahezu dreimal größeren Reduzierung der Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages gehe es dem Westen offenbar um eine Veränderung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses in Mitteleuropa. Die östliche Seite gehe dagegen von dem Prinzip einer „gleichen prozentualen Reduzierung" aus, wodurch jene Seite, die eine numerische Überlegenheit von Streitkräften oder Waffen besitze, auch entsprechend mehr reduzieren müsse. Das Kräfteverhältnis bleibe dadurch unverändert. – Am 15. 2. tritt die Konferenz des Abrüstungsausschusses in Genf zu ihrer Frühjahrssession zusammen. UN-Generalsekretär Waldheim vertritt in einer Botschaft an die Delegierten die Ansicht, die Verhandlungen des Ausschusses seien in Anbetracht der Bedrohung des Weltfriedens und der Sicherheit dringlich. Ungeachtet des Abschlusses einer Anzahl begrenzter Rüstungskontrollabkommen im vergangenen Jahrzehnt sei kein bedeutsamer Durchbruch zu einem Stopp des sich stets beschleunigenden Wachstums der nuklearen oder konventionellen Waffenarsenale erreicht worden. Die jährlichen Rüstungskosten gibt Waldheim mit etwa 350 Mrd. Dollar an. – Am 21. 2. tritt das Abkommen über Sicherheitskontrollen zwischen sieben Mitgliedsstaaten der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) in Kraft. Das Abkommen war entsprechend Artikel III des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen am 5. April 1973 unterzeichnet worden (vgl. „Blätter", 5/1973, S. 450) und gilt für Belgien, die Bundesrepublik, Dänemark, Irland, Italien, Luxemburg und die Niederlande; Frankreich und Großbritannien sind nicht beteiligt. Vorgesehen ist ein gemeinsames Kontrollsystem von EURATOM und IAEA, um „die Abzweigung der Kernenergie von friedlichen Verwendungszwecken zu Kernwaffen oder anderen nuklearen Sprengvorrichtungen zu verhindern".

– *Äthiopien.* Der Rundfunk meldet die Niederschlagung eines Putschversuches „konterrevolutionärer Kräfte". In den Rundfunkberichten heißt es weiter, der bisherige Staats- und Regierungschef Teferi Benti und sechs weitere Mitglieder des regierenden Revolutionsrates seien wegen ihrer Beteiligung an dem Putsch hingerichtet worden. Den Vorsitz im Revolutionsrat übernehmen die bisherigen Stellvertreter Bentis, Oberstleutnant Mengistu Haile Mariam und Oberstleutnant Atnafu Abate.

7. 2. – *RGW / EG.* Der stellvertretende polnische Ministerpräsident Kazimierz Olszewski übermittelt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Exekutivkomitees des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ein Schreiben an den amtierenden Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften, den britischen Außenminister Anthony Crosland. In dem Brief, dessen Text nicht veröffentlicht wird, legt der RGW seine Ansichten über die Aufnahme von Verhandlungen und die Zusammenarbeit mit den EG dar (vgl. „Blätter", 12/1976, S. 1318). – Am 16. 2. kommt es zu ersten offiziellen Vertragsverhandlungen zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und einem Mitgliedstaat des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Eine sowjetische Regierungsdelegation unter Leitung des Ministers für Fischereifragen Ischkow nimmt am Sitz der EG-Kommission in Brüssel Beratungen über den Abschluß eines Abkommens über die Fischereirechte in den gegenseitigen Territorialgewässern auf. Ischkow erklärt die Bereitschaft der UdSSR, entsprechende Verträge mit den USA, Kanada, Norwegen und „mit den Ländern der EG" abzuschließen.

9. 2. – *Spanien / UdSSR.* Mit einem Notenwechsel zwischen den Außenministern Oreja Aguirre und Gromyko werden diplomatische Beziehungen zwischen beiden Staaten

aufgenommen und der Austausch von Botschaftern vereinbart. In einer gleichzeitig in Madrid und Moskau veröffentlichten Mitteilung heißt es dazu: „Die Sowjetunion und Spanien wollen miteinander Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien friedlicher Koexistenz in Übereinstimmung mit der UN-Charta sowie im Geiste der auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erzielten Übereinkünfte aufbauen." Die Herstellung diplomatischer Beziehungen werde die weitere Entwicklung der „Zusammenarbeit in Politik, Handel, Wirtschaft und Kultur sowie in anderen Bereichen" erleichtern.

12.–13. 2. – Zypern. Auf der Rückseite von seiner Nahost-Mission führt UN-Generalsekretär Waldheim auf Zypern ein gemeinsames Gespräch mit Präsident Makarios und dem Führer der türkischen Volksgruppe Denktasch (vgl. „Blätter", 2/1977, S. 131). Es wird beschlossen, die im Frühjahr 1976 unterbrochenen Verhandlungen zwischen beiden Volksgruppen (vgl. „Blätter", 5/1976, S. 482) in Kürze in Wien unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs wieder aufzunehmen.

14. 2. – Jugoslawien. Zum neuen Ministerpräsidenten wird Veselin Djuranović ernannt. Ministerpräsident Djemal Bijedić war am 18. Januar 1977 tödlich verunglückt.

15. 2. – Dänemark. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen kann die mit Minderheit regierende Sozialdemokratische Partei unter Ministerpräsident Anker Jörgensen ihre Position gegenüber dem Ergebnis vom Januar 1975 (vgl. „Blätter", 2/1975, S. 122) verbessern. Zusammensetzung des neuen Folketing (175 Abgeordnete): Sozialdemokraten 65 (53), Fortschrittspartei 26 (24), Liberale 21 (42), Konservative 15 (10), Zentrumsdemokraten 11 (4), Sozialistische Volkspartei 7 (9), Kommunisten 7 (7), Sozialliberale 6 (13), Christliche Volkspartei 6 (9), Rechtsstaatspartei 6 (0), Linkssozialisten 5 (4) Mandate. – Am 25. 2. gibt Ministerpräsident Jörgensen das vorläufige Scheitern seiner Bemühungen um die Bildung einer Koalitionsregierung bekannt und nimmt gleichzeitig eine Umbildung seines Minderheitskabinetts vor.

18. 2. – BRD / DDR. Staatssekretär Gaus überreicht dem stellvertretenden DDR-Außenminister Nier eine schriftliche Antwort auf das Aide-mémoire vom 27. Januar 1977 (vgl. „Blätter", 2/1977, S. 131). Die Bundesregierung weist darin die Kritik der DDR-Regierung an der Tätigkeit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Berlin als unbegründet zurück. Der Text der Antwort wird nicht veröffentlicht. – Am 19. und 21. 2. erscheint in der „Saarbrücker Zeitung" ein Interview mit SED-Generalsekretär Honecker, in dem es u. a. heißt: „Die zweiseitigen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland müssen von allem freigemacht und freigehalten werden, was ihre positive Gestaltung nach den in Helsinki vereinbarten Prinzipien erschwert oder gar gefährdet." An anderer Stelle des Interviews erklärt Honecker, solange die Bundesrepublik Deutschland die Staatsbürgerschaft der DDR nicht anerkenne, könne von einer „generellen Reisefreiheit" von Bürgern der DDR „ins westliche Ausland überhaupt nicht die Rede sein".

– Frankreich / UdSSR. Präsident Giscard d'Estaing empfängt den sowjetischen Botschafter Tscherwonenko zu einer Unterredung. Tscherwonenko überreicht dem Präsidenten eine Botschaft von Parteisekretär Breschnew. Anschließend wird ein Besuch von Breschnew in Paris für den Juni 1977 angekündigt.

21. 2. – Großbritannien. Zum neuen Außenminister wird David Owen ernannt. Owen war bisher Stellvertreter des am 19. 2. verstorbenen Außenministers Anthony Crosland.

23. 2. – Israel. Der Wahlkongreß der regierenden Arbeiterpartei nominiert mit knapper Mehrheit Ministerpräsident Yitzhak Rabin zum Spitzenkandidaten für die Knessetwahl am 17. Mai 1977. Für Rabin werden 1445 Stimmen abgegeben; sein Gegenkandidat, Verteidigungsminister Shimon Peres (vgl. „Blätter", 2/1977, S. 130) erhält 1404 Stimmen.

26.–27. 2. – Polen / DDR. Auf Einladung von Parteisekretär Gierek hält sich SED-Generalsekretär Honecker in Warschau auf. In einer Mitteilung heißt es, die DDR und die Volksrepublik Polen wollten noch in diesem Jahr ihren „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" erneuern; der Vertrag war im Jahre 1967 für die Dauer von 20 Jahren abgeschlossen worden.

27.–28. 2. – Sudan. Auf einer Zusammenkunft in der sudanesischen Hauptstadt Khartum vereinbaren die Präsidenten Numeiri (Sudan), Sadat (Ägypten) und Asad (Syrien) eine Beteiligung des Sudans an dem von Ägypten und Syrien im Dezember 1976 ausgearbeiteten Plan für eine gemeinsame Union (vgl. „Blätter", 1/1977, S. 3). Besondere Ausschüsse sollen Politik, Verfassungsrecht, Verteidigung, Wirtschaft, Finanzen, Bildung, Kultur und Verwaltung koordinieren.

„Vom Schülerberg zum Rentnerberg – Die programmierte Dauerkrise?"

Zu einer Studie des Battelle-Instituts

Im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit führte das Battelle-Institut, Frankfurt, kürzlich eine umfassende Analyse und Prognose des Bildungs-, Beschäftigungs- und Rentensystems der BRD durch. „Bereits heute zeichnet sich ab", so die Autoren der Studie, „daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Bildungs- und Beschäftigungssystem Resultate langfristiger Entwicklungen sind, und – gemessen an den daraus resultierenden *künftigen* Problemen und Schwierigkeiten in anderen Bereichen unseres Gesellschaftssystems, z. B. dem Beschäftigungs- und Rentensystem – bisher noch vergleichsweise harmlos sind".

Um deutlich zu machen, welche Probleme im Gesamtsystem in welchen Größenordnungen vor uns liegen und zu lösen sind, sollen im folgenden die wichtigsten Untersuchungsergebnisse dieser Studie anhand eines kürzlich in den Informationen des Battelle-Institutes erschienenen Berichts[1]) referiert werden. Der Aufsatz trägt bezeichnenderweise den Titel: „Vom Schülerberg zum Rentnerberg – Die programmierte Dauerkrise?"

Die Situation der BRD im letzten Drittel dieses und im ersten Drittel des kommenden Jahrhunderts ist durch drei Faktoren gekennzeichnet, die sich hinsichtlich ihrer Auswirkungen in bedrohlicher Weise gegenseitig verstärken, ja sogar potenzieren:

1. in den nächsten Jahren ist weiterhin mit einer Verringerung des Ausbildungs- bzw. Lehrstellenangebots sowie

2. mit einer fortschreitenden Rationalisierung – und das heißt in erster Linie Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen – zu rechnen;

3. sowohl im Ausbildungs- als auch im Beschäftigungssystem werden die Probleme in besonderem Maße durch die demographische Entwicklung der BRD, insbesondere durch die Geburtenentwicklung zwischen 1950 und 1975, verschärft.

Die Zahl der Geburten stieg von 1954 bis 1964 um 34% an und erreichte mit 1,1 Mio. im Jahre 1964 den Nachkriegshöchststand. Nach 1964 sank die Geburtenziffer bis zum Jahre 1975 (knapp 600 000) auf fast die Hälfte. Diese Entwicklung stellt sich als ein „Berg" außerordentlich starker Geburtenjahrgänge dar, der sich in den nächsten Jahren durch die einzelnen Abschnitte des Bildungssystems „fortwälzt" und – mit einer entsprechenden zeitlichen Verzögerung – das Beschäftigungs- und Rentensystem erreicht. Die Gipfelpunkte dieses „wandernden Berges" signalisieren zugleich die Gipfelpunkte der zu erwartenden Probleme in den einzelnen Bereichen des Bildungssystems, an der „Nahtstelle" zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem sowie im Rentensystem[2]).

Globale Entwicklungstendenzen im Bildungssystem

Im *Primarbereich* (1.–4. Klasse) ist der Schülerbestand seit dem Nachkriegs-

1) A. Blüm/U. Frenzel / U. Weiler, „Vom Schülerberg zum Rentnerberg – Die programmierte Dauerkrise?", in: Information 24, hrsg. v. Battelle-Institut, Frankfurt/M., Dezember 1976.

2) A.a.O., S. 5.

höchststand 1972 (4,2 Mio. Schüler) rückläufig. Ab 1980 ergibt sich gegenüber 1972 eine Verringerung von ca. 40%, so daß – auch bei konstant bleibender Lehrerzahl – im Hinblick auf die Lehrer-Schüler-Relation sogar mit einer Verbesserung der Situation zu rechnen ist.

Im *Sekundarbereich I* (Haupt- und Realschule, Klassen 5–10 des Gymnasiums und der Gesamtschule) stehen die größten Probleme dagegen erst noch bevor. Der Schülerbestand erreicht 1977–78 den Höhepunkt und liegt dann um ca. 1 Mio. Schüler (= 28%) höher als 1970.

Möglicherweise noch schwerwiegendere Probleme ergeben sich jedoch an der Nahtstelle zwischen Sekundarbereich I und Beschäftigungs- bzw. Berufsausbildungssystem. In den Jahren 1977 bis 1982/83 werden pro Jahr jeweils 700 000 bis 750 000 Absolventen den Sekundarbereich I verlassen. Diesen Abgängen werden nach neueren Berechnungen und Schätzungen aber nur etwa 400 000 betriebliche Ausbildungsplätze pro Jahr gegenüberstehen. Die Probleme werden dadurch noch verschärft, daß aufgrund der Engpässe und Kapazitätsprobleme im Hoch- und Fachhochschulbereich 1977 bis 1982/83 jährlich etwa 40 000 bis 60 000 Absolventen mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchen werden und es dadurch auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu einem Verdrängungsprozeß „von oben nach unten" – d. h. Verdrängung der formal Minderqualifizierten durch die formal Höherqualifizierten – kommen wird. Insgesamt ergibt sich in dem angegebenen Zeitraum also ein Defizit an Ausbildungsplätzen in der Größenordnung von 350 000 bis 400 000 Stellen pro Jahr[3])!

Im *Sekundarbereich II*[4]) erreichen die Schülerzahlen im Jahre 1982/83 einen Maximalwert. Die Zahl der Absolventen mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife wird von 1975 etwa 170 000 auf ca. 280 000 im Jahre 1985 ansteigen. Da entsprechende Hochschulkapazitäten nicht zur Verfügung gestellt werden können, wird die im Bildungsgesamtplan vorgesehene Öffnung der Bildungswege im Hinblick auf den Zugang zum Hochschulbereich mehr und mehr unrealistisch: 1975 (insgesamt 841 000 Studenten) studierten bereits 28% mehr, als im Bildungsgesamtplan vorgesehen, und im Jahre 1985 ist mit einer Studentenzahl zu rechnen, die den Zielwert des Bildungsgesamtplans um mehr als 70% übersteigt.

Modellrechnungen zeigen weiterhin, daß bis 1980 etwa 50 000 und bis 1985 bereits rund 260 000 studienwillige Abiturienten voraussichtlich keinen Studienplatz bekommen werden. Damit schließt sich der Kreis zu den Problemen der Absolventen der Sekundarstufe I: den abgewiesenen Studienwilligen bleibt nur der Ausweg auf den Ausbildungsstellenmarkt, wo es zur Verdrängung von Haupt-, Real- und Sonderschülern von den ohnehin knappen Ausbildungsstellen kommt.

Das kommende Jahrzehnt wird aller Voraussicht nach geprägt sein durch

– einen ständigen Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen,

– Numerus-clausus-ähnliche Verhältnisse in weiten Teilen der berufsbildenden Vollzeitschulen,

– verstärkte Engpässe im Hochschulbereich.

Allein zwischen 1975 und 1985 werden mehr als 1,4 Mio. junge Menschen auf die angestrebte berufliche Erstausbildung verzichten müssen, weil die Aufnahmefähigkeit des beruflichen Bildungssystems nicht ausreicht. Das bedeutet, daß

3) Obwohl langfristig absehbar, werde dieses Problem – so die Autoren der Studie – in der gegenwärtigen politischen Diskussion weitgehend ausgespart, da in der Öffentlichkeit die augenblicklichen Probleme auf dem Stellenmarkt für Auszubildende als überwiegend konjunkturbedingt dargestellt werden. Weiterhin würde die „relativ" geringe Zahl von Lehrstellenbewerbern im Herbst 1976, die infolge geringerer Einschulungen in den Jahren 1966/67 (Kurzschuljahreffekte) um 50 000 bis 60 000 niedriger lag als 1974, über das Ausmaß der tatsächlichen Schwierigkeiten hinwegtäuschen.

4) Der Sekundarbereich II umfaßt die Klassen 11–13; dazu gehören: Gymnasium II, Gesamtschule II, Berufsfachschule, Berufsaufbauschule, berufliches Gymnasium, Fachoberschule, Berufsschule, Kollegs.

bis 1985 voraussichtlich rund ein Viertel des neuen Arbeitskräftepotentials keine ausreichende Erstausbildung erhalten würde[5])!

Entwicklungstendenzen im Arbeitsmarktsystem

Die starken Geburtenjahrgänge, die im kommenden Jahrzehnt das Bildungssystem durchlaufen, werden sukzessive vom Bildungssystem auf den Arbeitsmarkt strömen und dort das „Angebot an Erwerbspersonen" erhöhen. Im Jahre 1990 wird das Angebot an deutschen Arbeitskräften um etwa 2 Mio. höher sein als im Jahre 1975! Selbst unter der Voraussetzung einer „günstigen wirtschaftlichen Entwicklung" ist bei einem Sockelbestand an Ausländern mit Daueraufenthaltsrecht bereits heute erkennbar, daß die „niedrigen" Arbeitslosenquoten früherer Jahre endgültig der Vergangenheit angehören. Legt man den seit einigen Jahren andauernden und mittlerweile permanent zu nennenden Arbeitslosensockel von 1,0–1,5 Mio. zugrunde, so ist aufgrund dieser Entwicklung mit einer Zahl von mindestens 3–4 Mio. Arbeitslosen zu rechnen. Ein vorrangiges Ziel für die Arbeitsmarktpolitik der nächsten 10 bis 15 Jahre wird es deshalb sein müssen, durch geeignete Maßnahmen eine sich abzeichnende Dauerarbeitslosigkeit größeren Umfangs zu vermeiden. Erst in den 90er Jahren ist bei rückläufigem deutschen Arbeitskräftepotential mit einem wesentlichen Entlastungseffekt am Arbeitsmarkt zu rechnen[6]).

„Neben diesen global erkennbaren Problemen werden an der Nahtstelle zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt zusätzlich noch strukturelle Probleme auftreten, vor allem für Akademiker. Zwischen 1961 und 1970 hat etwa die Hälfte aller Hochschulabsolventen einen Arbeitsplatz im Bildungssektor gefunden. Der ‚öffentliche Dienst' insgesamt hat im gleichen Zeitraum etwa zwei Drittel aller Hochschulabsolventen übernommen."[7])

Angesichts der Finanzschwierigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden ist damit zu rechnen, daß sich diese Entwicklung in der Zukunft nicht fortsetzen wird, so daß es für Hochschulabsolventen trotz der bereits jetzt in vielen Bereichen bestehenden Probleme zunehmend schwieriger werden wird, einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Auch auf diesem Teilarbeitsmarkt wird damit ein Verdrängungsprozeß eingeleitet werden, der – wie auf dem „Stellenmarkt für Auszubildende schon heute zu beobachten ist – vermutlich „von oben nach unten" verlaufen wird. Das bedeutet: Verdrängung der formal Minderqualifizierten durch die formal Höherqualifizierten.

Entwicklungen im Rentensystem

Trotz der gegenwärtig bereits bestehenden großen Probleme der Rentenversicherungen rechnen die Autoren der Studie bis zum Jahre 2020 nicht mit gravierenden Problemen im Rentensystem. Die gegenwärtig steigende Zahl von Rentnern werde im Jahre 1980 ihren Höhepunkt erreicht haben; es habe jedoch „den Anschein, daß dieser ‚kleine Rentnerberg' bis 1980 noch relativ problemlos im Rahmen des bestehenden Rentensystems" bewältigt werden könne.

„Ab dem Jahre 2020 wird die zyklische Entwicklung der Zahl der Geburten in den Jahren 1953 bis 1970 zu einem neuen (ungleich höheren) Rentnerberg führen, der erst im Jahre 2035 überschritten sein dürfte. Die Zahl der im Rentenalter stehenden Personen wird dann um 1,5 Mio. höher liegen als im Jahre 1970 – und dies bei einer zunehmend schmaler werdenden Basis der Bevölkerungspyramide. Die Zahl der deutschen Erwerbspersonen wird bei unveränderter Geburtenhäufigkeit in den Jahren nach 2000 beträchtlich abnehmen, so daß der steigenden Zahl an Rentnern ein abnehmendes Potential an Beitragszahlern gegenübersteht. Hieraus werden sich für das gegenwärtig bestehende Rentensystem möglicherweise größte (!) Schwierigkeiten ergeben, so

5) A.a.O., S. 9.
6) A.a.O., S. 11.
7) A.a.O., S. 11.

daß Systemänderungen erforderlich werden. Das gegenwärtige Prinzip einer dynamischen Rentenanpassung muß deshalb rechtzeitig auf seine Tragfähigkeit hin überprüft werden (!)[8])."

Schlußbemerkungen

Die hier in komprimierter Form dargestellten Probleme und Entwicklungen sind – ohne den Einfluß sozio-ökonomischer Bedingungsfaktoren zu unterschätzen – zu einem großen Teil demographisch bedingt und von daher zunächst einmal unausweichlich. Wie diese Probleme in den einzelnen hier angesprochenen Bereichen zu lösen sind, ist eine Frage, die nur durch eine koordinierte, auf Langfristigkeit angelegte Forschung und darauf basierende Planung und Strukturpolitik zu beantworten ist. Fest steht, daß bei Fortsetzung der bisher zu beobachtenden Entwicklungstrends unter Ausbleiben einer entsprechenden steuernden Politik zunehmende und gravierende Schwierigkeiten unausweichlich sind.

Für die Politik ergibt sich vor allem die Forderung, dafür Sorge zu tragen, daß

– im Bildungsbereich die Generation der geburtenstarken Jahrgänge integrativ möglichst wenig benachteiligt wird,

– im Beschäftigungsbereich entsprechende Arbeitskapazitäten unter Berücksichtigung regionaler, sektoraler und berufsbezogener Aspekte zur Verfügung gestellt werden und

– im Rentenbereich eine angemessene Absicherung der alten Menschen gewährleistet wird[9]).

Lösungsmodelle, Perspektiven oder gar Patentrezepte können gegenwärtig kaum angegeben werden. Hier stellt sich eine in der Tat außerordentlich schwerwiegende und komplexe Problematik auf zweierlei Ebenen:

– einmal als Herausforderung und Impuls für eine demokratisch orientierte Wissen-

8) A.a.O., S. 11.
9) A.a.O., S. 12ff.

Demokratische Erziehung
2/77 (März)

Kommentare und Berichte

Grenzen des Bildungswachstums – Für das 10. Hauptschuljahr – Kongreß der Diplompädagogen – Ergebnisse der Leserumfrage

Hauptaufsätze

Karin Priester, Der neue Konservatismus in der politischen Bildung. *Wolfgang Jantzen,* Thesen zur Persönlichkeitstheorie. *Sabine Stange/Horst M. Stange,* Schüler lernen Öffentlichkeitsarbeit. *Frank Behrens,* Student und Gewerkschaft.

Die Bildungspolitik der Unternehmerverbände

Kurt Johannson, Die Offensive der unternehmerischen Bildungsarbeit. *Stephan Voets,* Antimarxismus, Staatstreue, Sozialpartnerschaft. Neue Zielstellungen des Großkapitals zur Formierung des Bildungswesens. *Dieter Görs,* Zur Verhinderung der Berufsbildungsreform. *Volker Adam/Gerhard Bäcker,* Zum Einfluß der Unternehmerverbände auf die Hochschulen. *Ehrke/Faulstich/Mende/Quitzow,* Die Auseinandersetzung um das Berufsgrundbildungsjahr

Literaturverzeichnis

Diskussion

Rezensionen

3. Jahrgang, Heft 2/77, März 1977

Herausgeber: Georg Auernheimer · Frank Benseler · Horst Bethge · Karl H. Bönner · Dankwart Danckwerts · Alfred Degen · Frank Deppe · Helga Deppe-Wolfinger · Lottemi Doormann · Karl-Heinz Heinemann · Horst Holzer · Hans Rainer Kaiser · Karl Chr. Lingelbach · Holger H. Lührig · Michael Otte · Karin Priester · Erich Roßmann · Gerwin Schefer · Stephan Voets · Herbert Vorgrimler – Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 5,30 DM; im Jahresabo 3,80 DM, für Studenten, Schüler, Wehr- und Zivildienstleistende 3,30 DM. Bestellungen über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstraße 115, 5 Köln 51

schaft, die heute bereits erkennbaren Entwicklungslinien zu verfolgen und Lösungsansätze zu entwickeln, die die berufliche Entwicklung und soziale Existenz der betroffenen Jugendlichen, Arbeitnehmer und Rentner zu sichern imstande ist[10];

– zum anderen als Notwendigkeit für die demokratischen Kräfte unseres Landes, humane Lösungsansätze politisch zu realisieren und damit autoritäre und demokratiefeindliche Lösungen der auf uns zu kommenden Probleme und Krisensituationen zu verhindern. Ulrich Ewers

Lernziel „Gesamtdeutsches Bewußtsein" – Irredenta in der Schule?

In seiner Ausgabe vom 12. Februar 1977 erregte sich das CSU-Organ „Bayernkurier" über Regierungsdirektor Dieter Schmidt-Sinns von der „Bundeszentrale für politische Bildung", der in der Zeitschrift „Politik und Zeitgeschichte", 2/1977, davor gewarnt hatte, daß das Lernziel „Gesamtdeutsches Bewußtsein" – nehme es die Jugend ernst – „ein Irredenta-Klima erzeugen würde, das bei geringem Anlaß zum gefährlichen Ausbruch kommen könnte".

Dr. Herbert Hupka (MdB/CDU, Sprecher der Landsmannschaft Schlesien und BdV-Vizepräsident) droht Regierungsdirektor Schmidt-Sinns sogar mit dem Knüppel des Berufsverbotes. In „Deutscher Ostdienst" (v. 17. Februar 1977) wirft er ihm vor: „Wer zu einer Erziehung gegen das Wiedervereinigungsgebot aufruft, handelt wider die Verfassung." Und: „Wer in der Pädagogik, wie es in dem Aufsatz des Referenten der Bundeszentrale für politische Bildung geschehen ist, das Lernziel ‚Gesamtdeutsches Bewußtsein' geradezu als kriegstreibend darstellt, handelt bewußt gegen das Grundgesetz." Er sollte, so Hupka, „die Konsequenzen ziehen, daß er nicht länger Beamter, der auf das Grundgesetz verpflichtet ist, sein kann".

Staatssekretär Baum vom Bundesinnenministerium antwortete auf eine Anfrage Hupkas im Bundestag, „daß die Bundesregierung die von Regierungsdirektor Schmidt-Sinns vertretene These nicht teile. Sie sei sich ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtung wohl bewußt, in ihrer Politik auf die Erreichung der Wiederherstellung der staatlichen Einheit hinzuwirken und alles zu unterlassen, was dieses Ziel vereiteln würde" (zit. nach „Deutscher Ostdienst" v. 17. Februar 1977).

Warnungen vor neuem Nationalismus in der BRD, noch dazu von einem Regierungsdirektor, passen nicht in das Konzept der CSU-Politiker um Franz Josef Strauß, deren Gesinnungsgenossen in der CDU und der Funktionäre der „Landsmannschaften". Daß auch die SPD/FDP-Bundesregierung solche Gefahren nicht sehen will und zugleich an den Thesen von der „offenen deutschen Frage" festhält, ist eine direkte Ermunterung der revanchistischen Kräfte. Diese wollen sich trotz bilateraler und multilateraler Verträge nicht damit abfinden, daß die bestehenden Grenzen in Europa unantastbar sind. Und um den nach wie vor verfolgten Zielen, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs rückgängig zu machen, näherzukommen, sind sie bestrebt, in der BRD ein nationalistisches oder, wie Regierungsdirektor Schmidt-Sinns schrieb, Irredenta-Klima zu schaffen.

Dieses Klima soll vor allem dadurch erzeugt werden, daß in den Schulen in der politischen Bildung nicht Geist und Inhalt der Verträge mit den sozialistischen Län-

10) Die Auswirkungen auf die im Bildungs- bzw. Beschäftigungssystem Befindlichen (Schüler, Studenten, Arbeiter und Angestellte) – z. B. Konkurrenzverhalten, Arbeitsplatzunsicherheit, Druck einer „industriellen Reservearmee" etc. – sind dabei noch gar nicht erfaßt.

dern und der KSZE-Schlußakte von Helsinki vermittelt werden, sondern jene Auslegung, die auf Betreiben von Strauß die bayerische CSU-Regierung mit ihren Gang zum Bundesverfassungsgericht erreichte. Eine Jugend, politisch indoktriniert durch die Behauptung, daß das „Deutsche Reich in den Grenzen von 1937" fortbestehe, daß „die deutsche Frage nach wie vor offen" sei und daß die Bundesregierung und alle Staatsorgane gehalten sind, sie offenzuhalten, um Deutschland in den Grenzen von 1937 wieder herzustellen, kann – noch dazu, wenn sie arbeitslos auf der Straße liegt – erneut durch demagogische Führer mißbraucht werden. Hier liegt zweifellos die Gefahr eines neuen Nationalismus.

In diesem Zusammenhang muß man auch den Beschluß des Bundes der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften sehen, 1977 „Ostkunde" und vor allem Schulbuchfragen zum „Schwerpunkt der zentralen Kulturarbeit" zu machen[1]). Konkret bedeutet das,

– daß die revanchistischen Organisationen, Einrichtungen und ihre Funktionäre auf den verschiedenen Ebenen – vor allem aber bei den Kultusministerien und den Schulbehörden der Länder – versuchen, darauf hinzuwirken, daß die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen keinen Eingang in Schulbuch und Unterricht finden.

– Nach ihrem Willen soll die „wiederherzustellende Einheit Deutschlands wieder stärker" – also wie in der Periode des Kalten Krieges – „in den Unterrichtsmaterialien und in der Praxis des Schulunterrichts verankert werden".

In „Deutscher Ostdienst" vom 17. Februar 1977 faßte der hauptamtliche Kulturreferent im Präsidium des Bundes der Vertriebenen, Hans-Günther Parplies, die spezielle Aufgabe von Schule und Unterricht in der BRD zusammen: „Die große pädagogische Aufgabe ist, der jungen Generation ein lebendiges Deutschlandbild zu vermitteln, das hinausgreift über Elbe und Werra und dann eben auch nicht an der Oder endet." Parplies ergänzt: „Das ist übrigens eine Aufgabe, welche das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 erneut ausdrücklich allen Staatsorganen und Behörden und somit auch den Schulen zur Pflicht gemacht hat." Daß die revanchistischen Kräfte bei ihren Bemühungen Erfolg haben – dafür einige Beispiele:

Das Innenministerium von Baden-Württemberg hat die Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen der Hauptschulen sowie der Klassen 10 der Realschulen und Gymnasien des Landes zum „Schülerwettbewerb 1977 mit osteuropäischen und gesamtdeutschen Themen" aufgerufen. Anfang Januar wurden die Unterlagen an die teilnahmeberechtigten Klassen bzw. deren Lehrer verschickt. Die Ausschreibung erfolgt – so wurde vom Ministerium mitgeteilt, „einvernehmlich mit dem Staatsministerium, dem Kultusministerium, dem Innenministerium, dem Bund der Vertriebenen und dem Bund der Mitteldeutschen". Für die besten Einzelarbeiten sind 1000 Preise und für die zehn besten Gruppen u. a. mehrtägige Reisen nach Westberlin und Grenzlandfahrten ausgesetzt. Den Fragebogen für den Wettbewerb hat ein Themenbeirat ausgearbeitet. Diesem Themenbeirat gehörten neben Lehrern am Wettbewerb beteiligter Schulgattungen „das Staatsministerium, das Kultusministerium, das Innenministerium und Vertreter des Bundes der Vertriebenen und der Mitteldeutschen" an.

Welche Absichten dieser Schülerwettbewerb verfolgt, darauf verweisen u. a. folgende Fragen des den Schülern vorgelegten Fragebogens (Hervorhebungen v. Verf.):

– „Wer sind die Masuren?
  a) Bewohner der Mandschurei
  b) Bewohner im *Kreise Treuburg-Allenstein*
  c) Polkatänzer"

1) Siehe „Neue Kommentare" (NK), Frankfurt/M., Mauerweg 20, 4/1977.

– „In Baden-Württemberg wird im Jahre 1977 besonders des Kaisergeschlechts der Staufer gedacht. Nenne die *heute zu Böhmen gehörende* staufische Reichsstadt, in der man jetzt noch die Reste einer von ihnen erbauten Burg findet.
a) Eger
b) Krumau
c) Elbogen"

– „Wie heißen die *deutschen Landschaften,* die 1945 durch das Potsdamer Abkommen unter polnische und sowjetische Verwaltung kamen?
a) Schlesien
b) Mecklenburg
c) Lausitz
d) Ostpreußen"

– „Welche Kleinstadt im Hohenloher Land *hat eine Namensschwester in Ostpreußen?*
a) Schillingfürst
b) Langenburg
c) Bartenstein"

Diese Fragen beweisen, daß für die Autoren des Fragebogens die CSSR nicht existiert. Für sie gehört Cheb (Eger) „heute zu Böhmen". Für sie ist Bartenstein nach wie vor eine Stadt in Ostpreußen, wo es für sie anscheinend auch noch einen „Kreis Treuburg-Allenstein" gibt. Für sie sind die ehemals deutschen Ostgebiete, die heute zum Territorium der Sowjetunion und der VR Polen gehören, „deutsche Landschaften unter polnischer und sowjetrussischer Verwaltung". Verständlich, daß die Landsmannschaftspresse mit Genugtuung auf diesen Schülerwettbewerb hinweist, entsprechen doch Fragen und verlangte Antworten genau jener Sprachregelung, die der BdV herausgab[2]).

Das Land Niedersachsen ist Patenland für die Landsmannschaft Schlesien. Offensichtlich um dieser Patenrolle gerecht zu werden, wird das niedersächsische Ministerium für Bundesangelegenheiten im Schuljahr 1977/78 einen Schülerwettbewerb zum Thema „Schlesien, ein Kapitel europäischer Geschichte" ausschreiben.

2) Siehe NK, 16/1976.

Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 12. Februar 1977 meldete, hat die CDU-Regierung in Hannover beschlossen, für diesen Zweck 50 000 DM an Sondermitteln zur Verfügung zu stellen. Das mit dem Wettbewerb befaßte Ministerium für Bundesangelegenheiten ist zwar nicht für Schule und Bildung zuständig, wohl aber für die Betreuung und finanzielle Förderung landsmannschaftlicher Organisationen und Einrichtungen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist der geplante Schülerwettbewerb auf Initiativen aus den Reihen der Landsmannschaft Schlesien bzw. deren Vorsitzenden, Dr. Herbert Hupka, zurückzuführen.

Wie bekannt, haben es die Landesregierungen von Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz abgelehnt, die Empfehlungen der „Deutsch-polnischen Schulbuchkommission" zu veröffentlichen und für den Schulunterricht zu übernehmen. Der BdV-Vorsitzende von Schleswig-Holstein, Dr. Josef Domabyl (Regierungsdirektor a. D., BdV-Vizepräsident und Mitglied des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft), richtete an den Kultusminister von Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Walter Braun, kürzlich eine Anfrage, ob sein Ministerium zu den Schulbuchempfehlungen der „Deutsch-polnischen UNESCO-Kommission" nicht eine ähnlich klare Stellungnahme abgeben könne wie die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Lt. „Osmipress" vom 10. Februar 1977 antwortete Kultusminister Braun dem BdV-Landesvorsitzenden u. a., daß die Empfehlungen „keine ausgewogene Darstellung der Probleme" enthalten würden. Es würde „häufig der polnische Standpunkt übernommen und die deutschen Rechtsgrundlagen nicht berücksichtigt". Und: „Derartige Empfehlungen könnten bei uns keine Grundlage für Schulbuchgenehmigungen sein, da für die Zulassung von Schulbüchern andere rechtliche Grundlagen maßgebend" seien.

Ziel der revanchistischen Kräfte in der BRD ist es, die Verwirklichung der Emp-

fehlungen der „Deutsch-polnischen Schulbuchkommission" zu verhindern. Botschafter a. D. Felician Prill, der Sprecher der Landsmannschaft Westpreußen, machte in „Der Westpreuße" vom 5. Februar 1977 die Zusammenhänge besonders deutlich. Unter der Überschrift „Die Frage nach der Nation und die deutsche Schicksalsgemeinschaft" schrieb Prill: „Es ist nicht zu spät, den Menschen in der weiten Welt, besonders im Westen und speziell in den Unterzeichnerstaaten des Deutschlandvertrags klarzumachen, daß die Verträge an der deutschen Nation nichts geändert haben, daß unsere obersten Gerichte mit verbindlicher Wirkung für alle von uns klargestellt haben, daß wir nur ein Deutschland kennen, das geographisch aus Süddeutschland, Westdeutschland, Mitteldeutschland und Ostdeutschland besteht." Und an anderer Stelle: „Es ist noch nicht zu spät, das Steuer wieder stärker in die nationale Richtung zu lenken . . . Die heranwachsende Generation wird bald erkennen, wo die Kräfte zu finden sind, die . . . unserem geschriebenen Verfassungsrecht das Leben einhauchen können, das die deutsche Schicksalsgemeinschaft zu einem politischen Faktor mobilisiert. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, alle versuchten oder vollendeten Geschichtsklitterungen, die unser Recht unterwühlen helfen, wie beispielsweise die ‚Schulbuchempfehlungen', in die ‚Wolfsschlucht' zu befördern."

Für die Demokraten unseres Landes gibt es genügend Anlässe, wachsam zu sein und dafür Sorge zu tragen, daß die Schulen unseres Landes dem Verfassungsgebot entsprechend die Jugend zu demokratischen Bürgern erziehen, denen Friede und Völkerverständigung höchstes Gebot sind. Es ist eine Lebensfrage, die Absichten revanchistischer Kräfte, die Schulen der BRD zu Brutstätten eines neuen Nationalismus zu machen, zu durchkreuzen.

Georg Herde

Horst Müller-Link
Industrialisierung und Außenpolitik

Preußen-Deutschland und das Zarenreich 1880–1890. 1977, 506 Seiten, kart. etwa DM 88,– (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 24)

In der Arbeit von Horst Müller-Link geht es um eine Frage, die vor allem in der Friedens- und Konfliktforschung viel diskutiert wird: die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der internationalen Politik. Im Unterschied zu den zahlreichen diplomatiegeschichtlichen Veröffentlichungen über die Rußlandpolitik des deutschen Kaiserreichs werden hier die Rolle und das Zusammenwirken sozialökonomischer, militärischer und politischer Faktoren und deren Einfluß auf die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen analysiert. Die Untersuchung, die auch neues Material auswertet, zeigt, wie die deutsche und mehr noch die russische Außenpolitik zeitweilig von der Innenpolitik und von wirtschaftlichen Imperativen bestimmt wurde. Es ergibt sich, daß die mehr oder weniger verhüllte Ausnutzung der ökonomischen Abhängigkeit Rußlands zur Durchsetzung deutscher politischer Ziele erheblich dazu beigetragen hat, die europäische Mächtekonstellation zu schaffen, in der sich Rußland und Deutschland schließlich als Feinde gegenüberstanden – eine Entwicklung, deren Zwangsläufigkeit in Frage gestellt wird.

Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen und Zürich

Der Zusammenhang zwischen Energieverbrauch, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Von Harald Legler und Eberhard Jochem

In der gegenwärtigen Diskussion um die Energieproblematik wird u. a. das Argument vorgebracht, eine Ablehnung von Atomkraftwerken müsse eine Gefährdung Tausender von Arbeitsplätzen zur Folge haben; umgekehrt würden durch die Errichtung atomarer Energieerzeugungsanlagen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Die Autoren des nachstehenden Beitrages – wissenschaftliche Mitarbeiter der Fraunhofer-Gesellschaft – untersuchen diese Argumentation aus der Perspektive übergreifender ökonomischer Zusammenhänge und kommen dabei zu dem Ergebnis, daß durch einen Kurswechsel in der Energiepolitik eher neue Arbeitsplätze geschaffen werden können als durch die Fortschreibung der bisherigen Entwicklung. D. Red.

Es sind heute zunehmend Stimmen zu hören, die zu bedenken geben, ob in absehbarer Zeit der Primärenergieverbrauch in den Industrieländern noch weiter gesteigert werden dürfe. Immerhin ist diese Ansicht z. T. so weit verbreitet, daß die schwedische Regierung im vergangenen Jahr ein Energieprogramm verabschiedete, das eine stufenweise Senkung der Zuwachsraten des Primärenergieverbrauchs von bislang durchschnittlich 4,5% auf annähernd 0% in den 90er Jahren vorsieht. Und dies, obwohl der Energieverbrauch in Schweden bereits heute Beispiel für eine Energiepolitik von morgen sein könnte: Bei etwa gleichem Lebensstandard wie in den USA beträgt der spezifische Energieeinsatz etwa nur die Hälfte[1]).

Bei derartig ehrgeizigen Zielvorstellungen erhebt sich die Frage, ob ein solches Energieprogramm auch in der Bundesrepublik möglich wäre, ohne wesentliche Ziele der Politik, wie die Sicherung des Wirtschaftswachstums und die Erreichung der Vollbeschäftigung, zu gefährden. Denn wenn heute in der Öffentlichkeit über Probleme der Energieversorgung diskutiert wird, dann wird häufig eine Meinung vertreten, die mit den Plänen der schwedischen Regierung unvereinbar ist: Danach nähme der Primärenergieverbrauch mit derselben Zuwachsrate wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu[2]). Würde man daher versuchen, den Energiezuwachs zu senken, so bedeute dies, daß man von den verfügbaren Arbeitskräften und der Kapitalausstattung her durchaus mögliches Wirtschaftswachstum verschenke.

Der empirische Befund: Globalanalyse

Die Verfechter dieser These weisen darauf hin, daß dieser Gleichschritt von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch in der Vergangenheit über lange

1) (USA: 96 000 kWh/cap; Schweden: 52 450 kWh/cap); in: L. Schipper/A. J. Lichtenberg, Efficient Energy Use and Well-Being: The Swedish Example, in: „Science", Vol. 194, Dezember 1976, S. 1001–1013.
2) Kommission der EG, Europa + 30 Jahre, Brüssel 1975, Kap. II. 10, S. 7.

Zeiträume und in vielen Industrieländern bestanden habe. Folglich müsse auch in Zukunft für jede Erhöhung der Gesamtproduktion bzw. -konsumtion ein gleichgroßes Energiemehrangebot zur Verfügung stehen. Überprüft man diese These empirisch für die Bundesrepublik für die Jahre 1950 bis 1975, so stellt man jedoch fest, daß das Verhältnis der Zuwachsraten zwischen Primärenergieverbrauch und BIP – „Elastizität" – durchschnittlich nur etwa 0,7 beträgt (vgl. Tab. 1). Wäre die obige These streng richtig, so müßte die „Elastizität" bei 1 gelegen haben.

Tab. 1: Elastizität des Primär- bzw. Endenergieverbrauchs in bezug auf das BIP in der Bundesrepublik 1950–1975

Periode	*Primärenergie*	*Endenergie*
1950–1955	*0,66*	*0,82*
1955–1960	*0,44*	*0,45*
1960–1965	*0,90*	*0,95*
1965–1970	*1,04*	*0,97*
1970–1975	*0,37*	*0,18*
1950–1975	*0,70*	*0,74*

Quellen: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jgge. – Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jgge. – eigene Berechnungen.

Die Elastizität war jedoch nicht konstant, sondern zeigte Schwankungen und Trends, die aus ökonomischen Reaktionen und technologischen Veränderungen erklärbar sind. So hat bis Ende der 50er Jahre das doch recht hohe Preisniveau für importiertes Erdöl bei gleichzeitig teurer werdender heimischer Kohle zu einer deutlichen Energieeinsparung geführt. Mit zunehmender Verbilligung der Erdölimporte nahm der Zwang zur rationellen Energieanwendung ab: Die Elastizität lag zwischen 1960 und 1973 tatsächlich durchschnittlich bei 1; erst die höheren Ölpreise seit 1973 ließen sie wieder kräftig sinken (auf 0,9 zwischen 1960 und 1976).

Die Entwicklung der Ölpreise, aber auch die bequeme Handhabung des Heizöls, spiegelt sich auch in den Anteilen der einzelnen Energieträger am Primärenergieverbrauch wider: Bis Ende der 50er Jahre ersetzte das Heizöl die – überwiegend heimischen – Energieträger nur zögernd, danach jedoch bis Anfang der 70er Jahre rasant, um in jüngster Zeit wieder – vor allem gegenüber Naturgas – an Boden zu verlieren (vgl. Tab. 2 auf S. 272).

Internationale vergleichende Untersuchungen für die Zeiträume 1925 bis 1965 bzw. 1950 bis 1965 zeigen, daß das Verhältnis von Energieverbrauchszuwachs und Wirtschaftswachstum in einem großen Bereich – nämlich zwischen 0,6 und 2,1 – je nach Land und Zeitraum variierte[3]). Für den untersuch-

3) J. Darmstädter, Energy in the World Economy, Baltimore 1971.

Tab. 2: Primärenergieverbrauch nach Energiearten 1950–1985 (Anteile in %)

	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1985[1])	1985[2])	1985[3])
Steinkohle	72,8	71,7	60,7	43,3	28,7	19,3	9	16	17
Braunkohle	15,2	14,9	13,8	11,3	9,1	10,0	–	–	–
Mineralöl	4,7	8,5	21,0	40,8	53,1	52,1	58	49	49
Naturgase	0,1	0,3	0,5	1,4	5,5	13,7	18	19	17
Wasserkraft	4,6	3,3	3,1	2,6	1,9	2,3	–	–	–
Kernenergie	0	0	0	0	0,6	2,1	16	16	17
Sonstige	2,6	1,3	0,9	0,6	0,5	0,5	–	–	–

1) Prognose der Bundesregierung 1973, vor der Ölkrise.
2) Prognose der Bundesregierung 1974, nach der Ölkrise.
3) Prognose der Bundesregierung 1976.
Quellen: Arbeitsgemeinschaft, a.a.O. – „Der Spiegel", 1–2/1977. – Eigene Berechnungen.

ten Zeitraum von 1950 bis 1965 zeigen die Ergebnisse, daß bei zunehmend abgeschlossener Industrialisierung die Elastizität trendmäßig unter 1 sinkt (vgl. Tab. 3). Dieser Trend spiegelt sich auch in der Entwicklung des Zusammenhangs zwischen Pro-Kopf-Energieverbrauch und Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt wider: Der Energiezuwachs tendiert zu langsameren Raten relativ zum Wirtschaftswachstum, je industrialisierter ein Land ist.

Tab. 3: Elastizitäten für Ländergruppen für den Zeitraum 1950/65

	„Elastizität"	
Region, Ländergruppe	*1950/65*	*1960/73*
Nordamerika	0,84	1,0
Westeuropa	0,92	1,0
Comecon-Länder	1,23	–
Latein-Amerika	1,55	–
Afrika (ohne Süd-Afrika)	1,40	–
Asien (ohne Japan)	1,84	–

Die *Primär*energieträger (z. B. Mineralöl, Kohle, Naturgas, Kernenergie, Wasserkraft) werden in vielen Fällen nicht direkt vom Verbraucher als „Endenergie" genutzt, sondern zunächst im „Umwandlungsbereich" in einen oder mehrere Sekundärenergieträger (Heizöl, Benzin, Koks, Strom, Fernwärme etc.) umgewandelt. Zur Umwandlung wird im allgemeinen auch Energie benötigt, so daß auch der Energieverbrauch in den Energiesektoren selbst, der sich im „Gesamtwirkungsrad" ausdrückt, betrachtet werden sollte, da er maßgeblich durch die Energiestruktur mitbeeinflußt wird: Mit zunehmendem Mineralöleinsatz stieg der Gesamtwirkungsgrad bis Ende der 60er Jahre deutlich an: Das abnehmende Gewicht der Kohle (mit relativ schlechtem Wirkungsgrad im Verkehr und bei der Gaserzeugung) und ein enormer technischer Fortschritt in der Elektrizitätserzeugung sorgten dafür, daß pro genutzte

Einheit Endenergie durchschnittlich weniger Primärenergie eingesetzt werden mußte. Seit 1970 jedoch sinkt der Wirkungsgrad wieder, was vor allem auf den stark zunehmenden Stromanteil zurückzuführen ist, zumal die Stromerzeugung keinen weiteren technischen Fortschritt mehr gemacht hat (vgl. Tab. 4).

Tab. 4: Endenergieverbrauch nach Energiearten 1950–1975 (Anteile in %)

	1950	1955	1960	1965	1970	1975
Kohle	80,3	72,7	56,4	36,1	20,2	11,5
Kraftstoffe	4,4	7,2	11,1	15,2	17,7	20,8
Heizöl	0,6	4,1	12,8	29,4	38,3	36,9
Gase	9,3	11,0	11,0	8,8	11,3	15,6
Strom	4,8	6,0	7,9	9,1	10,6	13,3
Fernwärme	0,5	0,5	0,8	1,4	1,9	1,9

Quelle: Arbeitsgemeinschaft, a.a.O.

Sektorale Analyse

Will man die Streubreite der Elastizität zwischen Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum verstehen, muß man die Entwicklung nach Sektoren analysieren.

„Kleinverbraucher" und private Haushalte

Im Zuge der Industrialisierung der Bundesrepublik hat der Anteil der Industrie am Endenergieverbrauch bis 1960 leicht zugenommen, seitdem war er aber zugunsten des Verbrauchs in anderen Sektoren rückläufig. Einerseits gibt es dafür wirtschaftsstrukturelle Gründe: Das Industrialisierungstempo verlangsamte sich. Gleichzeitig wirkten sich unterschiedliche Verbrauchsgewohnheiten aus: Während das Nettoproduktionsvolumen (NPV) der Industrie doppelt so schnell stieg wie ihr Endenergieverbrauch (Elastizität etwa 0,5), nahm der Energieverbrauch der „Kleinverbraucher" – wie man im energiewirtschaftlichen Jargon die Wirtschaftsbereiche außerhalb der Industrie, der Energiesektoren und des Verkehrs bezeichnet – bedeutend schneller zu als ihr Wirtschaftswachstum (Elastizität etwa 1,5). Dies läßt sich in Branchen wie Land- und Forstwirtschaft, Baugewerbe und Großhandel auf technologische Veränderungen wie z. B. Mechanisierung, Automation und Substitution menschlicher und tierischer Arbeitskraft durch Arbeitsmaschinen zurückführen.

Zusammen mit den privaten Haushalten absorbierten die Kleinverbraucher 1975 knapp 45% der gesamten Endenergie; fast gleich hoch war auch ihr Anteil am gesamten Stromverbrauch. Beide Anteile sind seit Ende der 50er Jahre kräftig gestiegen, insbesondere der Anteil am gesamten Stromverbrauch, der Anfang der 50er Jahre nur 25% betragen hatte.

Auch die privaten Haushalte entwickelten einen nachhaltig großen Nachfragezuwachs durch Raumheizung, Warmwasser und Haushaltsmaschinen infolge vergrößerter Wohnflächen pro Person, des Ausbaus von Zentralheizungen, gestiegener Hygienebedürfnisse, eines veränderten Bekleidungsverhaltens etc. Dieser Nachfragezuwachs gilt insbesondere für Strom, der zwischen 1950 und 1975 jahresdurchschnittlich um fast 11% expandierte, während die Industrie und der Verkehr „nur" 7% jährlich mehr nachfragten.

Verkehr

Die Entwicklung der Ausgabenstruktur der Privathaushalte führt drastisch vor Augen, daß die Ausgabensteigerungen für Energie aber hauptsächlich durch Kraftstoffverbrauch in die Höhe getrieben wurden. Selbst nach den starken Benzinpreiserhöhungen Mitte der 70er Jahre ist der Kraftstoffverbrauch stärker gestiegen als der gesamte reale Konsum.

Im Verkehrsbereich sorgte die Motorisierung, die in den vergangenen 25 Jahren mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate der Pkw-Dichte von 14% ein atemberaubendes Tempo vorgelegt hatte, für einen höheren Anteil am Energieverbrauch. Vor allem im Bereich der privat genutzten Fahrzeuge hat der Verbrauch in der Vergangenheit kräftig angezogen, nicht so sehr im Bereich der gewerblich oder behördlich eingesetzten Kraftfahrzeuge.

Verarbeitende Industrie

Verkehr, Kleinverbraucher und private Haushalte waren also infolge ihres stärker als Produktion und Konsum steigenden Energieverbrauchs in der Vergangenheit die Ursache, daß im Schnitt etwa seit 1960 in der Bundesrepublik der Primärenergieverbrauch fast im Gleichschritt mit dem BIP zunahm. Hätten die energietechnischen Bedingungen der verarbeitenden Industrie in der gesamten Wirtschaft Gültigkeit gehabt, so wäre die Elastizität auch in den 60er und 70er Jahren weit unter 1 geblieben.

Denn der spezifische Endenergieverbrauch der verarbeitenden Industrie des Jahres 1975 betrug nur noch 73% des Jahres 1960; dies bedeutet eine jährliche Einsparung von gut 2%. Dieser Einsparungseffekt resultiert aus zwei einander verstärkenden Entwicklungen: Einerseits wandelte sich im Laufe der Zeit die Industriestruktur, es wurden mehr Güter und Leistungen in weniger energieintensiven Branchen erstellt (dies macht etwa ein Sechstel der Einsparung aus); zusätzlich wurde in der Produktion selbst weniger Endenergie pro Produktionseinheit eingesetzt. Allerdings muß hier erwähnt werden, daß der spezifische Stromverbrauch der Industrie – im Gegensatz zum Endenergieverbrauch – jahresdurchschnittlich um knapp 1% gestiegen ist, so daß der entsprechende Primärenergieverbrauch weniger als der Endenergieverbrauch gesunken ist. Der Einsparungseffekt verlief zudem nicht gleichförmig, weder zeitlich noch sektoral. Generell kann gesagt werden, daß die Einsparungserfolge Anfang der 60er Jahre größer als in den 70er Jahren waren und daß sie in der energieintensiven Grundstoffindustrie am höchsten, in der weniger Energie verbrauchenden Investitionsgüterindustrie am geringsten ausfielen (vgl. Tab. 5 auf S. 275).

Tab. 5: Jahresdurchschnittliche Veränderung des spezifischen Endenergie- bzw. Stromverbrauchs in der westdeutschen Verarbeitenden Industrie 1960–1975 in %

	Endenergie				Stromverbrauch			
	1960/65	1965/70	1970/75	1960/75	1960/65	1965/70	1970/75	1960/75
Verarbeitende Industrie	–2,62	–1,70	–1,85	–2,06	0,32	0,77	1,42	0,83
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	–3,43	–3,06	–1,83	–2,78	–0,40	–0,90	1,58	0,09
Steine und Erden	–1,97	–3,35	–2,01	–2,46	1,66	0,16	1,28	1,03
Eisenschaffende Industrie	–1,86	–1,43	–1,09	–1,46	3,28	1,11	1,92	2,10
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	–2,70	–2,11	–2,27	–2,36	5,48	1,86	5,08	4,13
Ziehereien, Kaltwalzwerke	–0,14	2,03	–3,20	–0,46	0,00	2,10	–2,28	–0,07
NE-Metallindustrie	–1,65	–4,70	6,18	1,13	1,88	0,77	12,85	5,03
Chemische Industrie	–5,77	–7,08	–3,37	–5,42	–2,97	–3,90	–1,66	–2,85
Mineralölverarbeitung	0,51	0,81	1,52	0,95	–6,05	–1,48	–0,19	–2,61
Zellstoff- und Papiererzeugung	–0,48	–0,77	–2,64	–1,30	0,83	1,66	–0,73	0,58
Kautschuk- und Asbestverarbeitung	0,84	–0,21	0,73	0,45	–0,12	1,52	3,06	1,48
Sägewerke, Holzverarbeitung	5,93	1,28	–0,45	2,22	6,26	4,86	1,81	4,29
Investitionsgüterindustrie	1,19	–0,94	–1,14	–0,30	2,11	1,51	1,28	1,64
Maschinenbau	1,49	1,24	–1,13	0,53	1,63	3,27	2,81	2,57
Fahrzeug- und Luftfahrzeugbau	4,78	–2,32	0,05	0,79	4,93	0,08	0,00	1,64
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	–0,78	–2,05	–1,95	–1,60	–1,27	0,33	1,27	0,10
ESBM-Warenindustrie	0,51	–0,21	0,30	0,20	1,84	1,94	2,44	2,07
Übrige Investitionsgüterindustrien	–0,91	–3,36	–2,96	–2,41	–1,38	0,41	1,18	0,06
Verbrauchsgüterindustrie	–2,43	–0,09	–1,42	–1,29	0,85	3,22	2,31	2,12
Feinkeramik, Glas	–3,48	–0,45	–2,17	–2,04	1,11	2,39	1,99	1,83
Kunststoffverarbeitung	–0,37	–0,96	–0,50	–0,61	–0,40	2,91	2,16	1,55
Textilindustrie	–1,87	–1,06	–2,80	–1,91	0,07	2,04	–0,55	0,51
Übrige Verbrauchsgüterindustrien	0,74	1,31	0,01	0,69	3,22	3,84	4,44	3,83
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	–2,60	–0,57	1,05	–1,41	0,46	2,47	2,93	1,95
Zuckerindustrie	0,56	–2,98	–0,24	–0,90	3,49	0,50	1,77	1,91
Sonstige Nahrungsmittelindustrie	4,72	2,39	–1,03	2,00	1,97	–0,55	0,43	0,61
Genußmittelindustrie	–2,10	–2,89	–3,91	–2,97	1,85	3,44	3,37	2,88

Quellen: Arbeitsgemeinschaft, a.a.O. – R. Krengel u. a., Produktionsvolumen und -potential . . . in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin (West) 1975 und 1976. – Eigene Berechnungen.

Exkurs: Chemische Industrie

Paradepferd bezüglich sparsamer Energieverwendung ist die chemische Industrie. Die Elastizität dieser Branche lag bei knapp 0,4, d. h. der Zuwachs des NPV entwickelte sich zweieinhalbmal so schnell wie der des Endenergieverbrauchs. Wie ist das zu erklären?

1) In den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten war die energieintensive Chemie außerordentlich erfolgreich, den Energieverbrauch durch
– verfahrenstechnische Verbesserungen, z. B. im Bereich der organischen Vor- und Zwischenprodukte,
– Einführung grundsätzlich anderer Verfahren (z. B. bei der Acetylenherstellung) sowie
– konsequente Energieausnutzung im Wärmeverbundsystem zwischen verschiedenen Produktionsanlagen (z. B. bei den Großsynthesen)
zu vermindern. Inwieweit bei der sparsamen Verwendung von Energie hier technische oder wirtschaftliche Grenzen erreicht sind, läßt sich nicht pauschal beantworten.

2) Zudem verminderte sich der Produktionsanteil der energieintensiven Grundchemikalien und Massenprodukte gegenüber hochveredelten Produkten wie Pharmaka, Pestizide, synthetische Fasern u. ä.

Energieverbrauch und Vollbeschäftigung

Im Zusammenhang mit den Fragen um Energieverbrauch und Produktionswachstum wird auch die Frage diskutiert, in welchem Zusammenhang Energieangebot und -verbrauch sowie die Bereitstellung von Arbeitsplätzen zur Erreichung der Vollbeschäftigung stehen. Es wird behauptet, daß zur Sicherung eines hohen Wirtschaftswachstums (das alleine Vollbeschäftigung garantiere) ein ebenso großer Energiezuwachs erforderlich sei. Diese Behauptung kann, wie oben ausgeführt wurde, anhand der Vergangenheit nicht belegt werden.

Diese Position geht im Grunde davon aus, daß in den 60er und frühen 70er Jahren Energie der das Wachstum limitierende Faktor war; die Preis- und Mengenentwicklung in diesem Zeitraum deutet jedoch eher auf Überangebot als auf Knappheit hin.

Der „Ölschock" 1973/74 traf die Verbraucherländer sicher unvorbereitet und führte zu erheblichen Schwierigkeiten; gewiß aber ist er weder allein- oder hauptverantwortlich für die Rezession 1974/75 noch für das auch in Zukunft wohl gegenüber der Vergangenheit stark abgeschwächte Wachstum. Vielmehr zeigte das Wirtschaftssystem eine für diesen Zeitraum erstaunliche Flexibilität: Einem durchschnittlichen Rückgang des Energieverbrauchs von jährlich knapp 1% zwischen 1973 und 1976 stand ein durchschnittlicher Produktionszuwachs von jährlich gut 1% gegenüber.

Aber auch andere Beobachtungen weisen darauf hin, daß Energie nicht zwangsläufig Arbeitsplätze sichert, auch wenn sie die Möglichkeiten der Güter- und Dienstleistungsproduktion erhöhen sollte. Denn zweifellos trägt sie

zur Rationalisierung des Arbeitsprozesses und damit zum potentiellen Verlust an Arbeitsplätzen bei, wie er derzeit z. B. im Bereich der Halbleiterbauelemente diskutiert wird: Die Produktion der elektronischen Bauteile beschäftigt weniger Arbeitnehmer als die Erstellung der substituierten feinmechanischen Geräte. Zusätzlich läßt der Einsatz dieser elektronischen Geräte – vor allem im Dienstleistungsbereich – mehr und mehr Arbeitsplätze verschwinden. Dies mag gesamtwirtschaftlich dann tragbar sein, wenn es gelingt, zusätzliche Arbeitsplätze bereitzustellen.

Die Ölpreiserhöhungen haben deutlich gemacht, in welchem Maße die Bundesrepublik importabhängig ist und unter einer Verschlechterung der terms of trade – bei Beibehaltung dieser Entwicklung – leiden könnte. Somit ergibt sich die Frage, ob die Strukturpolitik nicht einer generellen Überprüfung unterzogen werden sollte: Diejenigen Industriezweige, die besonders energieintensiv sind, sind in den meisten Fällen auch mit hohen Kosten des Umweltschutzes belastet, wenig „fortschrittlich" (gemessen am Aufwand für Forschung und Entwicklung), und sie kombinieren im allgemeinen ihr Anlagevermögen mit überdurchschnittlich ausgebildeten Arbeitskräften, genießen zum Ausgleich für diese Standortnachteile aber hohen Zollschutz sowie Subventionen. All dies widerspricht in hohem Maße sowohl den wirtschaftsstrukturellen als auch den entwicklungspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung. Eine Drosselung des Produktionszuwachses in diesen Branchen könnte sowohl die Energie- als auch die Umweltbilanz entlasten, Entwicklungsländern mehr Einkommen verschaffen und dem überdurchschnittlichen Qualifikationsniveau westdeutscher Arbeitskräfte auf lange Sicht gerecht werden.

Die Hypothese, höherer Energieverbrauch schafft Arbeitsplätze, ist von uns für den Bereich der Industrie in Quer- und Längsschnittuntersuchungen auf ihren empirischen Gehalt überprüft worden. Es bestätigte sich die Vermutung, daß im allgemeinen für die Branchen mit höherem Energieverbrauch je Produkteinheit die Zahl der Arbeitsplätze pro Produkteinheit abnimmt. Statistische Untersuchungen über diesen Zusammenhang deuten darauf hin, daß zwischen 1960 und 1973 Energie eher mehr Arbeitsplätze substituiert als geschaffen hat. Betrachtet man jedoch 1975, so lassen die Untersuchungen vermuten, daß in Abhängigkeit von der Veränderung der Preisrelationen Arbeit/Energie die Bemühungen um Einsparung bzw. Rationalisierung bei Energie bzw. Arbeit wechseln.

Der Korrelationskoeffizient lag Anfang der 60er Jahre noch unter 40%, erreichte aber mit jedem Aufschwung höhere Werte: 45% Mitte der 60er Jahre, 50% um 1970 herum und 55% 1973; 1975 sank er jedoch wieder auf gut 40%.

Waren es bis 1973 weit mehr die Lohnkosten, auf die die Aufmerksamkeit der Unternehmen gelenkt wurde, so rückten nach der Ölkrise die Energiekosten mehr ins Blickfeld. Energieeinsparung kann also – im Zusammenhang mit dem oben Genannten – durchaus verhindern, Arbeitsplätze zu vernichten, da die Gesamtproduktivität auch durch verminderten Energieeinsatz erhöht werden kann. Die Untersuchung und das genannte Beispiel der Halbleiterbauelemente weisen darauf hin, daß nach wie vor Wirtschafts- sowie For-

schungs- und Technologiepolitik nach Möglichkeiten Ausschau halten müssen, Arbeitsplätze bereitzustellen – nicht aber die Energiepolitik.

Zukünftiger Energiebedarf

Zukünftiger Energiebedarf läßt sich – auch mit wissenschaftlichen Methoden – nur grob schätzen. Wie stark solche Schätzungen in kürzester Zeit revidiert werden mußten, zeigt das amerikanische und westdeutsche Kernenergieausbauprogramm:
– die amerikanische Regierung mußte binnen zwei Jahren ihre Schätzungen zum Kernenergieausbau um rund 40% nach unten revidieren[4]). Die Zeitschrift „Business Week" meinte im Sommer sogar, daß bis 1985 nur knapp die Hälfte derjenigen Kernenergiekapazitäten errichtet werden müssen, die man zwei Jahre zuvor für 1985 geplant hatte;
– auch die Bundesregierung revidierte Ende 1976 ihre Schätzungen für den Kernenergieausbau bis 1985 aus dem Jahre 1973/74 um 20% nach unten. Der Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle AG schätzt die Reduktion auf ein Drittel[5]). Inoffiziell spricht man inzwischen ebenfalls von einer Reduktion um die Hälfte.

Die wesentlichsten Gründe, die die Schätzungen zum Kernenergieausbau binnen so kurzer Zeit um rund 100 Kernkraftwerke in den USA und um rund 15 bis 20 in der Bundesrepublik schrumpfen ließen, sind:

1) Das Wirtschaftswachstum dürfte bis 1985 niedriger ausfallen, als man 1974 zunächst angenommen hatte.

2) Die Erkenntnis, daß man in vielen Bereichen der Energieverwendung den spezifischen Energiebedarf durch entsprechende Sparmaßnahmen technischer und organisatorischer Art vermindern kann. Diese „Erkenntnis" war zwar theoretisch schon vor 1975 vorhanden und in der Industrie auch teilweise genutzt worden; die niedrigen Energiepreise bis 1973/74 verhinderten jedoch häufig eine konsequente Nutzung der Sparmöglichkeiten (insbesondere in den Bereichen Verkehr, Kleinverbraucher und private Haushalte).

3) Die mit der Kernenergie verbundenen Schwierigkeiten bei den Baugenehmigungsverfahren sowie der Kapitalbeschaffung und ökonomische Risiken, die auf noch umstrittenen Fragen der Sicherheitsanforderungen, der Anlagenlebensdauer und der Kreislaufschließung basieren, ließen es in den USA ratsam erscheinen,
– eine langsamere Gangart in der Kernenergieplanung einzuschalten sowie
– die Rolle der Kohle und der Sonnenenergie als Primärenergieträger zu überdenken.

In den Schätzungen der deutschen Bundesregierung von Ende 1976 scheinen sich die Überlegungen der amerikanischen Kollegen noch nicht niedergeschlagen zu haben; denn nach wie vor bleibt der Anteil der Kernenergie für 1985 bei rund einem Sechstel des Primärenergieverbrauchs[6]); bzgl. der Kern-

4) „Science", Vol. 192, 28. 6. 1976, S. 866f.
5) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", „Notfalls Kraftwerke auf eigene Faust", 14. 12. 1976.
6) „Der Spiegel" v. 3. 1. 1977, S. 35.

energie handelt es sich demnach um eine reine Anpassung an die jüngsten Schätzungen eines geringeren Gesamtenergiebedarfs.

Viele der heutigen Energiebedarfsschätzungen beruhen auf der Extrapolation von Verhaltensweisen, die in der Vergangenheit beobachtet wurden. Ob die Vergangenheit für die Zukunft bei relativ steigenden Energiepreisen und Sättigungserscheinungen immer Pate stehen kann, muß bezweifelt werden.

Verarbeitende Industrie und Verkehr

Die beschriebene Entwicklung des Energiebedarfs von Industrie, Verkehr sowie Kleinverbrauchern und privaten Haushalten macht deutlich, daß Schätzungen über den Energiebedarf branchenweise erfolgen müssen, daß die vergangene Globalentwicklung mit ihrem gleichförmigen Zuwachs von Primärenergieverbrauch und BIP in den 60er Jahren als Ergebnis einer bestimmten historischen Konstellation zu betrachten ist und daß selbst die Vergangenheitsentwicklung einzelner Branchen nicht für die Zukunft einfach fortgeschrieben werden kann, denn:
– möglicherweise sind die Einsparungsmöglichkeiten in einzelnen Branchen erschöpft, oder es bieten sich aufgrund neuer Produktionsverfahren größere Einsparungsmöglichkeiten als bisher;
– möglicherweise verlangsamt sich die Produktion energieintensiver Produkte in einzelnen Branchen schneller als bisher oder umgekehrt.

Vergleicht man die Branchenstruktur der Verarbeitenden Industrie von 1975 mit derjenigen, wie sie z. B. von der Prognos AG für 1985 angenommen wird[7]), so fällt auf, daß Branchen mit niedrigerer Energieintensität in den meisten Fällen größere Wachstumschancen eingeräumt werden als den energieintensiven. Allein diese Umstrukturierung würde zu einer Energieeinsparung in der Industrie von 1,5% im Jahr führen; zusätzlich kann noch mit einer Verminderung des spezifischen Energieeinsatzes gerechnet werden, der derzeit u. E. sehr konservativ auf 1% pro Jahr eingeschätzt wird[8]).

Legt man die Schätzungen zum Wirtschaftswachstum der Prognos AG sowie eine sektoral trendmäßig geschätzte Veränderung des spezifischen Energieeinsatzes zugrunde, kann man mit einem Energiebedarf der Verarbeitenden Industrie für das Jahr 1985 von knapp 130 Mio. tSKE rechnen (bei einer jährlichen Zuwachsrate des NPV von knapp 4%); dies würde einer Elastizität von knapp 0,5 entsprechen.

Im Verkehrsbereich wird man auch ruhigere Wachstumsphasen erwarten können. Die Mineralölwirtschaft rechnet mit einem Zuwachs des Kraftstoffverbrauchs von rd. 2,5% pro Jahr gegenüber gut 10% pro Jahr in der Vergangenheit, so daß für Diesel-, Kraft- und Treibstoffverbrauch im Jahre 1985 rd. 55 Mio. tSKE geschätzt werden[9]).

7) Prognos AG, Die Bundesrepublik Deutschland 1980–1985–1990, Basel 1976.
8) Fichtner, „Energieanwendung", in: Technologien zur Einsparung von Energie, Studie im Auftrag des BMFT, Bonn 1977, Teil II. 2.
9) Mineralölwirtschaftsverband, „Mineralöl und Energieverbrauch – Entwicklung bis 1985", Hamburg 1975 (1976).

Kleinverbraucher

Die Unsicherheit der Energieprognosen ist aber größtenteils durch das Verhalten der Verbrauchergruppe mit den höchsten Zuwachsraten in der Vergangenheit, nämlich der Haushalte und Kleinverbraucher, begründet. Derzeit sprechen zwei Gründe dafür, daß der überproportionale Energieverbrauchszuwachs zumindest der Kleinverbraucher in Zukunft nicht so fortfahren muß wie bisher:

1) Überall dort, wo Sättigungsgrenzen, z. B. in der Mechanisierung und Automation, erreicht werden, wird der überproportional zunehmende Energiebedarf zurückgehen.

2) Hinzu kommt ein doppelter Kostengesichtspunkt: überproportionaler Anstieg des Energieverbrauchs und in Zukunft relativ stärker steigende Preise für Energie werden den Energiekostenanteil in den betroffenen Wirtschaftsbereichen bzw. den privaten Haushalten so vergrößern, daß er zu sparsamerem Energieverbrauch anregen sollte.

Das Energiewirtschaftliche Institut (EWI) an der Universität Köln unterstellt daher auch einen konstanten spezifischen Energieeinsatz, so daß bei Annahme eines durchschnittlichen jährlichen Wachstums des Beitrags zum BIP von gut 2,5% ein Energiebedarf der Kleinverbraucher (incl. Militär) auf knapp 60 Mio. tSKE für 1985 geschätzt wird[10]).

Private Haushalte

Es bleiben die mit großen Unsicherheiten belasteten Schätzungen des Energiebedarfs der privaten Haushalte. Diese Unsicherheiten resultieren aus der Schwierigkeit, Kaufentscheidungen über energieintensive Haushaltsgeräte, wärmegedämmte Häuser und Wohnungen, elektrische Nachtspeicherheizungen etc. abzuschätzen. Derartige Kaufentscheidungen sind in hohem Maße dem Einfluß der Werbung und der Energiepolitik ausgesetzt.

Unterstellt man einerseits ein besonnenes energiebewußtes Verhalten, d. h. einen konstant bleibenden spezifischen Heizenergiebedarf und einen proportional zum privaten Verbrauch ansteigenden Energieverbrauchszuwachs für die übrigen Verwendungszwecke von 3% im Jahr, so würden die privaten Haushalte 1985 rd. 75 Mio. tSKE nachfragen. Bei unbedachtem Verbrauch könnten es auch 80 bis 85 Mio. tSKE werden.

Strombedarfsschätzungen

Ob allerdings der überproportionale Verbrauchszuwachs an Strom der privaten Haushalte zurückgehen wird, hängt unseres Erachtens entscheidend davon ab, inwieweit Elektrizitätswirtschaft und private Haushalte einen verminderten Stromzuwachs ernsthaft überhaupt anstreben.

Nach einer Strombedarfsanalyse bis zum Jahre 2000 schätzt das EWI in zwei alternativen Projektionen des Wirtschaftswachstums die jährlichen Zuwachs-

10) Energiewirtschaftliches Institut, Technologie zur Einsparung von Energie – Teil I, Studie für das Bundesministerium für Forschung und Technologie, Köln 1976.

raten des Gesamtstromverbrauchs zwischen 4,9 und 5,4% bis 1985 und zwischen 4,5 und 4,9% für 1985/2000[11]). Bis 1985 werden dabei die Zuwachsraten für die Haushalte mit rd. 7%, für die Kleinverbraucher mit rd. 6% und für die Industrie mit rd. 4% geschätzt, d. h. es wird vorausgesetzt, daß sich an dem bisherigen Verhalten des Stromverbrauchs nichts ändert.

Die Autoren räumen bei der Diskussion der zwei alternativen Stromverbrauchsprojektionen allerdings ein, daß der Stromverbrauch bis zum Jahre 2000 evtl. auch nur um 4% jährlich zunehmen könnte, wenn man
– nicht einen steigenden, sondern einen konstanten spezifischen Stromverbrauch in der Industrie sowie
– einen für das Jahr 2000 um 30% niedrigeren Stromeinsatz für Heizzwecke im Haushaltsbereich, der zunächst mit einem jährlichen Zuwachs von 7% angenommen wurde, ansetzt.

Der zugrundegelegte Stromzuwachs ist für den Ausbau der Kernenergie entscheidend. Geht man, wie die Autoren, davon aus, daß ab 1980 die installierte Kapazität der konventionellen Kraftwerke nicht mehr zunimmt, vielmehr der Strombedarf allein durch Zubau von Kernkraftwerken gedeckt wird, so errechnet sich ein Zubau
– an konventionellen Kraftwerken von fünf Einheiten (bei 1,3 GW Leistung) und
– an Kernkraftwerken (bei 1,3 GW Leistung) bis 1985 von
26 Einheiten bei einem jährlichen Strombedarfszuwachs von gut 5% oder
20 Einheiten bei einem jährlichen Strombedarfszuwachs von 4,5%.

Ob man darüber hinaus mit weniger als 26 oder 20 Kernkraftwerken auskommen wird, das wird entscheidend davon abhängen, wie stark das Bewußtsein der Bevölkerung gefördert wird, daß
– Strom die höchstveredelte (d. h. die mit dem weitaus schlechtesten Wirkungsgrad erzeugte) Endenergieform und auch die teuerste ist, die nur mit Bedacht zur Raumheizung und Warmwasserbereitung eingesetzt werden sollte;
– im Strompreis viele gesellschaftliche Kosten, wie z. B. Umweltbelastung, staatliche Forschungsförderung und Infrastrukturleistungen, nicht berücksichtigt sind; und daß
– im Strompreis nicht dasjenige Risiko inbegriffen ist, über das sich die Sicherheitsexperten und Warner vor der Kernenergie heutzutage noch streiten.

Daß man eine Bewußtseinsänderung auch über den Strompreis, d. h. über die Tarifpolitik, fördern könnte, steht außer Zweifel. Der Vorsitzende der Monopolkommission, Prof. Mestmaecker, hat im Herbst 1976 Zweifel geäußert, ob die Tarifgestaltung dem Kostenpreis entspricht[12]). Für die Haushalte und Kleinverbraucher wäre hier zu prüfen, inwieweit das Verhältnis zwischen Arbeits- und Grundpreis bzw. die Unterteilung in die verschiedenen Tarifgruppen kostengerecht ist, d. h. beispielsweise, ob nicht heute ein zu hoher

11) Energiewirtschaftliches Institut an der Universität Köln, Die Entwicklung des Elektrizitätsbedarfs der BRD bis zum Jahre 2000 in Abhängigkeit von wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, Köln 1975.
12) ddp, „Harte Kritik an den Preisen für den privaten Stromverbrauch", in: „Süddeutsche Zeitung" v. 20. 10. 1976, S. 2.

Grundpreis und zu geringer Arbeitspreis erhoben wird. Zudem wäre zu prüfen, ob man den Anreiz zum Strommehrverbrauch durch Verminderung oder Aufgabe des mengendegressiven Stromtarifs einschränkt oder völlig fallen läßt.

Außerdem könnte man den Werbe- und Informationsaufwand für die Kernenergie, wie er von seiten der Elektrizitätswirtschaft derzeit aufgebracht wird, beispielsweise halbieren und die andere Hälfte zur Werbung für einen bewußten, sparsamen Umgang mit elektrischer Energie verwenden:
– Sparsamer Stromeinsatz würde z. B. bedeuten, überall dort, wo Wohnungen über eine zentrale Warmwasserversorgung verfügen, Wasch- und Spülmaschinen an die Warmwasserleitung anzuschließen. In den Betriebsanleitungen mancher Fabrikate findet man dagegen ein ausdrückliches Verbot des Warmwasseranschlusses[13]).
– Stromeinsatz mit Bedacht würde bedeuten, Gasdurchlauferhitzer und Gasherde anstelle von strombeheizten zu wählen, wenn ein Gasanschluß möglich ist[14]).

Denn in beiden Fällen macht es wenig Sinn, den mit hohen Energieverlusten erzeugten Strom für Warmwasserbereitung oder Kochen einzusetzen, was man mit geringeren Energieverlusten über die häusliche Warmwasser- bzw. Gasversorgung erreichen könnte. Zudem wird die Warmwasserbereitung durch Sonnenenergie in Ein- und Zweifamilienhäusern und Flachbauten in wenigen Jahren wirtschaftlich[15]). Hierdurch würden nicht nur neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch das Energiebewußtsein der Hausbesitzer gefördert und unter Umständen zu Gedanken über eine bessere Hausisolation angeregt.

Streitpunkt Strom aus Kernenergie

Wenn hier das Problem der sparsamen Energienutzung insbesondere am Beispiel des Stromverbrauchs abgehandelt wird, dann deshalb, weil nach dem Energieprogramm der Bundesregierung und nach Meinung der Elektrizitätswirtschaft der Zuwachs des zukünftigen Stromverbrauchs fast völlig durch Kernenergie als Primärenergie gedeckt werden soll.

Der Kostenvorteil, den man früher allgemein bei Strom aus Kernenergie sah, ist heute nicht mehr unumstritten. Während sich Interessenvertreter der Kernenergie und des Kohlebergbaus ungefähr einig sind, was der Strom aus Steinkohle oder Heizöl heute und im Jahre 1980 kostet, ist man sich schon uneins, was heute der Strom aus Kernkraftwerken kostet. Während die einen den Kostenvorteil der Kernenergie auch für Anfang der 80er Jahre mit großer Gewißheit mit gut 3 Pfennig je kWh voraussetzen[16]), wird dies von anderer Seite mit ähnlicher Gewißheit in Frage gestellt (vgl. Anm. 5).

13) „Test 496: Geschirrspülmaschine", in: „Test", April 1975, S. 197.
14) Werbesprüche wie „Strom kommt eh' ins Haus, nutz das aus" sollte die Elektrizitätswirtschaft tunlichst vermeiden.
15) B. Dietrich, „Solare Brauchwassererwärmung – Integration in die Haustechnik, Wirtschaftlichkeit", in: „RWE-Anwendungstechnik" v. 12. 5. 1976, S. 61–71.
16) Th. Bohn, „Kohlestrom bleibt teurer als Kernenergiestrom", in: „VDI-Nachrichten" v. 28. 1. 1977, S. 6.

Unterschiedliche Annahmen über zukünftige Sicherheitsanforderungen, über Standardisierungsmöglichkeiten und entsprechende Investitionskosten, über Abschreibungszeiten und über die erforderlichen Rückstellungen für Wiederaufbereitung, Endlagerung und Außerbetriebstellung bei Kernkraftwerken sind die Hauptgründe der Kostenkontroverse, die vielleicht erst in 20 Jahren beendet sein wird, wenn die Kreislaufschließung realisiert und man langjährige Betriebserfahrungen gemacht haben wird.

Der Einbezug der derzeit seitens des Staates geleisteten jährlichen Subventionen – rd. 1,4 Mrd. DM durch den Kohlepfennig für den Kohlebergbau und rund 0,9 Mrd. für die Kernenergieforschung – verschiebt das Kostenbild praktisch nicht.

Das jüngste Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung brachte etwas Klarheit in die Diskussion, wieviel Arbeitskräfte für den Bau eines Kohle- bzw. Kernkraftwerks direkt und indirekt beschäftigt werden[17]). Danach führt die Investition für gleich welchen der beiden Kraftwerkstypen während einer vierjährigen Bauzeit zu einer Beschäftigung von
– knapp 4000 Erwerbstätigen, die direkt mit dem Kraftwerksbau zu tun haben oder in denjenigen Branchen arbeiten, die direkte Vorleistungen liefern;
– rd. 2000 Erwerbstätigen, die in denjenigen Branchen arbeiten, die indirekt vom Kraftwerksbau profitieren, indem sie Vorleistungen an die direkten Lieferanten des Kraftwerks liefern;
– rd. 3500 Erwerbstätigen, die durch den zusätzlichen privaten Verbrauch der zuvorgenannten 6000 Erwerbstätigen direkt und indirekt beschäftigt werden.

Neben dieser Beschäftigung von knapp 10 000 Erwerbstätigen für den vierjährigen Bauzeitraum führt der Betrieb eines 1,4-Gigawatt-Steinkohlekraftwerks infolge der Vorleistungen (insbesondere des Steinkohlebergbaus) zu jährlich rund 10 000 Arbeitsplätzen, die beim Betrieb eines Kernkraftwerks infolge der anderen Primärenergie wesentlich geringer sind.

Jüngste Stellungnahmen von Politikern in Nordrhein-Westfalen deuten darauf hin, daß die Kernenergie für das kohlereiche Rhein-Ruhr-Gebiet angesichts der Kostenvergleiche und der Beschäftigungseffekte eine etwas andere Rolle spielen dürfte als für kohleferne Bundesländer.

Primärenergiebedarf für 1985

Um aus dem gesamten Endenergiebedarf von 320 bis 330 Mio. tSKE den Primärenergiebedarf abschätzen zu können, bedarf es einer Aussage über die Entwicklung des Stromanteils, da weiterhin mit einem überproportionalen Stromzuwachs gerechnet wird (rd. 5% pro Jahr bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von gut 3%) und die hohen Verluste bei der Stromerzeugung den Primärenergiebedarf überproportional steigern, d. h. den Gesamtwirkungsgrad des Energieumwandlungssektors verschlechtern. Abhängig vom Stromverbrauchszuwachs und dem Verhalten der privaten Haushalte (einschließlich Privatverkehr) dürfte der Primärenergieverbrauch 1985 zwischen

17) „Die Kohleverstromung sichert etwa 180 000 Arbeitsplätze", in: „Handelsblatt" v. 2. 12. 1976. – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, „Auswirkungen des Baus eines Kraftwerkes auf Produktion und Erwerbstätigenzahl", in: „Mitteilungen", 26/27/1976, S. 256–259.

450 und 480 Mio. tSKE liegen. Die daraus errechnete „Elastizität" würde zwischen rd. 0,6 und 0,8 liegen und damit etwas höher als in den 50er Jahren ausfallen (s. Tab. 1).

Diese Werte werden um so wahrscheinlicher, je bewußter Energie als ein „knappes Gut" behandelt wird, d. h. je stärker sich die Preisrelation zwischen Energie und anderen Gütern zugunsten der Energie entwickelt. Hinweise dafür sind u. a. der Investitionsbedarf für steigende Sicherheitsanforderungen, die Aufbereitungsanlage und Endlagerung im Bereich der Kernenergie, für die Heizöl- bzw. Rauchgasentschwefelung sowie für die Erkundung und Ausbeutung von Erdöl- und Naturgasvorkommen in Ländern außerhalb der OPEC. Zudem ist damit zu rechnen, daß die OPEC-Länder ihre Vorkommen schonender als bislang abbauen und auf diese Weise die Energie knapper halten.

Nimmt man einmal an, daß Energie tatsächlich relativ teurer wird, dann stellt sich die Frage, ob die privaten Haushalte ihre Verhaltensweisen anpassen: Reagierten sie bislang relativ unelastisch auf Energiepreissteigerungen (Preiselastizität: –0,4), aber elastisch auf Einkommenssteigerungen (Einkommenselastizität: 1,2), so könnte sich dies durchaus umkehren. Eine möglichst breite Energiediskussion in der Öffentlichkeit könnte zu einer Verhaltensänderung in der Zukunft beitragen.

Die Rolle alternativer Energiequellen: Sonne, Wind und Erdwärme

Bei der kontroversen Diskussion über die zukünftige Sicherung der Primärenergieversorgung wird zuweilen als Ausweg auf die Sonnen-, Wind- und geothermische Energie verwiesen. Wenngleich dieser Weg einer sehr umweltfreundlichen Energieversorgung unbedingt eingeschlagen werden sollte, so muß doch auf die begrenzte Rolle hingewiesen werden, die diese Energieformen für die Versorgung der Bundesrepublik spielen können. Wenn man einmal von derzeitigen technischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten absieht, so wird der Anteil an Sonnenenergie – großenteils auf die Warmwasserbereitung und Raumheizung in Ein- und Zweifamilienhäusern wegen der erforderlichen Sammlerflächen begrenzt – vielleicht 5 bis maximal 8% des Primärenergieverbrauchs betragen[18]). Ein noch bescheidenerer Anteil wird derzeit für die zukünftige Anwendung von Wind- und geothermischer Energie für realisierbar gehalten.

Allerdings könnte der Sonnenenergie eine größere Rolle als Primärenergieträger zufallen, wenn man sie in den großen Flächen der Sahara nutzte, um mit dem daraus gewonnenen Wasserstoff Westeuropa eine neue Energiequelle zu erschließen. Dieser gewiß etwas längerfristigen Perspektive für die europäischen und nordafrikanischen Länder wird heute nur wenig Beachtung geschenkt, so daß die zunächst erforderlichen Kenntnisse für die Entscheidung zu einem derartigen epochemachenden Unternehmen praktisch nur minimale Fortschritte machen.

18) Der derzeitige Anteil der Energie für Raumheizung und Warmwasserbedarf in Ein- und Zweifamilienhäusern beträgt rd. 12% am Energieverbrauch.

Nach einer sinnvollen Ergänzung zur Kernenergie wird man erst dann rufen, wenn auch die Abhängigkeiten der Kernenergie ins Bewußtsein gerückt sind (z. B. Uranimporte, Sicherheitsrisiken, Abwärme, Ängste der Bevölkerung) und wenn man begreift, daß die Abhängigkeit von nordafrikanischen Wasserstofflieferanten akzeptabel und gegenseitig sein würde.

Die Umwelt – ein zunehmend begrenzender Faktor

Neben der Diskussion um Kosten, technische Machbarkeit und Energieimportabhängigkeit zukünftiger Energieversorgung wird man zunehmend den Umweltaspekt in die Überlegungen mit einbeziehen müssen.

Der Nachteil der Verbrennung fossiler Energieträger, deren Lagerstätten sich in geologischen Zeiträumen gebildet haben, bezieht sich nicht nur auf die Tatsache, daß die Vorräte heutzutage in einem (geologisch gesehen) Augenblick verbrannt werden, sondern darauf, daß neben verschiedenen Schadstoffen – und auch Radioaktivität bei der Steinkohle – durch die Verbrennung soviel Kohlendioxid in die Atmosphäre gelangt, daß die globale CO_2-Konzentration seit Beginn dieses Jahrhunderts um gut 10% gestiegen ist und bis zum Jahre 2000 um weitere 15% steigen dürfte[19]).

Dieser Anstieg, für sich betrachtet, würde eine globale durchschnittliche Temperaturerhöhung um etwa ein halbes Grad nach sich ziehen, wobei sich die Wissenschaftler heute noch nicht einig sind, inwieweit die Temperaturerhöhung verstärkt, kompensiert oder umgekehrt wird, indem sich durch Menschen erzeugte Feinstäube, Wasserdampf und Halogenkohlenwasserstoffe in der Atmosphäre immer weiter anreichern. Hinzu kommt die direkte Aufheizung der Atmosphäre durch die Abwärme, die bei jeder Energieumwandlung frei wird. Schon aus diesem Grunde scheint der Energieverbrauch sich im kommenden Jahrhundert Grenzen zu nähern, die die Stabilität des Klimas in Frage stellen. An dieser Grenze würde auch die Kern- oder Fusionsenergie nicht vorbeikommen, da auch sie bei ihrer Nutzung prinzipiell Abwärme erzeugt und damit (im großen Stil im kommenden Jahrhundert angewandt) das Energiegleichgewicht der Atmosphäre verschieben würde.

Wenngleich die Begrenzungen durch die natürliche Umwelt noch nicht genau bekannt sind und ihre Bedeutung sich noch 30 oder 50 Jahre verdrängen ließe, so wird doch klar, daß man einem ungehemmten Energieverbrauchszuwachs auch heute nicht unbesonnen das Wort reden sollte. Dies gilt auch im Hinblick auf den Nachholbedarf des Energieverbrauchs in den Ländern der Dritten Welt. Unterstellt man einmal für die zweite Hälfte des kommenden Jahrhunderts eine Weltbevölkerung von 10 bis 15 Mrd. und einen durchschnittlichen Pro-Kopf-Energieverbrauch von 15 tSKE, der etwa 1985 in den USA erreicht sein dürfte, so würde der Weltenergiebedarf gegenüber heute um den Faktor 20 bis 30 steigen, d. h. der jährliche Weltenergiebedarf in der zweiten Hälfte würde Größenordnungen annehmen, die den Mengen der heute nachgewiesenen Mineralölreserven entsprechen.

19) W. C. Wang u. a., „Greenhouse Effects due to Man-Made Perturbations of Trace Gases", in: „Science", Vol. 194, 12. 11. 1976, S. 685–690.

Aussichten und Probleme der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen

Von Georgi Arbatow

Um eine Darstellung der gegenwärtigen Weltlage und ihrer Perspektiven aus amerikanischer Sicht gebeten, stellte uns Zbigniew Brzezinski, inzwischen zum Sicherheitsberater des neuen US-Präsidenten ernannt, einen Beitrag zur Veröffentlichung in deutscher Sprache zur Verfügung, der in Heft 11/1976 der „Blätter" erschienen ist („Amerika in einer feindlichen Umwelt", S. 1246–1264). In der vorliegenden Ausgabe können wir einen Artikel aus sowjetischer Sicht veröffentlichen, den Georgi Arbatow, führender sowjetischer USA-Experte, ursprünglich für die amerikanische Zeitschrift „Foreign Policy" geschrieben hat. Diese Zeitschrift, in der maßgebliche amerikanische Beiträge zur gegenwärtigen Diskussion über die Haltung der USA zur Entspannungspolitik erschienen sind, hat ihre Zusage, den nachstehenden Artikel abzudrucken, jedoch bemerkenswerterweise zurückgezogen. D. Red.

I

Der sowjetische Standpunkt zur Zukunft der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA schließt einerseits die Überzeugung ein, daß ihre weitere Verbesserung notwendig und möglich ist, andererseits auch die volle Kenntnisnahme der Schwierigkeiten, denen wir uns auf diesem Wege gegenüber sehen, und die klare Einsicht, daß die Prozesse der Spannungsverminderung noch nicht irreversibel geworden sind und daß Erfolge auf diesem Gebiet auch weiterhin in einem komplizierten und zeitweise scharfen Kampf erreicht werden müssen. Unsere Einschätzung der allgemeinen Lage und der Aussichten sowjetisch-amerikanischer Beziehungen verbindet daher Optimismus mit der Vergegenwärtigung derjenigen Gefahren und Probleme, die zu Besorgnis und in einigen Fragen sogar zu Befürchtungen Anlaß geben. Beide Aspekte dieser Einschätzung bedürfen zweifellos einiger Erläuterung.

Mit dem ersten Aspekt meine ich keine Euphorie, sondern präzise einen realistischen Optimismus, der auf einer nüchternen Beurteilung der Situation basiert. Er ist verwurzelt in dem Vertrauen darauf, daß die Weiterführung und Vertiefung des Abbaus von Spannungen sowie die weitere Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen den grundlegenden Interessen beider Staaten und beider Völker entsprechen. Von diesen Interessen sollten wir natürlich an erster Stelle die Verhinderung eines Atomkrieges nennen, der für die USA, die UdSSR und andere Länder gleichermaßen verheerende Folgen hätte. In diesem Zusammenhang gibt es in unserem Zeitalter wirklich keine Alternative zu den auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz basierenden Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Diese Wahrheit scheint weltweit anerkannt und geradezu trivial zu sein. Sie verdient jedoch erwähnt zu werden, weil wirklich sichere, ich würde sogar

sagen narrensichere Garantien zur Verhinderung eines Atomkrieges (alle anderen Garantien sind angesichts einer Bedrohung in dieser Größenordnung ungenügend) nicht gewährleistet werden können unter den Bedingungen des Kalten Krieges, des intensiven Wettrüstens, der immer stärker drohenden Verbreitung atomarer Waffen und der vorhandenen oder potentiellen Ursachen militärischer Konflikte in einer Reihe von Gebieten der Welt. Es ist offensichtlich, daß dies alles nicht nur die passive Bereitschaft beider Staaten erfordert, keinen Krieg gegeneinander zu beginnen, sondern auch ihre aktiven und konsequenten Anstrengungen mit dem Ziel, die gegenseitigen Beziehungen zu verbessern, die Nachwehen des Kalten Krieges zu überwinden, Situationen drohender militärischer Konfrontation zu vermeiden und bei der Lösung dringender internationaler Probleme Zusammenarbeit zu praktizieren. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei ohne Zweifel die Rüstungsbeschränkung, ein Problem, mit dem wir uns im folgenden noch weiter beschäftigen werden.

Aus politischer ebenso wie aus wirtschaftlicher Sicht dient es den Interessen beider Länder, wenn es zur Entwicklung der kommerziellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit kommt. Offensichtlich können sowohl die USA wie auch die Sowjetunion ohne eine solche Zusammenarbeit auskommen. Angesichts der Größe der Wirtschaft beider Länder wird sie jetzt und vielleicht auch in naher Zukunft nur am Rande eine Rolle spielen. Langfristig gesehen, kann die erfolgreiche Entwicklung kommerzieller, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technischer Bindungen zwischen der UdSSR und den USA jedoch zu einem ziemlich wesentlichen Faktor ihrer Wirtschaftssysteme und zu einer Quelle großer zusätzlicher Vorteile werden. Ebensowenig kann man die Tatsache übersehen, daß viele globale Probleme – Umwelt, Ernährung, Rohstoffe und andere – mit jedem Jahr deutlicher und schärfer hervortreten. Wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten ist, die über das größte wirtschaftliche und wissenschaftliche Potential der Welt verfügen, braucht kaum besonders bewiesen zu werden.

Die Existenz gemeinsamer Interessen von solcher Größenordnung begünstigt die Möglichkeit, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen weiter zu verbessern. Ich sage dies im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß Staaten – wie Menschen – durchaus nicht immer im Sinne ihres eigenen Interesses handeln; andernfalls hätte uns die Geschichte im allgemeinen sehr viele Kriege und Konflikte erspart. Ich meine jedoch, daß auch bei Berücksichtigung dieser unbestreitbaren Tatsache die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen Gründe für einen gewissen Optimismus liefern. Und das nicht nur, weil der Preis zu offensichtlich ist, der im Falle tragischer Fehlentscheidungen mit der möglichen Folge eines Atomkrieges gezahlt werden müßte. Logisch ist auch, daß sich die Gesamtheit der in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit gesammelten Erfahrungen zugunsten einer Spannungsverminderung auswirken muß. Ich meine die Erfahrung mit Beziehungen, die buchstäblich alle Formen der Feindseligkeit umfaßten (nur mit der Ausnahme des totalen militärischen Konfliktes, der bisher glücklicherweise vermieden werden konnte, obwohl die beiden Länder dicht davor standen): ungezügelten Rüstungswettlauf, den vollständigen Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen und ständige politische

Konfrontationen, ganz abgesehen von der bitteren verbalen Auseinandersetzung.

Es dürfte keine Übertreibung sein, wenn man feststellt, daß die in Blöcke aufgespaltene Welt zu der Idee einer Verminderung der Spannungen (es sei mir gestattet, dafür weiterhin den Ausdruck „Entspannung" zu gebrauchen) nicht auf dem Wege plötzlicher Inspiration oder durch die Laune eines Einzelnen gelangt ist. Sie wurde aufgrund ihrer gesamten früheren Erfahrung dazu gebracht, diese Idee zu akzeptieren, als alle übrigen Formen der Beziehungen erprobt und für mangelhaft befunden worden und als die Zwecklosigkeit und Gefährlichkeit des Kalten Krieges offenkundig geworden waren. Das macht nach meiner Meinung die Ideen der Verminderung von Spannungen, der friedlichen Koexistenz und ehrlicher internationaler Zusammenarbeit besonders lebensfähig und stark, jedenfalls für die Generationen, die sich noch an den Kalten Krieg erinnern. Zweifellos verhalten sich die Dinge in der Sowjetunion so. Soweit ich das beurteilen kann, erfreuen sich die Ideen der Entspannung und einer Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR auch in den USA breiter Unterstützung.

Dennoch gibt es zweifellos Probleme und Schwierigkeiten, die Veranlassung zu ernsthafter Besorgnis und ernsthaften Befürchtungen geben. Die Gründe dafür sind unterschiedlicher Natur. Zum Teil sind sie mit der Tatsache verknüpft, daß wir alle mehr oder weniger die Bürde der Mentalität und Emotionen tragen, die wir aus den Tagen des Kalten Krieges ererbt haben. Schließlich dauerte er ein Vierteljahrhundert, die Entspannung hingegen erst wenige Jahre. Dies gilt um so mehr, als die Grundideen des Kalten Krieges in der Tat angenehm einfach und leicht zu verstehen sind: es gibt einen spezifischen Feind, der die Quelle allen Übels darstellt, es gibt das klare Ziel, diesen Feind aus Leibeskräften zu bekämpfen, und es gibt gewohnheitsmäßige und geschichtlich bewährt erscheinende Methoden eines solchen Kampfes. Im Rahmen einer derartigen Mentalität ist es leicht, Emotionen anzufachen, die noch immer tief im Innern vieler Menschen verborgen sind – ein Gefühl nationaler Überlegenheit, Hurrapatriotismus, Mißtrauen und Feindschaft gegenüber allem, was ungewöhnlich und irgendwie anders ist.

Die Philosophie der friedlichen Koexistenz erfordert ein viel größeres Maß an Differenziertheit. Vor allem, weil sie bezogen ist auf Koexistenz, auf die Schaffung guter Beziehungen und der Zusammenarbeit von Ländern, die so verschieden in ihren Gesellschaftssystemen, politischen Institutionen und Ideologien sind, von Gesellschaften, die in ihren geistigen Werten, ihren Neigungen und Abneigungen so unähnlich sind. Es ist nicht so einfach, zu verstehen, daß es sich bei den Beziehungen zwischen ihnen nicht um ein „Nullsummenspiel" handelt, in dem die eine Seite genau so viel gewinnt, wie die andere verliert; daß trotz all ihrer Unterschiede und Widersprüche beide Seiten gemeinsame Interessen haben können; daß wir ungeachtet unserer Vorlieben und Abneigungen auf *einem* Planeten leben müssen, und daß Schwierigkeiten nicht nur aus Aktionen der anderen Seite entstehen können, sondern, wie zum Beispiel der Krieg in Südostasien gezeigt hat, auch aus Fehlkalkulationen und Fehlern in der eigenen Politik, ganz abgesehen von den

objektiven Prozessen, die auf der Welt stattfinden. Um die Unmenge neuer und weit komplizierterer Begriffe voll zu erfassen, bedarf es eines ernsthaften und, wie Leonid Breschnew in einer seiner Reden sagte, gewaltigen Umdenkens.

Durch einen weiteren Faktor werden die Dinge noch schwieriger: durch die Aktivitäten der Entspannungsgegner. Sie existieren in den USA und sind in jüngster Zeit aktiver geworden. Ich glaube nicht, daß die amerikanischen Leser dieses Artikels diese Tatsache in Frage stellen werden, vor allem jetzt im Hinblick darauf, was im Verlauf des Wahlkampfes gesagt und zum Teil auch getan worden ist.

Zu diesen Gegnern gehören nicht nur die extremen Rechten, Leute, die hoffnungslos im antikommunistischen Vorurteil befangen sind – und darüber hinaus weder die eigentlichen nationalen Interessen der USA noch die veränderten Realitäten in der Welt sehen. Noch immer gibt es auf der politischen Szene Amerikas auch diejenigen Kräfte, die der verstorbene Präsident Eisenhower als militärisch-industriellen Komplex bezeichnet hat. Ihr Widerstand gegenüber den innerhalb der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen stattfindenden positiven Veränderungen ist leicht zu erklären: Einfluß, Profite sowie politische und materielle Interessen dieser Kreise sind total abhängig von der Aufrechterhaltung der Spannung zwischen den beiden Ländern und von der Fortsetzung des Rüstungswettlaufs. Das gleiche gilt für all die Agenturen, Organisationen und Gruppen, die entstehen und ihre Positionen festigen konnten, als sich der Kalte Krieg auf dem Höhepunkt befand, und die das Schüren von Mißtrauen und Feindschaft zu ihrem Beruf gemacht haben. Wir beziehen uns auf die sogenannte „Intelligence Community", Tausende von Menschen im Dienst der „Psychologischen Kriegführung" und zahlreiche Organisationen von Emigranten aus sozialistischen Ländern. Ich muß hier ebenfalls diejenigen Organisationen und Personen erwähnen, die böswillig oder verblendet durch nationalistische Gefühle, Selbsttäuschung oder falsche Emotionen künstlich versuchen, die sogenannte „jüdische Frage" zum Schaden der Entspannung einzusetzen, obwohl dies mit den wirklichen Interessen der Juden keineswegs im Einklang steht, wo auch immer sie leben, in der UdSSR, in den USA oder in Israel.

Ich neige nicht dazu, die Möglichkeiten der Entspannungsgegner überzubewerten. Wie laut ihre Stimmen und wie aktiv sie selbst auch sein mögen, es sind Kräfte der Vergangenheit, deren Einfluß durch den Gang der Ereignisse, durch neue objektive Realitäten in der Welt und durch die bloße Tatsache im Schwinden begriffen ist, daß sie keinerlei gangbare Alternative zur Entspannung anzubieten haben. Man muß jedoch sehen, daß die Aktivitäten dieser Kräfte offensichtliche zusätzliche Schwierigkeiten bei der Lösung vieler Probleme der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen schaffen, die per se schon schwierig genug sind. Und das nicht nur in dem Sinne, daß diese Aktivitäten zu einer ständigen und wesentlichen Quelle des Mißtrauens in der Sowjetunion gegenüber Absichten und Politik der USA werden, während es eine der wichtigsten Aufgaben bleibt, gegenseitiges Verständnis und gegenseitiges Vertrauen zwischen den beiden Ländern zu stärken. Noch gefährlicher ist,

daß diese Aktivitäten die Lösung dringender Probleme sowjetisch-amerikanischer Beziehungen verlangsamen und verzögern. Und der Zeitfaktor spielt hier eine wichtige, in einigen Fragen möglicherweise sogar die entscheidende Rolle.

II

Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen umfassen viele wichtige Probleme. Während der letzten Jahrzehnte hat jedoch das Problem der Verhinderung eines Atomkrieges im Mittelpunkt gestanden und in Verbindung damit das Problem der Rüstungskontrolle, vor allem im Hinblick auf strategische Waffen. Besorgnis über diese Probleme war die Haupttriebfeder hinter der seit den 50er Jahren zunehmenden Stimmung zugunsten einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA und der Wendung vom Kalten Krieg zu einem Abbau der Spannungen. Es ist daher nicht überraschend, daß seit den frühesten Schritten der Entspannung genau diese Probleme im Mittelpunkt der zwischen den beiden Mächten stattfindenden Verhandlungen gestanden haben.

Es wäre ungerecht, wollte man behaupten, ihre Bemühungen um eine Beschränkung des Rüstungswettlaufs seien völlig ohne Ergebnis geblieben. Die bekannten Verträge zur Beschränkung der ABM (Anti-Raketen-Raketen)-Systeme aus den Jahren 1972 und 1974 haben ohne Zweifel große und anhaltende Bedeutung; ohne sie wäre die gegenwärtige Situation wesentlich gefährlicher und komplizierter. Bis zu einem gewissen Grade trifft dies auch auf die Interims-Vereinbarung von 1972 zur Beschränkung offensiver strategischer und einiger anderer Waffensysteme zu. Dennoch müssen wir den Tatsachen ins Gesicht sehen: trotz der Wendung zum Besseren in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen geht der Rüstungswettlauf weiter. Natürlich ist man geneigt zu fragen, wo die Gründe für diese Situation liegen und wen die Schuld dafür trifft.

Ich möchte in diesem Artikel nicht unnötig selbstgerecht und polemisch sein, aber ich sehe keine Möglichkeit, eine Beantwortung dieser Frage zu umgehen. Ich weiß sehr wohl, daß sie in Amerika zu anderen Antworten führen wird. Einige geben der Sowjetunion die alleinige Schuld. Andere betrachten die Vereinigten Staaten als den Hauptsündenbock für den andauernden Rüstungswettlauf. Mit Entschiedenheit weise ich die erste Ansicht zurück, und dies nicht nur, weil ich die sowjetische Position darlege und verteidige. Von welchem Blickwinkel aus wir diese Frage auch immer betrachten, die Tatsachen zeigen, daß sowohl die Wurzeln des Wettrüstens als auch die Hauptschwierigkeiten auf dem Wege zu seiner Beschränkung der amerikanischen Politik entstammen.

In ihr liegen insbesondere die Gründe dafür, daß eine Verwirklichung der Übereinkunft von Wladiwostok bis heute gescheitert ist. Es sind die USA, die auch *nach* dieser Übereinkunft das Programm zur Entwicklung strategischer unbemannter Flugkörper (SCM) noch beschleunigt haben, die nicht nur das Haupthindernis für den Abschluß einer Vereinbarung bilden, sondern die Bildung einer neuen und in ihren Folgen außerordentlich gefährlichen Spi-

rale des strategischen Wettrüstens heraufbeschwören. Es sind die USA, die auf dem Wege zu diesem Abkommen ein künstliches Hindernis dadurch errichtet haben, daß sie die Frage des „Backfire" in die Verhandlungen hineingezogen haben, eines sowjetischen Bombers mittlerer Größe, der – wenn überhaupt – mit strategischen Waffen weit weniger zu tun hat als die auf Flugzeugträgern stationierten US-Luftstreitkräfte und die in Europa stationierten sogenannten Voraustruppen. Und schließlich sind es die USA, die die Verhandlungen in die Länge gezogen haben.

Es macht keinen Unterschied, wenn der Wahlkampf als Grund für diese Komplikationen angeführt wird. Wenn das eine Frage des Wahlkampfes ist, dann kann man daraus nur den Schluß ziehen, mindestens eins von vier Jahren sei für Amerika jedesmal ein Jahr, in dem eine Beschränkung des Wettrüstens unmöglich ist. Und das macht die USA zu einem nicht sehr verläßlichen Partner in dieser wichtigen Sache. Eine weitere Frage verdient es, hier bedacht zu werden: warum hat im Verlauf der letzten dreißig Jahre nicht ein einziger Wahlkampf in Amerika den Rüstungswettlauf und ganz allgemein den Kalten Krieg blockiert, wohingegen viele von ihnen in diese Richtung führten? Das Jahr 1952 zum Beispiel gab dem Kalten Krieg Auftrieb, weil die Republikaner beschlossen, gegenüber dem Kommunismus die Karte des „Roll back" auszuspielen; 1960 war gekennzeichnet durch die Kampagne um die nichtexistierende amerikanische „Raketenlücke"; und die Wahlkampfdebatten des Jahres 1964 haben Amerika anscheinend noch stärker in das Vietnamabenteuer verwickelt. Folgt daraus nicht, daß es sich hierbei nicht so sehr um eine Frage von Wahlkämpfen handelt, sondern vielmehr um einige tieferliegende Merkmale der US-Politik? Merkmale, die während dieser Wahlkämpfe nur besonders stark hervortreten und die Regierung zu sehr weitreichenden Konzessionen gegenüber der extremen Rechten und denjenigen Kräften zwingen, die den militärisch-industriellen Komplex repräsentieren.

Bei aller Wichtigkeit der laufenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen möchte ich die Frage doch im Rahmen der gesamten Nachkriegsgeschichte des Wettrüstens erörtern. Ist es nicht eine Tatsache, daß die USA dabei fortwährend den Ton angegeben haben, während die Sowjetunion gezwungen war, so wie die Dinge lagen, Amerika in diesem Wettrennen „hinterherzulaufen"? Amerika war das erste Land, das Kernwaffen entwickelte und einsetzte, was die Sowjetunion natürlich dazu zwang, sie auch zu entwikkeln. Nachdem die USA die Sowjetunion mit einem Netz von Militärbasen umgeben hatten, führten sie auch in den Mitteln zur Beförderung dieser Waffen, wodurch die UdSSR zur Verstärkung entsprechender Anstrengungen gezwungen wurde. Die USA waren auch die ersten bei der Schaffung weiterer wichtiger strategischer Waffensysteme: ballistischer Raketen mit U-Booten als Trägerschiffen, Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) usw. Die Entwicklung neuer gefährlicher Waffensysteme steht auch weiterhin im Brennpunkt der militärischen Planung in den Vereinigten Staaten.

Es ist daher nicht die Sowjetunion, die in all diesen Fällen die Führung im Wettrüsten übernommen hat; aufgrund der Aktionen der USA war sie gezwungen, diesen Wettlauf mitzumachen, und versuchte während der Nach-

kriegsperiode, mit Amerika gleichzuziehen. Aber hinter wem liefen die USA her in diesem Wettrennen? Es konnte sich nur um das in den Hitzköpfen amerikanischer Biertischstrategen entstandene Bild einer gegenwärtigen oder zukünftigen „sowjetischen Bedrohung" handeln. Diese furchterregenden Bilder und die geräuschvollen Kampagnen um sie herum sind wirklich zu einem ständigen Teil der politischen Landschaft Amerikas geworden. Zur Erleichterung eines jeden neuen Spurts im Rüstungswettlauf und der Anstrengungen um die für sie erforderlichen hohen Ausgabenbewilligungen wurde und wird ein elementares, aber stets gut funktionierendes menschliches Gefühl mobilisiert – die Angst.

Es gibt gewiß ein objektives Merkmal der gegenwärtigen Situation, das es ermöglicht hat, in einem militärisch und wirtschaftlich so starken Lande wie Amerika derartig viel durch das Spiel mit der Angst zu erreichen. Es ist die völlig ungewohnte Situation, daß sich die USA, die zwei Jahrhunderte hindurch hinter zwei Ozeanen lebten und sich eines Gefühls absoluter nationaler Sicherheit erfreuen konnten, plötzlich selbst in die Lage versetzt sahen, in der andere Staaten seit Jahrhunderten gelebt haben: in der Lage eines Landes, das ein neuer Krieg mit enormer Zerstörung bedrohen und sogar in seiner Existenz als Nation gefährden würde. Um so leichter war es, das durch diesen Wandel hervorgerufene Gefühl zur Beschleunigung des Wettrüstens auszunutzen, da die Amerikaner, wenn sie mit einem Problem konfrontiert werden, die Neigung zu haben scheinen, in erster Linie seine technische Lösung herauszufinden. Und im Hinblick auf das Sicherheitsproblem konnte es so scheinen, als liege eine solche Lösung in der Entwicklung noch neuerer Systeme immer mächtigerer Waffen. Außerdem war es möglich, hier sowohl auf den Reichtum des Landes als auch auf sein großes wissenschaftliches und technisches Potential zu vertrauen. Führende amerikanische Politiker mit tieferer Einsicht brauchten viele Jahre, um die Wahrheit zu begreifen, daß das Problem der nationalen Sicherheit mit Mitteln der Technik nicht gelöst werden kann. Da es wesentlich ein politisches Problem ist, bedarf es auch politischer Mittel zu seiner Lösung, einer Politik, die es ermöglicht, die Drohung eines Krieges zu vermeiden und die festen Friedensgarantien zu sichern. Viele realistisch eingestellte amerikanische Führer haben das verstanden. Unglücklicherweise hat die Vergegenwärtigung dieser fundamentalen Wahrheit des nuklearen Zeitalters bisher weder das Wettrüsten noch seinen Antriebsmechanismus beeinflussen können. Wie früher liegt ihm *Angst* zugrunde, angefacht durch die Fiktion von der „sowjetischen Bedrohung".

Wenn ich das Wort „Fiktion" verwende, dann habe ich keineswegs die Absicht, die Stärke der sowjetischen Verteidigung herunterzuspielen. Sie ist ohne jeden Zweifel groß, die sowjetische Regierung widmet ihr viel Aufmerksamkeit, und dabei wird es auch bleiben, solange andere Länder ihre Streitkräfte ausbauen und dabei Feindseligkeiten gegenüber der UdSSR im Sinn haben. Dies verändert jedoch nicht die Haupttatsache, daß in der gesamten Nachkriegsperiode die militärische Macht der UdSSR niemals eine Bedrohung für die Sicherheit der USA dargestellt hat – ausgenommen nur eine Situation: den Vergeltungsschlag im Falle eines amerikanischen Angriffs auf die Sowjetunion. Und niemals erreichte die UdSSR die Überlegenheit gegenüber dem

USA bei einem Waffentyp, mit dem eine Bedrohung der amerikanischen Sicherheit möglich gewesen wäre (sie hat eine solche Überlegenheit auch nie angestrebt).

Ich muß in diesem Zusammenhang einige Tatsachen der Geschichte ins Gedächtnis rufen. In den 50er Jahren wurde in den USA eine Kampagne zum Thema „Bomberlücke" gestartet. Sie half dem Pentagon dabei, ein neues Dringlichkeitsprogramm im Bomberbau durchzuboxen. Und kurz darauf wurde bekanntgegeben, es habe „sich ergeben", daß die Anzahl der amerikanischen Bombenflugzeuge drei- bis viermal so groß sei wie die der sowjetischen Bomber. In den 60er Jahren wurde die Story von der „Raketenlücke" fabriziert, mit fast den gleichen Ergebnissen: gewaltige Raketenbauprogramme wurden beschlossen. Kurz danach wurde bekannt, die „sowjetische Raketendrohung" sei seinerzeit dreißigfach überbewertet worden. (In beiden Fällen wurden auch nach diesen Feststellungen die einmal beschlossenen Programme natürlich nicht gekürzt, sondern in vollem Umfang ausgeführt.) Es ist wichtig, sich an diese Fakten zu erinnern, da mittlerweile eine nicht weniger lärmende Kampagne um die „Dollarlücke" begonnen hat, das heißt um das angebliche Zurückbleiben der USA hinter der UdSSR in den Ausgaben für militärische Zwecke. Als Beweismittel wurden die auf Befehl des Pentagon angefertigten CIA-Berichte vorgelegt, die den Eindruck erwecken wollen, als enthielten sie Einschätzungen der sowjetischen Verteidigungsausgaben auf der Grundlage der Überlegung, was die sowjetischen Streitkräfte die Vereinigten Staaten kosten würden.

Inzwischen hat man sogar in Amerika begonnen, an einer solchen Methodologie die ernstesten Zweifel zu äußern. Warum zum Beispiel soll die beträchtliche Solderhöhung für *amerikanische* Soldaten, die sich in der Folge des Wechsels von einer Wehrpflicht- zu einer Berufsarmee ergeben hat, gleichzeitig eine Erhöhung des *sowjetischen* Militärbudgets um -zig Milliarden Dollar bedeuten? Oder, um eine weitere Frage zu stellen: Ist nicht (zum Beispiel im Licht der Skandale um die Aktivitäten des Lockheed-Konzerns) die Annahme möglich, daß die amerikanischen Firmen, die dem Pentagon Waffen liefern, künstlich deren Preis überhöhen, auch mit illegalen Methoden? Aber selbst das würde nach der genannten Berechnungsmethode automatisch ein „Ansteigen" der sowjetischen Militärausgaben bedeuten. (Es muß noch gesagt werden, daß selbst bei Anwendung dieser Methodologie die Ausgaben der UdSSR und ihrer Verbündeten sich als um 18% niedriger erwiesen haben als die Gesamtausgaben der NATO für militärische Zwecke. Man kann sich vorstellen, wie groß dieser Unterschied in Wirklichkeit ist.)

Eine weitere Frage stellt sich: Haben solche Schätzungen überhaupt eine reale Bedeutung, wenn man sie unter dem Aspekt der Sicherheit betrachtet? Denn nicht die Aufwendungen selbst schaffen eine Bedrohung, sondern die mit ihnen aufgebauten Streitkräfte. Hier bietet sich nach den eigenen Schätzungen des Pentagon ein anderes Bild: in vielen Waffengattungen gibt es annähernd Parität, und bei den gefährlichsten Waffentypen, etwa im Hinblick auf die Anzahl der Atomsprengköpfe, besitzen die USA eine beträchtliche Überlegenheit und erhöhen ihre Anzahl wesentlich schneller als die Sowjet-

union. (Es mag daran erinnert werden, daß nach offiziellen amerikanischen Berichten die USA im Jahre 1970 über 4000 Sprengköpfe verfügten, denen 1800 in der UdSSR gegenüberstanden; im Jahre 1975 waren es 8500 in den USA gegenüber 2500 in der Sowjetunion.) Dasselbe gilt für die Marine und die Marineinfanterie, für die Anzahl der Militärstützpunkte in Übersee, für die Mittel zum Truppentransport mit Flugzeugen und zum Auftanken in der Luft usw.

Die Behauptung, die sowjetische Überlegenheit bei den Bodentruppen stelle eine Bedrohung der Vereinigten Staaten dar, ist in gleicher Weise unbegründet. Berücksichtigt man die Streitkräfte der US-Verbündeten einerseits und auf der anderen Seite die weit ausgedehnten Landgrenzen der Sowjetunion, hinter denen nicht überall freundlich gesonnene Länder gelegen sind, so gibt es keinerlei Überlegenheit.

Im Zusammenhang mit der Behauptung einer „sowjetischen Bedrohung" stellen einige amerikanische Beobachter auch die Frage, warum sich die USA so besorgt über die sowjetischen Verteidigungsausgaben zeigen, wenn die Entwicklung vieler amerikanischer Waffensysteme wie beispielsweise des Bombers B-1 und der strategischen Lenkwaffe „Cruise Missile" laut „Defense Monitor", dem Bulletin des Defense Information Center, von offizieller militärischer Seite gerechtfertigt wird „präzise aus dem Grunde, daß solche Waffen die Sowjets ‚zwingen' werden, mehr Geld auszugeben" („Defense Monitor", Mai 1976, Bd. V, Nr. 3, S. 4). In diesem Zusammenhang erkärt das Bulletin, es sei „in gewisser Hinsicht daher die offizielle amerikanische Politik, die Sowjetunion zu einer Erhöhung ihrer Militärausgaben zu veranlassen, dabei jedoch gleichzeitig beunruhigt auf jede Steigerung der sowjetischen Ausgaben hinzuweisen" (ebd.).

Ich will nicht versuchen, die Motive für eine solche Begründung der neuen Programme genau anzugeben. Es handelt sich wahrscheinlich nur um den Versuch, einen Vorwand für die Bewilligung von Mitteln zu finden. Wenn das wahre Ziel darin besteht, die Sowjetunion zu einer Erhöhung ihrer Militärausgaben zu zwingen, um so die Entwicklung ihrer friedlichen Wirtschaft zu behindern, so könnte sich das als Bumerang erweisen – von Überlegungen zur politischen Moral ganz abgesehen. . Denn der amerikanische Steuerzahler wird für diese Provokationen doppelt zu zahlen haben: einmal für die Entwicklung neuer Waffensysteme, dann noch einmal, wenn die sowjetischen Vergeltungsprogramme Anlaß zu einer neuen Kampagne wegen „einer sowjetischen Bedrohung" geben und damit zu neuen amerikanischen Programmen, die dann wieder durch den Kongreß geboxt werden – mit den Predigten über eine „sowjetische Bedrohung" als Begleitmusik. In jedem Fall werden die Waffensysteme, die entweder zu solchen Provokationszwecken oder aus Gründen eines größeren Verhandlungsspielraums entwickelt worden sind, in den Kriegsarsenalen verbleiben und das Wettrüsten immer weiter vorantreiben.

Die sowjetische Führung hat wiederholt mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Situation, in der der Spannungsabbau im politischen Bereich und das Wettrüsten wie auf parallelen Geleisen nebeneinander fortgesetzt werden,

nicht unbegrenzt andauern kann. Früher oder später werden die beiden Entwicklungen kollidieren. In Wirklichkeit ist die Tatsache, daß gespannte politische Beziehungen das Wettrüsten verursachen und beschleunigen, nicht die ganze Wahrheit. In dem Maße, wie die Zerstörungskraft der Waffen zunimmt, gelangen wir zu der immer klareren Einsicht, daß der Rüstungswettlauf an sich zu einer ernsten Quelle gegenseitiger Angst, des Mißtrauens und der Unsicherheit und daher internationaler Spannung wird. Das ist der politische Aspekt des Problems.

Es hat auch einen wirtschaftlichen Aspekt, der nicht weniger beunruhigend ist. Das neueste Jahrbuch des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI) besagt, daß seit dem Zweiten Weltkrieg über sechs Billionen Dollar, d. h. 1500 Dollar für jeden lebenden Mann, jede lebende Frau und jedes lebende Kind (berechnet auf der Grundlage von Tagespreisen) auf der Welt für militärische Zwecke ausgegeben wurden. Allein im letzten Jahr wurden die Miltärausgaben auf insgesamt 280 Mrd. geschätzt. Ich werde nicht auszurechnen versuchen, wie viele nützliche Dinge mit dieser phantastischen Summe im Interesse der Menschen hätten vollbracht werden können. Die Größenordnung der Ausgaben für militärische Zwecke (es gibt Gründe genug anzunehmen, daß sie, wenn es nicht zu einer radikalen Veränderung kommt, in schnellem Tempo ständig weiter zunehmen werden) führt zum Nachdenken über eine weitere Gefahr. Wird eine solche Verschwendung nicht zum Zusammenbruch des Fundaments führen, auf dem die moderne Wirtschaft heute auch in den reichsten Ländern einschließlich der Vereinigten Staaten funktioniert?

Ich erinnere mich daran, daß der amerikanische Kongreß im Jahre 1970 Hearings zur Auswirkung des Krieges in Südostasien auf die amerikanische Wirtschaft abhielt. Führende amerikanische Geschäftsleute, die an den Hearings teilnahmen, waren nahezu einstimmig der Ansicht, daß hohe Militärausgaben einen zerstörerischen Einfluß auf die Wirtschaft ausüben, zur Inflation führen, die Wettbewerbsfähigkeit der USA auf den Weltmärkten unterminieren und Gefahren heraufbeschwören, die mit unzureichenden Aufwendungen zur Bewältigung dringender gesellschaftlicher Probleme zusammenhängen. Damals glaubte man, die Beendigung des Krieges in Vietnam werde eine bedeutende Verringerung der Militärausgaben ermöglichen. Sechs Jahre sind seitdem vergangen. Diese Jahre haben gezeigt, daß das fortdauernde Wettrüsten ebensoviel Geld und Rohstoffe verschlingen kann wie seinerzeit der kostspielige Krieg in Übersee. Das Militärbudget dieses Jahres liefert den Beweis dafür. Niemand, der die Slums in amerikanischen Großstädten gesehen hat, der die Probleme kennt, denen sich Amerika auf den Gebieten des Gesundheits- und Erziehungswesens und bei der Schaffung anständiger Lebensbedingungen für seine Schwarzen, Puertorikaner und seine vielen Millionen armer Weißer gegenübersieht, wird glauben, daß nur „überschüssige" Gelder und Rohstoffe für militärische Zwecke verwendet werden. Die globale Situation ist sogar noch gefährlicher. Das Scheitern der Versuche, die immer zahlreicher werdenden Probleme in den Griff zu bekommen, denen sich die Welt gegenübersieht und von denen viele gelöst werden könnten, wenn das Wettrüsten unterbrochen würde, kann zweifellos zu einer Verschärfung so-

wohl der wirtschaftlichen als auch der politischen Gefahren führen. Nicht zuletzt stellt sich der militärische Aspekt des Problems.

Es ist klar, daß diese Dinge in ihrer Anhäufung weitreichende Konsequenzen haben können. Insbesondere haben die Errungenschaften militärischer Technologie der Idee neuen Auftrieb gegeben, der Atomkrieg sei ein mögliches Instrument der Außenpolitik. In diesem Zusammenhang hinterließ die von den USA im Jahre 1975 verkündete erneute Bekräftigung ihrer Politik, unter Umständen als erste Seite Atomwaffen einzusetzen, einen besonders düsteren Eindruck. Dies um so mehr, als sie im Kontext der gegenwärtigen Versuche erfolgte, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, eine verbesserte Zielgenauigkeit und die Entwicklung von Waffen mit geringerer Zerstörungskraft würden es erlauben, die Verluste in einem möglichen Atomkrieg auf „annehmbare" Dimensionen zu reduzieren, da diese Waffen „nur" gegen militärische Ziele eingesetzt und die Feindseligkeiten sich daher nicht bis zum totalen Atomkrieg ausweiten würden. Ohne Zweifel enthält dies alles ein gutes Maß Erpressung, die sich gegen politische Gegner innerhalb der USA richtet. Mit Recht ist jedoch in der Sowjetunion wie auch in anderen Ländern darauf hingewiesen worden, daß ein weiterer Zweck dieser Kampagne darin besteht, die öffentliche Ablehnung eines Atomkrieges herunterzustufen, den Gedanken eines solchen Krieges in den Augen der Öffentlichkeit zu einer „annehnbaren" Alternative zu machen und für die Strategie des Gegenschlages Unterstützung zu gewinnen.

Man kann jedoch nicht umhin, festzustellen, daß diese Trends im Rüstungswettlauf die strategische Situation destabilisieren werden und das Risiko eines dramatischen, verhängnisvollen Fehlers unter den Bedingungen einer möglichen akuten internationalen Krise erhöhen.

Zusammenfassend möchte ich betonen, daß das kontinuierliche Wettrüsten kaum in der Lage sein wird, irgendwelche greifbaren oder gar langfristigen Vorteile für gleich welche der beiden Seiten herbeizuführen. Es schafft jedoch schwerwiegende Gefahren für beide Seiten wie auch für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, weil der Rüstungswettlauf zweifellos die Gefahr eines Atomkrieges vergrößert, selbst wenn keine Regierung einen derartigen Krieg wünscht oder plant, ihn absichtlich auszulösen. Es ist wichtig, das zu verstehen. Am besten hat diese Idee Carl-Friedrich v. Weizsäcker, ein prominenter europäischer Wissenschaftler, mit folgenden Worten ausgedrückt: „Die Kriegsgefahr liegt in der Tatsache, daß Politik so betrieben wird, als gebe es keine Kriegsgefahr." Vielleicht wäre es gut, diese Worte überall dort in auffälliger Schrift anzubringen, wo die Probleme der Rüstungskontrolle und Abrüstung und die Fragen der Außenpolitik im allgemeinen heute diskutiert werden.

Die Situation im Bereich der Rüstung ist dadurch bestimmt, daß man gar nichts besonderes zu tun braucht, um bereits sehr schwerwiegenden Gefahren auszulösen. Es genügt schon, müßig herumzusitzen, und die bereits in Gang gesetzten Mechanismen und die zur Zeit wirksamen Trends werden ein Abdriften in Richtung auf Gefahren gewährleisten, die sich gegenwärtig sogar einer bloßen Abschätzung entziehen. Deshalb kommt einem ständigen, hin-

reichend radikalen und schnellen Fortschreiten auf dem Wege zur Rüstungsbegrenzung heute höchste Priorität zu.

III

Welche Aufgaben sind in diesem Bereich besonders dringend? Als erstes muß offensichtlich die frühzeitige Verwirklichung der Übereinkunft von Wladiwostok sowie der Abschluß eines Abkommens genannt werden, das auf der Grundlage dieser Übereinkunft auszuarbeiten ist. Ein solches Abkommen wird nicht alle Probleme regeln*), ohne es können diese Probleme jedoch nicht einmal angegangen werden. Was die nächste Runde der Verhandlungen anbetrifft, so einigte man sich ebenfalls in Wladiwostok bereits auf eines der zu diskutierenden Themen. Es handelt sich um die Frage einer Verringerung der Flughöhen und einer Reduzierung der Bestände an strategischen Waffen. Ich halte es nicht für notwendig, die Wichtigkeit solcher Verringerungen, sowohl in politischer als auch in rein militärischer Hinsicht, noch besonders auszuführen. Es ist Sache der Regierungen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, sich auf höchster Ebene über die sonstigen Themen auf der Tagesordnung künftiger Verhandlungen zu einigen.

Wir finden zweifellos eine Situation vor, in der der Fortschritt der militärischen Technologie auch weiterhin dem politischen Fortschritt der Gespräche zur Rüstungsbeschränkung davonläuft. Daraus ergibt sich, daß, während die beiden Mächte noch versuchen, in einem Fragenkomplex zu einer Einigung zu gelangen, das Auftreten neuer Waffensysteme weitere, oft noch gefährlichere und kompliziertere Probleme aufwirft. Folglich haben sich die Gespräche unvermeidlich auf die Fragen von gestern konzentriert. Es ist eine Art circulus vitiosus, der unterbrochen werden sollte, und zwar bald.

Eine Vereinbarung, von der Entwicklung neuer Systeme strategischer Waffen Abstand zu nehmen, scheint die einzige radikale Möglichkeit dazu zu bieten. Die Sowjetunion hat in dieser Richtung mehr als einen Vorschlag gemacht, worauf leider bis jetzt noch keine Antwort erfolgt ist. Ich glaube, diese Frage verdient wesentlich mehr Aufmerksamkeit der amerikanischen Seite. Die gesamte Erfahrung der Nachkriegsjahre zeigt, daß selbst Länder, die als erste neue Waffen entwickeln, daraus nur sehr selten Nutzen ziehen können. Im Gegenteil, meist ergibt sich Schaden daraus für ihre eigene Sicherheit. Die strategische Situation wäre ohne MIRV wahrscheinlich sehr viel stabiler geblieben; auch ohne sie gab es bereits genug Trägerwaffen zu Abschreckungszwecken. Die Vorteile, die sich die Vereinigten Staaten für eine begrenzte Zeit durch den Bau der strategische Lenkwaffe „Cruise Missile" sichern können, werden sogar aus der Sicht der eigenen Sicherheit Amerikas überschattet von den negativen Folgen der Entwicklung dieses Waffentyps, der nicht lange ein amerikanisches Monopol bleiben wird. Das gilt auch für ein Langzeitprojekt wie etwa für die Fähigkeit, den ersten Schlag zu führen (auch wenn beide

*) Ich erinnere daran, daß die Übereinkunft von Wladiwostok zuerst in den USA kritisiert wurde, weil sie nicht „radikal" genug aussah, und kann nur darauf hinweisen, daß diese Kritik heute recht unangebracht zu sein scheint. Wenn die Verwirklichung der Übereinkunft trotz der Tatsache, daß sie relativ einfache Bestimmungen enthielt, auf solche Schwierigkeiten gestoßen ist, was wäre dann erst das Schicksal radikalerer Übereinkünfte gewesen?

Seiten gleichzeitig diese Fähigkeit besitzen): sie schafft die Versuchung, auch Gebrauch davon zu machen, oder die Angst, die andere Seite könnte das tun, und macht folglich die Katastrophe früher oder später unvermeidlich.

Wenn der sowjetisch-amerikanische Dialog zur Rüstungsbegrenzung ausgedehnt werden soll, dann sollte er offensichtlich seine Hauptaufmerksamkeit denjenigen Entwicklungsrichtungen der militärischen Technologie zuwenden, die besondere Gefahren für die strategische Stabilität und für die Aufrechterhaltung des Friedens heraufbeschwören. Einige von ihnen sind bereits erwähnt worden. Es handelt sich um die Mittel zur Ausführung des Gegenschlages, zu denen auch diejenigen Einrichtungen gehören, die die Möglichkeit (und sei sie noch so vage) des ersten Schlages eröffnen oder zumindest Angst davor erzeugen. Es handelt sich weiter um die Entwicklung von Waffensystemen, die Kontrollprobleme schaffen und auf dem Weg zu gegenwärtigen und zukünftigen Vereinbarungen der Rüstungskontrolle Hindernisse aufrichten. Es gehört dazu jede Handlungsweise, die eine Weiterverbreitung von Atomwaffen erleichtert. Experten können vermutlich noch einige andere Probleme dieser Art anführen, im Bereich der Technologie ebenso wie in der Form strategischer Konzepte. Übereinstimmung in diesen Fragen wäre ohne Zweifel von großer Bedeutung und würde beitragen zur Entfaltung derjenigen allgemeinen Grundsätze für die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA in Sachen Sicherheit, die bereits vereinbart worden sind. (Ich denke hier besonders an das Recht auf gleiche Sicherheit, an die Verpflichtung, keinen einseitigen Vorteil zu erlangen, und an die Bestimmungen des Abkommens zur Verhinderung eines Atomkrieges.)

Von großer Wichtigkeit sind nach meiner Meinung Maßnahmen zum Aufbau gegenseitigen Vertrauens. Dazu gehört auch der Verzicht auf hysterische Kampagnen zum Thema der sogenannten militärischen Bedrohung, die dann angeblich immer von der jeweils anderen Seite ausgeht. Eines der Merkmale, das die Beziehungen der Entspannung von denen des Kalten Krieges unterscheidet, besteht darin, daß jede Seite, wenn sie wirklich durch Handlungen der anderen Seite beunruhigt wird, über die geeigneten Kanäle für eine direkte Diskussion des Problems auf der notwendigen Ebene verfügt (und das, bevor das Problem an die Presse „durchgesickert" ist).

IV

Der Gedanke an die Beschränktheit des verfügbaren Platzes hat mich davon abgehalten, mich mit allen Fragen der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu befassen, obwohl Fragen wie zum Beispiel die der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern oder die sowjetische Auffassung von den Beziehungen zwischen friedlicher Koexistenz und den in der Welt stattfindenden gesellschaftspolitischen Veränderungen eine eigene und hinreichend detaillierte Untersuchung verdienen (vielleicht bietet sich zu einer anderen Zeit die Gelegenheit dazu). Hier halte ich es jedoch für angebracht, nur noch eine weitere Frage der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu behandeln. Sie betrifft das Grundprinzip der friedlichen Koexi-

stenz, nämlich die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der jeweils anderen Seite. Ich stimme keineswegs mit Erklärungen überein, die in den USA abgegeben wurden, die Entspannung sei eine „Einbahnstraße". Die Verhinderung eines Atomkrieges, Rüstungsbeschränkung und Möglichkeiten, mehr Anstrengungen und Mittel der Lösung innenpolitischer Probleme zukommen zu lassen, liegen im Interesse sowohl der Sowjetunion als auch der Vereinigten Staaten. Was Handels- und Wirtschaftsbeziehungen anbetrifft, so kann keins der beiden Länder dem anderen einen Handelsabschluß oder ein Projekt der Zusammenarbeit aufzwingen, aus denen nur einseitige Vorteile resultieren. Alles geschieht nur freiwillig, und Beziehungen in diesem Bereich werden sich in dem Ausmaß und in der Größenordnung entwickeln, die mit den Interessen beider Länder korrespondieren.

In einem Sinne haben die UdSSR und die USA jedoch wirklich verschiedene Entfernungen auf der „Straße der Entspannung" zurückzulegen. Ich beziehe mich hier auf die Anerkennung der Existenz eines anders gearteten Gesellschaftssystem im anderen Lande, anderer politischer Institutionen und Werte und einer Ideologie, die sich von der eigenen unterscheidet, auf die Anerkennung dieser Dinge als wirkliche Tatsachen des Lebens. Diese Anerkennung setzt in keiner Weise Zustimmung zu diesem System voraus, zu seinen Institutionen und Werten. Sie setzt weder Übereinstimmung mit seiner Ideologie noch den Verzicht auf die eigenen Ansichten und Meinungen voraus. Sie schließt lediglich Versuche aus, das andere Land mit anderen Mitteln zu verändern als mit der Kraft des eigenen Beispiels beim Aufbau einer Gesellschaft, die ihren Bürgern ein Maximum an Wohlstand, Freiheit und Glück gewährleistet. Dies ist die Anfangsprämisse, auf der die friedliche Koexistenz ruht. Denn friedliche Koexistenz bedeutet ausdrücklich die Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Hier sieht man die tiefste Divergenz in den Auffassungen der beiden Länder.

Ich kann meinen amerikanischen Lesern versichern, daß das sowjetische Volk viele Dinge in den inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Länder, die Art und Weise, wie die Dinge dort ablaufen, nicht schätzt. Die Sowjetunion hat jedoch niemals ihre Beziehungen zu diesen Ländern an die Bedingung geknüpft, diese Angelegenheiten zu ändern, und sie hat niemals aus dem Grunde Enttäuschung über die Entspannung empfunden oder geäußert, daß Amerika etwa einige seiner Gesetze und innenpolitischen Regelungen nicht revidiert hätte. Auf der anderen Seite erheben viele Amerikaner ständig solche Ansprüche und Forderungen gegenüber der Sowjetunion. Ich meine, es steckt eine große Gefahr in der Ansicht, der Erfolg der Entspannung selbst hänge ab von der Bereitschaft der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder, in den Bereich des Westens „überzuwechseln". Es macht absolut keinen Unterschied, wenn diese Forderungen und einige Akte der offiziellen Politik westlicher Staaten mit Reden über Freiheit und Demokratie kombiniert werden. Ich werde jetzt keine theoretische Diskussion über die Bedeutung dieser hohen Ideale beginnen, sondern nur festhalten, daß es wesentliche Unterschiede in der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Inhalte dieser Begriffe gibt.

Ich möchte weiterhin die Gefahr einer messianischen Einstellung zur Außenpolitik betonen. Seit der Zeit der mittelalterlichen Kreuzzüge und bis hin zum „Kalten Krieg" unseres Jahrhunderts hat eine solche Grundhaltung nichts als Kriege und Konflikte hervorgebracht. Selbst wenn wir Probleme von großer Wichtigkeit wie zum Beispiel die Notwendigkeit, einen Atomkrieg zu vermeiden, außer acht lassen und uns nur auf Probleme der Demokratie konzentrieren, so ist diese Haltung unergiebig und schädlich. Denn es gibt nur wenige Dinge, die der Demokratie (auch in den Vereinigten Staaten) größeren Schaden zufügen können als internationale Spannung.

Daniel Bell hat das Amerika der Ära des Kalten Krieges einmal als „eine mobilisierte Gesellschaft" beschrieben. Die internationale Situation brachte damals den McCarthyismus und Hexenjagden hervor, unter denen Tausende von Amerikanern zu leiden hatten. Jene Situation lieferte den Nährboden für das Entstehen eines gewaltigen Apparats für Spionage und polizeiliche Repressalien. Dieser Apparat wurde aufgebaut unter dem Vorwand, den „äußeren Feind" zu bekämpfen, wurde dann jedoch gegen die Amerikaner selbst eingesetzt. In dieser Situation und unter dem gleichen Vorwand wurde das Fundament gelegt für die politische Sittenlosigkeit, die zu den Skandalen führte, die Amerika in den letzten Jahren erschüttert haben. (Ich muß einfach daran erinnern, daß die berüchtigten Helden des Watergate-Einbruchs auf die Frage nach ihrem Beruf nach einigem Zögern antworteten: „Wir sind Antikommunisten.") Ich denke, diese Tatsachen aus der jüngsten Geschichte sollten nicht vergessen werden.

Ich möchte gern mit einer optimistischen Bemerkung schließen. Ich glaube fest daran, daß auch die kompliziertesten Probleme in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen gelöst werden können. Man sollte nicht erwarten, daß die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu einer Idylle werden. (Aber man erlaube mir die Frage, ob es eigentlich viele Länder gibt, deren gegenseitige Beziehungen idyllisch sind.) Sie können jedoch auf einer vernünftigen Grundlage gestaltet werden, wie die Prinzipien der friedlichen Koexistenz sie entwerfen. Die friedliche Koexistenz stimmt überein mit den Lebensinteressen beider Länder und mit den Interessen an einer Stärkung der internationalen Sicherheit und des weltweiten Friedens. Dies wird natürlich viele Anstrengungen und harte Arbeit erfordern. Es dürfte jedoch kaum viele andere Fragen geben, die wirklich so viel Energie und Mühe wert sind.

Soeben erschienen

Horst Bethge (Hrsg.)

Gewerkschaftsstimmen gegen Berufsverbote

Dokumentation von Gewerkschaftsbeschlüssen, Stellungnahmen aus der Gewerkschaftspresse und von Gewerkschaftern *Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 30, 64 Seiten, DM 6,–*

Nicht zufällig hat der größte Arbeitgeber, die „öffentliche Hand", in dem Augenblick zur Politik der Berufsverbote gegriffen, als unter den Intellektuellen die Einsicht wuchs, daß sie sich stärker gewerkschaftlich organisieren müßten und als sie, insbesondere in den meinungsbildenden Bereichen, ihre traditionelle Rolle als ideologische Stütze der Unternehmerherrschaft zunehmend aufzugeben begannen. Das sich anbahnende Bündnis zwischen organisierter Arbeiterschaft und sich zunehmend gewerkschaftlich organisierender Intelligenz ist nun aber für die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik zur Durchsetzung ihrer Forderungen langfristig von großer Bedeutung. Die von Horst Bethge, Mitglied des GEW-Landesvorstandes Hamburg, zusammengestellte Dokumentation informiert darüber, daß und wie die Gewerkschaften sich der Herausforderung durch die Berufsverbote zu stellen begonnen haben.

Pahl-Rugenstein

Die EG und die Entwicklungsländer

Das Abkommen von Lome als Grundstein einer neuen Weltwirtschaftsordnung?

Von Karl Unger

Am 28. Februar 1975 unterzeichneten die Vertreter der EWG und 46 afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (AKP) in Lome ein Abkommen, das nach dem Willen der europäischen Länder ein „richtungsweisendes Modell"[1]) werden sollte. Nach einer nunmehr fast zweijährigen Bewährungsprobe stellt sich die Frage, ob dieses Abkommen – im Gegensatz zu den beiden Assoziierungsabkommen von Jaunde[2]) – tatsächlich „ein erstes, zukunftsweisendes Beispiel für eine vom Geist der Interdependenz getragene Zusammenarbeit von Industrie- und Entwicklungsländern"[3]) darstellt, oder ob es sich dabei lediglich um eine neue Form der Durchsetzung der Interessen der kapitalistischen Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern handelt.

Die Analyse des AKP-EWG-Vertrages wird wichtig für die weiteren Perspektiven der Auseinandersetzung um die Struktur der Weltwirtschaftsordnung, weil hier grundsätzliche strategische Orientierungen zum Ausdruck kommen. Dabei kann das Abkommen nicht isoliert betrachtet werden, da es in engem Zusammenhang mit der diplomatischen Offensive der Dritten Welt, der Weltwirtschaftskrise 1974/76, den Problemen der Entspannungspolitik und der sich vertiefenden Systemkonkurrenz steht.

1. Die Situation

1.1. Eine säkulare Krise der Entwicklungsländer?

Die vorliegenden Zahlen über die Situation der Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika ergeben ein erschreckendes Bild:

– Die Kluft zwischen ihnen und der Bevölkerung in Westeuropa und Nordamerika wird immer größer: War 1960 das Pro-Kopf-Einkommen mit 1490 Dollar 11mal so hoch wie in der Dritten Welt, so war es 12 Jahre später mit 3670 Dollar 13mal größer[4]).

– Die Verschuldung der jungen Nationalstaaten ist nach Angaben der Weltbank von 18,1 Mrd. Dollar (1965) auf 117 Mrd. Dollar (1973) gestiegen.

– Nach Berechnungen der ILO waren hier 1974 33 Millionen Menschen arbeitslos.

---

1) Neunter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft 1975, Brüssel-Luxemburg 1976, S. 294.
2) Zur Kritik dieser Abkommen vgl. u. a.: P. Jalée, Die Ausbeutung der dritten Welt, Frankfurt/M. 1968; K. Unger, Imperialismus der EWG?, in: „Blätter", 12/1973, S. 1291 ff.
3) So Außenminister Genscher im „Bulletin", hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung („Bulletin"), v. 4. 9. 1975, S. 1058.
4) „Bulletin" v. 27. 1. 1976, S. 94.

– Die Welternährungsorganisation (FAO) schließlich hat festgestellt, daß die Nachfrage nach Nahrungsmitteln 1962–1972 um 3,4% gestiegen ist. Dem stand ein Produktionszuwachs von nur 2,6% gegenüber. Eine Fortschreibung dieser Steigerungsrate ergibt für 1985 einen Einfuhrbedarf von 87 Mio. Tonnen. Dies wäre das Dreifache der Getreideimporte im Jahresdurchschnitt 1969–1972[5]).

Bundesaußenminister Genscher wurde durch diese Entwicklung zu der – zweifellos zutreffenden – Feststellung veranlaßt: „Eine Wirtschaftsordnung, deren Teilnehmer sich in solcher Weise immer weiter und in Richtung auf immer größere Ungleichheit auseinanderentwickeln, kann nicht stabil bleiben."[6]) Auch die weiteren Perspektiven dieser Länder sehen schlecht aus, da der zentrale Schwachpunkt, die noch ausstehende bzw. ungenügende Industrialisierung, insbesonders die mangelnde Dimension der verarbeitenden Industrie, nicht beseitigt wurde: Der Gesamtanteil der Entwicklungsländer an der Weltproduktion der verarbeitenden Industrie beträgt 7%. Davon entfallen auf Lateinamerika 3,8, auf Asien und den pazifischen Raum 2,6 und auf Afrika nur 0,6%[7]). Auch der – wegen des Devisenaufkommens wichtige – Export von Industriewaren stagniert nahezu: Von 5,2% (1971) des Weltindustrieexports stieg er auf 5,5% (1973)[8]). Hinzu kommt, daß die Gewinne nicht von den jungen Nationalstaaten realisiert werden, da es sich in den meisten Fällen um Exporte von Tochtergesellschaften internationaler Konzerne handelt und außerdem ein großer Teil für Transportkosten aufgebracht werden muß, da die Dritte Welt zwar Ursprungsort von fast 65% des Weltseexportes ist, jedoch nur über 5,8% der Welthandelstonnage verfügt[9]). Auch besteht immer noch die enorme Fixierung des Außenhandels auf die kapitalistischen Metropolen, in die rund $^3/_4$ der Exporte fließen, und damit eine unerträgliche Abhängigkeit vom Verlauf des Konjunkturzyklusses in den OECD-Staaten.

Die als Hilfe dagegen gedachte „Internationale Entwicklungsstrategie für die zweite Entwicklungsdekade", die 1970 von der UNO beschlossen wurde, hat jedoch bis heute wenig bewirkt. Weder konnte die – als notwendiges Minimum angesehene – durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes aller Entwicklungsländer von 6% erreicht werden, noch erhöhte sich die staatliche Hilfe der „ökonomisch fortgeschrittensten Länder" auf 0,7% ihres BSP. Nach dem letzten OECD-Bericht lagen die Quoten der BRD und der USA bei 0,4 bzw. sogar nur 0,27[10]) – das Scheitern ist offensichtlich.

1.2. Die Destabilisierung der Weltwirtschaft

Deren Symptome und mögliche Auswirkungen hat sehr deutlich der BDI in seinem Jahresbericht 1975/76 formuliert: „Ölkrise, Inflation, wachsende Staatsverschuldung, hohe Arbeitslosigkeit, Rückschläge im Export und nicht

5) Alle Angaben nach: D. Friderichs, Nairobi und die Folgen, in: „Europa-Archiv" (EA), 16/1976, S. 517–526, hier: S. 517.
6) „Bulletin" v. 27. 1. 1976, S. 94.
7) K.-H. Domdey, Ökonomische Internationalisierung im Zeichen des antiimperialistischen Kampfes, in: „Asien, Afrika, Lateinamerika", Berlin (DDR), 1/1976, S. 25–50, hier: S. 26.
8) UNCTAD-Document TD/B/C. 2/154.
9) Domdey, a.a.O., S. 27.
10) „Deutsche Volkszeitung" v. 22. 7. 1976.

zuletzt politische Verunsicherungen – all diese Faktoren haben zwar das allgemeine Bewußtsein geschärft, aber auch Zweifel an der Lösbarkeit mancher Probleme genährt, die politische Systemveränderer für ihre Zwecke zu nutzen versuchen."[11]) Diese Beunruhigung geht, so Egon Bahr, vor allem von den Entwicklungsländern aus, da „sich die Gewichte zwischen Nord und Süd in den letzten drei Jahren gewaltig verändert" haben, wobei in diesem Prozeß der politischen und militärischen Niederlage der USA in Indochina ein besonders hoher Stellenwert zukommt[12]).

Die These der Gewichtsverlagerung stützt sich vor allem auf zwei Prozesse: Den endgültigen Zerfall der kolonialen Einflußsphären und die Entwicklungen im Rohstoffbereich. Noch lange über das offizielle Ende des Kolonialismus hinaus war der politische, ökonomische und militärische Einfluß der ehemaligen „Mutterländer" über Commonwealth und Franc-Zone enorm. Die Sterling-Zone war jedoch in den letzten Jahren kaum noch intakt. Die Gold- und Devisenbestände der früheren Kolonien befanden sich nur noch in geringem Ausmaß im Londoner Valutapool, und an die Stelle der zentralen Devisenverwaltung traten in vielen Staaten eigene Zentralbanken. Auch die Bedeutung Großbritanniens als Handelspartner hatte abgenommen: Die Exporte aus der Sterling-Zone nach dem Inselreich sanken von 28,6% (1960) auf 15,2% (1973) und die Importe von 26,2 auf 16,0% [13]). Ähnlich bergab *ging* es mit der Franc-Zone. Hand in Hand damit wurde auch die militärische Position Frankreichs in Afrika geschwächt, da immer mehr Staaten Truppenreduzierungen bzw. völligen Rückzug forderten. Diesem Prozeß Einhalt zu gebieten, war eine der Ursachen für die Verhandlung mit den AKP-Staaten. Dabei wurde die Position der alten Kolonialmächte sicherlich gestärkt, weil der Verhandlungspartner die Neuner-Gemeinschaft war, aber andererseits bedeutete es die Preisgabe von Privilegien an die europäischen Partner, insbesondere an die BRD.

Zum anderen hat sich das Problem der Rohstoffsicherung verschärft: „Infolgedessen haben beide, Entwicklungshilfe wie Rohstoffpolitik, für die Erwägungen der Politiker, der Unternehmer, der Kaufleute . . . eine Relevanz bekommen, die sie vor dem Ausbruch des Yom-Kippur-Krieges . . . nicht gehabt haben."[14]) Dabei sind die Möglichkeiten eines offensiven Vorgehens der hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten beschränkt durch die allgemeinen Rahmenbedingungen des internationalen Systems, so daß Kissingers verbale Drohungen das bleiben müssen, was sie sind: Worte. Viel realitätsbewußter argumentiert da die von David Rockefeller ins Leben gerufene „Trilaterale Kommission", wenn sie feststellt: „Die Industrieländer benötigen die Entwicklungsländer als Lieferanten von Rohstoffen, als Käufer von Exportgütern und vor allem als konstruktive Partner beim Aufbau einer allseitig zufriedenstellenden wirtschaftlichen und politischen Weltordnung", und gleichzeitig vor jeglicher Kürzung der Entwicklungshilfe warnt, da dies „vom langfristigen Interesse" aus gesehen „auf jeden Fall letztendlich ein Akt der Selbst-

11) BDI-Jahresbericht 1975/76, S. 20.
12) E. Bahr, Die Thesen von Gymnich: Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: „Außenpolitik", 3/1975, S. 315–321, hier: S. 315.
13) Domdey, a.a.O., S. 37.
14) M. Timmler, Entwicklungshilfe und Rohstoffpolitik, in: „Außenpolitik", 1/1975, S. 83–97, hier: S. 87.

zerstörung"[15]) sei. Womit gleichzeitig deutlich wird, daß die Frage nach der Verfügbarkeit von Rohstoffen in erster Linie keine rein ökonomische, sondern eine politische ist[16]).

Die Weltwirtschaftskrise 1974/76 hat durch Nachfragerückgang auf dem Weltmarkt, Übergang zu protektionistischer Wirtschaftspolitik, Erhöhung der Arbeitslosenzahlen usw. die Destabilisierung beschleunigt und den Konkurrenzkampf zwischen einzelnen Unternehmern und Staaten verschärft. Marx charakterisierte diese Situation so: „Je ein Kapitalist schlägt viele tot."[17]) Aus politischen Gründen jedoch sind dieser Tendenz heute, wie Egon Bahr feststellte, enge Grenzen gesetzt: „Von einer Kraftprobe . . . würden nur diejenigen profitieren, die Gewalt und Chaos für den besten und direktesten Weg halten, das heutige System zu einem Ende zu bringen, die ihre Art von Weltrevolution durch den Umsturz bestehender Ordnungen zu geringsten eigenen Kosten und mit dem geringsten eigenen Einsatz im Falle einer neuen Konfrontation zwischen Nord und Süd gefördert sehen."[18]) Dahinter verbirgt sich das Wissen um die Defensive, in die man gegenüber den Entwicklungsländern geraten ist. Viel offener ist hier der BDI, wenn er „bedauert", daß die Bundesregierung der Abschlußerklärung der VII. Sondergeneralversammlung der UNO zugestimmt hat, weil sie – obwohl rechtlich nicht verbindlich – doch „ein erhebliches Eigengewicht" entwickeln könnte[19]). Außerdem wäre „das Hauptinteresse, welches die westlichen Industriestaaten an der Charta hätten haben können, . . . die Garantie einer durch hoheitliche Eingriffe ungestörten Belieferung mit Rohstoffen gewesen"[20]), und dies konnte bekanntlicherweise nicht durchgesetzt werden.

Noch deutlicher wird der Industriellenverband beim Problem des Kapitalexportes: „Mit Sorge stellt . . . die deutsche Industrie die sich ständig verschlechternde Investitionssituation in zahlreichen Entwicklungsländern fest. Besonders ernst zu nehmen sind die Bemühungen auf internationaler Ebene, den Rechtsschutz für ausländisches Eigentum erheblich einzuschränken."[21]) Einen der wesentlichen Gründe für dieses defensive Verhalten findet er im uneinheitlichen öffentlichen Auftreten der Regierungen der westeuropäischen und nordamerikanischen Staaten: „Die Entwicklungsländer konnten . . . trotz bestehender Interessengegensätze ihre Geschlossenheit nach außen bewahren. Dagegen fällt es den Industriestaaten nach wie vor schwer, sich auf gemeinsame Verhandlungspositionen und ein einheitliches Vorgehen in den Konferenzen zu verständigen."[22]) Dies gilt nicht nur für die drei Machtzentren des Kapitals (USA, EWG und Japan), sondern auch für die EWG selbst, was einen UN-Diplomaten zu der ironischen Feststellung bewog: „Die EG-Staaten stimmen in unwichtigen Fragen einheitlich und in wichtigen Fra-

15) Gardner/Okita/Udink, OPEC, Industrieländer und Dritte Welt, in: EA, 5/1975, S. 143–152, hier: S. 145f.
16) Vgl. J. Amuzegar, The North-South Dialogue: From Conflict to Compromise, in: „Foreign Affairs", Vol. 54, No. 3 (April 1976), S. 545ff.
17) K. Marx, Das Kapital, Bd. I, Berlin (DDR) 1963, S. 790.
18) E. Bahr, Wirtschaftliche Entspannung, in: EA, 9/1976, S. 283–291, hier: S. 284.
19) BDI-Jahresbericht 1975/76, S. 152.
20) Ch. Tomuschat, Die Neue Weltwirtschaftsordnung, in: „Vereinte Nationen", 4/1975.
21) BDI-Jahresbericht 1975/76, S. 154.
22) Ebd., S. 151.

gen uneinheitlich. Das unterscheidet sie von der Dritten Welt, bei der es gerade umgekehrt ist."[23])

Doch das Interesse an verstärkten Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern ist weiterhin – nicht nur wegen der exorbitanten Profitraten – sehr groß. Das gilt besonders für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie die westdeutsche, wo die relevanten Wirtschaftsverbände inzwischen Abschied genommen haben von den pessimistischen Prognosen des „Club of Rome" und darauf verweisen, daß „nur mit Wachstum . . . die Ausgaben im eigenen Land (. . .), in Europa und den Entwicklungsländern erfolgreich zu lösen"[24]) sind. Da infolge der staatlichen Wirtschaftspolitik die Binnennachfrage immer mehr zurückgeht, muß der Export zum Zugpferd der konjunkturellen Belebung werden, da sonst „die Sorge vor dem schnellen Wiederaufleben von Verteilungskämpfen"[25]) bleibt. Mit diesem zunehmenden internationalen Verflechtungsgrad aber und der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz erhöht sich die Abhängigkeit der BRD vom kapitalistischen Weltmarkt und besteht die Gefahr, daß ein neuerlicher Einbruch in den internationalen Austauschprozessen voll auf die westdeutsche Wirtschaft durchschlägt: „Insofern ist also die zunehmende internationale Verflechtung, die nicht von entsprechenden internationalen und gleichgewichtigen Absprachen und Kooperationen begleitet ist, sondern sich in erster Linie auf dem Wege der Konkurrenz und Dominanz vollzieht, ein Faktor, dessen destabilisierende Wirkung für die nationale wirtschaftliche Entwicklung als zunehmend gefährlich eingeschätzt werden muß."[26])

2. *Positionen und Ziele*

Der Termin des 31. Januar 1975 zwang die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aus zwei Gründen, bereits 1973 mit den Verhandlungen über ein neues Assoziierungsabkommen zu beginnen: Erstens lief das Abkommen mit den AASM-Staaten[27]) zu diesem Zeitplunkt aus und sah in Art. 62 vor, daß 18 Monate vorher mit Verhandlungen über ein neues Vertragswerk begonnen werden sollte. Zweitens waren die Sonderbestimmungen für Großbritannien ebenfalls bis zu diesem Termin befristet. Das bedeutete, daß das Vereinigte Königreich seine Commonwealth-Präferenzen nur aufrechterhalten konnte, wenn es zu einer kollektiven Assoziierung dieser Staaten an die EWG käme. Ein nachträglicher Beitritt der angesprochenen Staaten zum Abkommen Jaunde II war angesichts der Größenverhältnisse (c. 80 Mio. Einwohner in den AASM – rund 120 Mio. in den assoziierbaren Commonwealthstaaten) und der geographischen Gegebenheiten nie ernsthaft erwogen worden. Neben den ehemaligen britischen Kolonien, die im Protokoll Nr. 22 des Vertrages über die Erweiterung der EWG direkt angesprochen waren, gelang es auf Druck

23) Zit. n. B. Lindemann, Das westliche Europa und die Dritte Welt, in: EA, 13/1976, S. 435–444, hier: S. 439.
24) BDI-Jahresbericht 1975/76, S. 21.
25) Ebd., S. 18.
26) Huffschmid/Pfaffenberger, Entwicklungsprobleme der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der BRD, Bremen 1976 (hektografiert), S. 4.
27) Bei den „Assoziierten Afrikanischen Staaten und Madagaskar" (AASM) handelt es sich um: Burundi, Elfenbeinküste, Kamerun, Dahome, Zentralafrikanische Republik, Gabun, VR Kongo, Zaire, Obervolta, Madagaskar, Mali, Senegal, Mauretanien, Somalia, Niger, Tschad, Ruanda und Togo. Hinzu kommt Mauritius, das dem Abkommen am 1. 6. 1973 beigetreten war.

der OAU unter Berufung auf eine Absichtserklärung des Brüsseler Ministerrates von 1963, auch andere afrikanische Staaten, die eine Assoziierung anstrebten, in die Verhandlungen einzubeziehen. So nahmen an den Konferenzen insgesamt 46 AKP-Staaten teil, die sich wie folgt zusammensetzten:

a) die 19 AASM-Staaten;

b) drei afrikanische Commonwealth-Länder, Kenia, Uganda und Tansania, die bereits durch das Abkommen von Arusha assoziiert waren;

c) weitere 18 Commonwealth-Staaten, davon 9 afrikanische (Botswana, Gambia, Ghana, Lesotho, Malawi, Nigeria, Zambia, Sierra Leone, Swasiland), 6 aus der Karibik (Bahamas, Barbados, Grenada, Guyana, Jamaika, Trinidad und Tobago) und 3 aus dem pazifischen Raum (Fidschi, Tonga, West-Samoa);

d) 6 weitere afrikanische Staaten (Äthiopien, Äquatorial-Guinea, Guinea, Guinea-Bissao, Liberia, Sudan).

Zur großen Überraschung der Europäer kam es zwischen den AKP-Staaten während der Vorbereitung zum ersten Treffen zu keinerlei schwerwiegenden Differenzen, etwa zwischen Altassoziierten und Neulingen oder anglophonen und francophonen Ländern. Dies war sicherlich ein Verdienst der OAU, unter deren Regie auf der 10. Gipfelkonferenz in Addis Abeba (Mai 1973) eine gemeinsame Plattform formuliert wurde, der sich auch die karibischen und pazifischen Staaten anschlossen.

2.1. Die AKP-Staaten

Am 25./26. Juli begannen die Verhandlungen in Brüssel, sinnigerweise im historischen Konferenzsaal des Palais d'Egmont, wo 46 Jahre zuvor die Kommunistische Internationale ein „Flammenzeichen" durch die Gründung der „Liga gegen den Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit" gesetzt hatte[28]). Einen Ausspruch von Aristoteles – „Gerechtigkeit erfordert Gleichheit zwischen Gleichen, aber Proportionalität zwischen Ungleichen" – als Motto nehmend, trugen Nigerias Handelskommissar Briggs und Guyanas Außenminister Ramphal die Forderungen vor:

„1. Die EG darf für die von ihr gewährten Zoll- und Handelsvorteile keine Gegenpräferenzen, d. h. gleichwertige Gegenleistungen, verlangen . . .

2. Ausdehnung der Niederlassungsfreiheit, ohne Diskriminierung dritter Länder.

3. Die Ursprungsregeln müssen so revidiert werden, daß zur Förderung der industriellen Kooperation und Integration zwischen Entwicklungsländern der Status ‚Ursprung in . . .' für alle Produkte eines oder mehrerer Länder einer regionalen Ländergruppe gilt, unabhängig davon, ob alle Präferenzbeziehungen zur EG haben.

4. Die Vorschriften über den Zahlungs- und Kapitalverkehr müssen so revidiert werden, daß sie der Zielsetzung entgegenkommen, die monetäre Unab-

28) Das offizielle Protokoll trug den Titel „Das Flammenzeichen vom Palais Egmont" und erschien 1927 in Berlin.

hängigkeit der Länder Afrikas und ihre Zusammenarbeit im Währungsbereich zu realisieren.

5. Zugang zur finanziellen und technischen Hilfe der EG unabhängig von Art und Form der vertraglichen Beziehungen mit ihr.

6. Freier und gesicherter Zugang zu den Märkten der EG für alle Produkte der Abkommenspartner, auch für verarbeitete und halbverarbeitete Agrarerzeugnisse, selbst wenn sie in der EG Marktordnungen unterworfen sind.

7. Sicherung stabiler, angemessener und ausreichender Rohstoffpreise auf den Märkten der EG für die wichtigsten Ausfuhrprodukte der Abkommenspartner.

8. Keine Vereinbarung mit der EG darf regionale Zusammenarbeit und Zusammenschlüsse zwischen Entwicklungsländern ver- oder behindern."[29])

Dies löste bei den EWG-Vertretern einen gelinden Schock aus, da sie sich – ohnehin erst nach mühsamen Verhandlungen – nur auf das Konzept eines geographisch erweiterten Abkommens vom Typ Jaunde hatten einigen können. Daher beschloß man, den Verhandlungsbeginn auf Oktober 1973 zu verschieben. Wie sind nun die Forderungen der AKP-Staaten zu erklären? Der Vertreter Dahomes machte auf der VII. Sondertagung der UN-Vollversammlung den Hintergrund deutlich: „Während 500 Jahren der Sklaverei verlor Afrika mehr als 200 Millionen seiner besten Söhne und Töchter, die aus ihrem Land herausgerissen worden sind, um andere Kontinente zu bauen. Ein weiteres Jahrhundert setzte die Kolonisierung die Ausplünderung und Vergeudung unserer menschlichen und natürlichen Ressourcen fort. Neokolonialismus und Imperialismus endlich haben heute diesen Platz eingenommen und möchten mit derselben Schamlosigkeit und demselben Stolz die eigene Bereicherung fortsetzen und ihren Wohlstand von der Armut unserer Völker bauen."[30]) Daraus wird konsequent die Forderung nach einer neuen, gerechteren Weltwirtschaftsordnung abgeleitet, die auch eine Entschädigung für die Opfer des Kolonialismus beinhaltet.

Zwei wichtige Hebel gibt es, um diese Ziele zu realisieren. Einmal handelt es sich um Maßnahmen im ökonomischen Bereich. Am wirkungsvollsten sind Rohstoffkartelle à la OPEC. Solche operieren heute – wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg – bereits in den Bereichen Bauxit, Eisenerz, Kupfer, Quecksilber, Wolfram, Holz, Bananen und Kaffee. Sie dienen nicht nur zur Koordinierung des Weltmarktpreisgefüges und der Kontingentierung der Produktion, sondern auch als Mittel zur Verdrängung der internationalen Konzerne und der Übernahme von Förderung und Vermarktung in eigene, staatliche Regie. Gleichzeitig werden damit Integrationstendenzen zwischen den Entwicklungsländern gefördert – eine wichtige Aufgabe in der gegenwärtigen Etappe des nationalen Befreiungskampfes –, wodurch die Prozesse der politischen Annäherung der afro-asiatischen Staaten auch eine ökonomische Basis bekommen. Der zweite wichtige Hebel sind die internationalen

29) C. A. Ehrhardt, Die EG-Assoziierung der AKP-Länder, in: „Außenpolitik", 4/1974, S. 384–399, hier: S. 388.
30) United Nations, A/PV. 2337.

Tagungen, auf denen die Probleme der Dritten Welt intensiv diskutiert werden. Allein während der AKP-EWG-Verhandlungen fanden acht solcher Konferenzen statt[31]), die letztlich alle eine Stärkung der Position der Entwicklungsländer bei ihren Auseinandersetzungen mit der Neuner-Gemeinschaft bewirkten und dazu dienten, die Forderungen systematisch auszudifferenzieren. Gleichzeitig war damit gesichert, daß die diplomatische Initiative in den Händen der jungen Nationalstaaten blieb. Mit einer Ausnahme hatten sie alle auf Veranlassung der Dritten Welt stattgefunden, denn, so der algerische Staatschef Boumedienne, „die entwickelten Länder haben ihre Prioritäten, die Entwicklungsländer die ihren – letztere sind dringender und bedeutender"[32]).

Die für das Verständnis der Forderungen zentralen Dokumente sind die auf der VI. UN-Sondertagung verabschiedete Deklaration und das Aktionsprogramm zur „Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung". Obwohl sich weder hier noch in anderen Verlautbarungen eine umfassende Definition dieses Begriffes findet, lassen sich doch aus ihrer Gesamtheit drei Hauptpunkte zusammenfassen: Die erste Forderung kulminiert in der Anwendung der allgemeindemokratischen Prinzipien des Völkerrechts nicht nur im politischen Bereich, sondern auch auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Das bedeutet die Anerkennung von Souveränität und nationaler Integrität und der Prinzipien der Nichteinmischung, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker bei allen ihren ökonomischen Akten.

Daraus leiten sich ab:

– das Recht aller Völker und Staaten, über ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsform frei entscheiden zu können und deswegen keinerlei Einmischung und Diskriminierung durch einen Dritten zu erfahren;

– das Recht auf Nationalisierung und Festsetzung der Entschädigung im eigenen Ermessen;

– das Recht auf Wiedergutmachung der Schäden durch koloniale Unterdrükkung und Ausbeutung; und

– das Recht auf Kontrolle und Regulierung der Tätigkeiten der internationalen Konzerne.

Der zweite Hauptpunkt betrifft die Durchsetzung von Regulierungsmechanismen, die die ökonomische Entwicklung der Staaten der Dritten Welt unabhängig macht vom politischen Willen der kapitalistischen Industrienationen und die dem Marktmechanismus innewohnenden negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen abmildert. Dabei geht es um integrierte Rohstoffonds und Preisindexierung, d. h. Herstellung eines Regulierungsmecha-

31) Dabei handelte es sich um: 1. die IV. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Staaten in Algier (September 1973); 2. die VI. Sondertagung der UNO über Rohstoffe und Entwicklung in New York (April/Mai 1974); 3. die Welt-Seerechtskonferenz in Caracas (Juni–August 1974); 4. die Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest (August 1974); 5. den Weltkongreß der Ökonomen in Budapest (August 1974); 6. die Tagung der Weltbank bzw. des Weltwährungsfonds in Washington (September/Oktober 1974); 7. die Welternährungskonferenz in Rom (November 1974); und 8. die Rohstoffkonferenz der Entwicklungsländer in Dakar (Februar 1975).

32) Zit. n. Timmler, a.a.O., S. 90.

nismus, der automatisch auf die Preisentwicklung bei Rohstoffen und Fertigwaren, die Inflationsraten und Währungskursschwankungen reagiert. Die Dringlichkeit solcher Maßnahmen sei an zwei Beispielen demonstriert: Die seit 1967 ständig von den USA und anderen führenden kapitalistischen Industrienationen emphatisch abgegebene Erklärung, der Goldpreis würde nicht verändert, d. h. der Dollar nicht abgewertet, hatte die Mehrheit der Entwicklungsländer bewogen, ihre Devisenreserven in dieser Währung zu halten. Um einen Beitrag zur Stabilität des Weltwährungssystems zu leisten, hatten sie zudem auf den Umtausch ihrer Dollars in Gold verzichtet. Als Nixon 1971 nun doch abwertete, bestanden die Devisenguthaben der Dritten Welt zu 80% aus Dollar. Damit verloren sie – einer UN-Schätzung nach, die inzwischen auch vom Bundesministerium für Wirtschaft bestätigt wurde – Währungsreserven im Werte von mindestens einer Milliarde Dollar[33]). Auf einen anderen Punkt hat Boumedienne hingewiesen: „Von Juli 1972 bis zum Juli 1973 verdoppelte sich der Weizenpreis, im letzten Halbjahr 1973 hat er sich fast schon wieder verdoppelt. Der Zuckerpreis hat sich in weniger als drei Jahren vervierfacht. Der Preis für die von den Entwicklungsländern am meisten gebrauchten Düngemittel hat sich in der Zeit von Juni 1972 bis September 1973 fast verdoppelt. Diese maßlose Preissteigerung geht allein auf die Industrieländer zurück, die die Produktion der Düngemittel auf dem Weltmarkt zu $^{9}/_{10}$ kontrollieren."[34])

Den letzten Schwerpunkt bildet die Festlegung von Prioritäten bei der schrittweisen Erreichung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Sie betreffen den Rohstoffhandel, die Veränderung der terms of trade zugunsten der Entwicklungsländer, die Gewährung nichtreziproker Präferenzen, weiter die Entwicklungsfinanzierung, die Reform des Weltwährungssystems, den Transfer von Wissenschaft und Technologie sowie außerdem die Frage der Restrukturierung des gegenwärtigen Systems der ökonomischen Organe der UNO.

Auch hier zwei Hinweise zur Bedeutung dieser Forderungen: Die meisten Entwicklungsländer versuchen durch die Ausdehnung ihres Handels Devisen zu erwirtschaften, um ihre Industrialisierung vorantreiben zu können. Doch bei den Produkten, wo sie mit Unternehmen aus Westeuropa und Nordamerika konkurrieren könnten, werden ihnen im GATT kaum Präferenzen gewährt. Ist dies aber doch der Fall, so kommt es automatisch, infolge des Grundsatzes der Meistbegünstigungsklausel, auch ihren Konkurrenten zugute. Nach dem Prinzip der Reziprozität müssen sie dafür selbst Präferenzen gewähren, was bedeutet, daß ihre nationale Industrie schutzlos den internationalen Konzernen ausgeliefert ist. Zum Patentrecht, der juristischen Quelle der technologischen Ausbeutung, bemerkte selbst der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) auf seiner letzten Jahrestagung 1975: „Das Werkzeug, mit dem die Patentinhaber ihr Recht begründet haben, ihr Pfund Fleisch von den armen Ländern zu erzwingen, bietet das Pariser Übereinkommen von 1883 zum Schutz des Industrieeigentums. Darin ist das Prinzip eines zeitweiligen Produktions- und Verkaufsmonopols für ein Industrieverfahren für den Lizenzeigner oder den Patentinhaber niedergelegt. Die meisten der Entwick-

33) Ebd. S. 88.
34) Zit. n. ebd., S. 90f.

lungsländer haben sich geweigert, dieses Übereinkommen zu unterzeichnen, jedoch müssen sie sich ihm trotzdem beugen, da sie der gewaltigen Macht der multinationalen Lizenzinhaber gegenüber stehen."[35])

Was aber, so bleibt abschließend zu fragen, sind die bestimmenden Gründe für die Entwicklung des Forderungskatalogs gerade zu diesem Zeitpunkt? Im Vordergrund steht sicherlich die Ablösung der Periode des Kalten Krieges durch den internationalen Entspannungsprozeß. Da sich hierdurch die Gefahren globaler, aber auch regionaler militärischer Auseinandersetzungen vermindern und insgesamt ein politisches und psychologisches Klima größeren Vertrauens geschaffen wird, sind günstigere Bedingungen der ökonomischen Entwicklung und Zusammenarbeit zwischen allen Staaten gegeben. Auch hat sich für die Entwicklungsländer die Chance erhöht, ihre Forderungen konsequent formulieren und durchsetzen zu können, ohne eine sofortige imperialistische Militärintervention fürchten zu müssen, wie etwa in den 50er und 60er Jahren.

Zweitens hat sich in den armen Regionen der Welt das allgemeine Bewußtsein verbreitet, daß die bisherigen Entwicklungsmodelle gescheitert sind und die Hilfeleistungen aus Westeuropa und Nordamerika unzureichend waren. Gleichzeitig hat der, wenn auch geringe, ökonomische Fortschritt zu einem sozialen und politischen Differenzierungsprozeß geführt, der nicht ohne Auswirkungen auf die Formulierung der jeweiligen staatlichen Politik blieb. Demokratische und antiimperialistische Bewegungen haben an Gewicht gewonnen und bestimmen immer mehr die Festschreibung der strategischen Ziele.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war schließlich der Ausbruch der tiefgreifendsten Weltwirtschaftskrise seit der großen Depression von 1929/33. Schlagend zeigte sie den Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika die Mängel und Schwächen der sogenannten freien Marktwirtschaft. Die tiefe Kluft zwischen Anspruch und Realität der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wurde deutlich, und die Bereitschaft zur Formulierung und Durchsetzung alternativer Programme wuchs. Somit kann bereits an diesem Punkt festgestellt werden, daß der Auseinandersetzung zwischen den AKP-Staaten und der EWG ein hoher Stellenwert zukam. Denn hier sollte erstmals die Probe auf das Exempel gemacht werden. Der in Brüssel vorgelegte Acht-Punkte-Katalog präzisierte die allgemeinen Vorstellungen auf konkreter Ebene und war als realistisches Minimalprogramm gedacht. Realistisch, weil er Forderungen enthielt, die als politisch durchsetzbar angesehen wurden.

2.2. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Die von den AKP-Ländern der Neuner-Gemeinschaft zwangsweise verordnete Denkpause wurde von dieser zur Ausarbeitung einer neuen taktischen Marschroute genutzt, die die Erreichung des Zieles, nämlich „die Erhaltung der Freiheit des Welthandels"[36]), sichern sollte. Dabei war man nicht nur dem Druck der Entwicklungsländer ausgesetzt, sondern auch konfrontiert mit der

35) IBFG, Forderungsprogramm der Gewerkschaften für Gesetze zur Kontrolle multinationaler Gesellschaften, Mexico City 1975, hektographiert, S. 8.
36) BDI-Jahresbericht 1975/76, S. 139.

sich auch in diesen Regionen verschärfenden Systemkonkurrenz[37]). Außerdem kam hinzu die Uneinigkeit zwischen den europäischen Partnern. Die Einsicht, daß „enge Zusammenarbeit und bessere Koordinierung . . . erforderlich (sind) . . . um den Gesprächen mit den Entwicklungsländern einen guten Fortschritt zu sichern"[38]), führte hier schließlich noch einmal zu einem Kompromiß.

Kaum ein Jahr nach der Unterzeichnung des Abkommens sollte sich herausstellen, wie brüchig und einmalig das gemeinsame Auftreten der EWG-Staaten war. Nach der Tagung der UNCTAD in Nairobi mußte Minister Friderichs eine tiefe Zerrissenheit feststellen: „Einen eindeutig marktwirtschaftlich orientierten Standpunkt haben die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland eingenommen. Einige Industrieländer, vor allem die Niederlande, Schweden, Norwegen und Finnland, unterstützen die meisten Forderungen der Entwicklungsländer. Eine mittlere Gruppe von Industrieländern, insbesondere solche Länder, die weiterhin enge Beziehungen zu ihren Kolonialländern unterhalten, nimmt eine sehr kompromißbereite, ordnungspolitisch nicht immer eindeutige Haltung ein."[39]) Die entwicklungspolitischen Thesen der Bundesregierung von Gymnich hatten mit ihrer Formulierung – „Die Entwicklungspolitik soll zum Abbau internationaler Konfrontation beitragen"[40]) – bereits das Ziel angegeben, auf das die EWG hinsteuerte: „Von der Ära der Entwicklungs*hilfe* zur Ära der *Zusammenarbeit* im wahrsten Sinne des Wortes."[41])

Was ist darunter zu verstehen? In erster Linie geheht es um die Stabilisierung der bestehenden weltwirtschaftlichen Ordnung, da man hofft, daß dann die Kritik und das Veränderungsstreben kanalisiert werden können. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Verträgen festgelegt werden, die den bestehenden Zustand als Basis haben, da so deren Handlungsspielraum eingeschränkt wird. In diesem Zusammenhang spielen nicht nur die ständigen Hinweise, daß „das freiheitliche Weltwirtschaftssystem . . . in den beiden vergangenen Jahrzehnten . . . zu beispiellosem sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt . . . auch in den Entwicklungsländern (geführt)"[42]) hat, eine wichtige ideologische Rolle, sondern vor allem das Konzept der Interdependenz. Damit wird zwar auf einen wichtigen aktuellen Tatbestand rekurriert, da natürlich die Vergesellschaftung der Produktion schon lange den Rahmen des nationalen Wirtschaftens überschritten hat und dies auch eine objektive Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung ist.

Wenn Genscher jedoch vor der UNO erklärt, daß die marktwirtschaftlichen Industrieländer und die Entwicklungsländer „in unauflösbarem Zusammenhang" stehen und Interdependenz „Zwang zu Zusammenarbeit und gemein-

37) So stellte ein Herr Werner von der Maschinenfabrik Goebel mit großer Verärgerung fest, daß „nicht von ungefähr . . . die ständigen Systemdiskussionen auf denWelthandelskonferenzen und dem Forum der Vereinten Nationen auch einem besonderen Anliegen des Ostblocks (entsprechen), der auf diese Weise einen Durchbruch für sein planwirtschaftliches System erzielen will" (BDI-Jahrestagung 1976, S. II/21).
38) Helmut Schmidt im „Bulletin" v. 1. 6. 1976, S. 474, S. 752.
39) Friedrichs, a.a.O., S. 521.
40) „Bulletin" v. 12. 6. 1975, S. 698.
41) Neunter Gesamtbericht . . ., a.a.O., S. 255.
42) BDI-Jahrestagung 1976, S. II/13.

samer Verantwortung" heißt, meint er damit etwas ganz anderes[43]). Dahinter verbirgt sich das Konzept des Festhaltens an den bestehenden Abhängigkeitsverhältnissen mit dem Ziel, allen Staaten eine gleiche Verantwortung und Verpflichtung bei Lösung und Überwindung der verschiedenen chronischen und akuten Krisen der kapitalistischen Weltwirtschaft aufzubürden. Sehr zutreffend hat Krippendorff darauf hingewiesen, daß dies die Übertragung des Konzepts der Sozialpartnerschaft auf die internationalen Beziehungen ist[44]). In diesem Zusammenhang haben integrative Strategien besonders an Bedeutung gewonnen. Denn: „Ein Entgegenkommen gegenüber der Dritten Welt durch eine neue Arbeitsteilung kann überdies den außenpolitischen Vorteil haben, den ‚Dritten Weg' dieser Länder mehr in Richtung auf demokratische, marktwirtschaftliche Systeme zu lenken. Auf diese Weise ließe sich die Verwirklichung einer Domino-Theorie vor allem in Afrika verhindern."[45]) Egon Bahr gar preist die BRD als Modell zur Lösung der Konflikte zwischen kapitalistischen Industrienationen und Entwicklungsländern an. Mit dem Hinweis, daß das Deutsche Reich ja auch nicht zusammengebrochen sei – obwohl dies viele befürchtet hatten –, als man die Kinderarbeit abgeschafft hatte, plädiert er für einige Reformen und stellt dafür weltpolitische Stabilität in Aussicht, da sich doch während der Wirtschaftskrise in der BRD gezeigt habe, daß es „dem Netz der sozialen Sicherungen entscheidend zuzuschreiben ist, wenn mehr als eine Million Arbeitslose auch nicht im Ansatz zu politischer Radikalität à la Weimar geneigt haben"[46]).

Das alles zielt natürlich auf ein Unterlaufen der Forderungen nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, aber auch auf Zeitgewinn. Da man hofft, wenn die dringendsten aus der Weltwirtschaftskrise resultierenden Probleme gelöst sind, der Kapitalismus bzw. was heute aus ideologischen Gründen dafür synonym verwandt wird, „die Demokratie", auch in der Dritten Welt wieder an Attraktivität gewinnt. In den Verhandlungen mit den AKP-Staaten spielte dies ebenso eine Rolle wie der Versuch, die diplomatische Offensive zurückzugewinnen, indem man versucht, die Diskussionen aus den internationalen Organisationen herauszuverlagern, um die sozialistischen Staaten auszuschalten und die ökonomisch dominierende Rolle der EWG wieder zum Tragen zu bringen. Erklärtes Ziel der Neuner-Gemeinschaft ist es, „einer der Hauptpartner in dieser umfassenden Debatte"[47]) zu werden.

Dahinter stecken natürlich handfeste ökonomische Interessen. Helmut Schmidt hat mit dankenswerter Offenheit den Punkt benannt: „Bei der Verfolgung unseres Zieles einer ständigen Expansion erleichtert der Kapitalverkehr die wirksame Allokation der Ressourcen und erhöht damit unseren wirtschaftlichen Wohlstand."[48]) Wichtigste Voraussetzung dafür ist, daß sich die Entwicklungsländer der Forderung des BDI nach „Sicherung des privaten Eigentums . . . und (der) Möglichkeit zur optimalen Entfaltung unternehmeri-

43) „Bulletin" v. 4. 9. 1975, S. 1058.
44) E. Krippendorff, Imperialismus in der Friedensforschung. Plädoyer für einen Begriff, in: „Friedensanalysen 3", Frankfurt/M. 1976, S. 68–82.
45) BDI-Jahrestagung 1976, S. II/9.
46) Bahr, Entspannung, a.a.O., S. 285.
47) Neunter Gesamtbericht . . ., a.a.O., S. XI.
48) „Bulletin" v. 1. 6. 1976, S. 752.

scher Initiative"[49]) beugen. Daß das bundesrepublikanische Kapital im Vergleich mit dem Rest der EWG hier besonderes Interesse hat, wird verständlich, wenn man einige Zahlen betrachtet: Allein 1975 lag der langfristige Kapitalexport dreimal so hoch wie im Jahr davor. Die Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern betrugen am 31. Dezember 1975 12,281 Mrd. DM, was 29,3% der gesamten Auslandsinvestitionen entspricht und eine Steigerung von rund 370% innerhalb der letzten zehn Jahre darstellt[50]). Die innen- und sozialpolitische Sprengkraft, die eine entscheidende Verlangsamung des Tempos der außenwirtschaftlichen Expansion haben würde, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß zwischen 1970 und 1975 durch die enormen Wachstumsraten des Exports 538 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Wäre dem nicht so gewesen, hätte es rund 400 000 Arbeitslose mehr gegeben, und der Abbau der Beschäftigten in der Industrie hätte von 1970–1976 nicht 13,5%, sondern 18,1% betragen[51]). Hinzu kommt die Abhängigkeit von Rohstoffen, weswegen man ebenfalls ein großes Interesse an geordneten – natürlich im Sinne der BRD-Industrie geordneten – internationalen Beziehungen hat.

Im Konzept der westdeutschen Politiker spielt zur Durchsetzung der Eigeninteressen die EWG eine wichtige Rolle, zu der es keine Alternative gibt und für deren Sicherung man auch Opfer zu bringen bereit ist. Weil – so Genscher – „es . . . in Wahrheit keine Opfer (sind), denn unsere zukünftigen Existenzmöglichkeiten, unsere Lebenschancen hier . . . und die Entwicklungschancen der Bundesrepublik Deutschland – all das ist abhängig davon, ob es uns gelingt, auch um uns herum eine wirtschaftlich, sozial und politisch gefestigte Umwelt zu schaffen"[52]). Das macht auch deutlich, warum das Konzept der Integration heute eine solch bedeutende Rolle spielt. Der gemeinsame Zwang zu einer trotz aller Gegensätze beschleunigten ökonomischen Internationalisierung und zur Integration ergibt sich aus den Gesetzen der kapitalistischen Profitproduktion, wobei sich unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution die Notwendigkeit zur Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung und zur Ausdehnung der Absatzmärkte verschärft. Der Zwang erwächst weiter aus den Absichten, die sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung auflehnenden Entwicklungsländer auch in Zukunft an den Reproduktionsprozeß der kapitalistischen Zentren zu ketten. In den Verhandlungen mit den AKP-Ländern lag somit die historische Chance, durch das Instrument der Integration ein gesichertes, riesiges Einflußgebiet in der Dritten Welt zu schaffen.

3. *Das Ergebnis*

Naturgemäß konnte unter diesen Bedingungen und der äußerst unterschiedlichen Interessenlage am Ende nur ein Kompromiß stehen. Auf den ersten Blick erscheint das Abkommen von Lome als großer Erfolg der Entwicklungs-

49) BDI-Jahresbericht 1975/76, S. 20.
50) Berechnet nach: Ebd., S. 157; G. Grosche, Deutsche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, Diss., Bochum 1971, S. 126.
51) B. Jansen, Der Einfluß der außenwirtschaftlichen Verflechtung auf Struktur und Beschäftigung der Industrie in der Bundesrepublik Deutschland, Bremen 1976 (hektographiert), S. 11.
52) Zit. n. K. O. Nass, Der „Zahlmeister" als Schrittmacher?, in: EA, 10/1976, S. 325–336, hier: S. 332.

länder. Doch schon die Begründung der EWG für die Bereitschaft, über ein Präferenzabkommen vom Typ Jaunde hinauszugehen, weil sonst „die Assoziierung nach 15 Jahren nicht mehr als Rahmen für eine wirksame globale Politik der Entwicklungskooperation dienen könnte"[53]) zeigt, daß auch die Europäer ihre langfristigen Ziele erreicht haben. Das Kernstück des Abkommens – von der EWG weltweit als wichtigster Fortschritt in der Entwicklungspolitik gefeiert und gleichzeitig als Alternative zu den integrierten Rohstoffonds gepriesen – ist der sogenannte „Stabex". Dazu heißt es in Art. 16 des Lome-Vertrags: „Um die schädlichen Auswirkungen der Schwankungen der Ausfuhrerlöse zu beheben und den AKP-Staaten damit die Möglichkeit zu geben, die Stabilität, die Rentabilität und das ständige Wachstum ihrer Wirtschaft sicherzustellen, führt die Gemeinschaft ein System ein, um die Stabilisierung der Erlöse aus der Ausfuhr bestimmter von den AKP-Staaten nach der Gemeinschaft ausgeführter Warenen, von denen ihre Wirtschaften abhängig sind und die Preis- und/oder Mengenschwankungen unterliegen, zu gewährleisten."[54]) Dabei handelt es sich um 12 Grundstoffe (Erdnüsse, Kakao, Kaffee, Baumwolle, Kokosnüsse, Palmöl und -kerne, Leder und Häute, Holz, Bananen, Tee, Rohsisal und Eisenerz) sowie deren Nebenerzeugnisse.

Zur Berücksichtigung einer dieser Waren muß diese im Vorjahr mindestens 7,5% der Gesamterlöse der Warenausfuhr ausgemacht haben. Die AKP-Länder konnten durchsetzen, daß dieser Satz für Sisal auf 5% reduziert wurde und für solche AKP-Staaten, die keinen direkten Zugang zum Meer haben, die am wenigsten entwickelt sind oder die Inselstaaten sind, sogar bloß 2,5% beträgt[55]). Um nun einen Transfer zu erhalten, müssen die tatsächlichen Erlöse aus der Ausfuhr einer bestimmten Ware in die EWG unter dem Durchschnitt der entsprechenden Erlöse in den vier Jahren vor dem Anwendungsjahr liegen, und zwar entsprechend den obigen Zahlen. Die Mittel dafür sind aber begrenzt: Für den Zeitraum von fünf Jahren hat die EWG einen Fonds in der Höhe von 375 Mio. Rechnungseinheiten eingerichtet.

Die ersten Zahlen zeigen, daß die Entwicklungsländer davon in nicht unerheblichem Maß profitieren. Im Verhältnis zu den Ausfuhrerlösen betrug der „Stabex"-Transfer im Jahre 1974 für:

Burundi (Baumwolle)	*63%*
Togo (Kaffee)	*39%*
Niger (Erdnüsse)	*39%*
Somalia (Felle und Häute)	*33%*
Dahome (Baumwolle)	*27%*

Für das Jahr 1975 belaufen sich die zur Verfügung gestellten Mittel auf 71,83 Mio. RE[56]).

---

53) Zit. n. Ehrhardt, a.a.O., S. 390.
54) Generalsekretariat des Rates der EG, Am 28. Februar 1975 unterzeichnetes AKP-EWG-Abkommen von Lome und dazugehörige Dokumente, o. J., S. 35.
55) Nach Art. 24 handelt es sich dabei um folgende Staaten: Äquatorial-Guinea, Äthiopien, Bahamas, Barbados, Botswana, Burundi, Dahome, Fidschi, Gambia, Grenada, Guinea, Guinea-Bissao, Jamaika, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Obervolta, Ruanda, Zambia, Somalia, Sudan, Swasiland, Tansania, Togo, Tonga, Trinidad und Tobago, Tschad, Uganda, Westsamoa und die Zentralafrikanische Republik (ebd., S. 42).
56) Alle Zahlen nach: Informatorische Aufzeichnung, Brüssel Juli 1976 (hektographiert).

So beeindruckend diese Zahlen sind, so läßt sich doch nicht verschweigen, daß dieses System noch immer unzureichend ist. Die hier vorgenommene Regelung entspricht nicht dem Wunsch der AKP-Staaten nach einem Transfer in tatsächlichen Werten, d. h. unter Ausschaltung der Inflationsraten. Da es sich im Regelfall um Darlehen handelt, wächst damit der ohnehin enorme Schuldenberg der Entwicklungsländer, und die Bestimmung, den Transfer in den fünf Jahren nach Erhalt zurückzuzahlen, wirft zusätzliche Schwierigkeiten auf. Außerdem eröffnet die Bestimmung, daß kein Ausgleich vorgenommen wird, wenn die Handelspolitik eines AKP-Staates ungünstig auf seine Exporte wirkt, der Willkür der EWG-Kommission Tür und Tor.

Erfolge konnten auch bei den handelspolitischen Vereinbarungen getroffen werden. Die EWG-Forderung nach Gegenpräferenzen fand keinen Eingang in das Vertragswerk. Die AKP-Staaten sind in ihren Handelsregelungen frei und lediglich verpflichtet, die Neuner-Gemeinschaft gleich zu behandeln (Diskriminierungsverbot) und sie nicht weniger günstig zu behandeln als andere Nationen (Gebot der Meistbegünstigung). Eine wesentliche Verbesserung ihrer Ausfuhrchancen erzielten die AKP-Länder durch die Verankerung des Prinzips des „kumulativen Ursprungs". Im Gegensatz zur Jaunde-Regelung, die verlangte, daß die den Ursprung begründende Erzeugung, Be- oder Verarbeitung in einem einzigen Partner-Staat erfolgte, gilt nach dem Lome-Abkommen die AKP als einheitliches Gebiet. Damit steht regionalen Integrationsbestrebungen zwischen den AKP-Staaten nichts mehr im Wege.

Die in Punkt 6 des in Brüssel vorgelegten Katalogs erhobene Forderung nach freiem Zugang aller Agrarprodukte auf den Markt der EWG konnte nur teilweise durchgesetzt werden. Zwar können ca. 94% der derzeitigen Agrarexporte der AKP-Staaten frei in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eingeführt werden und ist somit eine günstigere Regelung erreicht worden, als sie innerhalb des GATT besteht. Doch täuscht die Zahl insofern, als die restlichen 6% einen Mittelwert darstellen, der für die Exportstatistik einzelner Staaten durchaus von wichtiger Bedeutung sein kann. Es handelt sich hier um Waren, die von der EWG diskriminiert werden, um ihre eigene Agrarproduktion zu schützen, d. h. Güter, die durchaus eine große Zukunft auf dem Weltmarkt haben. Daher steht zu vermuten, daß das Lome-Abkommen kaum zur Erhöhung der agrarischen Ausfuhren und damit zur Verbesserung der Handelsbilanzen der betroffenen Entwicklungsländer beitragen wird. Außerdem werden jetzt schon in Brüssel Schutz-, Stütz- und Umstrukturierungsmaßnahmen ausgearbeitet, um möglichen Veränderungen im Handelsgefüge mit den AKP-Ländern zuvorzukommen. Auch sind die Agrarzugeständnisse nicht wie die Zollpräferenzen für Industrieerzeugnisse integraler Bestandteil des Abkommens, sondern werden einseitig über den Verordnungsweg von der EWG-Kommission verfügt.

Was nun die Präferenzen für Halb- und Fertigerzeugnisse betrifft, so wird man fairerweise noch abwarten müssen, welche Ergebnisse sie bringen, doch zeigen die Erfahrungen mit den bereits seit Jahren für 111 Entwicklungsländer bestehenden Regelungen, daß sie ein Geschenk ohne Wert sind. Staaten wie Hongkong, Brasilien, Südkorea, Singapur, der Iran und noch fünf andere nutz-

ten 1974 72% der gesamten Ausfuhrmöglichkeiten aus. Im Klartext heißt das: „Nutznießer sind in erster Linie multinationale Konzerne, die Produktionen in Niedriglohnländer auslagern und von dort Erzeugnisse zollfrei in die Industrieländer zurückschicken. Für die Bedürfnisse der ärmsten unter den Entwicklungsländern sind die Zollpräferenzen allerdings wertlos."[57]) Ohnehin eingeschränkt sind die Zollvorteile bei „sensiblen" Produkten wie Schuhe und Textilien, wo die Hersteller innerhalb der EWG eine protektionistische Politik durchsetzen konnten. Hier jedoch wären die Entwicklungsländer besonders wettbewerbsfähig. Eine solche Ausgestaltung von Präferenzregelungen bedeutet „in Wirklichkeit", wie der Entwicklungsausschuß des Europäischen Parlaments selbstkritisch feststellte, „eine Diskriminierung der Entwicklungsländer"[58]).

Der dritte wichtige Abschnitt des Abkommens von Lome betrifft die industrielle Zusammenarbeit. Hier konnten die AKP-Staaten bis jetzt keine ihrer Forderungen durchsetzen. Zwar sind die Formulierungen des Textes so vage gehalten, daß ein großer Spielraum vorhanden ist, den man intensiv nutzen könnte. Doch zeigte sich die private Industrie aus den europäischen Staaten bis jetzt kaum an Projekten in diesen Ländern interessiert. Die Ursache dafür machte der BDI mit aller Deutlichkeit klar: In internationalen Abkommen sollte das „Prinzip des Eigentumsschutzes und der Investitionssicherung stärker verankert werden. Leider ist . . . in die Konvention von Lome . . . eine entsprechende Vereinbarung (nicht) aufgenommen worden"[59]).

Die Frage, ob das AKP-EWG-Abkommen – wie es das für sich in der Präambel in Anspruch nimmt – ein zukunftsweisendes Modell ist, kann leicht verneint werden. Solches nahm bereits der Assoziierungsvertrag von Jaunde für sich in Anspruch und war doch nichts anderes als die zeitlich begrenzte juristische Fixierung des damals gegebenen Kräfteverhältnisses zwischen Entwicklungsländern und kapitalistischen Industrienationen. Gleiches gilt für den Vertrag von Lome. Daher wird es genausowenig ein Lome II geben, wie es ein Jaunde III gegeben hat. Schwieriger hingegen ist die Frage zu beantworten, ob dieses Vertragswerk in der Tat ein erster Schritt in Richtung neue Weltwirtschaftsordnung ist. Unbestreitbar ist, daß die AKP-Staaten die wichtigsten Forderungen ihres Acht-Punkte-Katalogs teilweise oder ganz durchsetzen konnten. Trotz aller hier gemachten Einschränkungen kann dies als Erfolg verbucht werden. Unbestreitbar ist aber auch, daß die EWG eine Reihe wichtiger Ziele erreicht hat.

Erstens gelang es trotz unterschiedlicher Interessenslage und divergierender Strategievorstellung, die neun europäischen Staaten auf ein gemeinsames Konzept einzuschwören. Obwohl diese Einheit sofort danach wieder brüchig wurde, zeigte sie doch, welches Maß an Kompromißfähigkeit innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft existiert, wenn es gegen einen „äußeren Feind" geht. Zweitens wurde das Konzept der Integration verwirklicht und die alten neokolonialen Bindungen (Sterling- und Franc-Zone) durch Veränderung ih-

57) „Die Zeit" v. 19. 11. 1976.
58) Zit. n. ebd.
59) BDI-Jahresbericht 1975/75, S. 155.

rer Form gesichert. Die Monopole der EWG-Länder verfügen nun über ein sicheres Einflußgebiet, in dem rund 450 Mio. Menschen leben. Drittens steht das Abkommen für die „vom Geist der Interdependenz getragene Zusammenarbeit von Industrie- und Entwicklungsländern"[60]). Mit dieser Strategie hofft man im internationalen Dialog um die künftige Gestaltung des Weltwirtschaftssystems auf diplomatischem Parkett wieder Boden gutzumachen. Erstmals haben damit nämlich die kapitalistischen Industrienationen den Vorstellungen der Dritten Welt ein eigenes Konzept entgegengesetzt.

Die materiellen Motive, die hinter dem Interdependenzkonzept stecken, hat einer der Brüsseler Technokraten ganz unverfroren der Öffentlichkeit mitgeteilt: „Kein Protokoll oder gar Geheimabkommen verpflichtet Zaire, Nigeria oder Gabun, die Gemeinschaft mit Kupfer, Erdöl oder Mangan zu beliefern. Dennoch hofft die Gemeinschaft zweifellos, daß das Lome-Abkommen einen allgemeinen Rahmen der wirtschaftlichen Interdependenz und des gegenseitigen Vertrauens schafft, der Lieferboykott und auch Enteignungen von europäischen Kapitalbeteiligungen ohne Entschädigungen schwieriger oder gar unmöglich macht[61]). Die im gleichen Atemzug erhobene Behauptung, dies sei „keine Politik der Stärke oder der machtpolitischen Einflußnahme"[62]), bedarf kaum der Kommentierung.

60) Außenminister Genscher in: „Bulletin" v. 4. 9. 1975, S. 1058.
61) E. Rhein, Die Europäische Gemeinschaft auf der Suche nach einer gemeinsamen Außenpolitik, in: EA, 6/1976, S. 171–180, hier: S. 177.
62) Ebd.

Neu

Klaus Mannhardt / Winfried Schwamborn

Zivildienst

Ein Handbuch

Kleine Bibliothek, Band 94, ca. 160 Seiten, DM 9,80

April 1977

Grundlagen und Praxis des Zivildienstes sind nach wie vor umstritten. Ist der Zivildienst für Kriegsdienstverweigerer tatsächlich eine vernünftige Alternative zur Bundeswehr? Ist antimilitaristisches Engagement im Rahmen des Zivildienstes möglich?
Klaus Mannhardt und Winfried Schwamborn unternehmen mit ihrem Buch erstmals den Versuch, Fragen der Zivildienstleistenden zu formulieren und die verschiedenen Diskussionsansätze systematisch aufzuarbeiten. Ein juristischer Teil informiert über Gesetze und Verwaltungsvorschriften, die Zivildienstleistende zur Wahrung ihrer Rechte kennen sollten.

Winfried Schwamborn

Handbuch für Kriegsdienstverweigerer

Kleine Bibliothek, Band 18

***Auf den neuesten Stand gebrachte, dritte Auflage* (März 1977)**
176 Seiten, DM 9,80

Die Totalitarismus-Legende*)

Das Ende der Weimarer Republik im offiziellen Geschichtsbild der BRD

Von Werner Gestigkeit

„. . . Da ich im Jahre 1945 geboren bin, weiß ich nur, daß Kommunisten und Nationalsozialisten am Untergang der Weimarer Republik schuld sind (anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU), und aus diesem Grunde, Herr Abgeordneter Wehner, bitte ich, meinen Zwischenruf zu verstehen. (erneuter lebhafter Beifall bei der CDU/CSU – Pfui-Rufe von der SPD) . . ."

(Aus einer persönlichen Erklärung des CDU-MdB Sauer am 3. Februar 1977 im Deutschen Bundestag. Sauer hatte den SPD-Fraktionsvorsitzenden in einem Zwischenruf der Mitschuld am Untergang der Weimarer Republik bezichtigt und war deshalb von Bundestagsvizepräsident Schmitt-Vockenhausen gerügt worden. D. Red.)

In der herrschenden politischen Öffentlichkeit dient das Ende der Weimarer Republik als schlagender historischer Beweis für die Auffassung, daß die Demokratie stets in Gefahr ist, zwischen den Radikalen von links und rechts wie zwischen Mahlsteinen zerrieben zu werden. „Da die Erfolge des Weimarer Staates immer hinter dem zurückblieben, was das ungeduldige deutsche Volk erwartete und forderte, traf die Weltwirtschaftskrise Deutschland schwer. Sie wirkte sich katastrophal aus, weil die ökonomische Krise mit einer geistigen und politischen Krise zusammenfiel. Als das Parlament sich selbst aufgab und nicht mehr bereit war, die Verantwortung zu tragen, ging die Weimarer Republik zugrunde; sie wurde zerrieben zwischen dem Totalitarismus von rechts und links."[1])

Diese zusammenfassende Deutung ist einem Schulbuch entnommen, und die Sichtung weiterer in der Bundesrepublik für den Schulgebrauch zugelassener Geschichtsbücher zeigt, daß die historische Erklärung der Zerstörung der Weimarer Republik – wenn auch mit unterschiedlichen Akzentuierungen – immer in dieser sozusagen mustergültigen Form erfolgt. Wichtig und aufschlußreich für die Dominanz der Darstellung ist der Hinweis, daß sie auf die zur Zeit des Kalten Krieges herrschende Totalitarismustheorie zurückgeht und von der Kultusministerkonferenz am 5. Juli 1962 für den Schulunterricht als verbindlich erklärt wurde – und dies bis heute ist. In dem Totalitarismus-Erlaß heißt es: „Die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus gehört zu den wesentlichen Aufgaben der politischen Bildung unserer Jugend. Die Lehrer aller Schularten sind daher verpflichtet, die Schüler mit den Merkmalen des Totalitarismus und den Hauptzügen des Bolschewismus und des Natio-

*) Für die „Blätter" leicht gekürzte und überarbeitete Fassung eines Beitrags, der demnächst in dem von Reinhard Kühnl und Gerd Hardach herausgegebenen Buch „Die Zerstörung der Weimarer Republik" im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinen wird. D. Red.

1) Klett II, S. 2291 zur Schulbuchauswahl und Zitatangabe siehe Anhang.

nalsozialismus als den wichtigsten totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts vertraut zu machen."[2])

Wenn im folgenden im Hinblick auf das Erklärungsmuster vom Ende der Weimarer Republik von Totalitarismus-Legende gesprochen wird, die der historischen Wirklichkeit nicht entspricht, dann ist damit nicht gleich und insgesamt bewußte Geschichtsfälschung gemeint, obwohl die Grenzen dahin fließend sind. Es ist eher der Normalfall einer im Dienst einer bestimmten Ideologie stehenden Geschichtsauffassung, die durchaus Richtiges für sich beanspruchen kann und dennoch falsch ist. Es ist gleichsam ein aus richtigen Elementen zusammengesetztes falsches Bild. Um seine Falschheit im Ganzen nachzuweisen, ist es notwendig, seine einzelnen, sinnfälligen Phänomene ernst zu nehmen und der Prüfung zu unterziehen.

Die Weltwirtschaftskrise und ihre rätselhafte Selbstverständlichkeit

Der primäre Faktor, der die Weimarer Republik erschütterte und zu ihrer Zerstörung grundlegend beitrug, war die Weltwirtschaftskrise, die im Oktober 1929 ausbrach und bis 1932/33 andauerte. Über die empirisch erfaßbaren Daten und den allgemeinen Zusammenhang von Weltwirtschaftskrise und „Zerfall" der Weimarer Demokratie besteht in den verschiedenen Schulbüchern Übereinstimmung. In den meisten Fällen wird der Versuch gemacht, die Krise als Überproduktionskrise zu erklären. „Die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929–32 begann als Überproduktionskrise in den USA. Absatzschwierigkeiten verursachten ein Sinken der Produktion und damit den Anstieg der Arbeitslosigkeit, wodurch die Kaufkraft schwand. Dieser Kreislauf wirkte in allen Industriestaaten, da die Wirtschaft der Industrieländer in enger Wechselwirkung zueinander standen."[3])

Im Zusammenhang mit der Frage nach den Ursachen der Überproduktion wird die Auffassung vermittelt, daß es sich – abgesehen von sekundären ökonomischen und politischen Gründen oder „Industrialisierung" überhaupt – um das subjektive Fehlverhalten der Produzenten gehandelt habe. „Fesselose Wirtschaftsexpansion, blinde Überproduktion, überhitzte Spekulation"[4]) mit dem Ziel größten Verkaufs und höchster Gewinne führte zu einer Masse

2) Vgl. die Richtlinien für die „Behandlung des Totalitarismus im Unterricht" der Kultusminister vom 5. 7. 1962; der Erlaß und sein theoretisches Fundament, siehe genauer: R. Kühnl (Hrsg.), Geschichte und Ideologie, Reinbek 1973, Totalitarismus-Theorie, S. 203 ff. – Der jetzt vom Schuljahr 1976/77 an für Schleswig-Holstein erlassene Lehrplan für Gemeinschaftskunde, der durch Pluralität der Indoktrination und Manipulation entgegenwirken will, faßt unter den wirtschaftlich/politisch orientierten Themen: „totalitäre Herrschaft am Beispiel des Bolschewismus und des Nationalsozialismus" (siehe „Hochschulpolitische Informationen" 23/24, 10. 12. 1976). – Es soll hier nicht um eine Analyse des „Totalitarismus" als politischer Auffassung und Theorie insgesamt gehen. Dennoch ist zu erwähnen, daß er als politischer, vornehmlich antikommunistischer Kampfbegriff auch nach Ende des kalten Krieges nie aus der politischen Öffentlichkeit verschwand, allerdings gegenwärtig nicht zuletzt zur Legitimation des „Radikalenerlasses" wieder intensiv propagiert wird. In der Wissenschaft war die fast eineinhalb Jahrzehnte dominierende Theorie seit Mitte der sechziger Jahre einer umfassenden Kritik unterzogen und ad acta gelegt worden. Neuerdings gibt es jedoch auch im Bereich der politischen Wissenschaft Anzeichen einer Wiederbelebung und Neuauflage. So schlägt etwa Karl Dietrich Bracher vor, „die ältere Totalitarismustheorie in der Weise weiterzuentwickeln, daß sie ihren Beitrag zur Analyse und Erklärung der modernen, postdemokratischen Diktatur auch nach dem Ende Mussolinis, Hitlers und Stalins zu leisten vermag." Gegenstand der Theorie solle „linke wie rechte diktatorische Herrschaft unabhängig von ihrer ideologischen Einordnung als faschistisch oder sozialistisch" sein (S. 50); siehe K. D. Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen – Um Faschismus Totalitarismus Demokratie, München 1976.
3) Schöningh II, S. 112.
4) Klett II, S. 193.

von Gütern, für die sich schließlich keine zahlungsfähigen Kunden mehr fanden. „Wer sollte die 5,4 Mill. Autos kaufen, die 1929 hergestellt wurden oder die eine Mrd. Paar Schuhe? Ein Teil der Ernte wurde Jahr um Jahr vernichtet, um die Preise auf einer Höhe zu halten, die den Anbau lohnte."[5]) Entwaffnend ist die kritiklose Einsicht in die immanente Plausibilität dessen, was sich ereignet hat und schon deshalb selbstverständlich wird. Die Kritik der Einsicht ist vertrackt, denn es läßt sich durchaus bestätigen, daß eine blinde Produktion mit dem fessellosen Ziel des Profits eine Überproduktion bewirken kann, der keine Nachfrage gegenübersteht. Auch die Vernichtung von Gütern wird verständlich, wenn ein derartiges Übermaß produziert wird, daß sie nur noch zum Verschenken taugen. Verschenken wäre freilich aus der Sicht des Verkäufers völlig irrational, ebenso wie aus der Sicht derjenigen, die als Arbeitslose kaum zu essen hatten, die Vernichtung von Gütern als irrational erscheinen mußte.

Die Unlösbarkeit des Rätsels für die Schulbücher liegt darin begründet, daß die gesellschaftliche Produktion mit ihrer kapitalistischen Form verwechselt wird. Wenn die Vernichtung der gesellschaftlich produzierten Gebrauchswerte aus der Sicht der kapitalistischen Privatproduzenten als durchaus „vernünftig" erscheint, da auf diese Weise die Preise stabilisiert und die Profite erhöht werden, so ist eine solche Vernichtung aus der Sicht der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung völlig irrational. Für den Privatproduzenten ist die Warenvernichtung „rational", da sie seinen materiellen Interessen, die sich aus der Struktur der Produktionsverhältnisse ergeben, angemessen ist.

Den Schulbuchautoren allerdings ist dieser für die kapitalistische Produktionsweise konstitutive Widerspruch zwischen gesellschaftlich notwendiger Produktion (auch 1929 gab es noch Menschen ohne genügend Schuhe und ohne Autos) und ausschließlich gewinnorientierter Produktion unbekannt. In ihrer Darstellung werden die antagonistischen Seiten dieses Widerspruchs daher ständig miteinander vermengt. Ob das Elend der Arbeitslosen oder die Vernichtung der Ernte: Im Vexierbild der Schulbücher erscheint das Himmelschreiende jeweils einsichtig, ohne daß der Widerspruch und sein objektiver Grund bewußt werden. Wenn die Weltwirtschaftskrise ein wesentlicher Faktor gewesen ist, ohne den die nationalsozialistische Herrschaft auf den Trümmern der Weimarer Republik nicht hätte errichtet werden können und die Krise ihre Ursache in der spezifischen Struktur bestimmter Produktionsverhältnisse hatte, dann ist der primäre Grund für die Zerstörung der Weimarer Demokratie die Krisen und Elend hervorbringende ökonomische Gesellschaftsstruktur. Ohne diese – zunächst abstrakte – Erkenntnis geht von vornherein ein grundlegender Zusammenhang von Kapitalismus und Nationalsozialismus verloren.

Die „Selbstentmachtung des Parlaments" und die „Interessen des Ganzen"

Die Wirtschaftskrise bewirkte gleich zu Beginn, am 27. März 1930, den Rücktritt der SPD-geführten Koalitionsregierung Müller und damit das Ende der

5) Klett I, S. 75.

parlamentarischen Demokratie. Den Schulbüchern zufolge kam es zu einer „Selbstentmachtung des Parlaments"[6]) und angesichts der Krise zum Verzicht „auf den Anspruch, die Geschicke des Staates durch Volksvertretung zu lenken"[7]). Gesprochen wird von der Selbstaufgabe des Parlaments durch die mangelnde Bereitschaft, die Verantwortung zu tragen[8]): „Verhängnisvoll wirkten sich ferner aus die Verantwortungsscheu der deutschen Parteien, das Versagen und die Selbstausschaltung des deutschen Reichstages seit Ende März 1930."[9]) Diese Redeweisen sind eigentümlich irreführend, denn die Regierungskoalition hat keineswegs den gemeinsamen Entschluß gefaßt, sich selbst zu entmachten. Die Formel von der „Selbstentmachtung des Parlaments" suggeriert eine Gemeinsamkeit in der Entscheidung und verhindert damit die Einsicht in den kontroversen Charakter der Kräftekonstellation der Regierungsparteien, der – stets vorhanden – in der Krise aufbricht. Bei steigender Arbeitslosigkeit und sinkendem Steuereinkommen verlangte die SPD die halbprozentige Erhöhung der Sätze zur Arbeitslosenversicherung. Da dies die Industrie belastet hätte, wurde es von der DVP, die deren Interessen vertrat, zurückgewiesen. Ein Kompromiß von Heinrich Brüning wurde von SPD-Kanzler Müller bejaht, aber schließlich von der SPD abgelehnt, da er den Arbeitslosen noch nicht einmal das Existenzminimum garantierte.

Ihre Plausibilität bekommt die Selbstentmachtungsformel dadurch, daß die Schulbücher von einer „dem Ganzen" verpflichteten Gemeinsamkeit ausgehen, dem sich alle Parteien- und Gruppeninteressen unterzuordnen haben. Demgegemäß wird die Unmöglichkeit, einen Kompromiß zu finden, als gemeinsame Selbstaufgabe aller Parteien dargestellt. Es wird der Vorwurf erhoben – hierin stimmen alle Schulbücher überein –, daß „die Flügelparteien (DVP und SPD) sich den Forderungen ihrer Interessengruppen beugen"[10]). „In der Krise zerbrach im Frühjahr 1930 die Koalition; zu sehr waren SPD und DVP von den hinter ihnen stehenden Gewerkschaften bzw. Unternehmern abhängig. Die ‚Interessenverbände' hatten über politische Erwägungen gesiegt."[11]) Zu dieser Feststellung empfiehlt der „Didaktische Grundriß" dem Lehrer, die Frage aufzuwerfen, „von welchen Faktoren eine solche Entscheidung bestimmt werden sollte: von den Interessen einzelner Gruppen und Verbände oder von Interessen des Ganzen"[12]). Da Verbandsinteressen den Kompromiß verhinderten, folgt der Schluß: „Die Scheu vor einer unpopulären Verantwortung bedeutete die Entmachtung des Parlaments."[13])

Was mag mit dem „Ganzen" gemeint sein, und welche Politik in seinem Interesse fordert eine „unpopuläre Verantwortung"? Wie „die Interessen des Ganzen" zu begreifen sind, hat im November 1929 der Reichsverband der deutschen Industrie in einer Denkschrift veröffentlicht: „Kapitalbildung ist die Voraussetzung für die Steigerung der Produktion und liegt daher im Interesse

6) Schöningh I, S. 101.
7) Ebd.
8) Siehe erstes Zitat, Klett II, S. 229.
9) *Informationen zur politischen Bildung*, Weimarer Republik, S. 37; ebenso in: Buchner III, S. 109; Schöningh IV, S. 90.
10) Das historische Grundwissen, Klett-Verlag, Doppelseite 71.
11) Schöningh I, S. 100.
12) Schöningh/Grundriß, S. 93.
13) Ebd., S. 94.

aller Schichten des deutschen Volkes . . . Die deutsche Wirtschaft muß von allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit werden. Die Vorbelastung der Produktion durch Steuern ist auf das unumgängliche notwendige Maß zurückzudämmen."[14]) Der politischen Intention des RDI entspricht es, wenn es in einem Geschichts-Bildband zum „Schwarzen Freitag" heißt: „In Deutschland hatte sich mit der Revolution von 1918 die Idee des sozialen Wohlfahrtsstaates durchgesetzt, die den Staat mit hohen Sozialausgaben belastete und ihn in eine Finanzmisere stürzte."[15]) Beabsichtigt war eine Politik der Senkung der öffentlichen Ausgaben und der direkten Steuern und eine Erhöhung der Steuern des Massenverbrauchs. Die Industrie sollte auf Kosten der Sozialleistungen, Löhne, Arbeitslosengelder und Renten saniert werden.

Mit der SPD in der Regierung war diese Politik nicht reibungslos möglich, denn hinter der Partei stand „die Masse der Geschädigten", die sie als Wähler zu verlieren fürchten mußte. Die Schulbücher verschweigen, daß die Verdrängung der SPD aus der Regierung und die Installierung einer Präsidialdiktatur schon seit März 1929 geplant war. Bereits Ostern 1929 hatte Heinrich Brüning ein Gespräch mit Reichswehrgeneral Kurt v. Schleicher, in dem dieser sagte: „Der Reichspräsident würde nicht die Verfassung verletzen, aber er würde das Parlament im gegebenen Augenblick für eine Zeit nach Hause schicken und in dieser Zeit mit Hilfe des Artikels 48 die Sache in Ordnung bringen."[16]) Im gegebenen Augenblick war eine „vergleichsweise geringfügige Streitfrage"[17]) gefunden, um den Sturz zu erzwingen. Von der Industrie, der Reichswehr, dem Reichspräsidenten und der DVP[18]) wurde die SPD „selbst entmachtet", da sie die Verantwortung für die Verelendungspolitik der Bevölkerung nicht übernehmen konnte. Der DVP läßt sich keine Scheu vor „unpopulärer Verantwortung" nachsagen, ebensowenig wie diese Partei sich selbst entmachtet hat.

In den Schulbüchern wird der SPD mehr oder minder deutlich vorgeworfen, den Verrat an „der Masse der Geschädigten" nicht begangen zu haben. „Hier ließen nun die Abgeordneten der eigenen Partei den sozialdemokratischen Reichskanzler Müller im Stich . . . Abgeordnete der ‚Großen Koalition' haben bei ihrem Sturz mitgewirkt. Sie sahen nicht, wie sie den staatsfeindlichen Parteien in die Hände arbeiteten."[19]) Hätten sie den parlamentsfeindlichen Kräften nachgeben sollen, um ihnen nicht in die Hände zu arbeiten? Indem die Schulbücher „den Interessen des Ganzen" den Vorrang geben, bejahen sie das, was sich hinter diesem Begriff verbirgt; Produktionsverhältnisse, die auf dem Vorrang der Kapitalbildung bestehen, und sei es um den Preis der zyklischen Verelendung der Bevölkerung. Dieses „Ganze" in Frage zu stellen, zum Schutz der Demokratie, ist Sache der Schulbücher nicht.

---

14) Kühnl, R. (Hrsg.), Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, Dokument Nr. 40, S. 70.
15) Unser Jahrhundert im Bild, Gütersloh 1964, S. 372.
16) Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, in zwei Bänden, dtv. München 1972, Band 1, S. 153.
17) So wird es in Schöningh II, S. 113, genannt, allerdings als Kritik an der SPD, die die Koalition an der „Geringfügigkeit" scheitern ließ.
18) Vgl. Helmut Heiber, Die Weimarer Republik, München 1975, S. 217.
19) Diesterweg II, S. 126.

Pahl-Rugenstein Verlag

5 Köln 51 · Vorgebirgstraße 115 · Telefon 362501

Modernes Antiquariat

Bücher zu stark herabgesetzten Preisen

Abonnenten der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können die nachfolgend aufgeführten Buchpakete zu äußerst günstigen Bedingungen beziehen. Bestellen Sie bitte das (die) gewünschte(n) Buchpaket(e) durch Vorüberweisung mittels anhängender Zahlkarte. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Paket-Nummer.**

Die Lieferung der Bücher erfolgt **porto- und verpackungsfrei.**

Paket 1
Politik · Sozialwissenschaften
Antiquariatspreis DM 50,–
Früherer Gesamtpreis DM 150,–

Deppe/Kievenheim/Leisewitz u. a., Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz

Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus 1917–1933

Castro, Kampf und Tod Salvador Allendes

Engelhardt/Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus

Matthiessen, Von der Entspannung zur Abrüstung

Casanova/Metzger/Prévost, Intellektuelle und Klassenkämpfe

Matthiessen, Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus

Portugal – Bildband (25. April bis 1. Mai 1974)

Autorenkollektiv, Die BRD, Israel und die Palästinenser

Elsner, Die EWG – Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften

Granow u. a., Die gegenwärtige Sozialdemokratie. Neue sowjetische Analysen

Autorenkollektiv, Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt

Hahn, Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie

Empfängerabschnitt

Postscheckkonto Nr. des Absenders

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

Zahlkarte/Postüberweisung

DM | Pf

(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

Postscheckkonto Nr.
2809 90-503

Postscheckamt
Köln

in **5 Köln 51**

Ausstellungsdatum — Unterschrift

Postvermerk

Absender der Zahlkarte

PSchA — Postscheckkonto Nr. des Absenders — Postscheckteilnehmer

Die stark umrandeten Felder sind nur auszufüllen, wenn ein Postscheckkontoinhaber das Formblatt als Postüberweisung verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Für Vermerke des Absenders

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503

Postscheckamt
Köln

Pahl-Rugenstein Verlag

in **5 Köln 51**
Vorgebirgstraße 115

Postvermerk

Bitte Eintragungen „Für Mitteilungen an den Empfänger" nicht vergessen. Nach Eingang des Kaufbetrages liefern wir die bestellten Titel umgehend porto- und verpackungsfrei.

Für Mitteilungen an den Empfänger

Bestell-Nr.	Anzahl	Preis
Paket 1 50,-		
Paket 2 58,-		
Paket 3 48,-		
8 Kaufbetrag		

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benützen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchA:

Bln W = Berlin West	Kln = Köln
Dtmd = Dortmund	Lshfn = Ludwigshafen am Rhein
Esn = Essen	Mchn = München
Ffm = Frankfurt am Main	Nbg = Nürnberg
Hmb = Hamburg	Sbr = Saarbrücken
Han = Hannover	Stgt = Stuttgart
Krlh = Karlsruhe	

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel (nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,– DM (wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Paket 2

Soziologie · Philosophie

Antiquariatspreis DM 58,–

Früherer Gesamtpreis DM 171,40

Hahn, Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie

Oppolzer, Entfremdung und Industriearbeit. Die Kategorie der Entfremdung bei Karl Marx

Casanova/Metzger/Prévost, Intellektuelle und Klassenkämpfe

Deppe/Kievenheim/Leisewitz u. a., Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz

Portugal – Bildband (25. April bis 1. Mai 1974)

Semjenow, Kapitalismus und Klassen

Engelhardt/Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus

Hörz, Marxistische Philosophie und Naturwissenschaft

Tuchscheerer, Bevor „Das Kapital" entstand. Entwicklungsgeschichte der ökonomischen Theorie von Karl Marx

Kuczynski, Wissenschaft und Gesellschaft

Paket 3

Pädagogik · Bildung

Antiquariatspreis DM 48,–

Früherer Gesamtpreis DM 130,80

Suchodolski, Einführung in die marxistische Erziehungstheorie

Petrowski, Allgemeine Psychologie

Hofmann, Allgemeinbildung

Kienitz (Hrsg.), Einheitlichkeit und Differenzierung im Bildungswesen

Lunatscharski, Über die Volksbildung

Neuner, Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung

Portugal – Bildband (25. April bis 1. Mai 1974)

Lompscher (Hrsg.), Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Die Schule P. J. Galperins

Meier, Soziologie des sozialistischen Bildungswesens

„Demokratie ohne Demokraten" und „Radikale von rechts und links"

Die Wahl am 14. September 1930, die nach Brünings sofortiger Auflösung des Parlaments notwendig geworden war, zeigte die Wirkung der Krise auf das „ungeduldige deutsche Volk"[20]). „Die wenigen Jahre demokratischer Selbstregierung hatten nicht ausgereicht, die Masse der Deutschen zu echten Demokraten zu machen, die bereit gewesen wären, für die Erhaltung der Demokratie notfalls zu kämpfen. Eine Demokratie ohne Demokraten aber muß bei der ersten schweren Belastungsprobe zusammenbrechen."[21]) Das Erklärungsmuster lautet: Die Weimarer Republik gewährte durch ihre demokratische Verfassung Freiheiten, denen das antidemokratische Denken weiter Kreise des deutschen Volkes nicht entsprach. So war es möglich, daß – verursacht durch die Wirtschaftskrise – die radikalen, antidemokratischen Kräfte von rechts und links wachsenden Zuspruch erhielten, wodurch die Feinde der Freiheit gestärkt und die demokratischen Freiheiten zur Untergrabung der Weimarer Demokratie mißbraucht wurden[22]). (Der Mißbrauch des Artikels 48 durch Brüning, seine Nachfolger und Hintermänner ist damit in den Schulbüchern, wie bereits dargelegt, nicht gemeint.)

Der richtige Hinweis auf das mangelnde demokratische Bewußtsein weiter Kreise des deutschen Volkes wird im Ganzen falsch, wenn die klassenmäßige Differenzierung unterschlagen wird. Betrachtet man die objektiven und subjektiven Interessenlagen von Großbourgeoisie und Großgrundbesitz, mittlerem und kleinem Bürgertum und Arbeiterschaft, dann wird deutlich, wie grundlegend unterschiedlich Ursprung und Ziel der antidemokratischen bzw. antikapitalistischen Bewußtseinsformen waren. Wenn unterschiedslos der Masse des deutschen Volkes politische Unreife für die Demokratie nachgesagt und von der „Demokratie ohne Demokraten" gesprochen wird, bleibt verborgen, von wem die politische Unreife ausging, wodurch sie verursacht war und wer sie ausnutzte, um seine Macht auf der Ohnmacht und Unfreiheit der anderen zu errichten. Indem von der Verfassung gesagt wird, sie „setzte allerdings eine politische Reife voraus, die das deutsche Volk aufgrund der bisherigen obrigkeitsstaatlichen Verhältnisse noch nicht besaß"[23]), entsteht das Bild vom unreif-kindlichen Spiel mit dem Feuer. Danach ist es „kein Wunder", wenn es geschah, daß einer den Weltbrand entfachte. Zum Schutze des noch unreifen Volkes wird die Zustimmung zur Einschränkung von Freiheitsrechten und Demokratie verlangt. Gerade das aber bedeutet die Einübung antidemokratischen, autoritären und für – für Untertanen – unreifen politischen Denkens, auf das auch die Faschisten bauen konnten.

Sofern die soziale Basis der verschiedenen politischen Bewegungen überhaupt benannt wird, bliebt es bei dem Verweis auf den „bedrohten Mittelstand"[24]). Von wem die Kommunisten ihre Stimmen bekamen, wird nicht gesagt. Die Leugnung unterscheidbarer gesellschaftlicher Interessen, die durch

20) Siehe erstes Zitat, Klett II, S. 229.
21) Schöningh IV, S. 90.
22) Klett II, S. 229, Schöningh II, S. 111.
23) Schöningh, Ausgabe B, Band 4 (Hrsg. R. H. Tenbrock), S. 72, zit. nach: R. Kühnl (Hrsg.), Geschichte und Ideologie, Reinbek 1973, S. 116.
24) Ebd., S. 125.

die verschiedene objektive Situation und deren subjektives Erfassen bestimmt werden, läßt es zur Nebensache werden, wer von wem die Stimmen erhielt. Es waren die „radikalen Parteien", „vor allem" die NSDAP. Einige Schulbuchautoren lassen immer wieder ein Plakat der NSDAP selbst sprechen, um sinnfällig zu machen, warum die radikale Partei gewählt wurde. In eintönigem Blei ist ein Heer von Arbeitslosen gezeichnet. Zu lesen steht: Unsere letzte Hoffnung HITLER[25]). Dadurch wird eine „Verständlichkeit" vermittelt, die es kaum noch zuläßt, die Berechtigung dieser Hoffnung in Frage zu stellen.

Wer außerdem auf Hitler seine Hoffnung setzte und dazu beträchtliche Summen Geld, bleibt durch das Plakat verborgen und wird in kaum einem Schulbuch beim Namen genannt. Wie ungewollt wird ein Licht auf das Dasein und die besondere Funktion dieser Geldgeber geworfen, wenn es zur Machteinsetzung Hitlers heißt: „Papen . . . vermittelte nunmehr die Verbindung zwischen Hitler und der Hochfinanz. Es kam zu einer Einigung."[26]) Wozu mag eine Einigung nötig gewesen sein? Die machtpolitische Bedeutung der Anhänger Hitlers aus Schwerindustrie und Junkertum wird übergangen – sofern man sie überhaupt erwähnt. Ob „verkrachte Existenzen und irregeleitete Idealisten"[27]) oder große Industrielle: jeder erhoffte von Hitler das Seine, und darin waren sich alle gleich. „Einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie unterstützten Hitler mit Geld, denn sie versprachen sich von einer Wiederaufrüstung gute Geschäfte."[28]) Das ist begreiflich.

Nur eins der hier untersuchten Schulbücher nennt die Feinde Hitlers und damit die Interessen seiner finanzstarken Freundeskreise[29]). „An finanziellen Mitteln fehlte es der Wahlpropaganda Hitlers nicht, seit er den Industrieunternehmen versprochen hatte, Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften ‚mit Stumpf und Stiel auszurotten'."[30]) Nicht zufällig wird das in anderen Darstellungen verschwiegen, denn es würde den – nun konkreten – Zusammenhang von Kapitalismus und Nationalsozialismus offenlegen und die Totalitarismus-Legende in ihrer irreführenden Funktion entlarven. Nicht etwa die kommunistische Partei wurde von „einflußreichen Unternehmern der Schwerindustrie" finanziell unterstützt. Dies weist auf einen wesentlichen Unterschied zur NSDAP hin. Ganz im Gegensatz zu den Schulbuchautoren verkannten Schwerindustrielle, Bankiers und Großagrarier diesen Unterschied – trotz mancher Ähnlichkeit im Auftreten – nicht. Er war ihnen so wesentlich, wie es die Eigentumsverhältnisse für die Gesellschaftsordnung sind.

Die Geschichtsbücher verhindern, in die Tatsache Einsicht zu nehmen, daß es am Ende der Weimarer Republik nicht allein um die Demokratie, sondern um

25) Siehe Buchner II, S. 191; Buchner I, S. 118; Diesterweg I, S. 153; Schöningh IV, S. 93; Schöningh I, S. 109 (ganzseitig).
26) Schöningh IV, S. 95.
27) Bayrischer Schulbuch Verlag, S. 138.
28) Beltz/Geschichte 3, S. 72.
29) Gemeint ist insbesondere der im Frühjahr 1932 konstituierte Keppler-Kreis, der die politisch-ökonomischen Interessen von Schwerindustrie, Großagrarier, Handel und Banken möglichst direkt und bruchlos in die Politik der NSDAP zu integrieren hatte. Vgl. Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933, S. 425ff., in: „Archiv für Sozialgeschichte", Bd. XII, S. 399ff., Hannover 1973.
30) Kösel/Real/4, S. 101; dementsprechend ist in diesem Schulbuch die Totalitarismus-Version nur in einer Formulierung enthalten.

die kapitalistischen Produktionsverhältnisse ging. Sofern das ökonomische System überhaupt begrifflich Erwähnung findet, wird die Täuschung weitervermittelt, auf die es Hitler abgesehen hatte. „Die nationalsozialistische Propaganda . . . war auch in gleicher Schärfe antimarxistisch wie antikapitalistisch."[31]) Ganz den auf Verwirrung angelegten brodelnden Phänomenen ausgeliefert ist Golo Mann und reproduziert dies bis hinein in die Sprache, wenn er schreibt: „Was verschlug es, daß Hitler gleichzeitig von einigen der größten deutschen Industriellen Geld erhielt und seit dem Sommer 1931 (genauer seit Sommer 1926[32]) – W. G.) sich emsig um die Freundschaft der rheinischen Industrie bemühte? Man konnte beides auf einmal sein, für den Kapitalismus und auch dagegen. Es ging alles in den brodelnden Topf."[33]) Hier läßt sich der Historiker täuschen, ebenso wie die kleinbürgerlichen Massen getäuscht wurden, als sie Hitler glaubten.

Die Spaltung der deutschen Arbeiterschaft

Das Hauptproblem, das sich mit der Abwehr des Nationalsozialismus stellte, wird von allen Schulbüchern verschwiegen: die Spaltung der deutschen Arbeiterschaft. Die SPD hatte im Zusammenhang mit der Theorie vom „organisierten Kapitalismus" ihre Politik weiterentwickelt, die auf ein reibungsloses Funktionieren des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses bedacht war. Dies wurde als Grundlage und Voraussetzung für die organische Entwicklung zum Sozialismus begriffen. Die politische Arbeit zur Erreichung des Sozialismus richtete sich wesentlich auf die Erringung parlamentarischer Mehrheiten in den für klassenneutral gehaltenen parlamentarischen Institutionen. Mit ihnen sollten Reformen durchgesetzt werden, die das ökonomische „Besitzprivileg" des Kapitals aufheben und das Hineinwachsen in den Sozialismus gewährleisten sollten. Obwohl die Weltwirtschaftskrise die Theorie widerlegte, wurde an der Politik festgehalten. Aus der reformistischen prokapitalistischen Grundposition erwuchs ein programmatischer Antikommunismus, der das Verhältnis zur KPD bestimmte. In dem Bemühen, „der Wirtschaft diejenigen Mittel (zu) sichern, die sie nach der kapitalistischen Wirtschaftstechnik braucht"[42]), bekämpfte die SPD alle Aktionen, die im Sinne der KPD „den revolutionären Sturz der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung"[43]) zum Ziel hatten. Dies begründet die Traditionslinie vom „Bluthund" Noske der Januarkämpfe 1919 bis zur Zörgiebels „Blutmai" am 1. Mai 1929[44]).

---

31) Buchner III, S. 106.
32) Vgl. Dirk Stegmann, a.a.O., S. 411.
33) Golo Mann, Deutsche Geschichte 1919–1945, a.a.O., S. 80.
34) – 41) entfallen.
42) Vgl. Fritz Tarnow, Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1931, zit. nach: v. Freyberg/Fülberth u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, Köln 1975, S. 16.
43) Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom 2. 8. 1930; in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1967, S. 123.
44) Gustav Noske übernahm als Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, der ab Ende Dezember 1918 nur noch von der SPD gestellt wurde, mit der Äußerung: „Meinetwegen, einer muß der Bluthund werden . . ." den Oberbefehl zur Niederschlagung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sich in der Novemberrevolution im ganzen Reich gebildet hatten. Die KPD, die im Dezember 1918 aus dem Spartakusbund hervorging, und der linke Flügel der USPD unterstützten die Räteherrschaft. „Ebert und Noske aber, im Einklang mit dem Bürgertum und den Generälen, sahen in der Regierungstätigkeit nur Aufruhr und Unordnung." (A. Rosenberg, S. 63). Mit Hilfe der Obersten Heeresleitung und der von monarchistischen Offizieren geführten Freikorps wurde in blutigen

Unter dem Eindruck dieser Politik der SPD und in Anknüpfung an die von Stalin schon einmal 1924 vertretene Auffassung, wonach Faschismus und Sozialdemokratie „keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder"[45]) sind, wurde die Politik der KPD, sofern sie vom 12. Parteitag im Juni 1929 ausging, von der Sozialfaschismus-Theorie bestimmt. Ihr zufolge wurde die Sozialdemokratie als Wegbereiter bzw. „organisierende Kraft bei der Errichtung der faschistischen Diktatur"[46]) begriffen. Die von dieser Auffassung geprägte Politik der KPD und ihre Auseinandersetzung mit der SPD gaben der Sozialdemokratie Anlaß, ihrerseits die Kommunisten mit den Nationalsozialisten gleichzusetzen. Auf dem Leipziger Parteitag 1931 erklärte Otto Wels: „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder."[47]) Mit durchschaubarer Absicht ist in vielen Geschichtsbüchern ein Plakat der SPD aus dem Jahre 1930 widergegeben, worauf zu lesen ist: „Das sind die Feinde der Demokratie! Hinweg damit!" Abgebildet ist mit blitzendem Dolch eine finstere Gestalt mit Hakenkreuz an der Mütze. Dahinter, Schulter an Schulter, ein ähnlicher Geselle, an der Mütze einen roten Stern[48]). Nicht zuletzt durch das Ziel der KPD, die „Diktatur des Proletariats" zu errichten, sah die SPD Gleichheit der Kommunisten mit den Faschisten gegeben, da diese „ebenso" eine Diktatur anstrebten. Allerdings hat Rudolf Breitscheid auf dem SPD-Parteitag 1931 den fundamentalen Unterschied der Diktaturen, wenn auch mit anderer Absicht, benannt: „Die Differenz (von Moskau und Rom – d. h. von faschistischer und proletarischer Diktatur – W. G.) liegt nur in den Klassen, die auf der einen und der anderen Seite die Herrschenden stützen, und in der Zielsetzung."[49])

Die KPD hat auf der sogenannten Brüsseler Parteikonferenz 1935 die Sozialfaschismusauffassung kritisiert und verworfen. Wenn dies auch zu spät war, um von kommunistischer Seite eine wirkungsvolle Aktionseinheit zur Verhinderung des Faschismus zu erreichen, entwickelte die KPD angesichts der nationalsozialistischen Erfolge ab 1930 eine offensive, antifaschistische Politik. Sie minderte die Hauptfehler der Sozialfaschismusthese soweit, daß sie der SPD – am 20. Juli 1932 und am 30. Januar 1933 – Einheitsfrontangebote machte, die – wären sie zustande gekommen – den Faschismus hätten verhindern können. Die deutsche Sozialdemokratie hält im Verein mit der herrschenden Öffent-

---

Kämpfen im Januar 1919 in Berlin und danach im ganzen Reich die Räteherrschaft vernichtet. Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961, S. 50ff.; vgl. v. Freyberg, Fülberth u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S. 65ff.; Wolfgang Hiedels, Die Novemberrevolution 1918/1919, Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht, Köln 1975. – Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Karl Zörgiebel, beharrte 1929 auf ein seit mehreren Monaten über Berlin verhängtes Demonstrationsverbot auch für den 1. Mai. Während sich SPD und Gewerkschaften dem Verbot beugten, rief die KPD zur Maikundgebung auf. Es kam zu einer Massendemonstration, gegen die Zörgiebel bewaffnete Polizei einsetzte. Im Verlauf der Straßenkämpfe wurden 23 Arbeiter erschossen. Neben den historischen Darstellungen vgl.: Carl v. Ossietzky, Rechenschaft, Publizistik aus den Jahren 1913–1933, Frankfurt/M. 1972, „Zörgiebel ist Schuld", S. 100ff.; Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke, Band 7, Reinbek 1975, „Das Märchen von Berlin", S. 77ff.

45) Stalin, Werke, Band 4, Berlin (DDR) 1951, S. 252.

46) Ernst Thälmann auf dem 12. Parteitag der KPD 1929, in: Protokolle des 12. Parteitages der KPD Berlin 1929. Nachdruck: Materialismus Verlag, Frankfurt/M. 1971, S. 75.

47) Zitiert nach: v. Freyberg, Fülberth u. a., a.a.O., S. 170.

48) Siehe: Diesterweg I, S. 156; Schöningh I, S. 107; Informationen . . ., Weimarer Republik, a.a.O., S. 29.

49) Zitiert nach: v. Freyberg/Fülberth u. a., a.a.O., S. 162. Eine Analyse der Politik von SPD und KPD im Hinblick auf die Spaltung der Arbeiterklasse und inwieweit diese zur Zerstörung der Weimarer Republik beitrug, ist hier nicht beabsichtigt. Der Nachweis, daß die Gleichsetzung von faschistischer und proletarischer Diktatur grundlegend falsch ist, aber von einem bestimmten Standpunkt als richtig erscheinen muß, muß ebenfalls unterbleiben und gehörte in eine Kritik der Totalitarismustheorie insgesamt.

lichkeit, im Widerspruch zu ihren eigenen bitteren Erfahrungen, die sie 1934 im „Prager Manifest" selbst formulierte, bis heute an der Legende fest, wonach Kommunisten und Faschisten im Grunde das gleiche wollten – und auch erreichten.

Die „Einigkeit in der Verneinung und den Zielen" von NSDAP und KPD

In den Schulbüchern erscheinen KPD und NSDAP in der Hauptsache unter verneinenden Bestimmungen wie radikal, staatsfeindlich, destruktive Mehrheit, umstürzlerisch, antidemokratisch usw. und werden dadurch auf einen gemeinsamen Nenner gebracht. Ihre Bedeutung bleibt reduziert auf inhaltslose Erscheinungsformen politischen Verhaltens. „Die antidemokratischen Parteien hatten wachsenden Zulauf, besonders diejenigen, die am lautesten schimpften und am meisten versprachen, die radikalen Parteien. ‚Nur die Diktatur des Proletariats kann Euch helfen', predigte die radikale Linkspartei, die KPD. ‚Die Juden, Marxisten und Demokraten sind schuld an Eurem Unglück', verkündete die radikale Rechtspartei, die NSDAP."[50]) Wie zu sehen, werden die Unterschiede dabei nicht geleugnet. Doch gerade indem die beiden Parteien in der vereinenden Darstellung in messianischer Agitation, bodenloser Radikalität und blinder Bekämpfung in den Blick gerückt werden, wird der Unterschied ausgelöscht und verkehrt sich zum Beweis der Identität.

Sowohl die NSDAP als auch die KPD proklamierten als Ziel ihres Kampfes die nationale Befreiung des deutschen Volkes. Sie kämpften gegen den Young-Plan und seinen Reparationszahlungen, gegen den Versailler Vertrag und die dort verankerte Abtrennung deutscher Gebiete und gegen „das System". Was von Kommunisten und Faschisten jeweils bekämpft wurde, erscheint als gleich, wenn in der unmittelbaren Betrachtungsweise: „Beide Parteien kämpfen gegen . . ." jeweils von Begründung, Inhalt und Ziel der keineswegs gemeinsamen Kämpfe abstrahiert wird. Dadurch trügt der Schein, und mit ihm trügen die herrschenden Darstellungen. Die grundlegend verschiedenen Interessendispositionen, die jeweils die Ablehnung und Bekämpfung von Young-Plan, Versailler Vertrag und „System" zur Ursache hatten, beweisen vielmehr die radikale Gegensätzlichkeit von NSDAP und KPD. Das ist allerdings nicht ohne weiteres zu entdecken, denn die nationalsozialistische Propaganda hatte es darauf abgesehen, die verborgenen imperialistischen Machtansprüche national als „Wille des deutschen Volkes" zu verbrämen, um so die Integration von Kleinbürgertum und Arbeiterschaft in das monopolkapitalistische System zu erreichen. Die KPD stellte in ihrer Politik das nationale Gesamtinteresse der arbeitenden Bevölkerung des deutschen Volkes dem Interesse der imperialistischen Bourgeoisie gegenüber. Der Kampf der Kommunisten gegen die Reparationen und Annektionen war integraler Bestandteil ihres Kampfes gegen „das System" des deutschen und internationalen Imperialismus.

Indem der Gegensatz der beiden Parteien nicht verschwiegen, sondern gleichsam nebenher auch erwähnt wird, ist die Akzentuierung auf einen ge-

50) Klett I, S. 76.

meinsamen Nenner besonders eindringlich. Die Gegensätze, einmal erwähnt, werden unmerklich dem Blick entzogen. Ein prägnantes und ebensosehr verräterisches Beispiel sei hier angeführt. In einem Schulbuch wird zu den Neuwahlen vom 31. Juli 1932 im Hinblick auf die NSDAP gesagt: „Zusammen mit den von ihr bitter bekämpften Kommunisten hatte sie mehr als die Hälfte aller Reichstagssitze. Damit war eine verfassungsmäßige Regierungsbildung unter Ausschaltung der KPD und NSDAP nicht mehr möglich. Papen bot Hitler die Vizekanzlerstelle und wichtige Ministerposten in einer Koalitionsregierung an."[51]) Zwei Sätze später heißt es zu den Stimmengewinnen der KPD und den Verlusten der NSDAP bei der Novemberwahl 1932: „. . . so daß auch diesmal beide Umsturzparteien zusammen über die Mehrheit verfügten." Am Rande steht: „Destruktive Mehrheit von KPD und NSDAP"[52]). Obwohl in den Begriffen der „destruktiven Mehrheit" der „Umsturzparteien" das Gemeinsame suggeriert werden soll, das die Weimarer Republik angeblich zum Scheitern brachte, schimmern die tatsächlichen Ursachen dieses Scheiterns durch und beleuchten die manipulative Funktion der Begriffe. Warum sich die „destruktive Mehrheit" nicht im gemeinsamen Vorgehen auswirkte, warum Papen, dem entschuldigend eine Zwangsentscheidung unterstellt wird, dem „Umstürzler" Hitler die Vizekanzlerstelle anbot und wie selbstverständlich nicht dem „Umstürzler" Thälmann – von diesen Fragen muß abgelenkt werden.

Ein anderes Schulbuch schränkt die behauptete Gleichheit ein: „Die Radikalen von rechts und links . . . waren sich aber nur in der Verneinung einig."[53]) Auch dieser Schein trügt. Die NSDAP verneinte etwas grundlegend anderes als die KPD. Die Nationalsozialisten kämpften gegen „das System" der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, weil mit ihr „die Hauptgefahr", die Wirtschaftsdemokratie einer sozialistischen Ordnung, gegeben war. Ihr Hauptfeind war die Arbeiterbewegung und „die Marxisten aller Schattierungen", womit sie neben den Kommunisten auch die Sozialdemokraten meinten. Die Faschisten kämpften für die Sicherung des kapitalistischen Privateigentums innerhalb eines Systems der absoluten Gewaltherrschaft. Da sie die Grundlage des kapitalistischen Systems nicht beseitigen, sondern festigen wollten, können sie im eigentlichen Sinne des Wortes nicht als „radikal" bezeichnet werden. Dies waren sie nur in bezug auf jede Form von Demokratie, was die Bezeichnung „antidemokratisch" als die einzig Angemessene erscheinen läßt.

Von den Kommunisten ist in jedem Punkt das politische Gegenteil festzustellen. Sie waren radikal in bezug auf die kapitalistische Gesellschaftsstruktur der Weimarer Republik und auf die politische Herrschaft der Bourgeoisie. Sie erhoben den Anspruch, Demokratie für die Gesamtheit der Bevölkerung in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Im Zusammenhang mit der „Diktatur des Proletariats" verfolgte die KPD eine Politik, die die Auffassung begründet erscheinen lassen kann, daß die Kommunisten gegen

51) Bayrischer Schulbuch-Verlag, S. 65.
52) Ebd., S. 143.
53) Klett I, S. 77.

die Demokratie gekämpft haben[54]). In der Analyse und Politik der KPD herrschte eine mangelnde „Differenzierung zwischen bürgerlich-parlamentarischer Republik, selbst in der deformierten Gestalt der Brüning-Diktatur und der offenen, faschistischen Diktatur (die man in ihrer hitlerfaschistischen Form noch nicht kannte."[55]) Die KPD lehnte jede Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien ab. Durch die mangelnde Differenzierung bestand für die KPD nur die Alternative zwischen Faschismus und unmittelbarer Erkämpfung des Sozialismus. Dies verhinderte von ihrer Seite eine Politik auf Grundlage eines breiten antifaschistischen Bündnisses zur Verteidigung der Rechtsgarantien der bürgerlichen Demokratie. Aus der Tatsache, daß die KPD die Errungenschaften der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie nicht eindeutig erkannte und mit „Diktatur der Bourgeoisie"[56]) gleichsetze, ist nicht zu folgern, daß sie „antidemokratisch" und damit der NSDAP gleichzusetzen war. Die KPD kämpfte nicht gegen Demokratie, sondern gegen deren Beschlagnahmung und Abbau durch die Bourgeoisie und gegen alle Tendenzen der Faschisierung und des Faschismus. Die KPD kämpfte gegen die Zerschlagung der Rechte der Arbeiterbewegung und bekämpfte die Präsidialdiktaturen als die „Durchführung der faschistischen Diktatur"[57]). In der Tat waren die Präsidialdiktaturen die Vorbereitung einer autoritären, antidemokratischen Ordnung, und sie endeten nicht durch Zufall im Faschismus.

Das „rot-braune Bündnis"

Trotz – oder wegen – der inhaltlichen Gegensätzlichkeit von Kommunisten und Faschisten scheint der Hinweis auf „das rot-braune Bündnis"[58]) bzw. die „Zusammenarbeit" von KPD und NSDAP zumindest die Affinität der beiden Parteien zu beweisen. Gemeint mit dieser „Zusammenarbeit" ist jene „folgenschwere Fehlentscheidung"[59]) der KPD, den Volksentscheid zum Sturz der sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung Preußens im August 1931 zu unterstützen, den NSDAP, DNVP und Stahlhelm durchgesetzt hatten. Die KPD hatte sich zunächst mit der Parole „Nieder mit dem faschistischen Volksbetrug!"[60]) gegen den Volksentscheid gewandt und den Beschluß gefaßt, sich nicht daran zu beteiligen. Die Politkommission der Kommunistischen Internationale erhob Einspruch und forderte die KPD auf, ihren Beschluß zu revidieren und zur Teilnahme am Volksentscheid aufzurufen. Die linksradikalen Exponenten spekulierten darauf, daß die KPD aus einer Neu-

54) Weder um das Problem des „Stalinismus" zu erörtern noch zu leugnen und auch nicht als klassisches Mittel „totalitärer Apologetik" (Bracher) sei in bezug auf den Widerspruch von Demokratie und proletarischer Diktatur auf die Erläuterung Werner Hofmanns verwiesen: „Die proletarische Diktatur werde zugleich Demokratie für das Proletariat selbst sein; und zwar schließlich in so vollständigem Maße, daß mit dem Verschwinden jeglichen Anlasses zur Gewaltanwendung der Staat selbst, der auch in der proletarischen Diktatur zunächst sei, was er immer gewesen, nämlich ein Werkzeug gesellschaftlicher Zwangsausübung, sich gänzlich in die Gesellschaft ‚frei vereinigter Individuen' auflösen werde" (S. 157). Siehe: Werner Hofmann, Ideengeschichte der sozialen Bewegung, Berlin 1970, S. 156 f. – Die faschistische Diktatur kannte diese Differenz nicht. Bei totaler Gewaltherrschaft gab sie vor, den Zweck einer „wahren Volksgemeinschaft" bereits verwirklicht zu haben.
55) Walter Wimmer, Krise und Untergang der Weimarer Republik, S. 119; in: 50 Jahre Novemberrevolution – 50 KPD, Frankfurt/M. 1968, „Marxistische Blätter"/Sonderheft 3/68, S. 102.
56) Ernst Thälmann, 12. Parteitag der KPD 1929, Protokolle, a.a.O., S. 75.
57) Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969, S. 265.
58) Unser Jahrhundert im Bild, a.a.O., Überschrift zu den Bildern.
59) So nennt es auch die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (8 Bände), Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED, Berlin 1966; siehe Band 4, S. 300.
60) Vgl. O. K. Flechtheim, Die KPD . . ., S. 227.

wahl gegenüber SPD und NSDAP als Gewinner hervorgehen werde. Obwohl nicht von Zusammenarbeit gesprochen werden kann, gab und gibt die Negativkoalition genügend Anlaß, die KPD zu bezichtigen, die gleiche politische Stoßrichtung verfolgt zu haben wie die „nationale Opposition". Durch die Kommunistische Internationale wurde die Partei zu einer Entscheidung gedrängt, die einer antifaschistischen Politik widersprach.

In den herrschenden Darstellungen wird der Eindruck erweckt, Nazis und Kommunisten hätten eine Einheitsfront gebildet. „Die Kommunisten . . . haben bis zum bitteren Ende mit den Nazis gegen die Republik zusammengearbeitet."[61]) Es wird der Anschein vermittelt, daß sie sich auf gemeinsame Parolen geeinigt hätten. „Nationalsozialisten wie Kommunisten hatten mit der Parole geworben: ‚Es muß alles anders werden!'"[62]) Mit Bezug auf das Planspiel der Reichswehr[63]) wird eine gemeinsame Aktion der Parteien suggeriert: „Eine zu erwartende Revolte der NSDAP und KPD wollte er (Papen – W. G.) mit der Reichswehr niederschlagen."[64]) In konsequenter Steigerung der Totalitarismusversion wird sogar suggeriert, daß sie eine gemeinsame Diktatur anstrebten. In Parenthese wird von Reichswehr und Reichspräsident behauptet: „. . . der letzte Schutzwall gegen die totalitäre Diktatur von rechts und links . . ."[65]) Nach wie vor muß, obwohl in den Schulbüchern kaum genannt, zum Beweis herhalten, was als politischer Fehler von der KPD noch in der Weimarer Republik korrigiert wurde. Um so notwendiger ist es, auf die praktische Korrektur der Fehlentscheidung von 1931 knapp ein Jahr später hinzuweisen.

Am 20. Juli 1932 liquidierte v. Papen mit einem Staatsstreich die von der SPD geführte preußische Regierung. Den Putsch macht ein Schulbuch wie folgt verständlich: „Die bürgerkriegsähnlichen Zustände nahm Papen zum Anlaß, die geschäftsführende Regierung abzusetzen."[66]) Die Landesregierung „wich der Gewalt" und wendete sich an den Staatsgerichtshof, der wenig später die „Rechtmäßigkeit" der verfassungswidrigen Maßnahmen feststellte. Noch am 17. Juli 1932 hatte der „Vorwärts" mit Hinweis auf den Kapp-Putsch betont, daß die Eiserne Front, „wenn es um die Lebens- und Grundrechte der Arbeiterklasse geht, ohne zu zaudern mit der vollen Wucht der Organisationen zuschlagen"[67]) werde. Am Tag des Staatsstreichs richtete die KPD an die SPD und den ADGB den Aufruf, gemeinsam den Generalstreik zu organisieren, um die Papen-Schleicher-Regierung zu stürzen. Der Parteivorstand der SPD wies noch am gleichen Tag den Generalstreik zurück und verwies auf die nächsten Wahlen. Man vergleiche den Generalstreikaufruf der KPD an SPD und Gewerkschaften mit folgender Darstellung: „Sieg der Republikfeinde. . . . So erhob sich keine Hand zur Verteidigung der noch bestehenden republikani-

61) Golo Mann, Deutsche Geschichte . . ., a.a.O., S. 83.
62) Bucher II, S. 192.
63) Vgl. den Beitrag von Frank Müller in dem von R. Kühnl und G. Hardach herausgegebenen Band, dem dieser Aufsatz entnommen ist.
64) Buchner III, S. 111.
65) Klett II, S. 228; zur Sachaussage über die „Schutzwall"-Funktion der Reichswehr siehe ebenfalls den Beitrag von Frank Müller, zu Hindenburg siehe: Wolfgang Ruge, Hindenburg, Porträt eines Militaristen, Berlin 1967, Neuausgabe in Arbeit.
66) Buchner II, S. 192.
67) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Band 4, Dokument Nr. 99, S. 585.

schen Position. Dem reaktionären Sprung nach Preußen folgte dann der Sieg der antidemokratischen Kräfte im Reichstag. . . . Neuwahlen Ende Juli 1932 ergaben eine negative Mehrheit der antidemokratischen Parteien (KPD, DNVP und NSDAP) von 359 Mandaten auf insgesamt 608. Die Demokratie hatte nun auch im Parlament keine Stütze mehr."[68])

In einem „Didaktischen Grundriß" lautet der Beurteilungshinweis für Lehrer: „Die Frage, ob ein Widerstand der preußischen Regierung unter Einsatz der Polizei oder die Ausrufung eines Generalstreiks den Lauf der Ereignisse hätte beeinflussen können, muß kontrovers bleiben, weil beides nicht erfolgte. Selbst wenn man dazu neigt, die Frage zu bejahen, kann man an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß die antidemokratischen Kräfte in der Mehrheit waren und die Kommunisten eher mit den Nationalsozialisten gegen die demokratische Staatsordnung vorgingen, als sich mit SPD, Zentrum und Gewerkschaften für ihre Erhaltung einzusetzen."[69]) Durch die Intention, von den Einheitsfrontbestrebungen abzulenken, die das Denkmuster von der „totalitären Bedrohung" Lügen strafen, vereint sich die Verweigerung, Verhinderungsmöglichkeiten des Faschismus zu bestimmen, mit peinlich offenbarer Geschichtsfälschung – und all das, um die Totalitarismus-Legende entgegen der historischen Wahrheit aufrechtzuerhalten.

Ein prinzipiell anderer politischer Sachverhalt steht zur Prüfung, wenn als Beweis der Zusammenarbeit auf den BVG-Streik vom 3. bis 7. November 1932 verwiesen wird. „Der von beiden totalitären Richtungen gemeinsam angezettelte Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft im November 1932 war der letzte und auch sichtbarste Beweis dieser Zusammenarbeit."[70]) Sichtbar war, daß zusammen mit der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter der BVG sich auch Kommunisten und Nationalsozialisten am Streik beteiligten. Unter Anleitung der KPD war es zu einem umfassenden Streik der Transportarbeiter gekommen. Während die Gewerkschaftsführung den Streik nicht sanktionierte, trat im nachhinein die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation für ihn ein. Daß die Nationalsozialisten am Streik, dem klassischen Kampfmittel der Arbeiterbewegung, überhaupt teilnahmen, hat zum einen seinen Grund darin, daß durchaus antikapitalistische Strömungen in Teilen der NSDAP in Norddeutschland und vor allem Berlin auch nach dem Austritt der Otto-Strasser-Gruppe im Juli 1930 in der Partei vorhanden waren. Zum anderen war die Nazi-Führung aus wahltaktischen Gründen gezwungen, dem Ressentiment der Bevölkerung gegenüber der Papen-Diktatur, das sich auch in der Unterstützung des BVG-Streiks äußerte, nachzugeben, um eine Abwanderung der Wähler zu verhindern. Dies wiederum brachte die NSDAP in Zwielicht und Widerspruch zur Großindustrie und ihren Vertretern, was folgerichtig die Berliner Nazi-Leitung dazu veranlaßte, sich nachträglich von dem Streik zu distanzieren.

Es ist beim BVG-Streik durchaus von „Zusammenarbeit" zu sprechen, jedoch nur, wenn man ihre Funktion und die Intention der Kommunisten berücksich-

---

68) Diesterweg I, S. 158.
69) Schöningh/Grundriß, S. 101.
70) Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1968, S. 110.

tigt. Die Zusammenarbeit der Kommunisten mit den nationalsozialistischen Arbeitern war darauf gerichtet, deren objektiven Interessengegensatz zur tatsächlichen Politik der NSDAP durch die Erfahrungen des Kampfes zum Bewußtsein zu bringen, um sie so von den Faschisten loszureißen. In diesem Sinne – und nur in diesem – war die „Zusammenarbeit" wichtiger Bestandteil einer antifaschistischen Politik, die begründete Aussicht auf Erfolg haben konnte. Ohne einen kurzschlüssigen Zusammenhang konstruieren zu wollen, sei auf die Reichstagswahl hingewiesen, die während der Streiktage am 6. November 1932 stattfand. In dieser Wahl verlor die NSDAP zwei Millionen Stimmen. Weitere Verluste in Landtagswahlen machten deutlich, daß die NSDAP den Zenit ihres Massenzulaufs überschritten hatte. Damit entstand in den Augen der herrschenden Kreise (wie auch bei v. Papen, v. Schleicher und Hitler)[71] die ernste Befürchtung, daß die enttäuschten Wähler, wenn sie nicht zu den bürgerlichen Parteien oder in die Passivität zurückkehren, sich in weiterem Maße den Kommunisten zuwenden würden. Angesichts dieser Gefahr erschien ihnen eine Machteinsetzung Hitlers um so dringlicher. Freiherr Kurt v. Schroeder arrangierte nach Absprache mit „einer Anzahl von Herren der Wirtschaft" am 4. Januar 1933 eine Zusammenkunft von Hitler und v. Papen. Auf dem Nürnberger Militärgerichtshof sagte er dazu aus: „Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten – einmal an der Macht – eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden."[72])

Der gemeinsam-gegenseitige „Vernichtungswillen" von NSDAP und KPD

In den herrschenden Darstellungen wird eine koalitionsartige Zusammenarbeit von Faschisten und Kommunisten suggeriert, die trotz der gegenseitigen Bekämpfung als besonders raffinierte „Doppelstrategie" eines gemeinsamen Vernichtungswillens ausgegeben wird. „Die nun beginnende Endphase des Weimarer Staates (ab 1930 – W. G.) stand fast völlig im Zeichen des Vernichtungswillens von NSDAP und KPD. Der Kampf spielte sich auf zwei Ebenen ab: In den Parlamenten arbeiteten die beiden Parteien, zu denen auch noch die Deutschnationale Volkspartei trat, eng zusammen, um durch Obstruktion oder einfach durch Entfachung von Tumulten jede konstruktive Arbeit zu verhindern; in der Öffentlichkeit bekämpften sich hingegen NSDAP und KPD bei der Werbung um Anhängerschaft buchstäblich bis aufs Messer."[73])
Todfeinschaft und nachgesagte „enge Zusammenarbeit" werden als zwei unerklärlich-plausible Seiten ein und derselben Medaille vorgeführt. Schließlich reicht aber sogar der Hinweis auf gegenseitige „Bluttaten" und „Terror" allein, um hinterrücks eine Wesensgleichheit der entgegengesetzten politischen Kräfte zu beweisen. „Rücksichtslos, vor keiner Lüge und keinem Terror

71) Siehe: R. Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, a.a.O., Dok. Nr. 92, S. 164; Dok. Nr. 92a, S. 116f., und Dok. Nr. 93, S. 168.
72) Ebd., Dok. Nr. 96, S. 174.
73) Informationen zur politischen Bildung, Heft 123/126/127, Der Nationalsozialismus, Neudruck 1974, S. 13.

zurückschreckend, waren die Nationalsozialisten und Kommunisten."[74]) Kommunisten und Nationalsozialisten entfesselten einen hemmungslosen Kampf um die Beherrschung der Massen[75]). Der manipulative Totalitarismus-Trick besteht darin, zwei Kämpfer, die gegeneinander einschlagen, als gleich auszugeben, weil sie das „Gleiche" tun: schlagen. Der Grund für die Feindschaft und absolute Unversöhnlichkeit, der die gleichen Tätigkeiten durch die jeweilige Ursache und Intention ganz verschieden macht, wird der Reflexion entzogen. Ein Schulbuch verschiebt die totalitaristische Version noch durch die Behauptung, daß die Bluttaten der Kommunisten den Massenzulauf zur NSDAP verursachten. „Die meisten Bluttaten gingen auf das Konto der KPD. So wurde das Schlagwort ‚Lieber Hitler als den Kommunismus!' bald auch von jenen Bürgerlichen nachgesprochen, die durchaus nicht mit der NSDAP sympathisierten."[76]) Indem wenige Sätze zuvor auf die Aufhebung des SA-Verbots (es bestand von April bis Juni 1932) hingewiesen wird, das „die Bluttaten auslöste", schimmert ungewollt die Wahrheit durch[77]). Für die nationale Reaktion und vor allem für die SA der NSDAP war in den letzten Jahren der Republik der politische Mord und der systematische Terror integraler Bestandteil der Politik und hatte seine ideologische Grundlage in der sozialdarwinistischen Auffassung vom „Recht des Stärkeren". Die KPD faßte im November 1931 einen Beschluß, in dem sie „jede Verfechtung oder Duldung der terroristischen Ideologie und Praxis für vollkommen unzulässig"[78]) erklärte. Daß die KPD sich zu diesem Beschluß veranlaßt sah, deutet auf bestimmte Gewaltaktionen ihrer Mitglieder hin; gleichzeitig beweist er die prinzipielle Verneinung des Terrors als Kampfmittel.

Obwohl in einigen Darstellungen hauptsächlich der Nationalsozialismus in seiner Entwicklung und seinen Methoden betrachtet wird, ist damit die totalitaristische Interpretation nicht außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil: Es wird der Eindruck erweckt, als ob „im weiteren" lediglich an den Faschisten exemplifiziert wird, was unausgesprochen für beide Richtungen gilt. Dieser Eindruck wird noch verschärft und gegen die Kommunisten gewendet, wenn als Quelle lediglich Zitate aus dem Tagebuch Goebbels' dienen[79]). Ein Satz aus den ausführlich wiedergegebenen Schilderungen lautet: „In Königsberg wurde am Tage vor der Wahl ein SA-Mann von roten Terrortrupps überfallen; ein Kommunist hat ihm auf offener Straße mit dem Rasiermesser den Hals durchgeschnitten . . ."[80]) Indem vermeintlich nur auf die Nazis abgezielt wird (die Arbeitsaufgaben beziehen sich nur auf diese), bleiben die Aussagen Goebbels' über die Kommunisten unberührt. In bezug auf die „roten Terrortrupps" wird die Perspektive Goebbels unmerklich zur Perspektive des Lesers. Indem nur die Politikvorstellung der Nazis – „das einzige Mittel um die Roten zu Raison zu bringen"[81]) – der Kritik unterliegen soll, kann sich unwidersprochen ein-

74) Beltz/Geschichte 3, S. 64.
75) Ebd., S. 65.
76) Bayrischer Schulbuch-Verlag, S. 142.
77) In diesem Zusammenhang führt als einziges Lehrbuch Kösel/Real/4 (S. 100) die politischen Morde zwischen 1918 bis 1922 auf. Vgl. R. Kühnl, Quellen und Dokumente, a.a.O., Dokumente Nr. 42 bis 44, S. 73f.; vgl. für 1932: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, a.a.O., S. 350.
78) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, a.a.O., Dokument Nr. 82, S. 558.
79) Klett I, S. 78.
80) Ebd., S. 78.
81) So die Arbeitsaufgabe, ebd., S. 78.

prägen, was Goebbels über die Kommunisten behauptet: daß sie immer zuerst die terroristischen Provokateure waren. Kritisiert werden kann nur, daß die Nazis mit den gleichen Mitteln der Gewalt reagierten.

Die täuschende Ähnlichkeit der gegensätzlichen Massenbewegungen

In einer Reihe von Schulbüchern sind auf Doppelseiten in bewußter Entsprechung zueinander Bilder und Plakate angeordnet: „Feinde von links: Aufmarsch des kommunistischen Rotfrontkämpferbundes; Feinde von rechts: Aufmarsch der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA)." Die Ähnlichkeit dessen, was auf den Bildern zu sehen ist, wirkt überzeugend: Marschierende Kolonnen, Uniformen, Blas- und Schalmeienkapellen, die erhobene, gestreckte rechte Hand, die erhobene, geballte linke Hand, wütende Agitatoren und begeisterte Massen. Das alles sind Phänomene, deren Ähnlichkeit nicht von der Hand zu weisen ist. Sie ermöglichen die sinnliche Identifikation bzw. Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten und werden von den herrschenden Darstellungen wirkungsvoll ausgenutzt. Der richtige Hinweis, daß die sichtbare Ähnlichkeit der politischen Bewegungen noch kein Beweis für ihre Wesensgleichheit ist, muß ohne Beweiskraft bleiben, so lange nicht erklärbar wird, woher die verblüffende Ähnlichkeit rührt.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts entstand mit Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Aristokratie und besitzendes Bürgertum die dringende Notwendigkeit, eine Massenunterstützung durch das besitzlose Volk zu erlangen. Die Schwäche der bürgerlichen Parteien, ihre mangelnde Verankerung im Volk und ihre Beschränkung auf das Bürgertum, war ein Ergebnis der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848 und wirkte bis hinein in die Weimarer Republik. Durch das Dreiklassenwahlrecht, das in Preußen von 1849 bis 1918 galt, hatten sich die besitzenden Klassen allein mit Hilfe ihrer Honoratiorenparteien selbst ins Parlament gewählt, während achtzig Prozent des Volkes von der politischen Willensbildung weitgehend ausgeschlossen blieben. Gerade deshalb aber war vor dem Ersten Weltkrieg die Sozialdemokratie die einzige Partei, die mit Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung großen Einfluß und breite Unterstützung im Volk erlangte. Während die SPD 1912 stärkste Fraktion im Reichstag wurde, scheiterten alle Versuche von Schwerindustrie und Junkertum, die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der besitzenden Klassen zu ändern, am fehlenden Masseneinfluß. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Novemberrevolution konnte auch in der Weimarer Republik keine Partei das Problem der fehlenden Massenbasis für das Bürgertum befriedigend lösen.

Auch Adolf Hitler hatte dieses Problem erkannt. Im Hinblick auf die „Sozialdemokratie als der augenblicklichen Verkörperung des Marxismus" schrieb er in „Mein Kampf": „Die ‚bürgerlichen Parteien, wie sie sich selbst bezeichnen, werden niemals mehr die ‚proletarischen' Massen an ihr Lager zu fesseln vermögen, da sich hier zwei Welten gegenüberstehen."[82]) Aus dieser Feststellung leitete er die Aufgabe für seine Partei ab. In der geheimen Broschüre

82) Siehe: A. Hitler, Mein Kampf, München 1939, S. 191, unter der Überschrift „Kein Ersatz für Sozialdemokratie"; auch in: R. Kühnl, Der deutsche Faschismus . . ., a.a.O., Dok. Nr. 62, S. 110.

für Industrielle von 1927 betont Hitler die Aufgabe der „Beseitigung" des Marxismus als der Ursache der „Zerreißung unseres Volkskörpers": „Die nationalsozialistische Bewegung erkennt weiter als wesentlichste Voraussetzung zur Lösung dieser Aufgabe und für die Bildung eines einheitlichen Nationalkörpers die restlose Eingliederung des sogenannten vierten Standes in die Volksgemeinschaft." In einem Geheimgespräch mit dem Chefredakteur der konservativen „Leipziger Neuesten Nachrichten" im Mai und Juni 1931 beschwört Hitler den Tag, „wenn die konservativen Kräfte Deutschlands einsehen werden, daß ich nur und nur ich mit meiner Partei das deutsche Proletariat für den Staat gewinnen kann." Um diese Aufgabe zu erfüllen, wurde die Arbeiterbewegung selbst zum Vorbild. Während Hitler für die bürgerlichen Versammlungen nur Spott übrig hatte, zeigte er sich von einer „Massenkundgebung des Marxismus" beeindruckt. „Ein Meer von roten Fahnen, roten Binden und roten Blumen gab dieser Kundgebung, an der schätzungsweise hundertzwanzigtausend Personen teilnahmen, ein schon äußerlich gewaltiges Ansehen. Ich konnte selbst fühlen und verstehen, wie leicht der Mann aus dem Volke dem suggestiven Zauber eines solchen grandios wirkenden Schauspiels unterliegt."[83]) Ebenfalls in „Mein Kampf" schreibt Hitler: „Wir haben hier aus dem Studium marxistischer und bürgerlicher Versammlungstechnik zu lernen versucht und haben auch gelernt."[84]) Von der Bezeichnung als „sozialistische Arbeiterpartei" bis hin zu den äußeren Symbolformen wurde der ärgste Feind nachgeahmt, um von ihm wegzulocken. „Die Selbstbewegung der Massen, der Kampf der Arbeiterbewegung . . schuf die mannigfachen Ausdrucksformen, nach denen die Dekorateure des Faschismus griffen. Sie machten einen ästhetischen Abzug von der Arbeiterbewegung, (und) verschmolzen ihn mit Requisiten kleinbürgerlicher und bäuerlicher Rückwartsbezogenheit."[85]) Um „das Proletariat" entgegen seinem objektiven Interesse für die „konservativen Kräfte" zu gewinnen, d. h. im Sinne von Großbourgeoisie und Junkertum zu integrieren, setzten die Nazis eine Massenbewegung in Szene, die der Arbeiterbewegung täuschend ähnlich war. Mit der Ähnlichkeit wurden die Massen getäuscht – sowohl über sich selbst als auch über die eigentliche Funktion des Faschismus. „Wir haben die rote Farbe unserer Plakate nach genauem und gründlichem Überlegen gewählt . . . Schon die rote Farbe unserer Plakate zog sie (Hitler spricht von den „Freunden der roten Farbe" – W. G.) in unsere Versammlungssäle. Das normale Bürgertum war ja ganz entsetzt darüber, daß auch wir zum Rot der Bolschewisten gegriffen hatten, und man sah darin eine sehr zweideutige Sache . . . Besonders als man auch noch entdeckte, daß wir in unseren Versammlungen grundsätzlich keine Damen und Herren, sondern nur Volksgenossen und -genossinnen begrüßten und unter uns nur von Parteigenossen sprachen, da schien das marxistische Gespenst für viele unserer Gegner erwiesen. Wie oft haben wir uns geschüttelt vor Lachen über diese einfältigen bürgerlichen Angsthasen, angesichts des geistvollen Rätselratens über unsere Herkunft, unsere Absichten und unser Ziel."[86])

83) A. Hitler, Mein Kampf, a.a.O., S. 552.
84) Ebd., S. 547.
85) W. F. Haug, Zur Kritik der Warenästhetik, Frankfurt/M. 1971, S. 170f.
86) A. Hitler, Mein Kampf, a.a.O., S. 541f.

Die Aufgabe der Totalitarismus-Legende in der Gegenwart

Der Täuschungsmechanismus, den der Nationalsozialismus entwickelte, indem er die Ausdrucksform der Arbeiterbewegung imitierte und für sich vereinnahmte, ist von den Beherrschern der öffentlichen Meinung und des Geschichtsbewußtseins in der BRD übernommen worden und wird mit täuschend überzeugender Wirkung bewußt eingesetzt. Die Faschisten benutzten die Nachahmung der Bewegung „des Marxismus" (das waren für sie immer Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen), als ein Mittel, um diese selbst zu schlagen. Heute, nachdem der Faschismus diskreditiert und die deutsche Arbeiterbewegung durch ihn weitgehend zerstört wurde, dient eben diese Nachahmung den Herrschenden ein weiteres Mal dazu, auf die linke Bewegung einzuschlagen – nur daß diese jetzt auch für das angeprangert wird, was die Faschisten anrichteten. „Weil da (bei den Linken – W. G.) naturgemäß manches so aussieht, wie bei den Faschisten – kein Wunder, sahen diese es doch gerade auf diese Ähnlichkeit der Oberfläche ab –, setzt man die Linken jetzt, da der Faschismus verpönt ist, mit den Faschisten gleich. In der Gleichsetzung rot = braun erfüllt die faschistische Variante des Antikommunismus noch einmal ihre Funktion, die Massen an der Nase herumzuführen."[87]) Ehemaligen aktiven Parteimitgliedern der NSDAP kann diese schwer zu durchschauende Kontinuität, die jetzt sogar als Antifaschismus erscheint, nur recht sein[88]).

Umgekehrt soll mit Hilfe der Totalitarismus-Doktrin aufrechter und ehrlicher Antifaschismus von vornherein in Antikommunismus überführt werden[89]) oder aber, das engagierte Eintreten gegen den Abbau der Demokratie, geprägt durch die Zerstörung Weimars und die Erfahrung des Dritten Reiches, wird selbst des Faschismus „im Stile des Stürmers" bezichtigt[90]). Obwohl die Totalitarismus-Legende dem Anschein nach der Legitimation dient, gegen rechts und links vorzugehen, ist sie in Wirklichkeit vorrangig das Mittel der Rechten gegen die Linke. Nach Art des Rufes „Haltet den Dieb!" lenken mit ihrer Hilfe die Rechtskräfte von sich und ihrer Vergangenheit ab; sie postieren sich in der „demokratischen Mitte", von wo aus jetzt, da rechts niemand mehr

87) W. F. Haug, Zur Kritik der Warenästhetik, a.a.O., S. 172.

88) Es gab und gibt sie. Alfred Grosser hat in seiner Rede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels darauf hingewiesen, indem er im Vergleich zu den vom „Radikalen-Erlaß" Betroffenen sagte: „. . ., wohingegen es sich die Bundesrepublik leisten konnte, Männern wichtige staatliche Positionen anzuvertrauen, die als Verteidiger des Rechtsstaats völlig versagt hatten. Wenn man die Nürnberger Judengesetze als normales Recht trocken ausgelegt hatte, durfte man Staatssekretär im neuen Rechtsstaat werden. Wenn man die Gestapo polizeirechtlich gerechtfertigt hatte, durfte man in der freiheitlichen Grundordnung Rektor und Kultusminister werden." („Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 13. 10. 1975).

89) In einem Heft „Politische Bildung in der Höheren Schule" (Hrsg. Bundeszentrale für den Heimatdienst, Bonn 1961, Heft 57) heißt es: „Unsere Schüler müssen die Verwandtschaft zwischen beiden Systemen erkennen, denn nur wernbegreift, daß der Totalitarismus in vielen Formen auftreten kann, wird gegen ihn wirklich immun sein" (S. 128). Die „Immunität" kommt etwa in der emotional meist tief verankerten Ablehnung von politischen Massenveranstaltungen, zumal der von Kommunisten und Linken, in der Scheu vor politischem Engagement und vor Begeisterung und in der Ablehnung bestimmter Ausdrucksformen der traditionellen Arbeiterbewegung zum Ausdruck. Sie werden als „wie bei den Nazis" empfunden.

90) So geschehen mit Alfred Andersch, der in einem Gedicht „Artikel 3 (3)" die Berufsverbote mit faschistischer Praxis gleichsetzt, durch G. Rühle (FAZ v. 29. 1. 1976). Über das Gedicht ließe sich streiten. Hingewiesen werden soll hier nur auf das infame, in der BRD gleichwohl bewährte Mittel der Bezichtigung von Antifaschisten, „selbst zu sprechen, wie einst der ‚StürmerL sprachL' (Rühle), d. h. der totalitaristischen Gleichsetzung von ehemaligen KZ-Insassen mit ihren faschistischen Henkern.

zu sein scheint, allein die Linke bekämpft werden kann und soll[91]). „Das Weimarer Beispiel vertauscht mit einem Trick die Zerstörer der Republik mit den Opfern des Faschismus und rechtfertigt im nachhinein geradezu die Position der Deutschnationalen in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie."[92]) Wenn von rechtester „law and order"-Position unermüdlich behauptet wird: „Die Tragödie der Weimarer Republik, die an der Toleranz gegenüber ihren intoleranten Feinden NSDAP und KPD zugrunde gegangen ist, darf sich nicht wiederholen" – soll mit der täuschenden Versicherung, die Demokratie zu schützen, gerade ihr Abbau – in ihrem eigenen Namen – legitimiert werden[93]).

Während am Ende der Weimarer Republik die Untergrabung der Demokratie in ihren gefährlichen Konsequenzen studiert werden könnte, erzwingt das gegenwärtig verbreitete Geschichtsbild über diese Zeit gerade das Einverständnis zum autorität-staatlichen Abbau der Freiheitsrechte – und dahinter stehen wieder „die Interessen des Ganzen". Mit dem scheinheiligen Versprechen, daß sich das nicht wieder ereignen soll, was geschah, wird die Zustimmung für das propagiert, was gemacht wurde. Hinter dieser täuschenden Verkehrung versteckt sich eine ungebrochene Tradition der Rechten gegen die Linke. Die Formel „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit" wird mit irreführendem Geschick gerade von jenen benutzt, die ganz in der Tradition des freiheitsfeindlichen deutschen Obrigkeitsstaates stehen – von den Karlsbader Beschlüssen von 1819 über das Sozialistengesetz von 1878 bis zum Radikalen-Erlaß des Jahres 1972[94]).

Anhang
Schul- und Geschichtsbücher

Die Auswahl der Schulbücher kann nicht zuletzt aufgrund des „Totalitarismuserlasses" als repräsentativ gelten, ohne daß alle in der BRD zugelassenen Geschichtsbücher ermittelt wurden. Es soll keine quantifizierende und vergleichende Schulbuchanalyse im engeren Sinne sein, sondern die Analyse der vorherrschenden Darstellungsweise eines wichtigen Abschnittes deutscher Geschichte und dessen, was, ihr entsprechend, daraus gelernt werden soll.

---

91) Siehe: F. Duve, Wer schreit „Haltet den Dieb!"? in: Duve/Kopitzsch, Weimar ist kein Argument, a.a.O., S. 15 f. Von seiner Position bestätigte Johannes Groß (Chefredakteur von „Capital" und FAZ-Kommentator) in einer Fernsehdiskussion zum „Radikalen-Erlaß" (Februar 1976, NDR III) diese Argumentation, indem er dem Sinne nach sagte, daß der aktuelle Feind nur noch von links existiere, während mittlerweile (nach Rückgang der NPD) von rechts keine Gefahr mehr drohe. Allerdings wurde gegen die NPD zur Zeit ihrer spektakulären Erfolge in den sechziger Jahren kein „Radikalen-Erlaß" oder Vergleichbares erwogen (siehe: R. Kühnl u. a., Die NPD, Frankfurt/M. 1969, S. 294 ff.), und es befinden sich bis heute NPD-Mitglieder im Staatsdienst (siehe: Aufstellung von Jungdemokraten, Jungsozialisten u. a. „NPD-Mandatsträger im öffentlichen Dienst", „Blätter" 2/1976, S. 230).

92) Duve/Kopitzsch, Weimar ist kein Argument, a.a.O., S. 18. An dieser Stelle ist zu erwähnen, daß Wolfgang Kopitzsch in seinem Beitrag „Sich wehren können gegen Fehldeutungen" (S. 18) bedauerlicherweise die herrschenden zentralen „Fehl"-Deutungen reproduziert. So gebraucht er etwa die Formeln von „der Zunahme der Radikalen von rechts und links", ihre Einigkeit „in ihrer totalen Ablehnung" und „ihre häufig . . . gemeinsamen Aktionen" (S. 23), und auch er benutzt das ignorante Schlagwort von der „Demokratie ohne Demokraten" und der „negativen Mehrheit" (s. 24/26). In Konsequenz der mißlungenen Abwehr solcher Fehldeutungen schreibt er: „Wenn aus dem Scheitern der Weimarer Republik Schlüsse zu ziehen sind, dann genügt sicher nicht der Ruf nach dem ‚Radikalenerlaß' als Allheilmittel für den demokratischen Staat" (S. 27). Was heißt „genügt nicht", zumal im Hinblick auf das Kernanliegen des Buches?

93) In zitierter Weise beruft sich immer wieder Alfred Dregger zur Rechtfertigung des Radikalenerlasses auf das Ende von Weimar; zitiert nach Duve/Kopitzsch, a.a.O., hinterer Umschlagdeckel; zum Abbau der demokratischen Rechte im Grundgesetz siehe: Jürgen Seifert, Grundgesetz und Restauration, Neuwied und Darmstadt 1975; und die Beiträge des vorliegenden Buches.

94) Siehe Richard Bünemann, Zur Kontinuität der Berufsverbotspraxis von Metternich zu den Ministerpräsidentenbeschlüssen, in: „Blätter" 3/1975, S. 316. Auf den bedrohlichen Widerspruch, in dem sich die SPD befindet, soll hier nicht eingegangen werden.

Daß die Totalitarismus-Version nicht nur in einem ministeriellen Erlaß ihren Grund hat, beweisen die zumeist weit verbreiteten Geschichtsbücher, die in die Untersuchung einbezogen wurden.

Pauschal wird in der Analyse von „den Schulbüchern" gesprochen, sofern es um den prinzipiellen Gang der Erklärung geht. Im Detail ist jeweils das Buch gemeint, dem das jeweilige Zitat entnommen ist.

Schulbücher (nach Verlagen geordnet)

Bayrischer Schulbuch-Verlag, Hilgenberg/Staudinger/Wagner, Unsere Geschichte, unsere Welt – Von Napoleon III. bis zur Gegenwart, München 1964 (zit. mit Verlagsangabe).
Verlag Julius Beltz, Rolf Lasius/Hubert Becker, Geschichte Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege, Weinheim 1965 (zit. als Beltz/Geschichte 3).
Buchners Verlag, Hrsg. Dr. Harro Brack (Mitarbeiter), Geschichte für Realschulen, Neueste Zeit 4, Bamberg ^{1}1974 (zit. als Buchner I).
Hrsg. OstD Erhard Reichert/Prof. Dr. Siegfried Rother, Geschichtliches Werden Mittelstufe – Neuzeit bis zur Gegenwart III, Bamberg ^{2}1971 (zit. als Buchner II).
Hrsg. Dr. Helmut Altrichter, Geschichtliches Werden Oberstufe – Vom Imperialismus bis zur Gegenwart IV, Bamberg ^{2}1971 (zit. als Buchner III).
Diesterweg Verlag, Hrsg. Dr. Eugen Kaier, Von 1890 bis zur Gegenwart Sekundarstufe I (Gymnasium), Grundzüge der Geschichte, Band 4, Frankfurt/M., Berlin (West), München ^{5}1974 (zit. als Diesterweg I).
Hrsg. H. G. Deißler/Fernis, Grundzüge der Geschichte – Vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Mittelstufe – Ausgabe A Band 4, Frankfurt/M. ^{11}1959 (zit. als Diesterweg II).
Klett Verlag, Lucas/Bodensieck/Rumpf/Thiele, Menschen in ihrer Zeit, Band 4 – In unserer Zeit, Stuttgart ^{2}1975 (zit. als Klett I).
J. Dittrich und E. Dittrich-Gallmeister (Mitarbeiter), Die moderne Welt – Von den bürgerlichen Revolutionen bis zur Gegenwart; Grundriß/Oberstufe/Ausgabe B, Stuttgart ^{3}1970 (zit. als Klett II).
Kösel Verlag, Hans Muggenthaler, Geschichte für Realschulen – Vierter Band Neueste Zeit, München, keine Erscheinungsangabe (zit. als Kösel/Real/4).
Georg Westermann Verlag, Hans Ebeling/Dr. Wolfgang Birkenfeld, Reise in die Vergangenheit, Band 4 Geschichte und Politik in unserer Zeit, Braunschweig ^{4}1975 (zit. als Westermann, Bd. 4).
Schöningh-Schroedel Verlag, Hrsg. H. R. Tenbrock, Zeiten und Menschen – Europa und die Welt – Das 20. Jahrhundert, Ausgabe B Band 4, Hannover/Paderborn 1966 (zit. als Schöningh I).
Hrsg. R. H. Tenbrock, Zeiten und Menschen – Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart (1776 bis heute), Oberstufe, Ausgabe G, Band 2, Hannover/Paderborn 1970 (zit. als Schöningh II).
R. H. Tenbrock, Didaktischer Grundriß für den Geschichtsunterricht, Band 4, zu: Zeiten und Menschen, Ausgabe B, Band 4, Hannover, Paderborn 1971 (zit. als Schöningh/Grundriß).
Becker, Voelske u. a., Zeiten und Menschen, Ausgabe C, Band 4, Hannover/Paderborn 1971 (zit. als Schöningh IV).

Weitere Geschichtsdarstellungen

Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Die Weimarer Republik, Folge 109–110, Neudruck 1973. – Der Nationalsozialismus, 123/126/127, Neudruck 1974.
Reichstag Aspekte, Hrsg. Deutscher Bundestag, Presse- und Informationszentrum Referat Öffentlichkeitsarbeit, kein Erscheinungsdatum.
Edition Zeitgeschehen – vorgelegt von der hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Water Tormin, Die Weimarer Republik, Hannover ^{10}1973.
Hrsg. Schriftenreihe der Bundeszentrale für den Heimatdienst, Politische Bildung für die höheren Schulen, Düsseldorf 1961.
Das historische Grundwissen, Stuttgart, Ernst Klett Verlag 1965.
Golo Mann/P. Kluke/Werner Conze/O.-E. Schüdekopf/K. D. Bracher/H. A. Jacobon/H. Herzfeld, Unser Jahrhundert im Bild, Gütersloh 1964.

Johannes Hartmann, Das Geschichtsbuch, von den Anfängen bis zur Gegenwart, Erstdruck 1955, erste Neubearbeitung, Frankfurt/M. Mai 1966 (Auflage 687 Tausend), zweite Neubearbeitung, Frankfurt/M. 1972 (Auflage 780 Tausend).
Helmut Heiber, Die Weimarer Republik. dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Band 3, München [1]1966, [8]1975 (95. Tausend).
Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1970.
Golo Mann, Deutsche Geschichte 1919–1945, Frankfurt/M. 1961 (Der Text des Buches ist entnommen aus und identisch mit: G. Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1958, 10. bis 12. Kapitel).
Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Schriftenreihe der Zentrale für politische Bildung, Bonn 1968.

„Was tun?"

Zeitnahe Gedanken zu Lenins gleichnamiger Schrift

Von Wilhelm Raimund Beyer

Es sind genau 75 Jahre her, daß Lenin in Stuttgart, der Geburtsstadt Hegels, seine Schrift „Was tun?" veröffentlichte. Nicht nur die hier gestellte *Frage,* gerichtet an werktätige wie intellektuelle Arbeiter und ihre Organisationen, sondern auch die *Antwort* beeinflußten Handeln wie Denken im ersten Dreiviertel unseres Jahrhunderts. Es war eben doch der viel bescholtene „Jahrgang 1902"[1]), der aktiv dieses Säkulum mitprägte. Und alles das, was zum 70. Geburtstag dieser für den Marxismus-Leninismus Grund legenden und damit grundlegenden Schrift gesagt worden war[2]), gilt heute noch. Nur belegt und erweitert durch eine fünfjährige *Praxis,* vor allem im Geburtsland dieser revolutionären Schrift. Dies vor allem deshalb, weil die Antwort auf die gestellte Frage, wie sie die – eigentlich gar nicht angesprochene – herrschende Schicht in den NATO-Staaten gab, sowohl das *Recht der Frage* wie das *Recht zur Frage* erhärtet und darüber hinaus das *geschichtliche Recht zur erneuten Frage* erhellt. Was tun? – richtet sich als Frage immer an die *Kräfte,* die die Zukunft bedenken und für diese arbeiten. Nur diese besitzen das Recht zur Frage im *Modus der Selbstbefragung.* Die fortschrittliche Intelligenz, die, wie wissenschaftliche Kongresse der Gegenwart zur Genüge beweisen, keine amorphe Masse, sondern eine sich ihrer geschichtlichen Aufgabe durchaus

1) Der Roman von Ernst Glaeser „Jahrgang 1902", erschienen 1928 bei Gustav Kiepenheuer in Berlin, hatte für seine Zeit erheblich fortschrittliche Züge vermittelt. So wurde dieser Jahrgang später vielfach als besonders durch die Erlebnisse des Ersten Weltkriegs beeinflußt und deshalb schwierig gezeichnet. Ihm entstammen aber zahlreiche aus Politik und Wissenschaft bekannte Personen.
2) Siehe: Wilhelm Raimund Beyer, „Der interessanteste Jubilar des Jahrgangs 1902: Lenins Schrift ‚Was tun?'" in: „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", 11/1972, S. 1338 ff.

bewußte Gemeinschaft, ja Kampfgruppe darstellt, fragt in der Gegenwart *sich*, sich selbst: Was tun?

Damit stellt sich vordergründig die Frage nach dem *Adressaten der Frage* und zugleich *Antwortpflichtigen*. Dieser Adressat ist der *arbeitende Mensch*. Und weil es der arbeitende Mensch ist, der antworten soll, ist es der *gesellschaftliche* Mensch. Und weil es der gesellschaftliche Mensch ist, ist es die arbeitende *Klasse*, die so fragt und damit selbstbewußt sich selbst befragt. Lenin bringt Hand- wie Kopfarbeiter (seiner zeitnahen Denkweise getreu erfolgt die damals nötige Aufteilung bereits in einer die gegenwärtige Gegebenheit der Verbindung aller Arbeitsaspekte anzielenden Weise!) in die Adressaten-Stellung. Und er antwortet für alle diese Gruppen gemeinsam, doch unter Berücksichtigung spezifischer Gehalte je nach der getanen oder aufgetragenen Arbeit. Zu diesen speziellen Aspekten reiht sich auch der philosophische Blick, der die Antwort in wissenschaftlicher Klarheit zu formulieren weiß. Diese mag wie folgt zusammengefaßt werden: *Die Philosophie der Praxis fordert zugleich die Praxis der Philosophie.*

Damit transzendiert die Ausgangsfrage nun doch die Problematik einer Selbstbefragung, weil eine Antwort und erst recht die richtige Antwort die Selbstbefriedigung des Fragenden geschichtlich überschreiten muß. Als Frageziel tritt nunmehr die Geschichte der Menschheit auf. Schon Hegel wollte (in Briefen an Schelling formuliert[3])) mit seinem Philosophieren „in das Leben der Menschheit eingreifen". Er ruft allen zeitgenössischen Philosophen, nicht nur sich selbst, zu: „Selbst die Beine aufgehoben, meine Herren!".

Das Frage-und-Antwort-Ziel

Lenin fragt noch konkreter als Hegel, denn er steht mit seinem Fragen bereits auf dem Boden einer fortschrittlichen *Organisation*. So garantieren Frage wie Antwort geschichtlichen Gehalt. Der Untertitel seiner Schrift lautet: „Brennende Fragen unserer Bewegung". Die modernen bürgerlichen Groß- und Falschzitierer der Lenin-Schrift übersehen rundweg diesen, die ganze Problematik überdachenden Untertitel und seine Funktion[4]). Unter dem Pronomen, das zugleich als Postulat auftritt, verstand Lenin „eine selbständige Partei der Arbeiterklasse"[5]). Heute können wir – rückblickend – sagen: die von ihm geprägte und zum Sieg geführte Partei. Und für diese knüpft er an die 1901 in der „Iskra" ventilierte Frage „Womit beginnen?" an[6]). Dieser Artikel beginnt wörtlich: „Die Frage ‚Was tun?' drängt sich in den letzten Jahren . . . mit besonderer Kraft auf. Es handelt sich dabei nicht um die Wahl des We-

3) Am 30. 8. 1795 und am 2. 11. 1800. Siehe „Briefe von und an Hegel", Hamburg, Bd. I, S. 31 und 59/60.
4) Hier ist vor allem Iring Fetscher (Frankfurt/M.) gemeint, der dauernd (zuletzt in den Kongreßakten des „Symposiums Lenin und die Wissenschaften", Belgrad 1974, hrsg. im Verlag der Akademie der Wissenschaften", Belgrad 1974, hrsg. im Verlag der Akademie der Wissenschaften und Künste zu Belgrad durch Dusan Nedeljković, 1976, S. 129 ff) diese Schrift Lenins so interpretiert, als wenn der Satz „das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden" (Lenin, Werke, Bd. 5, S. 436) isoliert gemeint und der reaktionären Intelligenz dieser Beschaffungsauftrag zugesprochen sei. Als dem Entsteller und Zitatverstümmler Fetscher bei der genannten Konferenz im Gebäude der Serbischen Akademie der Wissenschaften der Band 5 aus der Leninschen Werksausgabe vorgezeigt und er auf die folgenden Ausführungen zur Interpretation des „Außen" hingewiesen wurde, erboste er sich und erklärte schließlich diese Ausgabe der „Werke Lenins" für nicht authentisch. Er selbst habe die Schrift „Was tun?" in einer Broschur, und diese sei allein maßgebend. Den Rat, doch weiter zu lesen, etwa S. 444, S. 479 usw., lehnte er ab.
5) Lenin, Werke, Bd. 5, S. 355 ff. Siehe auch die Fußnote 83, S. 571.
6) Lenin, Werke, Bd. 5, S. 1–13.

ges . . ., sondern darum, welche praktischen Schritte wir auf dem erkannten Weg tun sollen. Es handelt sich um das System und den Plan der praktischen Tätigkeit". Lenin erkannte also bereits 1901 den *Systemzwang* für (erfolgreiche) politische wie wissenschaftliche *Arbeit*[7]). Er gruppiert solche Arbeit in den Sektor der *praktischen* Arbeit ein. Solche hat einem *Plan* zu folgen. Lenin formuliert sohin bereits zu Beginn unseres Jahrhunderts das heute übliche und durch Dauerbeschwörung fast abgenützte Gebot einer „Wissenschafts- oder Denk-*Strategie*". Die dialektische Einheit von Theorie und Praxis wird hier *von der Praxis aus* angepeilt und damit in Überwindung konstanter dichotomischer Sicht erheblich aufgelockert. Die Transzendenz des Dualismus erfolgt wiederum *praktisch.* Dies wirkt auf das theoretiissche Gebilde nicht nur zurück, sondern reguliert dessen Rang als Ergebnis praktischen Tuns, das es hinwiederum zu beeinflussen vermag.

Das Thema „Was tun?" übernahm Lenin als gezielte Fragestellung und als Handlungsgebot dem Themenbereich seiner Zeit. Seit dem Roman von N. G. Tschernyschewski[8]), geschrieben 1863 in einer Einzelzelle der Peter-Pauls-Festung, bewegte diese konkret gestellt und konkret beantwortete Frage das Denken der fortschrittlichen russischen Kräfte. Lenin übernimmt beides: Frage wie Antwort, und erweitert beide zum Grundkonzept: Frage wie Antwort siedeln in *gesellschaftlicher Arbeit,* sohin im Felde eines *Organisationszwanges.* Sein Grundanliegen lautet daher, „wie wir den Aufbau der für uns notwendigen Organisation gleichzeitig von allen Seiten in Angriff nehmen können"[9]).

Im so abgesteckten Themenfeld greift Lenin alsdann bei der Beantwortung weit in philosophische Probleme und gründet seine Antwort für die *praktische* Tätigkeit der sich von den reinen „Ökonomisten" absetzenden und eine Verschmelzung mit diesen Gruppen ablehnenden Kräften gleichzeitig als Gewinn *philosophisch* relevanter Grundlegung. Denn: „was tun?" umgreift als Frage auch das Denken, nicht nur das äußerliche „Tun", somit Handeln wie „politisches Denken"[10]). Für solches aber wird die „Überheblichkeit der Schriftsteller" zurückgewiesen, wenn ein geschichtlich tragfähiges „Tun" geprüft, vorbereitet und geleistet werden soll.

Diese „Überheblichkeit der Schriftsteller" erinnert allzusehr an die Gegenwart. Würde man die letzten 10 Jahre auf dem BRD-Büchermarkt durchforsten, ließe sich die Parallelität des Geschehens nicht mehr leugnen. Lenin schreibt – das Wort gilt heute genau so wie vor 75 Jahren! –: „In dieser Zeit aber erschien ein marxistisches Buch nach dem andern, marxistische Zeitschriften und Zeitungen wurden gegründet, jeder wurde Marxist, den Marxisten wurde geschmeichelt, der Hof gemacht, die Verleger waren über den außergewöhnlich guten Absatz marxistischer Bücher entzückt. Es ist durchaus begreiflich, daß unter den Marxisten, die in diesem Taumel ihre ersten Schritte taten, mehr als ein Schriftsteller überheblich wurde"[11]).

7) Zum Thema des Systemzwangs für fortschrittliche Philosophie siehe Wilhelm Raimund Beyer, „Systemtheorie im Griff des Marxismus. Gedanken über intersystemare Relationen", Meisenheim am Glan 1976.
8) Deutsche Ausgabe, Berlin (DDR) 1974.
9) Lenin, Werke, Bd. 5, S. 359.
10) A.a.O., S. 478.
11) A.a.O., S. 371.

Lenin zitiert dabei das Wort „Überheblichkeit der Schriftsteller" als einen Ausdruck Maxim Gorkis. Heute zitieren wir es als Lenin-Wort. Denn es trifft einen zur Genüge bekannten Vorgang der Gegenwart. Und auch den Folgesatz Lenins müssen wir für unsere Gegenwart bedenken: „Es ist für niemand ein Geheimnis, daß die kurze Blüte des Marxismus an der Oberfläche unserer Literatur durch das Bündnis extrem-radikaler mit sehr gemäßigten Leuten hervorgerufen wurde." Ein Gang durch die Frankfurter Buchmessen der letzten Jahre genügt, um die Wahrheit des Satzes zu erkennen.

In der 2. Auflage seiner Schrift (im Jahre 1907) kommt Lenin auf „die Widerspiegelung des Marxismus in der bürgerlichen Literatur" zu sprechen mit einem Hinweis auf ein Referat von K. Tulin gegen Struve, um sich dann dem Problem der „Kritik" zuzuwenden und den „Ideologen" nahezulegen[12]), „die Wechselwirkung der materiellen Elemente und des materiallen Milieus" kritisch zu bedenken, wenn sie richtige Antwort auf die Frage „Was tun?" finden wollen.

Lenin fragt – sicherlich absichtlich – etwas anders als Kant, wenn er seine Frage „Was tun?" formuliert. Unter Beiseiteschiebung eines bei Kant ethisch verwurzelten Gerüsts sieht er die Handlung, die konkrete Tat als Ziel: die Bildung einer echten Arbeiterpartei und die Ausarbeitung einer dieser dienlichen Theorie. Das Frageziel bleibt auch hier immer konkret. Im Grunde fragte Kant allgemein, so daß er sein Fragen in phraseologische Verba kleiden konnte: Können, Sollen, Dürfen. Lenin braucht solche Über-Verben nicht. Wenn Kant ansetzt: „Was kann ich wissen?" und fortfährt „Was soll ich tun?" und „Was darf ich hoffen?", um schließlich mit der – anthropologisch unausgeführt bleibenden – Kardinalfrage „Was denn der Mensch sei?" zu enden[13]), verbleibt er eben vermittels dieser Verbenverkleidung im prä-materialistischen Feld, das die Kräfte des Menschen nur abstecken will, so daß er bekanntlich bei einem „ignorabimus" landet. Die *Bestimmung des Menschen* aber kann nicht aus phraseologisch eingekleideten Fragen abgeleitet werden. Des Menschen „Tun" ist unmittelbar *Praxis* und als solches theoretisch ge- und begründetes Handeln.

Damit offenbart sich auch der nunmehr definierbare Adressat der Frage Lenins: die fortschrittliche Klasse, also die der Arbeiter und Bauern, wobei zu den „Arbeitern" heute die fortschrittliche Intelligenz rechnet. „Was soll ich tun?" unterscheidet sich vom „Was tun?" hinsichtlich des Praxis-Anspruchs der Frage und Antwort. Philosophisch übersetzt: *aus der Philosophie der Praxis wird die Praxis der Philosophie, und zwar der Philosophie der arbeitenden Klasse.* Jede Wissenschaft, auch die Philosophie und diese besonders akzentuiert, nimmt nicht als verschämte „Praxeologie", sondern in epistemologische Pflicht genommen *Partei für die Arbeiterklasse*[14]). Sie „vertuscht den Klassenstandpunkt nicht"[15]).

12) A.a.O., S. 377.
13) In: Kritik der reinen Vernunft, Ausgabe B, Riga 1787, S. 833.
14) Siehe: Wilhelm Raimund Beyer, Die Parteinahme der Wissenschaft für die Arbeiterpartei, Frankfurt/M. 1972.
15) Im Aufsatz „Eine Auseinandersetzung mit Verteidigern des Ökonomismus", Lenin, a.a.O., S. 325. Dieser Aufsatz und weitere in Bd. 5 der „Werke" veröffentlichte Publikationen rechnen thematisch zur Schrift „Was tun?" als Flankengedanken.

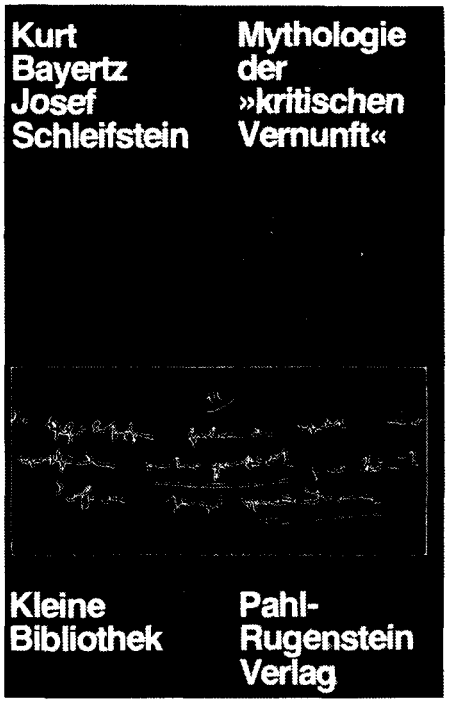
Kurt Bayertz / Josef Schleifstein
Mythologie der „kritischen Vernunft"

Kritik der Erkenntnis- und Geschichtstheorie Karl Poppers

Kleine Bibliothek, Band 86, 270 Seiten, DM 14,80

*Eine der einflußreichsten Strömungen der gegen*wärtigen bürgerlichen Philosophie ist der von Karl Popper begründete „kritische Rationalismus". Bekannt geworden ist diese philosophische Konzeption in den letzten Jahren vor allem durch den Versuch einflußreicher Kräfte in der SPD, den „kritischen Rationalismus" als ideologisches Fundament reformistischer Politik zu benutzen.

Popper hat seine „Philosophie der systemerhaltenden Reformen" ausdrücklich als eine Gegenkonzeption zum Marxismus entwickelt, und die Autoren des vorliegenden Bandes haben diese neuerliche Herausforderung angenommen. Sie setzen sich detailliert mit allen Grundbestandteilen der Popperschen Philosophie auseinander: mit der Erkenntnistheorie, der politischen Philosohie und der Geschichtstheorie. Dabei weisen sie die Brüchigkeit dieser Hauptstützen des „kritischen Rationalismus" nach und machen deutlich, daß die philosophischen und politischen Grundfragen unserer Zeit nur aus der Perspektive materialistischen Denkens eine angemessene Antwort finden können.



W. F. Haug
Kritik des Absurdismus

Untersuchungen zur Konstruktion des „Absurden" vor allem bei Jean-Paul Sartre.

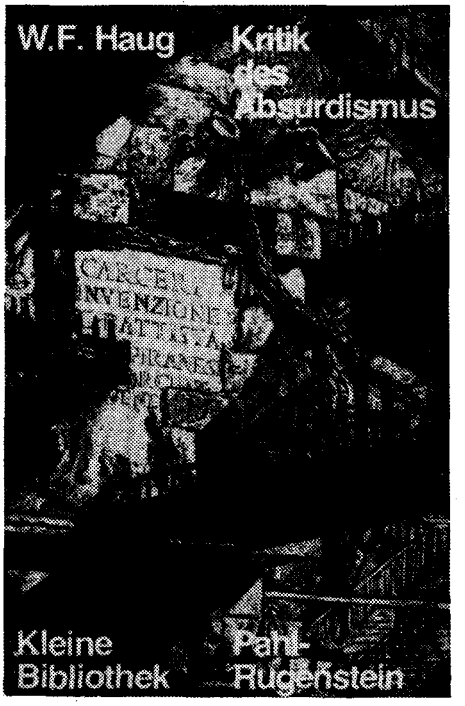
Zweite, wesentlich überarbeitete Auflage der 1966 veröffentlichen Dissertation „Jean-Paul Sartre und die Konstruktion des Absurden".

Kleine Bibliothek, Band 77, 256 Seiten, DM 9,80

Der Absurdismus interessiert als Modellfall für ein Protestdenken. Der Protest gegen bestimmte absurde Zustände der gesellschaftlichen Welt wird im Absurdismus zum negativen Selbstgenuß eines heroischen Ausharrens im Sinnlosen. Die Verhältnisse werden zwar als „sinnlos" ausgesprochen, also kritisiert, aber als unveränderbar sinnlos. So wird alle bestimmte Kritik unterlaufen und ein Sich-Abfinden mit dem Sinnlosen kultiviert.

„Ein ohne Übertreibung geniales Werk des jungen Autors Wolfgang Fritz Haug. Das Großartige dieses Werkes liegt in dem sicheren Griff, mit dem er in die äußerst vielschichtige Problematik des Absurden hineingreift. Der Sinn des Buches ist die Entlarvung der heute allenthalben herrschenden Lüge, in der das Eingeständnis der Herrschaft des Negativen und Unhumanen den Zweck erfüllt, dessen angeblich ontologische Identität mit dem menschlichen Leben schlechthin sophistisch glaubhaft zu machen und damit jede revolutionäre Änderung zu entwerten." *Leo Kofler im WDR*

„Ein für die Analyse des modernen Bewußtseins wichtiges Buch." *Alfred Schmidt in der FAZ*



Die müde und oft süffisant vorgetragene Frage „Wozu?" erübrigt sich daher. Sie wirkt meist blasiert. Oder sie bleibt Ausfluß der „Überheblichkeit des Schriftstellers". Wenn heute Helmut Schelsky die Frage „Wozu Philosophie?" verspottet, ohne zu bedenken, daß sein eigenes Fragen gerade den Grund desselben wörtlich offenbart, nämlich ein Plädoyer für die politischen Ambitionen der CSU/CDU zu liefern, also eben doch „Partei" zu nehmen[16]), so mißlingt solche „Vertuschung des Klassenstandpunkts". Diese Manöver rechnen zur „Praxis" der gegenwärtigen konservativen oder bürgerlichen Philosophie. Lenin rät – als in seiner Antwort beheimatet –, die schonungslose Aufdeckung solcher Maskeraden *praktisch* durchzuführen.

Die generell angestrengte Frage „Wozu" überdeckt nur allzu leicht den Ausgangsboden der Antwort. Die Frage „Was tun?" beinhaltet ureigen die Zweckfrage. Handeln bleibt immer zweck-rational und – konkret. Es beherbergt in sich den Grund, der in ihm gründet. Zweck rangiert als Wesenselement (vernünftigen) Handelns, eben des: Tuns. Die Frage „Was tun?" trifft nicht sich selbst, als die Frage des Fragens und deren Wertes. Lenin faßte die Grundrichtung seiner Frage (und damit seiner Antwort) wörtlich und zweckrational gefaßt: „Stellen wir die Frage aber konkret, ausgehend von den heutigen russischen Verhältnissen"[17]). Mit diesen wird der *politische* Gehalt von Frage und Antwort verdeutlicht. Fragen entpuppt Beziehungsverhältnisse, aus denen es relultiert. Und die Antwort drängt auf *Veränderung* solcher Verhältnisse. Mit Hegel gesprochen: es „steht schlimm um die Tatsachen", wenn sie der aus zweckrationalem Fragen erwachsenen Antwort der Vernunft nicht entsprechen. „Was tun?" – das heißt somit auch: eine „unvernünftige Wirklichkeit" verändern. (Siehe: die 11. Feuerbach-These!)

Die „ärgsten Feinde der Arbeiterklasse – die Demagogen"

Der Begriff des „Demagogen" hat sich im Sprachschatz des gegenwärtigen Diskutierens etwas in den Hintergrund des politischen Vokabulars verzogen. Seitdem *alle* Staatsbürger gesetzlich „Demokraten" sind, hat der „Führer des Volkes" (demos und agoon!) an Gesicht verloren. Lenin wählte den Ausdruck betont für die russischen Verhältnisse im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Mehrfach hielt er fest, daß seine Ausführungen *nicht* für die (damaligen!) deutschen[18]) oder französischen[19]) Verhältnisse gelten. Er stelle diese sogar als Vorbilder für die russische Arbeiterpartei auf. Demagogen benützen die „Phrase"[20]). Und als solche Phrasendrescher geißelt Lenin die (damaligen) „Ökonomisten", die *nur* ihren spezifischen Ansatz sehen und dabei das politische Moment gar nicht oder nur einseitig als „Verbindung mit den Arbeitern" einbringen. Als Typus hierfür nennt er den „Sekretär einer Trade-Union", der zum „Ideal" gewordenen falschen Rollenerwartungen unterliegt[21]). Diese einseitigen und engen „Sekretäre" haben heute unter einer

16) In: Der selbständige und der betreute Mensch, Stuttgart 1976, S. 169.
17) A.a.O., S. 493/494.
18) Z. B. „Das politische Denken der Deutschen ist schon genug entwickelt", a.a.O., S. 478. „Man sehe sich die Deutschen an!", a.a.O., S. 489.
19) „Das Beispiel Frankreichs hat die größte Bedeutung", a.a.O., S. 367. Aber – nur als geschichtlicher Hinweis auf den „Versuch des Bernsteinianertums".
20) A.a.O., S. 479, Phrase als „Verlogenheit" siehe a.a.O., S. 364.
21) A.a.O., S. 437.

veränderten Situation Nachfolger. Wenn Lenin hierfür als Exempel R. Knight mit W. Liebknecht vergleicht, so können wir heute praxisferne und praxisnahe Philosophien ähnlich gegeneinander abwägen[22]). Lenins Gebot eines „in alle Klassen der Bevölkerung gehen"[23]) gelingt z. B. der Philosophie von Jürgen Habermas bestimmt nicht. Und: seine Spaltung des Praxisbegriffs in die Sektoren von Arbeit und Interaktion muß als Form moderner „Demagogie" zurückgewiesen werden. Die „Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern"[24]) wird damit vernebelt. Das neueste Buch von Jürgen Habermas setzt diese „demagogische" Linie fort[25]). Der Autor hat sie schon immer vertreten, nur wird sie mit jedem neu (oder wieder) veröffentlichten Text deutlicher.

Bereits der Terminus „Interaktion" begegnet als solcher immer wieder erheblichen Bedenken. Er ist – trotz seiner Herkunft aus der US-Soziologie[26]) – falsch formuliert. Aufgabe bleibt – für Lenin, für uns, für die Arbeiterklasse und für alle vernünftig Denkenden wie Handelnden – die Frage „Was tun?" und nicht die „wie oder was interagieren?". Dichotomische Trennungen, hier des Praxisbegriffs in Arbeit und Interaktion[27]), laufen immer Gefahr, als gekünstelt erkannt und als verlarvend – entlarvt zu werden. Die Verlagerung der Praxisbezüge wirkt für diese moderne Philosophie konstitutiv. Das beginnt schon mit der Verklausulierung des marxistischen Arbeitsbegriffs. Ein Grundelement desselben stammt zweifellos von Hegel, dem Arbeit als Selbstzeugungsakt des Menschen zugleich *gesellschaftliche* Arbeit wird (§§ 192, 199, 200 ff. der Rechtsphilosophie). Einer „Interaktion" bedarf es nicht. Der theoretische Gehalt des Vorgangs wird vom Arbeitsbegriff erfaßt und genügend repräsentiert.

---

22) Siehe: Wilhelm Raimund Beyer, „Praxisnahe-praxisferne Philosophie", in: Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus, Frankfurt/M. 1970, S. 26 ff.

23) A.a.O., S. 439.

24) A.a.O., S. 436. In diesem Gedankenfeld liegt auch die richtige Definition des Begriffs „von Außen", die die bundesdeutsche Marxologie und Leninologie, insbesondere I. Fetscher, nicht wahrhaben wollen. Diese Definition des „von Außen" klingt durch die ganze Arbeit Lenins. Er betont, „das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen *aller* Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen *sämtlichen* Klassen". Dasselbe, nur in anderen thematischen Bezug gesetzt, finden wir S. 442, wo gerade umgekehrt die Partei, die Arbeiter, ja ein „Wir" (die Universitätsleute) „auf den Gedanken von der Untauglichkeit des gesamten politischen Regimes *stoßen*" müssen. Es kann also keine Rede davon sein, daß die „Intelligenz" dem Arbeiter das Klassenbewußtsein beibringen muß, wie es die Marxologen meinen. Siehe auch a.a.O., S. 479: „das niederträchtige Wort wie ‚Antrieb von außen'".
Im übrigen ist der Gedanke gar nicht so neu, denn Georg Lukàcs hatte sein ganzes Buch „Geschichte und Klassenbewußtsein" auf einer „Zurechnung" des Klassenbewußtseins aufgebaut. Zu Recht vermerkt Winfred Kaminski (in: Zur Dialektik von Substanz und Subjekt bei Hegel und Marx, Frankfurt/M. 1976, S. 36), daß nach solcher Lehre „Klassenbewußtsein von außen (theoretisch) herangetragen werden muß." Ohne allen Gedanken von Kaminski zustimmen zu wollen, kann das Schlußergebnis seiner Lukàcs-Kritik gebilligt werden: „In ‚Geschichte und Klassenbewußtsein' ist das Klassenbewußtsein nicht das Klassenbewußtsein des Proletariats. Lukàcs konstruierte vielmehr ein ‚Proletariat des Klassenbewußtseins'" (S. 40).

25) In: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/M. 1976. Im Grunde sehen wir hier dasselbe wie bei der „Neuformulierung der wichtigsten Annahmen des Historischen Materialismus" in: Habermas/Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt/M. 1971, S. 286 ff. Hierzu: Wilhelm Raimund Beyer, „*Vom Sinn oder Unsinn einer ‚Neuformulierung'* des Historischen Materialismus", Heft 43 der Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie", hrsg. v. Manfred Buhr, Berlin (DDR), 1974. Ferner: J. Furmanow in „Neue Bücher im Ausland (Gesellschaftswissenschaften)", Moskau 1975, Nr. 8, S. 49 ff.

26) Der Terminus, sicherlich von der amerikanischen Soziologie, wie so viele Fremd- und Schlagworte von Habermas, übernommen, bedeutet m. E. nichts anderes als: Gruppenhandeln. Und zwar das gegenseitige Einwirken der sozialen Gebilde unter- und miteinander. Das „Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie", Berlin (DDR) 1969, S. 227/228, hält zu Recht fest, daß der „Ausdruck" in der nichtmarxistischen Soziologie seinen Platz hat und mit der „bürgerlichen Gruppentheorie" verbunden bleibt.

27) Man könnte die Habermassche Wortprägung auch so verstehen, daß „Arbeit" das individuelle Tun des Menschen, „Interaktion" aber das „kommunikative Handeln" (siehe: „Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus", a.a.O., S. 9) betreffen soll. Die philosophischen Grundkonzeptionen solcher Teilung will Ha-

Habermas nun wirft Marx vor, daß er einer „Reduktion des Selbsterzeugungsaktes der Menschengattung auf Arbeit" huldige[28]). Dies nennt er ein „beschränkteres Konzept", wobei aus dem „Selbsterzeugungsakt" eine „Selbstkonstitution"[29]), also das Moment des Handelns zugunsten einer Vertheoretisierung verdrängt wird. Habermas bringt in diese „Genese" der Menschengattung die „Interaktion" konstitutiv ein. Solche Interaktions-Berücksichtigungen spürt er bei Marx auf. Er sieht hier Ansätze, die ihm aber nicht genügen (und: nicht genügen können, weil sie eben nur als Ansätze für seine eigene Lehre fungieren). Er meint, es „vollziehe sich (für Marx) die Selbstkonstituierung der Gattung nicht nur im Zusammenhang des instrumentalen Handelns von Menschen gegenüber der Natur, sondern zugleich in der Dimension von Gewaltverhältnissen, die die Interaktionen der Menschen untereinander festlegen"[30]). Habermas nimmt, dem Sprachgebrauch Horkheimers folgend, „instrumentales Handeln" als das Grundkonzept von „Arbeit". Damit wird der materialistische Arbeitsbegriff verkürzt. Um die kategoriale Enge zu überwinden, unterstellt er Marx einen Praxisbegriff, der materialiter gesehen „Arbeit und Interaktion umfaßt"[31]). Marx würde „beide Kategorien von gesellschaftlicher Praxis zusammennehmen"[32]). Aber dies immer doch in einem „beschränkteren Konzept einer Selbstkonstitution der Gattung durch Arbeit". Marx bleibt also – nach Habermas – ungenügend. Seine „Arbeit" und sein „Arbeitsbegriff" passen ihm nicht.

Ulrich Duchrow nun will die marxistische Arbeits-Lehre etwas aufbessern und gegen Habermas einwenden, daß Marx doch (in der „Deutschen Ideologie") zwischen Arbeit und Interaktion kategorial unterschieden habe, indem „er nämlich gesellschaftliche Produktion und Verkehrs-, also Kommunikationsverhältnisse der Individuen voneinander abhebt"[33]). Frage: Was hat dies

---

bermas in einer „Universalpragmatik" erarbeiten, die zugleich als „Theorie des kommunikativen Handelns" fungieren würde, also die praktischen Bezüge ausklammert.
Habermas liebäugelt fortwährend mit Begriffen wie Spezifikation von „Interaktion". S. 11, a.a.O., lesen wir: „. . . die Gattung, die ihr Leben durch Arbeit und Interaktion erhalten muß". S. 13: „. . . Recht und Moral" prägen den „Kernbereich der Interaktion". Es gibt „Interaktionsteilnehmer" (S. 21). Habermas kennt ein „Interaktionsnetz" (S. 43). Sogar „das identische Ich" macht „seine Interaktionen" (S. 85). So stellen sich „interagierende Parteien" vor (S. 223).
Eine andere „Begriffszerlegung" (S. 31) dient dem gleichen Zweck: es soll Marx angekreidet werden, daß er nur den einen Sektor solchen „holistischen" Begriffs kennt und den anderen höchstens andeutet, auf alle Fälle unterbewertet. S. 148–150 lesen wir, daß Marx die Unterteilung der menschlichen Gattung in „Hominiden" und „Menschen" nicht scharf genug durchdenkt. Die „spezifisch menschliche Reproduktion des Lebens" sehe sein „Konzept der Arbeit" in der „Abgrenzung Hominiden zu Primaten". Damit „treffe er eben nicht die spezifisch-menschliche Reproduktion des Lebens", weil sich schon die Hominiden „auf Reproduktion durch gesellschaftliche Arbeit umstellen und eine Ökonomie ausbilden".
Eine andere Begriffsteilung von „Arbeit" sehen wir bei Mihailo Marković (in: Dialektik der Praxis, Frankfurt/M., 1968, S. 29, 30; der hier abgedruckte Aufsatz wurde schon 1960 in Jugoslawien veröffentlicht, siehe S. 195 a.a.O.). Hier wird Arbeit gegen Produktion gestellt. Praxis aber kennt als „Spezialfall": Arbeit. Und die „Produktion wäre dann eine spezielle Form der Arbeit". Für Mihailo Marković ist „Praxis immer gesellschaftlich" (S. 27). Er beruft sich auf Marx (a.a.O., S. 27): „So bin ich gesellschaftlich, weil als Mensch tätig, wenn ich wissenschaftlich tätig bin". Es fällt jedoch auf, daß sich viele der Habermasschen Zentralbegriffe schon bei Marković finden, wie z. B. der der „Diskussion" (S. 98), der der „Elite", der der „Bürokratie" im Sozialismus usw.
Der „atto puro" Giovanni Gentiles und die Gleichsetzung jeder praktischen Handlung mit einem ökonomischen Akt durch Benedetto Croce bleiben in den Arbeiten von Marković und von Habermas unberücksichtigt.
28) Siehe: Jürgen Habermas „Erkenntnis und Interesse", Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, Ausgabe 1970, S. 58.
29) A.a.O., S. 59.
30) A.a.O., S. 69.
31) A.a.O., S. 71.
32) A.a.O., S. 72.
33) In „Der neue Mensch in theologischer und marxistischer Anthropologie" in „Marxismusstudien", 7. Folge, Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1972, S. 43.

mit dem (materialistischen) Arbeitsbegriff zu tun? Frage: Betrifft die Leninsche Frage „Was tun?" nicht eine „Arbeit" und ein „Arbeiten", das sowohl die gesellschaftliche Produktion wie die Verkehrs- und Kommunikationsverhältnisse der Menschen umgreift? Bleibt „Handeln" nicht das vernünftige Tun (und Lassen) der Menschen? Und, da es sich um „Menschen" hierbei handelt, also um *gesellschaftlich* denkende wie gesellschaftlich handelnde Wesen?

Was aber ist hingegen die „Praxis" der „Demagogen"? Auch in der Philosophie gibt es „Demagogen", die den klaren Sinn der *arbeitenden* Menschen zu verwirren suchen. Meist bedient sich Demagogie der Fremdworte, allein schon um ihre Begriffe arrogant auftreten lassen zu können. Sie wählt die *modernen* Fremdworte: nach dem 30jährigen Krieg mußten sie französisch sein, der Sprache des siegreichen Volkes entsprechend. Nach dem Zweiten Weltkrieg müssen sie amerikanisch sein, um „Wunder" wirken zu können. Demokratie wird zum „Typus", ja zum „prozeduralen Legitimitätstypus" abgestempelt, der nur im Wege eines „selbstkontrollierten Lernvorgangs" gewonnen werden kann[34]). Bekanntlich kämpfen manche Völker – nach Beseitigung krasser autoritärer Gesellschaftsordnungen – um „Demokratisierung", wobei zur Zeit dieser Kampf durch Einmischung kapitalkräftiger Instanzen anderer Staaten (z. B. Einwirken der BRD in Portugal; Interventionen kapitalistischer Staaten in die inneren Belange Spaniens usw.) gekennzeichnet ist. Erfahren die demokratischen Kräfte dieser Länder auch nur die geringste Hilfe in ihrem „Demokratisierungsprozeß" durch das angeblich wissenschaftliche, *re vera* aber demagogische Wort Jürgen Habermas', das da lautet: „Demokratisierung kann nicht eine a-priori Präferenz für einen bestimmten Organisationstypus, z. B. für den der sogenannten identitären Demokratie bedeuten"?

„Identitäre Demokratie" – wo gibt es solche? Die Distanz solcher Mißgeburt gegenüber der „Wirklichkeit (oder den „Tatsachen") verwirrt. Damit wird dem arbeitenden Volke Sand in die Augen gestreut, weil das Zusatz-Konzept[35]), „die sozialstaatliche Massendemokratie"[36]), fordert, „daß die in der Arbeiterbewegung entstandene Systemopposition durch geregelte Parteienkonkurrenz entschärft worden ist", daß also der Klassenkampf einer alten These Habermas' zu Folge als überlebt gilt. Die „Oppositionsrollen" werden „institutionalisiert". Der „Entzug von Legitimation wird in Form von Regierungswechseln kanalisiert". Und weiter kommen in gleißende Worte gefaßte sozialdemokratische Gesellschaftsvorstellungen der Gegenwart in das angeblich philosophische Grundkonzept. Die Bonzokratie des aufgeblasenen Verwaltungs- und Regierungsapparats in der BRD wird anhand von „Privilegienmustern" gerechtfertigt, wobei natürlich „Korrekturen"[37]) zugestanden werden. Und schließlich – gerade das möchte ich „Demagogie" nennen –

34) Siehe: Jürgen Habermas „Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus", a.a.O., S. 279. Es muß bemerkt werden, daß sich ähnliche Gedanken bei einem auch von Habermas einmal zitierten amerikanischen Suhrkamp-Autor finden (wie das Denkgeflecht unter den Suhrkamp-Autoren untereinander einer Betrachtung wert wäre, insbesondere auch hinsichtlich der in diesem Verlag übersetzten Literatur!), nämlich bei John Rawls „Eine Theorie der Gerechtigkeit", Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M., 1975. Der bei Rawls ehrlicherweise meist als fiktiv konstruierte allgemeine Konsensus wird bei Habermas wirklichkeitsidealer, realisierungsopportuner ausgeformt.
35) A.a.O., S. 281 ff.
36) A.a.O., S. 287.
37) A.a.O., S. 288.

geht es solcher Lehre nicht um ein „Tun", ein vorwärts strebendes Handeln zum Wohle der gesamten Menschheit, sondern um ein „Legitimieren", ein „Rechtfertigen", ja um eine „theoretische Rechtfertigung" und sogar hier nur noch um eine „allgemeine Theorie der Rechtfertigung"[38]).

Ebenfalls unter den Vorgang von „Demagogie" fällt das dictum Jürgen Habermas', daß die heutigen sozialistischen Staaten als „sogenannte sozialistische Übergangsstaaten" (das Beiwort „sogenannt" hat in der BRD erheblich politischen und abschätzigen Klang!) mit dem Ordnungsgehalt eines „bürokratischen Sozialismus" oder als „elitär besetzte Staatsbürokratien" begeifert werden[39]). Diese Rede, die nun eben nicht auf einem „allgemeinen consensus" fußt, sohin nach der eigenen Theorie des „term"-Benutzers unvernünftig bleibt, muß als *Praxis* einer „Demagogie" gekennzeichnet werden. Sie sucht zu verwirren. Nur ein reiner „Evolutionismus", der seine Fortschrittlichkeit formal nimmt, kann solches *Praxis-Programm* vertheoretisieren.

Als Lenin die Aufgabe der Propaganda gegenüber der der Agitation kennzeichnete, als er die Wirkung und den Wert des „gedruckten" gegenüber dem „gesprochenen Wort"[40]) abwog, schaltete er bewußt „ein drittes Gebiet oder eine dritte Funktion der praktischen Tätigkeit" aus[41]). Eine solch konstruierte „dritte" Betätigungsweise (= Interagieren) sucht „Mißtrauen" gegen alle „Praxis" bei den Arbeitern zu erwecken und stellt sich daher, weil sie eine grundsätzliche Abneigung des Arbeiters gegen *alle* Arbeits- und Praxistheorien zeugt, als reine, gefährliche und zurückzuweisende „Demagogie"[42]).

Titel-Programme („allgemeine Handlungstheorie", „Universalpragmatik", „Rehabilitierung der praktischen Philosophie" usw.)

Neuerdings ist es Mode geworden, Querschnitts-Themen zu spezialisieren und so zu interpretieren, daß das materialistisch faßbare Element infolge einer ohne den Blick zur ökonomischen Basis ansetzenden Zusammenschau nivelliert wird, wie wir es am Beispiel eines Kardinalthemas „Macht" derzeit ersehen[43]). „Praxis" wird ebenso zum durchgängigen Zentralthema gestaltet und unabhängig vom Subjekt der Praxis wie von der jeweiligen Zielrichtung und den hierfür zu Gebote stehenden Mitteln verunstaltet. Hegelisch gesprochen: sie wird substanzlos und damit subjektunbezogen und sohin „unwahr". Eine „allgemeine Handlungstheorie", die im Volksmund einem „Praktizismus" das theoretische Gerüst zu liefern versucht, vermag ihre wissenschaftlichen Qualitätsverluste nur als Unterteilungen oder Fallgruppierungen zu kaschieren. Es geht eben – und gerade das widerspricht der Leninschen Frage wie Antwort „Was tun?" eklatant – dieser modernen antimarxistischen Philosophie nur um Begriffsgliederung und -zergliederung. Habermas bekennt wörtlich: „das holistische Begriffe wie produktive Tätigkeit und Praxis in die

38) A.a.O., S. 299.
39) A.a.O., S. 167, 182 usw.
40) Funktional gesehen, stehen die beiden praktischen Betätigungsweisen des Philosophierens heute unter (jeweils auf ein spezielles Thema bezogenen) Denkgebieten, wie man sie im Falle der Hegel-Beschäftigung mit „Kongreßhegelianismus" und „Verlagshegelianismus" bezeichnen kann. Siehe hierzu meinen Eröffnungsvortrag auf dem XI. Internationalen Hegel-Kongreß 1976 in Lissabon.
41) A.a.O., S. 423.
42) A.a.O., S. 479.
43) So z. B.: Niklas Luhmann, Stuttgart 1975.

Grundbegriffe des kommunikativen und des zweckrationalen Handelns zerlegt werden müssen"[44]). Nichts gegen „Begriffs-Präzisierungen". Aber: hierin erschöpft sich die „Praxis" eines Philosophierens nicht. Hiermit kann Philosophie ihre eigene Praxis nicht bewältigen. Sie muß nicht nur zeigen, wie sie – um mit Hegel zu reden – „in das Leben der Menschheit eingreift", sondern sie muß: in dieses Leben praktisch eingreifen. Darum rekurriert praktische (fortschrittliche) Philosophie in den kapitalistischen Staaten immer wieder auf das gesprochene Wort, um „der Masse eine Idee zu vermitteln"[45]). Darum ist die Antwort Lenins auf die Frage „Was tun?" kurz: eine bestimmte Periode" liquidieren"[46]). Hierzu – zu dieser Tat – wird Theorie nötig. Ihr gegenüber ist „Sorglosigkeit" ein Fehler. Aber: es geht nur um solche Theorie, die selbst praktisch ist und „die *praktischen* Positionen" der Gegner bekämpfen kann[47]). Es wird „eine einheitliche revolutionäre Theorie" ausgearbeitet werden müssen. Diese darf nicht „zu einem Mischmasch, der nach ‚freiem Ermessen' mit Banalitäten aus jedem neuen deutschen Lehrbuch verwässert wurde", absinken[48]). Solche „Universalpragmatik" darf nicht der Meinung huldigen, „für Arbeiter genüge es, wenn man ihnen von Zuständen in der Fabrik erzählt oder längst bekannte Dinge wiederkäut"[49]). Selbst die sogenannte „Rehabilitierung der praktischen Philosophie"[50]) kann der arbeitenden Klasse der Gegenwart nur „Bruchstücke politischen Wissens übermitteln", und zwar Bruchstücke, die sie selber besitzt, eben nur „Brocken", die dieser Rehabilitierungsbemühung „zugefallen waren". Diese Art von „Marxismus" kann nur „Brocken" geben, weil der „Neuformulierer" oder „Rekonstrukteur" selbst nur solche kennt[51]).

Alle diese Handlungstheorien kennen nur den Wunsch (auch als „Identitätsgewinnung" propagiert und suggeriert), *ihr eigenes Ideal* als Prinzip allgemeiner Praxis zu empfehlen.

Besonders J. Habermas vergreift sich dauernd an den Zeitworten, an den Tätigkeitsworten (die gerade seine eigene Praxis, die *Praxis* seiner Philosophie entlarven). Für die progressiven Kräfte, für die arbeitende Klasse geht es *eben nicht* um ein „Legitimieren" (wobei dieses „Legitimieren" ebenso wie die „Identitätsgewinnung" im Verfolgen eines Ideals wurzelt), sondern um: *zeugen, schaffen,* demokratische Ordnung *herstellen,* die Verfassung *einhalten.* Es geht also um ein Tun, ein Handeln, ein Kämpfen, nicht um ein Räsonnieren, Kritisieren, Fabulieren oder gar – Demagogisieren.

Und da: wo solche Demokratie im ureigenen Wortsinn hergestellt ist, geht es nicht darum, sie nun zu legitimieren, sondern um ein *Weiterentwickeln.* Auch dies ist wieder aktives Tun, Praxis. Dies ist ferner kein Verifizieren oder eine arrogant ansetzende Falsifikation mit der Verwirklichung eines Meliorationsprinzips, sondern aktive Mitarbeit *aller* tätigen Kräfte, auch der Denker.

44) A.a.O., S. 31.
45) Lenin, a.a.O., S. 423.
46) A.a.O., S. 541.
47) A.a.O., S. 533, 2. Fußnote.
48) A.a.O., S. 540.
49) A.a.O., S. 395.
50) Otfried Höffe hält in der „Neuen Zürcher Zeitung" v. 17. 9. 1976, S. 41, diesen Titel für fehlerhafte Selbsteinschätzung.
51) Lenin, a.a.O., S. 479.

Eliten scheiden als Subjekt solcher Praxis rundweg aus. Es geht nicht an, sie (und noch dazu gleich ihre Gegenkraft) bedingt hierbei mitreden und miternten zu lassen, wie es Habermas bestimmt: „Eliten und Gegeneliten sind nur unter bestimmten sozialstrukturellen Bedingungen die Träger von innovativen Potentialen"[52]). Liegt hier nicht die von Lenin gegeißelte „Überheblichkeit des Schriftstellers" vor? Wer Eliten und Gegeneliten, wenn auch nur „unter bestimmten sozialstrukturellen Bedingungen", in seine Handlungstheorie elementarhaft einbringt, mindert (qualitativ bewertet) bereits ausgangsmäßig den Anspruch solcher Universalpragmatik. Denn jede, also auch eine „universale", Pragmatik wird solche „sozialstrukturelle Bedingung" des Aufkommens von Eliten rundweg verurteilen müssen; sie wird politisch nicht nur die Existenz solcher Erscheinungen verurteilen, sondern wissenschaftlich die gesellschaftlichen Fehler bereits der Möglichkeit des Aufkommens solcher brandmarken. Nach Lenin muß eine wissenschaftliche Lehre solche „Eliten wie Gegeneliten": *„liquidieren"*. Philosophie der Praxis wird – dies gilt für alle praktischen Spezialprobleme konkret – als Praxis der Philosophie im geschichtlichen Ablauf gewertet. Heute, da die Arbeiterklasse sich theoretisches Wissen in reichem Maße erstritten hat, muß dieses wissenschaftlich gesichert und verteidigt werden. Hierbei scheidet ein Operieren mit Eliten und Gegeneliten aus.

Die „Rehabilitierung der praktischen Philosophie", die als Schlager in der BRD derzeit angeboten wird, vollzog für alle Kenner der Geschichte *der Marxismus* und zwar auf weitaus höherer Stufe als die ihm vorangegangene Philosophie. Und als Marxismus-Leninismus *ist* er die praktische Philosophie der Gegenwart, unseres Jahrhunderts. Für ihn gilt: „Wir müssen unermüdlich gegen jede bürgerliche Ideologie kämpfen, in welch modisches und glänzendes Gewand sie sich auch hüllen mag"[53]). Die „Modewörter"[54]) der (bürgerlichen) Philosophie sind in den letzten Jahren besonders gefährlich geworden, weil die Bildung des Bewußtseins der arbeitenden Massen infolge der Kraft und Ausdehnung der Kommunikationsmittel gerade mit solch frisierten Wortbildungen fehlgelenkt werden kann. Deshalb gilt für die fortschrittlichen Klassen Lenins Mahnung des Jahres 1902 nach wie vor: „*aktiv* an jedem politischen Geschehnis teilzunehmen"[55]). Die Programme einer „Universalpragmatik", einer „allgemeinen Handlungstheorie" oder einer „Rehabilitierung der praktischen Philosophie" gewinnen Wert nur im negativen Bereich: im Felde einer Beseitigungs-, einer Überwindungs-, einer „Liquidations"-Pflicht. Philosophie der Praxis offenbart Rang wie Qualität ihres Anspruchs allein in der eigenen „Praxis", sohin als: Praxis der Philosophie.

Zur Problematik einer „allgemeinen Handlungstheorie"

Die hier entwickelten Gedanken, insbesondere die Nutzziehung aus Lenins Schrift „Was tun?" für die Gegenwart, dürfen keineswegs als Bausteine für eine „allgemeine Handlungstheorie" gewertet werden. Noch weniger soll

52) A.a.O., S. 231.
53) Lenin, a.a.O., S. 350 (im Aufsatz „Politische Agitation und ‚Klassenstandpunkt'").
54) Lenin, a.a.O., S. 373.
55) A.a.O., S. 430.

damit einer „marxistischen allgemeinen Handlungstheorie" oder einer „marxistischen Universalpragmatik" das Wort geredet werden. Solche Programmierung wäre falsch konzipiert. Der Marxismus-Leninismus verarbeitet die Fragen der „Praxis" *allenthalben* und in *all* seinen Denkschritten und Denkergebnissen so, daß er niemals eine *Sondersparte* „allgemeine Handlungstheorie" benötigt oder verträgt.

Gewiß: im Katalog der derzeit beliebten „westlichen" *Querschnittsthemen*, die ihre Abstraktionslust nicht verbergen und ihre Arroganz in kessen Randbemerkungen ausarten lassen, steht solche „Allgemeine Handlungstheorie" *ante portas*. Einer der für die „westliche" Weltsicht sich kompetent fühlenden Meister kündigt an, daß er an einer „Theorie des kommunikativen Handelns gearbeitet hat" und bereits „Bruchstücke" seiner harrenden Gemeinde hierzu mitteilen kann[56]). Aber auch seinem Gegner Niklas Luhmann geht es um das gleiche Thema der für ihn bedrohlich nahegerückten *Praxis der Massen*. Sie theoretisch abzufangen und ihre Sprengkraft zu mindern, sucht auch er, nur von einem anderen Denkansatz aus. Er fahndet nach einer „Möglichkeit, Systeme als Orientierungsrahmen des Handelns zu erhalten"[57]). Hierfür untersucht er „die Art, wie Handlungen sinnhaft aufeinander bezogen sind und sich in ihrer Selektivität verstärken". Dies alles für Luhmann innerhalb seines Systems, also funktional-struktural gesehen, und *als* System. Das Handlungssystem dient – seine Funktion offenbarend – als „Orientierungsrahmen" für Handeln. Dies allein gibt seinen Gang zur Praxis ab.

Demgegenüber sieht Habermas als „Aufgabe der Universalpragmatik"[58]) die Sprengung eines solchen Orientierungsrahmens und den Überstieg über einen nur allgemein gehaltenen Orientierungsinhalt. Hierbei will er das Handeln „rationalisieren"[59]), die einzelne Handlung mit „argumentativen Mitteln" begründen und dadurch „Handlungskonflikte lösen". Consensus und argumentatio bilden also die Grundpfeiler dieser Handlungstheorie, denn es gilt hier, „daß wir schon im konsensuellen Handeln die Möglichkeit von Argumentation voraussetzen"[60]).

Kann man „Handeln" theoretisch so isolieren, daß es *subjekt-los* agiert? Soweit Subjekte in dieser Theorie aufscheinen (Gattung, Ich-Identität, Gruppenidentitäten, Gesellschaft, Wir usw.), verwandelt sie die dennoch verbliebene Abstraktionssucht in leere Schemen, die niemals die kämpfende Masse der Ausgebeuteten umfassen können. Habermas gibt selbst eine gewisse Abstrahierungspflicht für sein Denken zu, er wehrt sich nur gegen „Überabstraktio-

56) Jürgen Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/M. 1976, S. 9.
57) Niklas Luhmann, Soziologische Aufklärung, Opladen 1971, S. 180.
58) A.a.O., S. 343.
59) A.a.O., S. 37: „Wenn ich jetzt evolutionäre Lernvorgänge mit Hilfe des Begriffs der ‚institutionellen Verkörperung von Rationalitätsstrukturen' zu ergreifen versuche, so geht es nicht mehr um das Verbindlichmachen von Orientierungs*inhalten*, sondern darum, daß *strukturelle Möglichkeiten der Rationalisierung des Handelns* eröffnet werden". Habermas kennt „Handlungssysteme", und zwar solche, „in denen Werte institutionalisiert werden" (a.a.O., S. 26). Sein „praktischer Diskurs" (a.a.O., S. 338) bildet die Krone des Gedankens, „daß sich praktische Fragen argumentativ lösen lassen". Und alter Dichotomierung getreu wird auch das Handeln zwiegeteilt, in „konsensuelles" und in „strategisches" Handeln. Auf individueller Ebene kann zwischen beiden Handlungstypen „gewählt" werden, auf „der Ebene der Gesellschaftssysteme nicht" (a.a.O., S. 340). Der Unterschied gründet in der Aufteilung des Praxis-Begriffs in „Arbeit und Interaktion" und setzt diese fort. Schließlich bleibt ja die Menschheit angeblich verurteilt, fast möchten wir sagen, verdammt, „ihr Leben durch Arbeit und Interaktion zu erhalten" (a.a.O., S. 11).
60) A.a.O., S. 340.

nen", die er seinem Gegner Luhmann vorwirft, da sich bei diesem „die beabsichtigten Abstraktionsgewinne unter der Hand in Verluste durch Abstraktion verwandeln"[61]).

Weist nicht *jede* Abstraktion (denkerisch gewertet) „Verluste" auf? Mindestens doch wohl immer dann, wenn das Subjekt einer Handlung sowohl historisch wie qualitativ, ja sogar personell aller Konkretion bar auftritt und im Blick von der Handlung her nur Wiederholungen oder Gemeinsamkeiten oder Variationen gesehen werden. Handlungs-Subjekte sind bei Habermas wie bei Luhmann niemals die echten, die *gesellschaftlichen Klassen, für die es Partei zu nehmen gilt.* Die Organisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, die Zusammenschlüsse von Oppositionsgruppen bleiben, falls sie je einmal zitiert werden, farblos, einfache: Gruppen. Auch die von Habermas einst gehätschelte Gruppe der „Unterprivilegierten" erscheint nie als *handelnde, aktiv* in das politische Geschehen eingreifende *Organisation.* Sie bleibt Theater-Attrappe. Soweit solche Figuren in den „allgemeinen Handlungstheorien" von Habermas oder Luhmann zugelassen werden, arbeiten sie auf der Ebene einer „Interaktion", fernab von geschichtsträchtiger *„Praxis".* Ihre Subjektivität wird bürgerlich mißverstanden und als Intersubjektivität in ein opportun konstruiertes Geschichtsbild einverleibt.

Consensus und argumentatio liefern allein den Stoff für die Habermassche Handlungstheorie, beide Pfeiler modulations- und gestaltungsfähig durch den Zeugungs-Theoretiker. Dieser bestimmt, was als consensus gilt und als argumentation genügt. Es fehlt – *das Gesetz des Handelns.* Das Gesetz, das ein Handeln in bestimmten Situationen fordert, das Gesetz, das *im Handeln und als* Handeln seinen ökonomischen Bezug wie Rückbezug nie verleugnet, das Gesetz, das für bestimmte Gesellschaftsformationen den entsprechenden *Inhalt* des Handelns erzwingt. Und das lehrt Lenins Schrift: Handeln kann theoretisch immer nur *als Praxis* verstanden werden, und Praxis bleibt subjektbezogen. Sie ist geschichtliche Aufgabe eines Subjekts, das den dialektischen Identitätsgehalt von Theorie und Praxis *von der Praxis her* angeht. Gerade Lenins Gedankenübergang von der Einseitigkeit einer *nur* ökonomischen Zielsetzung des Handelns der Arbeitermassen zur *gesellschaftlich relevanten Praxis* im gesamtgesellschaftlichen, eben politischen Raum stuft eine „Universalpragmatik" als Sonder-Wissenschaftsbereich ab. Wer sie unbedingt wissenschafts-theoretisch verselbständigen will und nur spartengründend zu denken vermag, muß sie als verzerrte Isolierung eines Wesenselements des Marxismus-Leninismus schelten. Man könnte sie aber auch als theoretische (oder inhaltsmäßig typisierte) „Gschaftlhuberei" brandmarken.

Zutreffend hat Christian Zack[62]) nachgewiesen, daß für den Marxismus „die Gesetze, die die Richtung des Handelns der Menschen bestimmen, die Eigenschaft an sich haben, zugleich Triebkräfte zu erzeugen, die eine Veränderung der Gesetze selbst bewirken"[63]). Das Handeln bleibt zutiefst mit dem Wesen des Menschen verbunden; ohne Handeln wäre der Mensch nicht: Mensch.

61) A.a.O., S. 141.
62) In „Gesellschaftliche Entwicklungsgesetze – sich entwickelnde Gesetze", in: „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", 1976, S. 1108 ff.
63) A.a.O., S. 1112.

Daß dieses Handeln zielgerichtet und vernünftige Absichten verwirklichend und trotzdem *gesetzmäßig,* also aufgrund einer die vorhandenen Produktivkräfte ausnützenden Produktionsweise vor sich geht, bleibt der Untersuchungsgegenstand philosophischer Theorien. Dies leistet der Marxismus-Leninismus als *die* materialistische Philosophie. Und deren „Arbeit" erscheint alsdann nicht gar so „abstrakt", wie sie Herbert Marcuse einst annahm[64]). Denn solche Philosophie setzt bewußt *parteilich* an. Auch das Thema des „Handelns" unterliegt diesem Gebot. Die konkrete, historisch gerechtfertigte Handlungsmaxime (auch die politische Losung!) fordert ein Subjekt, eine genau bestimmte und bestimmbare Menschengruppe. Dies bleibt der Gewinn der Leninschen Frage „Was tun?", daß sie geschichtlich verantwortungsbewußt nach dem Handeln der arbeitenden, der fortschrittlichen Kräfte fragt und nicht nach einem „Handeln als solchem" oder einem „Handeln überhaupt".

Gewerkschaften und Bildungspolitik

Zur Bildungspolitischen Konferenz '76 des DGB

Von Richard Sorg

I

1975/76 erlebte die Bundesrepublik Deutschland die schwerste Wirtschaftskrise seit ihrem Bestehen. Die anhaltende Arbeitslosigkeit, die trotz konjunktureller Belebung zäh an der Millionengrenze verharrt, kündigt eine längerfristige krisenhafte Entwicklung an, mit der in den nächsten Jahren äußerst schwerwiegende ökonomische und soziale Probleme auf die westdeutsche Gesellschaft zukommen werden.

Die Auswirkungen der Krise sind in allen gesellschaftlichen Bereichen spürbar. Besonders krass treten sie im Bildungswesen zutage. Der enge Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und Bildungsproblematik wurde schlaglichtartig durch die Tatsache erhellt, daß die am schlechtesten Ausgebildeten am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind[1]). Bildung und Ausbildung sind also von erheblicher Bedeutung für die soziale Sicherheit der Lohnabhängigen.

64) Den Satz „Daß die philosophische Arbeit eine abstrakte war und ist, gründet in den gesellschaftlichen Daseinsverhältnissen", schrieb Marcuse im Jahr 1937. Zitat mit Nachweisen aus: Martin Jay, Dialektische Phantasie, dt. Ausgabe Verlag S. Fischer, Frankfurt/M. 1976, S. 102 und 361.

1) Vgl. „Die Welt" v. 15. 1. 1976, wonach im September 1975 58,1% aller Arbeitslosen solche ohne abgeschlossene Berufsausbildung waren.

Daß dieses Handeln zielgerichtet und vernünftige Absichten verwirklichend und trotzdem *gesetzmäßig,* also aufgrund einer die vorhandenen Produktivkräfte ausnützenden Produktionsweise vor sich geht, bleibt der Untersuchungsgegenstand philosophischer Theorien. Dies leistet der Marxismus-Leninismus als *die* materialistische Philosophie. Und deren „Arbeit" erscheint alsdann nicht gar so „abstrakt", wie sie Herbert Marcuse einst annahm[64]). Denn solche Philosophie setzt bewußt *parteilich* an. Auch das Thema des „Handelns" unterliegt diesem Gebot. Die konkrete, historisch gerechtfertigte Handlungsmaxime (auch die politische Losung!) fordert ein Subjekt, eine genau bestimmte und bestimmbare Menschengruppe. Dies bleibt der Gewinn der Leninschen Frage „Was tun?", daß sie geschichtlich verantwortungsbewußt nach dem Handeln der arbeitenden, der fortschrittlichen Kräfte fragt und nicht nach einem „Handeln als solchem" oder einem „Handeln überhaupt".

Gewerkschaften und Bildungspolitik

Zur Bildungspolitischen Konferenz '76 des DGB

Von Richard Sorg

I

1975/76 erlebte die Bundesrepublik Deutschland die schwerste Wirtschaftskrise seit ihrem Bestehen. Die anhaltende Arbeitslosigkeit, die trotz konjunktureller Belebung zäh an der Millionengrenze verharrt, kündigt eine längerfristige krisenhafte Entwicklung an, mit der in den nächsten Jahren äußerst schwerwiegende ökonomische und soziale Probleme auf die westdeutsche Gesellschaft zukommen werden.

Die Auswirkungen der Krise sind in allen gesellschaftlichen Bereichen spürbar. Besonders krass treten sie im Bildungswesen zutage. Der enge Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und Bildungsproblematik wurde schlaglichtartig durch die Tatsache erhellt, daß die am schlechtesten Ausgebildeten am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind[1]). Bildung und Ausbildung sind also von erheblicher Bedeutung für die soziale Sicherheit der Lohnabhängigen.

---

64) Den Satz „Daß die philosophische Arbeit eine abstrakte war und ist, gründet in den gesellschaftlichen Daseinsverhältnissen", schrieb Marcuse im Jahr 1937. Zitat mit Nachweisen aus: Martin Jay, Dialektische Phantasie, dt. Ausgabe Verlag S. Fischer, Frankfurt/M. 1976, S. 102 und 361.

1) Vgl. „Die Welt" v. 15. 1. 1976, wonach im September 1975 58,1% aller Arbeitslosen solche ohne abgeschlossene Berufsausbildung waren.

Die unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise erfolgte Umorientierung in der staatlichen Bildungspolitik wurde im Bildungsbereich vor allem über den Transmissionsmechanismus der Staatsfinanzen wirksam. Dem allgemein starken Rückgang der staatlichen Einnahmen infolge der Krise stehen erhöhte Ausgabenanforderungen, z. B. als Folgelasten der Arbeitslosigkeit, gegenüber. Wie in dieser Situation die Prioritäten der staatlichen Ausgabenpolitik gesetzt werden, hängt von der allgemeinen wirtschaftspolitischen Diagnose und Zielsetzung ab. Die gängige, auch von der Bundesregierung propagierte Erklärung ist die Behauptung, die vor allem infolge überhöhter Lohnkosten zu niedrigen Gewinne der privaten Unternehmen hätten zur Unterlassung von Investitionen und damit zu Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit geführt[2]). Dieser (von den Tatsachen längst widerlegten) „Erklärung" entsprechend, wurden von der Bundesregierung vorrangig solche Maßnahmen ergriffen, die auf eine möglichst rasche Steigerung der Gewinne ausgerichtet waren. Da bei der hohen Arbeitslosigkeit genügend Arbeitskräfte aller Qualifikationsstufen zur Verfügung stehen, erscheinen einer solchen Politik Bildungsausgaben zumindest kurzfristig als völlig überflüssige Kosten, weil sie keinerlei direkte Profitsteigerung zur Folge haben, während hingegen die Verwendung dieser Mittel für Subventionen und Steuergeschenke an die Unternehmer den angestrebten, scheinbar unmittelbar krisenbekämpfenden Profiteffekt haben[3]).

In der Konsequenz dieser an den Kapitalinteressen orientierten Logik liegt es, wenn die Bundesregierung massive Kürzungen der Bildungsausgaben, Reformstopp und allgemeine Reduzierung öffentlicher Leistungen zum Inhalt ihrer Bildungspolitik machte. Legitimiert wird dieses „Programm der Unbildungspolitik"[4]) durch die angebliche Diskrepanz von Bildungs- und Beschäftigungssystem, die das Resultat einer falschen Bildungspolitik sei, welche zu Fehl- bzw. Überqualifikationen geführt habe.

Die einschneidenden Kürzungen von Bildungsausgaben sind Teil eines umfassenden Versuchs der herrschenden Kreise, durch Reallohnabbau und soziale Demontage, durch die Einschränkung all der öffentlichen Leistungen, die die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung verbessern würden, aus der ökonomischen Krise, aus der Situation des sich verschärfenden Drucks auf die Verwertungsbedingungen des Kapitals herauszukommen. Zur Absicherung dieser Strategie versuchen die Unternehmer und ihre politischen Interessenvertreter, die Krise zu nutzen, um durch einen Großangriff auf alle sozialen und demokratischen Rechte und Positionen der arbeitenden Bevölkerung – hier geht von den Versuchen zur Aushöhlung der Tarifautonomie

2) Tatsache hingegen ist, daß nicht zu wenig, sondern zuviel, aber verfehlt, weil an bloß einzelwirtschaftlicher Rentabilität orientiert, investiert wurde, was zu Überkapazitäten und zu der Überproduktionskrise führte. Die entsprechend ihrer Diagnose ergriffenen Gegenmaßnahmen der Bundesregierung, „Investitionsanreize" durch gesteigerte „Gewinnerwartungen" zu schaffen, führten in aller Regel zu einer weiteren Freisetzung, weil die Investitionen zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen benutzt wurden. – Vgl. zur Analyse der Krise Wolfgang Pfaffenberger, Zum Zusammenhang von Wirtschaftskrise und Bildungspolitik, in: „Demokratische Erziehung", 1/1977, S. 12ff.; Jörg Huffschmid/Herbert Schui (Hrsg.), Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–1976 in der BRD, Köln 1976; Institut für marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76, Frankfurt/M. 1976.
3) Vgl. Wolfgang Pfaffenberger, a.a.O., S. 16.
4) A.a.O.
5) entfällt.

eine direkte Linie zu den Berufsverboten – die Entwicklungsrichtung der BRD-Gesellschaft weiter in ihrem Interesse zu verändern, d. h. nach rechts zu drängen[6]).

Gleichzeitig haben aber die Wirtschaftskrise und das im Zusammenhang mit ihr zutage getretene rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer gegen ihre „Sozialpartner" manche Illusionen zerstört und die fundamentalen Widersprüche der bestehenden Gesellschaftsordnung mit ihren inhumanen und mit den Interessen der Lohnabhängigen unverträglichen Zügen ins Blickfeld gerückt. Eine neue Diskussion über den Charakter des Systems dieser Gesellschaft ist im Entstehen begriffen. Langjährige Tabus werden in Frage gestellt[7]). Die Debatte über gesellschaftliche Alternativen hat begonnen[8]).

Die Krise hat auch für das Kapital einen Januskopf. Einerseits begünstigen ihre einschüchternden Wirkungen auf die um ihren Arbeitsplatz fürchtenden Beschäftigten eine Offensive der Unternehmen. Andererseits birgt die Krisenerfahrung die „Gefahr", daß die Unfähigkeit und historische Überlebtheit des kapitalistischen Gesellschaftssystems zunehmend ins Bewußtsein breiter Massen tritt.

II

Die derzeit wichtigste Kraft für die Durchsetzung demokratischer Reformen sind die Gewerkschaften des DGB mit ihren 7,5 Millionen organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten. Für die demokratische Bewegung insgesamt ist es daher von großem Interesse, zu wissen, welche Positionen die Gewerkschaften in den zentralen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung der BRD einnehmen, zu denen gegenwärtig neben der Arbeitslosigkeit vor allem die Bildungsmisere zählt. Zu den Problemen der Bildungspolitik[11]) haben die Gewerkschaften auf der Bildungspolitischen Konferenz des DGB vom 2.–4. November 1976 in Essen öffentlich Stellung genommen. Für die Einschätzung der gewerkschaftlichen Positionen können die folgenden Fragen Anhaltspunkte liefern: Wo werden die Ursachen der bildungspolitischen Misere gesehen, und wie wird der Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und Rückschritten im Bildungswesen bestimmt? Inwieweit werden gesellschaftliche Alternativen zu den verschiedenen Fragen entwickelt? Wie klar werden die sozialen Kräfte benannt, die die Gegner einer demokratischen

6) Vgl. die ähnlich lautende Einschätzung des GEW-Vorsitzenden, Erich Frister, im Vorwort zu: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hinter den Barrikaden. Zur Verteidigung der Bildungsreform. Dokumentation des GEW-Kongresses „Ausbildung und Arbeit für junge Bürger", Frankfurt/M. 1976, S. 1: „. . . das Kapital und seine Vertreter . . . wollen die Auswirkungen der Krise nicht nur benutzen, um ihren Anteil bei der Verteilung des Bruttosozialprodukts zu erhöhen, sie wollen auch das Klima der Ängstlichkeit und Unsicherheit nach der Krise benutzen, um gesellschaftliche Veränderungen aus den letzten Jahren zu korrigieren."
7) Vgl. die Äußerungen Heinz Oskar Vetters im „Spiegel" v. 27. 12. 1976: „Wenn die soziale Marktwirtschaft als ordnendes System unserer Wirtschaft nicht in der Lage ist, sehr bald in gemeinsamen Anstrengungen die Vollbeschäftigung wiederherzustellen, dann muß sich diese soziale Marktwirtschaft die Frage stellen lassen, ob sie als Ordnungssystem der Wirtschaft für die Zukunft vertretbar ist." Oder: „Es darf kein Platz mehr sein für die prinzipielle dogmatische und unehrliche Ablehnung jeglicher Planungen."
8) Vgl. das Memorandum der 41 Wirtschaftswissenschaftler „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik" v. 4. 11. 1975, abgedruckt in: „Blätter", 11/1975, S. 1287–1293.
9)–10) entfallen.
11) Vgl. zur allgemeinen Thematik z. B. den Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden des AjLE der GEW: Rüdiger Offergeld, Gewerkschaftliche Bildungspolitik und Krise, in: „Demokratische Erziehung", 6/1976, S. 626–636. – Die bisherigen Forderungen des DGB zur Bildungspolitik sind abgedruckt in: Gerhard Leminsky/Bernd Otto, Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974, S. 79–105.

Bildungsreform sind? Welche praktischen Umsetzungsmöglichkeiten für die entwickelten Alternativen werden ins Auge gefaßt? In welchem Umfang haben die vertretenen Positionen in der praktischen Politik der Gewerkschaften bereits Niederschlag gefunden?

Während die erste Bildungspolitische Konferenz des DGB 1973 noch von gewissen Erwartungen an eine Politik der Reformen geprägt war, an deren Spitze – so die Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers Brandt – die Bildung stehen sollte, war die letzte Konferenz deutlich durch Ernüchterung bestimmt und durch die Erfahrung der vorangegangenen Wirtschaftskrise. „Diese Bildungspolitische Konferenz findet statt . . . in einer Zeit, in der, welch ein Widersinn, Tausende ausgebildete Lehrer arbeitslos auf der Straße stehen, während zur gleichen Zeit aus Gründen des Lehrermangels unsere Schulen ihren Bildungsauftrag zu einem beträchtlichen Teil nicht erfüllen können", so artikulierte die für Bildung zuständige stellvertretende DGB-Vorsitzende, Maria Weber, vor 400 Delegierten aus den Einzelgewerkschaften und vor über 100 Gästen die durch die Krise ins Bewußtsein getretenen Widersprüche dieses Gesellschaftssystems am Beispiel der Lehrerarbeitslosigkeit[12]).

Eine umfassende Einschätzung der Situation und eine Ursachenanalyse der Entwicklung „vom Bildungsnotstand zum Notstand der Bildungsreform" gab der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter in einem Grundsatzreferat: „In einer wohl beispiellosen Anti-Reform-Kampagne aller konservativen Kräfte wurde versucht, Reformen zu verhindern oder auszuhöhlen und die Interessenvertretung der Arbeitnehmer – vorab die Gewerkschaften – zu diffamieren und zu schwächen. Die aus der Wirtschaftskrise erwachsende Verunsicherung und Angst wurde rücksichtslos für den Versuch benutzt, die Lasten der Krise allein den Arbeitnehmern aufzubürden."[13]) Unter den Auswirkungen dieser „Anti-Reform-Bewegung . . ., in der konservative Eltern- und Schülerunionen oder -vereine, Professorenzusammenschlüsse und Unternehmerverbände in unheiliger Allianz mit einigen Kultusministern den Ton angeben", blieb die Bildungsreform auf der Strecke. Maßgeblich für die Zurückdrängung der Reformbemühungen „sind vor allem der Druck der wirtschaftlichen Krise und die Auswirkungen wirtschaftlicher Entscheidungen der Unternehmer, aus denen sich auch die bildungspolitischen Fehlentscheidungen erklären lassen . . . Die Entwicklung hat die Augen geöffnet für die tatsächlichen Macht- und Entscheidungsstrukturen unserer Gesellschaft, in die die bildungspolitischen Entscheidungen eingebunden sind"[14]). Nach Vetter ist der „neue Konservatismus . . . nur der ideologische Ausdruck des Bemühens der Unternehmer und ihrer politischen Freunde, ihre gesellschaftlichen Machtpositionen aufrecht zu erhalten und auszubauen".

Gegen die Kampagne der Rechtskräfte, die „Gewerkschaftsstaat" und „Filzokratie" beschwören, stellte der DGB-Vorsitzende klar: Es ist „jene dichte Ver-

12) Begrüßungsansprache von Maria Weber, abgedruckt in: „Gewerkschaftliche Bildungspolitik", 11/12/1976, S. 278.
13) Heinz Oskar Vetter, Bildungssystem und Beschäftigungssystem. Zusammenhänge – Konflikte – Herausforderungen aus gewerkschaftlicher Sicht, a.a.O., S. 283.
14) A.a.O., S. 284.

filzung von Industrie, Banken und Politikern", die den harten Kern der ökonomisch-politischen Machtverhältnisse darstellt, unter denen sich die Interessen der wirtschaftlich und politisch Tonangebenden im Bildungsbereich durchsetzen.

Für die Gewerkschaften stellt die geschilderte bildungspolitische Situation eine ernste Herausforderung dar: „Wenn es nicht gelingt, . . . den Druck wirtschaftlicher Verwertungs- und Machtinteressen gegen die Bildungsinteressen der Arbeitnehmer und ihrer Kinder aufzuhalten, dann wird sich der rücksichtslose Verdrängungswettbewerb auf allen Ebenen unseres Bildungssystems zu Lasten der jeweils sozial Schwächeren verschärfen. Der unmenschliche Leistungsdruck wird sich verstärken." Es wird sich der in der Wirtschaft herrschende Konkurrenzkampf auch im Bildungsbereich reproduzieren, mit der Konsequenz zunehmender Anpassungszwänge und Duckmäuserei. Deshalb „müssen wir verhindern, daß sich die wölfischen Seiten unserer Wirtschaft auch im Bildungssystem durchsetzen". Mit solchen Formulierungen rührte Vetter an die Systemfrage. „Ein marktwirtschaftlich orientiertes Ausbildungssystem, das ohne strukturelle Eingriffe in den nächsten Jahren eine Million Ungelernte produziert, hat seine gesellschaftliche Legitimation verspielt! Es hat sozial versagt!"[15])

Die Bildungsmisere kann ohne „strukturelle Eingriffe" und ohne die Bereitstellung ausreichender Finanzierungsmittel nicht beseitigt werden. Das nötige Geld läßt sich nach Vetter z. B. durch eine ernsthafte Bekämpfung von „Wirtschaftskriminalität und Steuerflucht" beschaffen, vor allem aber durch die Realisierung der bereits 1972 gestellten Forderung des DGB, „daß bisher für die Rüstung und Rüstungsforschung benötigte Mittel einzuschränken sind und dem Ausbau der Infrastruktur und besonders dem Bildungswesen zur Verfügung stehen sollen . . . Auch der letzte arbeitslose Lehrer könnte dann eingestellt" werden[16]).

Infolge der Abhängigkeit des Bildungswesens von den Verhältnissen im Beschäftigungssystem sind nach Vetter die eingetretenen Fehlentwicklungen „gerade dem sozialen Versagen des marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumentariums zuzuschreiben", weshalb „es geradezu grotesk (ist), wenn konservative Bildungsexperten fordern, das marktwirtschaftliche System noch eindeutiger im Bildungssystem zu verankern". Gegen das Argument von der „Überqualifikation" wies Vetter auf die katastrophalen gesellschaftlichen Auswirkungen gerade einer drohenden Unterqualifikation hin. Mit dem Gerede von der Überqualifikation werden die „durch ökonomische Machtpositionen und Entscheidungsstrukturen vorgegebenen Daten . . . zum Sachzwang erklärt . . . ungeachtet der sozialen Folgen . . . Was sich da als ‚Sachzwang' tarnt, ist doch nichts anderes, als die Aufforderung zur Kapitulation vor Unternehmerinteressen!"[17])

15) A.a.O., S. 285.
16) A.a.O., S. 286.
17) A.a.O., S. 287. – Auf die Gefährdung des Wirtschaftswachstums durch Unterqualifikation wies auch der anwesende Bundesbildungsminister Rohde hin. Bemerkenswerte Argumente für mehr statt weniger Qualifikation und für den Zusammenhang zwischen einer sinnvollen Bildungspolitik und der Schaffung neuer Arbeitsplätze lieferte der Leiter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Dieter Mertens, in einem Referat vor dem Plenum. Er wies nach, daß über eine Million qualifikationsintensive Arbeitsplätze geschaffen werden

In der Darstellung der gewerkschaftlichen Vorstellungen zu den einzelnen Bereichen hob Vetter die wachsende Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen hervor und forderte ein verstärktes Engagement der Gewerkschaften auf diesem Feld: „Die eindeutige Dominanz privatkapitalistischer Interessen auch im Bereich der staatlichen Forschungspolitik, die Vernachlässigung der Erforschung der sozialen Folgen, die Anwendung von Forschungsergebnissen in der Wirtschaft allein unter dem Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung mit den Folgen: Arbeitsplatzverlust, erhöhte Arbeitsintensität und Qualifikationsverschleiß – das alles macht einen stärkeren Einfluß der Gewerkschaften auch auf diesen Bereich unabdingbar."[18]) Er kündigte die Ausarbeitung eines wissenschafts- und forschungspolitischen Konzepts des DGB an.

Zum Schluß wandte sich der DGB-Vorsitzende der entscheidenden Frage zu, wie die bildungspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften zu realisieren sind: „Das Recht auf Bildung kann letztlich nur durchgesetzt werden, wenn das Recht auf Arbeit verwirklicht wird! . . . Die gewerkschaftliche Bildungspolitik muß mit Forderungen zur Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik, zur Investitionslenkung, zur Mitbestimmung und zur Sozialpolitik verbunden werden. Nur als integrierter Bestandteil der Reformpolitik insgesamt ist Bildungspolitik noch realisierbar!"[19]) Für die Verwirklichung dieser Forderungen müssen nach Vetter auch verstärkt die Mittel der Tarifpolitik eingesetzt werden, wie es z. B. beim Streik der Metallarbeiter von Nordbaden/Nordwürttemberg geschah, in dem Forderungen zur Humanisierung der Arbeit mit den Mitteln des Arbeitskampfes durchgesetzt wurden.

Um aber den gewerkschaftlichen Forderungen auf der politischen Ebene Nachdruck zu verleihen, „muß", wie Vetter unter Hinweis auf die große DGB-Demonstration am 8. November 1975 in Dortmund betonte, „der Wille der Betroffenen noch breiter, noch häufiger und noch härter demonstriert werden"[20]).

III

Die Thematik der Konferenz wurde in einer Reihe weiterer Referate von Vertretern verschiedener Einzelgewerkschaften und in Arbeitsgruppen zu den

könnten, wenn der Staat durch eine entsprechende Prioritätensetzung in den folgenden Bereichen aktiv würde: „Entwicklung neuer Rohstoffe, Umweltschutz und Ökologiesicherung, Stadtsanierung, Ausbau der kommunalen Dienste für soziale Randgruppen, Ausbau der Entwicklungspolitik für die dritte Welt, Meereserschließung, Kommunikations- und Dokumentationsbereiche, breite Umsetzungssysteme für wissenschaftliche Informationen und Erkenntnisse, neue Nahverkehrssysteme, Unfall- und Arbeitsschutz, Beratungsdienste, Präventivmedizin, Erwachsenenbildung, Ausländerintegration, Landschaftspflege, Ausbildungssicherung. Daneben stellt sich die gewaltige Aufgabe der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den verschiedenen Regionen, insbesondere im Hinblick auf die noch extrem unterschiedliche Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen". Mertens' Folgerung: „Die Frage, ‚ob wir denn in absehbarer Zeit überhaupt genügend Aufgaben für so viele Qualifizierte haben', . . . stellt sich demnach als Scheinproblem dar." Dieter Mertens, Bildungssystem und Beschäftigungssystem, S. 292.

18) Heinz Oskar Vetter, a.a.O., S. 288.

19) Gegen eine isolierte Bildungspolitik und für die Verbindung von Reformen im Bildungswesen mit einer Friedens- und Entspannungspolitik sprachen sich bereits die Bildungspolitischen Vorstellungen des DGB von 1972 aus, während Vertreter des Kapitals fordern: „Entspannungs- und Reformpolitik müssen voneinander getrennt werden." Herbert Kremp in der „Welt" v. 21. 5. 1974; zit. nach Horst Bethge, Die Ziele des Kampfes um ein demokratisches Bildungswesen damals und heute, in: Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik, hrsg. von Wilhelm Alff/Horst Bethge u. a., Köln 1975, S. 36.

20) Heinz Oskar Vetter, a.a.O., S. 283.

8 Problemkomplexen konkretisiert: 1. Schule und Arbeitswelt, 2. Voraussetzungen für ein ausreichendes qualifiziertes Berufsbildungsangebot, 3. Jugendarbeitslosigkeit – Ursachen – Probleme – Lösungen, 4. Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, 5. Hochschule und Arbeitnehmerinteressen, 6. Arbeitnehmerorientierung von Forschung und Wissenschaft, 7. Rolle und Funktion der Weiterbildung für die Arbeitnehmer, 8. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit den unternehmerischen Bildungsbemühungen. Von einigen der Arbeitsgruppen (AG) und den Plenumsreferaten soll im folgenden auszugsweise berichtet werden.

AG 1: Schule und Arbeitswelt

Dieter Görs vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB veranschaulichte die traditionelle soziale Funktion der Schule als „Mittel ideologischer Beeinflussung des Arbeiternachwuchses" an einem Erlaß Kaiser Wilhelms II. aus dem Jahre 1889, worin es hieß: „Schon längere Zeit hat Mich der Gedanke beschäftigt, die Schule in ihren einzelnen Abstufungen nutzbar zu machen, um der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken . . . (Die Schule) muß bestrebt sein, schon in der Jugend die Überzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, sondern in Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind."[21])

Solche „obrigkeitsstaatlich ausgerichtete Auffassungen, in den Formulierungen verändert, aber in der Zielsetzung gleichbleibend", sind nach Görs auch in der Gegenwart bei den Angriffen konservativer Kräfte auf Rahmenrichtlinien und auf neue schulische Lernbereiche wie „Arbeitslehre/Polytechnik" festzustellen. Am Beispiel des üblichen Wirtschaftslehreunterrichts zeigte der Referent, daß durch die kritiklose Heranziehung der „bürgerliche(n) Wirtschaftswissenschaft . . ., die als Rechtfertigungslehre der privaten Kapitalmaximierung und der Unternehmerideologie angesehen werden muß und der Absicherung bestehender Produktions- und Herrschaftsverhältnisse dient"[22]), eine wirkliche Erkenntnis der ökonomischen Vorgänge nicht geleistet wird.

Als geeignete Aktionsbasis für den Kampf um schulische Reformen, insbesondere für die „Abschaffung des sozialstaatsfeindlichen, sozialdiskriminierenden dreigliedrigen Schulsystems zugunsten der integrierten Gesamtschule"[23]), wurde in der AG die Bildung von Arbeitskreisen Schule-Gewerkschaften gefordert, wie sie bereits auf dem 9. Bundeskongreß des DGB beschlossen und auf der Bildungspolitischen Konferenz 1973 konkretisiert wurden[24]). Daß hier ein dringender Nachholbedarf der Gewerkschaften vorliegt, zeigen die

21) Zit. bei Dieter Görs, a.a.O., S. 302.
22) A.a.O., S. 305.
23) A.a.O., S. 306.
24) Über verschiedene Modelle der Tätigkeit dieser Arbeitskreise berichten Henner Stang/Wolfgang Artelt, Die Bildungspolitischen Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Rainer Eckert/Doris Schwert (Hrsg.), a.a.O., S. 118–123.

300 Arbeitskreise Schule – Wirtschaft, über die die Unternehmer weitreichenden Einfluß auf den Schulbereich ausüben[25]).

AG 3: Jugendarbeitslosigkeit

Der Zusammenhang zwischen dem Lehrstellenproblem, Thema der AG 2, und der Jugendarbeitslosigkeit ergibt sich aus der Tatsache, daß Jugendarbeitslosigkeit in hohem Maße ein „Problem fehlender Ausbildungsplätze" ist, so Hermann Rappe vom Hauptvorstand der IG Chemie, Papier, Keramik.[26]) Rappe wies neben den individuellen und sozialen Begleiterscheinungen der Jugendarbeitslosigkeit wie resignativer Perspektivlosigkeit, Alkoholismus und steigender Jugendkriminalität auf die politischen Auswirkungen für die gewerkschaftliche Interessenvertretung hin: „Arbeitslosigkeit ist in unserer Gesellschaft nicht nur ein Instrument zur Verhinderung politischer Reformen, sondern darüber hinaus ein Instrument direkter politischer Disziplinierung in allen Lebensbereichen, besonders bei unserer Jugend. Gesteigerter Leistungsdruck, gepaart mit Entsolidarisierung und Strebertum zeigen in manchen Betrieben schon ihre Auswirkungen. Von dort bis zum freiwilligen Verzicht auf zustehende gesetzliche Leistungen und Mitbestimmungsrechte ist es nur ein kurzer Schritt."[27]) Vor diesem Hintergrund erhalten die bildungspolitischen Forderungen des DGB wie die Einführung des 10. Schuljahres, des Berufsgrundbildungsjahres, die Schaffung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten und die Beseitigung des NC zusammen mit Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung ein großes Gewicht, weil ihre Realisierung zur Entlastung des Arbeitsmarktes führen würde.

In der Diskussion der AG wurde deutlich, wie sehr die Lösung der Arbeitsmarktprobleme mit der übergreifenden Forderung nach Demokratisierung zusammenhängt und daß die Realisierung der gewerkschaftlichen Zielsetzungen „letztlich ohne Eingriffe in die gegebene Wirtschaftsstruktur und in die private Entscheidungsautonomie der Unternehmer nicht möglich sein wird"[28]).

AG 5: Hochschule und Arbeitnehmerinteressen

Während die Organisationen des Kapitals seit langem umfangreiche Einwirkungsmöglichkeiten auf die Hochschulen besitzen und nach Kräften nutzen[29]), begann sich die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften erst vor wenigen Jahren diesem wichtigen gesellschaftlichen Bereich zuzuwenden. Begründet wurde das Interesse der Gewerkschaften an der Hochschule damit,
– daß hier die späteren Vorgesetzten der Arbeitnehmer, die Lehrer, die politischen Führungskräfte und Meinungsmacher ausgebildet werden;
– daß Forschungsergebnisse die Arbeitsplätze beeinflussen und die Wissenschaft in allen Lebensbereichen eine immer größere Rolle spielt;

25) Vgl. Kurt Johannson, Beratungsergebnis der AG 8, in: „Gewerkschaftliche Bildungspolitik", 11/12/1976, S. 341.
26) Hermann Rappe, Jugendarbeitslosigkeit – Ursachen – Probleme – Lösungen, S. 311.
27) A.a.O., S. 312.
28) Walter Scherb, Beratungsergebnis der AG 3, S. 331.
29) Vgl. z. B. die Auskunft der Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache 7/3422 v. 27. 3. 1975, S. 3.

– daß die Kinder der Arbeiter im Hochschulbereich eine Ausbildung suchen, die sie in die Lage versetzt, ihre Qualifikationen auch zur Veränderung unsozialer Verhältnisse einzusetzen;
– daß sich schließlich in den Hochschulen immer mehr Arbeitnehmer mit und ohne Lehraufgaben in den Gewerkschaften organisieren[30]).

Für die Hochschulausbildung wurde eine Doppelqualifikation gefordert. Sie soll erstens Berufsausbildung sein, aber ohne kurzsichtige Orientierung bloß an gegenwärtigen Berufsbildern; sie soll zweitens „zu demokratischer Verantwortung und solidarischem Handeln" befähigen[31]). In die Studieninhalte müssen nach gewerkschaftlicher Auffassung u. a. eingehen „Fragen und Ergebnisse der Arbeitsmedizin, der Sicherheitstechnik, Probleme der Arbeitswelt". „Berufspraxisbezug und damit Gesellschaftsbezug der Ausbildung fordern insbesondere die Einbeziehung der Sozialwissenschaften in die Fachwissenschaften."[32]) Eine akademische Ausbildung mit dieser Zielsetzung ist am Grundgesetzauftrag zur Verwirklichung der sozialen Demokratie orientiert.

Im einzelnen wurde zur Realisierung dieser Studienziele der weitere Ausbau der Hochschulen gefordert, der Abbau der Zulassungsbeschränkungen und die Öffnung der Hochschulen besonders für die bildungsfern gehaltenen Bevölkerungsschichten sowie für die berufliche Weiterbildung, mehr Personalstellen, eine bessere Studienberatung, der Einsatz von Tutoren zur Gewährleistung kollektiver Lernformen in kleinen Gruppen, die Förderung eines projektorientierten Studiums u. a. Der geforderte Praxisbezug des Hochschulstudiums wird, so war die Auffassung der AG-Teilnehmer, nicht durch ein vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenes Kurzstudium gewährleistet, aus dem die kritischen Inhalte aus Gründen der „Entrümpelung" gestrichen sind, sondern in erster Linie dadurch, daß Arbeitnehmerinteressen in die Studiengänge eingebracht werden. Das bedeutet auch, daß sozialwissenschaftliche Erkenntnisse in die Ausbildungsinhalte aller Fächer zu integrieren sind.

Festgehalten wurde als Ergebnis der AG, daß nach wie vor die 23 Thesen des DGB die Grundlage der hochschulpolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften darstellen. Unter starkem Beifall wurde ferner gefordert, daß die Gewerkschaften sich hinter progressive Fachbereiche an den Universitäten stellen müssen: „Den rechten Angriffen z. B. auf den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften in Marburg muß entschieden entgegengetreten werden."[33])

Ebenso müssen sich, so Gerd Köhler in seinem Ergebnisbericht vor dem Plenum, die Gewerkschaften in der Frage des Politischen Mandats hinter die fortschrittlichen Studentenschaften stellen (in der AG wurde dabei das Beispiel des Marburger AStA genannt), da eine Trennung von hochschul- und allge-

30) Gerd Köhler, Beratungsergebnis der AG 5, in: „Gewerkschaftliche Bildungspolitik", 11/12/1976, S. 334.
31) Franz Holländer, Hochschule und Arbeitnehmerinteressen, S. 320. – Eine ähnliche Position findet sich in einem von Rolf Schulmeister verfaßten Parallelpapier, das den Konferenzteilnehmern vorlag.
32) Franz Holländer, a.a.O., S. 321.
33) Gerd Köhler, a.a.O., S. 337. – Zu den Angriffen auf den Marburger Fachbereich, dessen Auflösung die CDU in Hessen verlangt, vgl. die Dokumentation: BdWi Sektion Marburg (Hrsg.), Sozialwissenschaft und Arbeitnehmerinteresse, Köln 1977.

meinpolitischen Stellungnahmen weder möglich noch sinnvoll ist. Besondere Bedeutung wurde der verstärkten Tätigkeit der DGB-Hochschularbeitskreise und einem weiteren Ausbau der Kooperationsvereinbarungen zwischen Hochschulen und Gewerkschaften zugemessen.

AG 6: Arbeitnehmerorientierung von Forschung und Wissenschaft

Zur Kenntnis zu nehmen war zunächst das nachweisliche „erdrückende Übergewicht der privatwirtschaftlichen Interessen in der Wissenschafts- und Forschungspolitik"[34]). In seinem Einführungsreferat konstatierte Volker Jung, Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, nicht nur die auch im Forschungsbericht der Bundesregierung vermerkte „fehlende Bereitschaft der privaten Wirtschaft, Arbeitnehmerinteressen bei Forschung und Entwicklung zu berücksichtigen"[35]); er wies die gleichen Tendenzen auch in der staatlichen Forschungspolitik nach. Nach Angaben des Bundesforschungsberichts wurden von den 12,2 Mrd. DM, die Bund und Länder 1974 für Forschung und Entwicklung ausgaben, nur 0,9 Mrd. (7,4%) für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aufgewendet[36]).

Angesichts der eindeutigen Vernachlässigung der Belange der arbeitenden Bevölkerung durch die bisher betriebene Forschung und angesichts der mißbräuchlichen Verwendung der Wissenschaft zur pseudorationalen Rechtfertigung bestehender Machtpositionen (erinnert wurde an die Rechtsgutachten über die angebliche Verfassungswidrigkeit der paritätischen Mitbestimmung) ergibt sich für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, eine arbeitnehmerorientierte Wissenschafts- und Forschungspolitik zu entwickeln. Diese muß 1. „die unsozialen Folgen der technologischen Entwicklung zu verhindern suchen"[37]); 2. „darauf dringen, daß der soziale und gesellschaftliche Nutzen bei der Planung und Durchführung der Forschungsprozesse mit bedacht wird, um nicht in die Rolle einer Feuerwehr gedrängt zu werden, die soziale Schäden in Grenzen zu halten versucht, wenn sie schon eingetreten sind"; 3. „auf das autonome Ziel einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen lenken, um Wissenschaft und Forschung in den Dienst der Menschen zu stellen". Eine solche gewerkschaftliche Wissenschaftspolitik muß dafür sorgen, „daß die Modernisierung der Wirtschaft nicht ausschließlich den Verwertungsbedingungen des eingesetzten Kapitals folgt, sondern sich an dem gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Nutzen orientiert".

Mit solchen Zielsetzungen stoßen die Gewerkschaften auch hier wieder auf die Schranken der bestehenden Gesellschaftsordnung. Die zunehmende Be-

34) Vgl. das den Konferenzteilnehmern vorgelegte Papier der Abteilung Gesellschaftspolitik des DGB-Bundesvorstands: Thesen zur Wissenschafts- und Forschungspolitik, S. 9.

35) Volker Jung, Arbeitnehmerorientierung von Forschung und Wissenschaft, in: „Gewerkschaftliche Bildungspolitik", 11/12/1976, S. 324. – Im Bundesforschungsbericht V, S. 11, wird darauf hingewiesen, daß die privatwirtschaftlichen Unternehmen durch Forschung und Entwicklung vor allem die Rentabilität zu steigern trachten; „die Beachtung gesellschaftspolitischer Auswirkungen ihres Handelns und die Lösung von langfristigen gesamtwirtschaftlichen Problemen treten demgegenüber zurück."

36) Volker Jung, a.a.O., S. 325. – Das starke „Ungleichgewicht" der staatlichen Forschungsförderung wird besonders deutlich durch die folgende Tatsache: „Für Rüstungsforschung wurden über 50% mehr ausgegeben als für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen insgesamt." Da der Löwenanteil der staatlichen Forschungs- und Entwicklungsmittel den Großunternehmen zugute kommt, wird auf diesem Wege der Konzentrationsprozeß in der Privatwirtschaft zusätzlich beschleunigt. Vgl. das Papier der Abteilung Gesellschaftspolitik . . ., S. 5 (nach Angaben des Bundesforschungsberichts V).

37) Volker Jung, a.a.O., S. 326.

deutung der Wissenschaft für alle Lebensbereiche erzwingt die Forderung „nach einer umfassenden Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft", was ohne Eingriffe in die gesellschaftlichen Machtstrukturen nicht möglich ist. Ansatzpunkte für die Durchsetzung einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft sind z. B. Kooperationsvereinbarungen mit einzelnen Hochschulen oder Fachbereichen. Eine entsprechende Kooperation kann „den Wissenschaftlern einen wirklichkeitsnäheren Zugang zu den Problemen der Arbeitnehmer und den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften einen breiteren Zugang zu den Forschungsergebnissen verschaffen". Bei diesen Versuchen müssen die Gewerkschaften mit verstärkten Widerständen rechnen. Unter Berufung auf die Verteidigung der Freiheit von Forschung und Lehre wird von reaktionärer Seite vor der „Unterwanderung unserer Hochschulen durch die Gewerkschaften" gewarnt[38]). Hingewiesen wurde ferner auf die Behinderung einer Kontrolle der Forschung durch fehlende Transparenz im ganzen Bereich der Drittmittelfinanzierung sowie auf die Bestrebungen zur Auslagerung der Forschung aus den Hochschulen. Einer solchen Entstehung „mitbestimmungsfreier Räume" müssen die Gewerkschaften, so Jung, entgegentreten. Im Interesse einer demokratischen Forschungspolitik müssen sie auch auf die Beseitigung der für die hochschulfreien Forschungseinrichtungen geltenden Bestimmungen über den „Tendenzschutz" dringen.

Eine gewerkschaftliche Wissenschafts- und Forschungspolitik muß, so wurde im Schlußbericht der AG von Norbert Trautwein hervorgehoben, 1. von der Gesamtorganisation getragen werden und 2. mit den Forderungen der gewerkschaftlichen Politik in allen übrigen Bereichen zu einem Gesamtkonzept verknüpft werden[39]).

Die Konzipierung einer gewerkschaftlichen Wissenschafts- und Forschungspolitik ist nicht zuletzt deshalb dringlich, weil es zwischen den Interessen an der Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen und denen an der Sicherung der Lebens- und Umweltbedingungen zu Zielkonflikten kommen kann, angesichts derer eine klare Orientierung für die von den Gewerkschaften konkret einzunehmenden Positionen unabdingbar ist[40]). Es geht um die Entwicklung von Alternativen der Forschung, die – wie es in der These 15 der 23 Forderungen des DGB zur Hochschulreform heißt – eine humane Zukunft der Gesellschaft ermöglichen.

AG 8: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit den unternehmerischen Bildungsbemühungen

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit sieht sich, so Kurt Johannson von der Abteilung Bildung beim Vorstand der IG Metall, konfrontiert mit einer ideo-

38) Vgl. z. B. die Artikel von Chr. Wiedmann im „Bayernkurier" v. 9. 10. 1976: „Konstanz – Eine Uni für den DGB?" und von B. Rüthers in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" v. 23. 10. 1976: „Auf dem Wege zur Tendenzuniversität".
39) Norbert Trautwein, Beratungsergebnis der AG 6, in: „Gewerkschaftliche Bildungspolitik", 11/12/1976, S. 338.
40) Die Unsicherheit und Widersprüchlichkeit des Verhaltens der Gewerkschaften in der Frage der Kernkraftwerke, wie sie in entgegengesetzten gewerkschaftlichen Stellungnahmen und Aktionen zum Ausdruck kamen (vgl. die Vorgänge um das Kernkraftwerk bei Brokdorf), unterstreichen die Notwendigkeit einer einheitlichen Wissenschaftskonzeption der Gewerkschaften, in der die langfristigen Gefährdungen der Umwelt deutlich zu machen wären gegen kurzsichtige Orientierungen an der Schaffung von Arbeitsplätzen um jeden Preis.

logischen Offensive der Verbände des Kapitals, die ohnegleichen ist. Nach eigenen Angaben der Arbeitgebervereinigungen stiegen ihre Ausgaben für Bildungsaktivitäten seit 1971/72 um 42% auf insgesamt 17,35 Mrd. DM im Jahre 1975[41]). Die Kapitalvertreter verstehen ihre Bildungsarbeit, die sie gegen die gewerkschaftliche aufbauen, als „ein Stück des politischen Kampfes", der mit darüber entscheiden wird, so ihre Sprecher, „in welcher Gesellschaftsordnung die Unternehmer im Jahr 2000 leben" werden. Die konkrete Zielsetzung ist die Entsolidarisierung der Arbeiter und, wie es Johannson formulierte, deren „Verhaltensänderung in Richtung auf größere Anpassungsbereitschaft gegenüber dem Verwertungsinteresse" des Kapitals. Die Bildungsaktivität der Unternehmer zielt zum einen auf eine Aushöhlung der bislang erreichten politischen Fortschritte, z. B. bei der Betriebsräteschulung, und zum andern darauf, grundsätzlich allen Reformbestrebungen entgegenzuarbeiten, die im Interesse der abhängig Beschäftigten liegen: Dieser „Zugriff auf das Bildungswesen signalisiert den Anspruch, alle gesellschaftlichen Bereiche den Interessen der Unternehmer unterzuordnen"[42]).

AG 4: Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen

In dieser AG, in der es um die Frage der praktischen Umsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen ging und deren Ergebnisse darum hier am Schluß referiert werden, wurde noch stärker als in den anderen AG die Erfahrung der Widersprüche und Grenzen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und das Problem einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Alternative artikuliert. Die Krise hat, so Ulrich Mignon, Leiter der Abteilung Bildung beim Vorstand der IG Metall, bei vielen „den Glauben an unbegrenztes Wachstum und die Selbstheilungskräfte eines Marktes, an den selbst bürgerliche Ökonomen nicht mehr glauben", zerstört[43]). Die Probleme der Arbeitslosigkeit und der Bildungsmisere „sind letztlich Folge der Unvereinbarkeit von individuellen Bildungsansprüchen und kapitalistischer Produktion. Sie sind aber auch eine eklatante Verletzung des Verfassungsgebotes ‚Eigentum verpflichtet'." Nach Mignon beweist die derzeitige Situation „allen Arbeitnehmern das Versagen der marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumente in der Bildungs- und Beschäftigungspolitik"[44]).

Angesichts dieser Lage forderte der Referent eine kritische Überprüfung der seitherigen Politik der Gewerkschaften im Bereich der Bildung. Bloße Appelle an Regierung, Parlament und Parteien reichen nicht aus. „Wir müssen für unsere Politik Konsequenzen aus dem Scheitern der Reformen ziehen . . . Es ist an der Zeit, alternative Lösungen anzugehen."[45]) Für die Entwicklung

41) Kurt Johannson, Die Bildungsexpansion der Unternehmer und ihre Bedeutung für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit (Thesenpapier zur Konferenz), S. 1; zu den Zahlen vgl. „Handelsblatt" v. 21. 7. 1976 und v. 21. 1. 1977. – Vgl. auch Kurt Johannson, Anpassung als Prinzip. Maßnahmen der Unternehmer im Bereich der politischen Bildung. Eine Dokumentation, Frankfurt/M. 1975; Martin Baethge, Ausbildung und Herrschaft. Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik, Frankfurt/M. 1971, z. B. S. 77ff., sowie Werner Albrecht, Wer beherrscht die Bildungspolitik? Aktivitäten und Einfluß der Monopolverbände, in: Rainer Eckert/Doris Schwert (Hrsg.), a.a.O., S. 82–86.
42) Kurt Johannson, a.a.O., S. 2.
43) Ulrich Mignon, Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, in: „Gewerkschaftliche Bildungspolitik", 11/12/1976, S. 314.
44) A.a.O., S. 315.
45) A.a.O., S. 316.

gesellschaftlicher Alternativen müssen die Gewerkschaften verstärkt „eigene Mittel einsetzen, der Resignation in den eigenen Reihen entgegentreten, offensives Problembewußtsein bei allen Arbeitnehmern fördern", um damit Voraussetzungen zur Durchsetzung alternativer Lösungen zu schaffen. Es geht darum, die „Widersprüche dort sichtbar werden zu lassen, wo unmittelbar Arbeitnehmerinteressen berührt sind". „Offensive Bildungspolitik bedeutet Engagement und das Durchstehen von Konflikten, z. B. in Elternvertretungen auf allen Ebenen; in Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen; in Selbstverwaltungsgremien der Bundesanstalt für Arbeit; in Studienreformkommissionen der Hochschulen."[46])

Daß die Gewerkschaften beim Versuch der Durchsetzung ihrer Forderungen zunehmend mit der Systemfrage konfrontiert werden, brachte auch der Schlußbericht der AG zum Ausdruck: „Übereinstimmung bestand, daß Reformen, welche die Lage der Arbeitnehmer im Bildungs- und Gesellschaftssystem grundlegend zu verändern versuchen, an die Grenzen, die sich aus den bestehenden Machtverhältnissen des Bildungs- und Gesellschaftssystems ergeben, stoßen und rütteln. Ohne Veränderung dieser Strukturen sind aber grundlegende Reformen nur schwer vorstellbar oder gar erreichbar."[47]) Ergänzt wurde diese Einsicht durch die selbstkritische Einschätzung, „daß es den Gewerkschaften eben nicht gelungen ist, die zur Veränderung der bestehenden Strukturen notwendige Kraftentfaltung im Sinne von Gegenmacht zu entwickeln."

IV

In einem zusammenfassenden Schlußreferat am letzten Konferenztag brachte die stellvertretende DGB-Vorsitzende die Ergebnisse der Beratungen auf die Formel, „daß Bildungsfragen für die Arbeitnehmer Existenzfragen sind"[48]). Als zentraler Bestandteil des gewerkschaftlichen Kampfes zur Verbesserung der Lage der abhängig Beschäftigten war die Bildungsfrage auch „immer eine Frage der Klassenauseinandersetzung"[49]). Bestätigt haben die Unternehmer das durch „ihr erpresserisches Spiel mit den Ausbildungsplätzen und damit ihren Klassenkampf von oben".

Den sich immer stärker ausprägenden Tendenzen eines „Unternehmerstaates", in dem der „angepaßte und manipulierbare Schüler, Arbeitnehmer und Wähler gewünscht" und produziert wird, dem „verdeckten Klassenkampf"[50]) der Privilegierten gegen Reformen des Bildungswesens ist „eine gewerkschaftliche Bildungspolitik entgegenzusetzen, die ausgeht von den Interessen der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft und von der Notwendigkeit, diese Gesellschaft zu verändern"[51]).

---

46) A.a.O., S. 317.
47) Willi Rothweiler, Beratungsergebnis der AG 4, S. 332.
48) Maria Weber, Bildung für Arbeitnehmer in einer demokratischen Gesellschaft. Schlußreferat, S. 343.
49) A.a.O., S. 344.
50) A.a.O., S. 347.
51) A.a.O., S. 345.

Ungeachtet dessen, daß in dem Schlußreferat auch einige problematische und ambivalente Vorstellungen zum Ausdruck kamen[52]), entsprach die grundsätzliche Stoßrichtung der gleichen Einschätzung über die Ursachen der Bildungsmisere und über die Mittel ihrer Beseitigung, wie sie auch mehrheitlich in den Arbeitsgruppen vertreten wurde. Das zeigte sich nicht zuletzt an der Frage der Finanzierung. Maria Weber verlangte eine andere Prioritätensetzung bei den Staatsausgaben. Sie forderte, wie vor ihr schon der DGB-Vorsitzende, für die Bildung auch Mittel des Verteidigungshaushalts zur Verfügung zu stellen[53]). Der lang anhaltende Beifall, mit dem diese Forderung von den Delegierten bedacht wurde, wies auf die wachsende Resonanz, die Abrüstungsforderungen bei den Gewerkschaftsmitgliedern finden.

V

Vergleicht man die Bildungspolitische Konferenz '76 mit der von 1973, so ist unverkennbar eine Artikulation wachsender Zweifel an der Fähigkeit des „marktwirtschaftlichen" Systems, die anstehenden Probleme lösen zu können[54]). Worauf es nun ankäme, wäre, die Diskrepanz zwischen fortschrittlicher Programmatik und praktischer Politik der Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu beseitigen. Aus den in Essen abgesteckten Positionen ergeben sich u. a. die folgenden Schlußfolgerungen, wenn die Gewerkschaften den selbstgesetzten Ansprüchen genügen und in der Bildungspolitik wieder in die Offensive kommen wollen:

1. Die Ergebnisse der Konferenz müssen auf breitester Front in die gewerkschaftlichen Untergliederungen und in die Mitgliedschaft hineingetragen, in der Öffentlichkeit verbreitet und zum Ausgangspunkt einer umfassenden Diskussion über gesellschaftliche Alternativen gemacht werden.

2. Mit der praktischen Umsetzung der bildungspolitischen Forderungen in der Tarifpolitik muß begonnen werden – womit zugleich durch die praxisnahe Anknüpfung an den unmittelbar erfahrbaren Problemen und Interessenzusammenhängen der Bewußtseinsbildungsprozeß bei den Kollegen beschleunigt werden kann.

3. Zur Umsetzung der Forderungen über die Möglichkeiten der Tarifpolitik hinaus müssen in allen DGB-Kreisen Arbeitskreise Schule – Gewerkschaften gebildet werden, die ihre Arbeit so anlegen, daß nicht nur Lehrer, sondern auch Kollegen aus den Industriegewerkschaften für die Mitarbeit gewonnen werden können. Die Zielsetzung der Arbeitskreise sollte neben der Erarbeitung fortschrittlicher Unterrichtsinhalte vor allem darin bestehen, die Kollegen zu befähigen, ihre Mitbestimmungsrechte als Eltern in den Schulen voll

52) So ist etwa die Forderung nach intensiverer Auslastung der Hochschulkapazitäten ohne die gleichzeitige Forderung nach mehr Stellen problematisch. Ebenso ist eine unpräzisierte Forderung, die Studieninhalte „den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen anzupassen", ambivalent. Vgl. a.a.O., S. 348.
53) Diese Forderung fehlt leider in der schriftlichen Fassung des Referats!
54) Vgl. auch das Referat, das der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, am 12. 10. 1976 zur Eröffnung des DGB-Bildungsprogramms in München gehalten hat unter der Fragestellung „Hält die Politik der Gewerkschaften den Herausforderungen der Zukunft stand?" (abgedruckt in: „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 12/1976, S. 13–14): Die Gewerkschaften dürfen sich, so Mahlein, nicht „mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen abfinden".

wahrzunehmen, um mittelfristig z. B. eine Änderung in den Mehrheitsverhältnissen der Elternvertretungen zu erreichen.

4. An allen Hochschulorten sollten DGB-Hochschularbeitskreise (bisher gibt es kaum mehr als 10 in der BRD) gebildet werden, deren Aufgabenstellung im wesentlichen eine doppelte sein sollte: 1. die Möglichkeiten der Wissenschaft für die praktische Arbeit der Gewerkschaften zu nutzen durch Kooperation mit fortschrittlichen Hochschullehrern und Fachbereichen, wodurch auch die Kollegen aus den Industriegewerkschaften für diese Arbeit interessiert werden können; 2. gewerkschaftliche Impulse und Vorstellungen so in die Hochschule einzubringen, daß bei den Inhalten von Forschung und Lehre die Bedürfnisse und Interessen der arbeitenden Bevölkerung verstärkt Berücksichtigung finden[55]).

5. Gegen den wachsenden Druck der Rechtskräfte müssen die Gewerkschaften ihre Entschlossenheit, für demokratische Reformen und gesellschaftliche Alternativen zu kämpfen, auch zunehmend durch breiteste Mobilisierung der Mitglieder demonstrieren, weil die Gegner der Gewerkschaften durch Argumente und Konferenzen allein noch nie zu beeindrucken waren; weil nur die Entwicklung von Gegendruck und die Entfaltung von Gegenmacht eine weitere Verschlechterung der bildungs- und gesellschaftspolitischen Gesamtsituation zuungunsten der abhängig Arbeitenden verhindern können.

6. Der Widerstand der Gewerkschaften muß härter werden gegen die Politik einer Regierung, die auf allen Gebieten – ob bei der Mitbestimmung, der Berufsbildung, dem Hochschulrahmengesetz, der Frage des Politischen Mandats oder den Berufsverboten – zunehmend dem Druck des großen Kapitals und seiner Bundesgenossen weicht.

Daß für eine solche praktische Umsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen bereits ein beträchtliches Potential an Kampfbereitschaft in der Mitgliedschaft und vor allem in der Gewerkschaftsjugend vorhanden ist, zeigte die große DGB-Demonstration mit über 50 000 Teilnehmern in Dortmund.

---

55) Nach dieser Konzeption arbeitet z. B. der Marburger DGB-Hochschularbeitskreis. Seine Tätigkeit konzentriert sich neben öffentlichen Stellungnahmen zu hochschulpolitischen Problemen vor allem auf die Vorbereitung von Projekten, in denen wissenschaftliche Ergebnisse in ihrer praktischen Relevanz für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten in die Erfahrungswelt der Kollegen übersetzt werden. So wurde z. B. eine Arbeitstagung über „Gesundheit und Arbeitnehmerinteressen" durchgeführt mit über 100 Teilnehmern aus Betrieben, Verwaltungen und Kliniken; auf der Grundlage von wissenschaftlichen Referaten und Erfahrungsberichten aus den Betrieben wurde über Fragen des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, der Arbeitsmedizin und über allgemeine Probleme des Gesundheitswesens diskutiert. Ein anderes Projekt des Arbeitskreises war eine Wochenendveranstaltung der IG Metall über Angestelltenprobleme, wobei Forschungsergebnisse von Marburger Gesellschaftswissenschaftlern vorgetragen wurden, um sie für die praktische Angestelltenarbeit am Ort nutzbar zu machen. Ferner wurden Kooperationsseminare über die „Geschichte der Gewerkschaften" in gemeinsamer Verantwortung von DGB und Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität durchgeführt. – Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem DGB wurde ein Fachbereichstag über „Arbeitnehmerinteressen und Wissenschaftsfreiheit" veranstaltet, wobei Wissenschaftler aus zahlreichen Hochschulorten der BRD mit Vertretern der Gewerkschaften über die Möglichkeiten einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaftspraxis diskutierten. – Die enge Kooperation mit dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften schlug sich z. B. auch nieder in der öffentlichen Verteidigung dieses Fachbereichs durch den DGB gegen Angriffe von reaktionären Kräften. (Vgl. dazu Käte Dinnebier, Zusammenarbeit verstärken. DGB Marburg gegen Angriffe auf demokratische Lehrinhalte, in: „frontal". Verbandsorgan des SHB, Nr. 77/78, Dezember 1976/Januar 1977, S. 41.) – Hervorgehoben zu werden verdient auch die enge Zusammenarbeit des DGB mit dem gewerkschaftlich orientierten AStA, die in gemeinsamen Veranstaltungen (z. B. über „Streik und Aussperrung", getragen vom DGB, der IG Druck und Papier und dem AStA) oder in der Unterstützung des AStA in Sachen Politisches Mandat zum Ausdruck kam. – Diese konkrete Tätigkeit des Marburger Hochschularbeitskreises des DGB ist ein Beispiel dafür, wie die gewerkschaftlichen Vorstellungen zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik auch auf der untersten Ebene praktisch umgesetzt werden können.

Medienkritik

ACH, WÄRE DAS SCHÖN GEWESEN . . .

Die „Welt am Sonntag" erschien am 20. Februar 1977 mit zwei verschiedenen Schlagzeilen, die beide mit der Realität, auf die sie sich bezogen – den Kundgebungen gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf – nur indirekt zu tun hatten. Sie illustrierten ein parteiliches Verhältnis zu dieser Realität, das sich in dem Wechsel zwischen Erwartung („Kampf um Brokdorf") und Enttäuschung („Nacht über Brokdorf") verrät, verbunden mit dem Versuch, die Realität den eigenen Vorstellungen entsprechend zu verfälschen. Denn nachdem die „Schlacht" („Bild") um Brokdorf nicht stattgefunden hatte, die man so sehr erwartet hatte, daß die Grenze zum Wunsch längst überschritten war, brachte man zum Zwecke der Umdeutung des unerwünschten Ablaufs eine zweite Ausgabe heraus. Ganz offen und in wahrhaft volksverhetzender Absicht ließ das Schwesterblatt „Bild am Sonntag" seiner Wut über die mißlungene Provokationstaktik der Organe der Staatsgewalt freien Lauf, indem es den Demonstranten unterstellte, was das eigene Denken charakterisiert: „Sie sind fanatisch und zynisch genug, sich Opfer aus den eigenen Reihen, Märtyrer zu wünschen. Am liebsten ein Mädchen. (. . .) Rot und Tot. Und telegen. Die Jungfrau von Brokdorf. Heilige Johanna 77. Ach, wäre das schön gewesen."

Die Wut wird verständlich, wenn man sich klarmacht, wie sehr Springerpresse, Rechtskräfte, Regierungen und KKW-Bauer „Terror" („Abendzeitung", 19./20. Februar) nötig hätten, schon um nur diejenigen eindeutigen Rechtsverstöße und bewußt zynischen und provokratorischen Maßnahmen wenigstens im Nachhinein zu rechtfertigen, die sie sich schon vorher erlaubt hatten.

Weniger bekannt geworden, aber wahrscheinlich besonders symptomatisch und alarmierend sind darunter die Versuche, von vorneherein auf die Medien starken grundgesetzwidrigen Druck auszuüben, der sie dazu bringen sollte, das von Regierungen und Industrie für offiziell erklärte Springer-Feindbild des Gewalt suchenden Chaoten zu verbreiten und die Realität nicht zu Wort kommen zu lassen.

Im NDR zum Beispiel, der für Brokdorf „zuständigen" Fernsehanstalt, waren schon im vorigen Jahr massive Einschüchterungsmaßnahmen getroffen worden. Auf Betreiben der CDU muß jetzt die gesamte Kernenergie-Berichterstattung aller Hör- und Fernsehprogramme zwischen dem 25. Oktober und 26. November 1976 gesammelt und dem Verwaltungsrat (Vorsitzender: CDU-Minister Remmers; Mitglied: Befehlshaber der Truppen von Brokdorf, Innenminister Titzck, CDU) zur Prüfung vorgelegt werden: allein über 1100 Nachrichtensendungen. Diese Maßnahme zielt auf Einschüchterung, weitere Beweise dafür sind die massiven Drohungen von Titzck und Stoltenberg, die die Berichterstattung über den 19. Februar von vornherein auf die „rechte" Linie bringen sollten („Frankfurter Rundschau" vom 3. Dezember 1976).

Ein Mitarbeiter im NDR hat die Bedeutung dieser Vorgänge so charakterisiert: „Nein, ich werde das Gefühl nicht los, hier einer absoluten Premiere auf dem Gebiet der Meinungsfreiheit beigewohnt zu haben, dem Versuch nämlich, *bevor* etwas passiert ist, *bevor* auch nur ein Bild gedreht oder ein Wort geschrieben ist, den Kollegen in den Rundfunkanstalten vorschreiben zu wollen, wie das, was noch passieren kann, zu bewerten ist: Als kommunistisches Komplott von Chaoten und Politrockern." Er schließt seinen Bericht (in: „Hörfunk Fernsehen Film", 1/1977) mit den Sätzen: „Ich habe Angst vor Herrn Titzck. Ich zeichne mit Anonym."

Die Tatsache, daß, was da bewertet werden sollte, nun nicht stattgefunden hat, nimmt den Vorfällen im Medienbereich nichts von ihrem Beispielcharakter. Die Bürgerkriegsübung, auf die Radikale im öffentlichen Dienst wie Titzck und Stoltenberg so systematisch hingearbeitet haben, fand dank der Besonnenheit letztlich aller Bürgerinitiativen nicht statt; und das brachte Entwicklungen zutage, gegen die zu kämpfen ein Dienst an der Öffentlichkeit von allerhöchster Wichtigkeit ist. Der kürzlich bekannt gewordene Ausspruch von Karl Carstens: „Deshalb *gewähren wir* ja die Meinungsfreiheit" verliert in solchen Zusammenhängen seinen altgolden-biederen Feudalglanz.

Günter Giesenfeld

Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Droste Verlag, Düsseldorf 1976 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd. 12), 848 S., 78,– DM. – Sammelband mit über vierzig, in der Mehrzahl bereits anderenorts publizierten Beiträgen zur NS-Außenpolitik; ein Querschnitt durch die konservative bis liberale westdeutsche Geschichtsschreibung neueren Datums.

Wolf Lepenies, Das Ende der Naturgeschichte. Wandel kultureller Selbstverständlichkeiten in den Wissenschaften des 18. und 19. Jahrhunderts, C. Hanser Verlag, München 1976, 45,– DM. – Ein subtiler Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte, damit also auch zur Entwicklung der modernen Gesellschaft.

Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933–1945, Röderberg-Verlag, Frankfurt/M. 1976, 412 S., 23,80 DM. – Ein weiterer, reich dokumentierter Band aus der wichtigen „Bibliothek des Widerstandes", die der Verlag seit mehreren Jahren herausgibt.

Jehuda L. Wallach, Anatomie einer Militärhilfe. Die preußisch-deutschen Militärmissionen in der Türkei 1835–1919, Droste-Verlag, Düsseldorf 1976 (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, Bd. 1), 284 S., 48,– DM.

Brigada Internacional ist unser Ehrenname . . . Erlebnisse ehemaliger deutscher Spanienkämpfer, ausgewählt und eingeleitet v. Hanns Maaßen, Röderberg-Verlag, Frankfurt/M. 1976, 2 Bde., zus. 996 S., 23,80 DM. – Die hier versammelten Zeugnisse ehemaliger Spanienkämpfer lesen sich spannend und vermitteln ein lebendiges Bild von der Zeit. Sie beeindrucken auch als Ausdruck der Entschlossenheit, dem Faschismus kämpferisch zu begegnen.

Carl Christoph Schweitzer (Hrsg.), Die deutsche Nation. Aussagen von Bismarck bis Honecker, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1976, 624 S., 38,– DM. – Umfangreiche, aber wenig übersichtliche und, weil auf die Kompilation zahlreicher tagespolitischer „Aussagen" zentriert, auch überhaupt nicht das Problem klärende Dokumentation.

G. Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1934, Wilhelm Fink Verlag, München 1976, 358 S., 36,– DM. – Die schon in den 60er Jahren entstandene Dissertation des Linzer Historikers, der inzwischen durch mehrere Arbeiten über den österreichischen Faschismus hervorgetreten ist, untersucht die verschiedenen Formen von Gewaltanwendung im politischen Leben Österreichs von der Revolution 1918 bis zur Errichtung der faschistischen Diktatur 1934. Das Buch enthält wertvolles empirisches Material. W. B.

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1976

Die Entwicklung der BRD im Jahre 1976 war durch ein deutliches wirtschaftliches Wachstum gekennzeichnet, das allerdings wesentlich unter den Zuwachsraten vorangegangener „Aufschwungsjahre" lag. Es verlangsamte sich zur Jahresmitte und gewann erst gegen Jahresende wieder etwas an Tempo.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts

	In Mrd. DM		In % gegenüber dem Vorjahr	
	nominal	real	nominal	real
1973	927,5	592,4	+11,2	+5,1
1974	997,0	595,6	+ 7,5	+0,5
1975	1043,6	576,6	+ 4,7	−3,2
1976	1136,3	608,8	+ 8,9	+5,6

Nominal: In jeweiligen Preisen; real: In Preisen von 1962.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 1/77, S. 13.

Tragende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung waren vor allem der Außenhandel und die Vorratsbildung. Das zeigt die Entwicklung der Verwendungsstruktur des Bruttosozialprodukts.

Verwendung des Bruttosozialprodukts in Prozent[1])

	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlage-investitionen	Vorrats-bildung	Außen-beitrag[2])
1973	56,9	13,5	25,5	+1,3	2,7
1974	56,7	14,1	23,3	+0,3	5,6
1975	60,1	15,1	23,1	−0,5	2,2
1976	58,8	14,7	22,9	+1,4	2,2

1) Reale Anteile am Bruttosozialprodukt.
2) Anteil des Exportüberschusses am Bruttosozialprodukt.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik, 1/77, S. 13.

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum hat den Stand vor der Krise, d. h. den des Jahres 1973, wieder überschritten, während der Kernbereich der Wirtschaft, die Industrie, den Wachstumsverlust der Jahre 1974 und 1975 erst knapp wieder eingeholt hat. Am Jahresende lag die Industrieproduktion noch immer leicht unter dem vergleichbaren Stand des Jahres 1973.

Index der industriellen Nettoproduktion (1970 = 100)

	Gesamte Industrie		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	Index	In %[1])	Index	In %	Index	In %	Index	In %
1973	113,1	+6,8	116,3	+ 9,7	110,3	+7,8	112,2	+2,4
1974	111,5	−1,4	116,0	− 0,3	107,2	−2,8	107,7	−4,0
1975	104,5	−6,3	101,6	−12,4	102,1	−4,8	101,9	−5,4
1976	111,6	+6,8	111,6	+ 9,8	108,3	+6,1	109,2	+7,2

1) In Prozent gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/77, S. 65.

Während die Produktion insgesamt doch erheblich zunahm, ging die Zahl der abhängig Beschäftigten, vor allem in der Industrie, weiter zurück. Erst im Jahresverlauf war wieder eine leichte Beschäftigungszunahme zu verzeichnen. Der Vorjahresstand wurde jedoch erst im letzten Quartal von 1976 wieder knapp erreicht.

Entwicklung der Zahl der abhängig Beschäftigten

	Gesamtwirtschaft		*Industrie*	
	In 1000	*In % geg. Vorjahr*	*In 1000*	*In % geg. Vorjahr*
1973	*22 564*	*+0,6*	*8 368*	*+0,3*
1974	*22 152*	*−1,8*	*8 161*	*−2,5*
1975	*21 420*	*−3,8*	*7 636*	*−6,4*
1976	*21 251*	*−0,8*	*7 429*	*−2,7*

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/77, S. 65*.

Obwohl die Zahl der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik nach Schätzungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung um mehr als 150 000 abgenommen hat und die „Arbeitsmarktreserve" nach jüngsten Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit um über 150 000 gewachsen ist, ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen nur unwesentlich zurück. Lediglich die Kurzarbeit wurde kräftig abgebaut.

Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt (in 1000)

	Arbeitslose	*Kurzarbeiter*	*Offene Stellen*
1973	*273*	*44*	*572*
1974	*582*	*292*	*315*
1975	*1074*	*773*	*236*
1976	*1060*	*277*	*235*

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/77, S. 65*.

Allerdings ist die Entwicklung der Arbeitsmarktsituation zum Jahreswechsel wieder ungünstiger verlaufen, so daß auch für 1977 mit keiner wesentlichen Verringerung der Arbeitslosenzahlen gerechnet werden kann. Die Bundesanstalt für Arbeit erwartet im Jahresdurchschnitt 880 000 Arbeitslose.

Das Arbeitsvolumen, d. h. die Summe der geleisteten Arbeitsstunden in der Gesamtwirtschaft, stagnierte im Jahre 1976. Der Rückgang der Erwerbstätigenzahlen wurde durch die Zunahme der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstundenzahlen kompensiert.

Infolgedessen machte die Arbeitsproduktivität einen Sprung nach oben, vor allem in der Industrie.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr			
	1973	1974	1975	1976
Gesamtwirtschaft [1])	+4,8	+2,5	+1,6	+5,3
Industrie [2])	+6,7	+3,4	+2,9	+7,5

1) Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigtenstunde.
2) Nettoindustrieproduktion je Beschäftigtenstunde.
Quellen: Statistisches Jahrbuch 1976, S. 252 und 520; „DIW-Wochenbericht", 3–4/77, S. 25 und 32.

Das erneut verlangsamte Entwicklungstempo der Löhne und Gehälter und der kräftige Produktivitätsanstieg führte zu einem raschen Zuwachs der Gewinneinkommen.

Einkommensentwicklung

	1973		1974		1975		1976	
	Mrd. DM	% [1])	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	498,6	+13,5	546,7	+9,6	569,3	+4,1	610,2	+ 7,2
Nettolohn- und -gehaltssumme	311,5	+ 8,9	335,9	+7,8	348,0	+3,6	361,4	+ 3,9
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	215,9	+ 7,9	219,9	+1,9	228,3	+3,8	260,4	+14,1
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	166,1	+ 3,6	168,7	+1,6	179,1	+6,2	206,8	+15,4 [2])
Volkseinkommen	714,5	+11,8	766,6	+7,3	797,5	+4,0	870,6	+ 9,2

1) In Prozent gegenüber dem Vorjahr.
2) Einschließlich Investitionsprämie.
Quellen: „Wirtschaft und Statistik", 9/1976, S. 534ff.; „DIW-Wochenbericht", 3–4/77, S. 33.

Die Einkommensverteilung hat sich 1976 erheblich zugunsten der Gewinneinkommen verschoben. Erstmals seit 1968, dem Jahr des Aufschwungs nach der Krise 1966/67, sank auch die Bruttolohnquote.

Diese aber sagt deshalb wenig über die tatsächliche Verteilung aus, weil sie die Verschiebung der Finanzierungslasten des Staatshaushalts zuungunsten der Arbeitseinkommen nicht berücksichtigt.

Betrachtet man die Nettolohnquote, d. h. den Anteil der Nettolöhne- und -gehälter am Volkseinkommen, so wurde 1976 der tiefste Stand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht.

Einkommensverteilung in Prozent des Volkseinkommens

	Bruttolohnquote		Nettolohnquote	
	Tatsächlich	Korrigiert [1])	Tatsächlich	Korrigiert [1])
1950	58,4	58,4	46,3	46,3
1960	60,6	53,6	44,5	39,2
1970	66,7	54,8	45,1	37,0
1973	69,8	56,6	43,6	35,3
1974	71,3	57,8	43,8	35,5
1975	71,4	57,9	43,6	35,3
1976	70,1	56,6	41,5	33,5

1) Es wird der gestiegene Anteil der abhängig Beschäftigten berücksichtigt. Ausgangspunkt ist die Beschäftigtenstruktur im Jahre 1950.
Quelle: „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse", Nr. 2/75.

An der Entwicklungstendenz der letzten Jahre ändert sich auch dann nichts, wenn man berücksichtigt, daß die Steuerreform von 1975 das Kindergeld auf eine andere Systematik umgestellt hat. Um dem Rechnung zu tragen, müßte die Nettolohnquote 1975 und 1976 um das bis 1974 im Steuersystem enthaltene anteilige Kindergeld erhöht werden. Das würde jeweils etwa 1,2% ausmachen.

Gewisse Erfolge konnten bei der Preisentwicklung erzielt werden. Die Inflationsrate verringerte sich im Jahresverlauf erheblich, die Lebenshaltungskosten stiegen deutlich verlangsamt. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der „Inflationssockel", von dem aus der „Aufschwung" 1976 begonnen hat, noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik so hoch gewesen ist.

Preisentwicklung in Prozent

	Lebenshaltungskosten		Industrielle
	Alle Haushalte	Arbeitnehmerhaushalte	Erzeugerpreise [1])
1973	+6,9	+6,8	+ 6,6
1974	+7,0	+6,9	+13,4
1975	+6,0	+6,1	+ 4,7
1976	+4,5	+4,6	+ 3,9

1) Im Inlandsabsatz.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 1/77, S. 64 . ff.

Während die Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten sich zum Jahresende hin verlangsamte, zeigten die industriellen Erzeugerpreise, die besonders konjunkturreagibel sind, eine ansteigende Tendenz.

Zum Jahreswechsel gingen die Steigerungsraten der Lebenshaltungskosten allerdings nicht mehr zurück.

Die Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung des laufenden Jahres sind sehr unsicher. Zwar wird zunächst mit keinem Rückschlag gerechnet, insgesamt aber wird eine erneute Wachstumsverlangsamung erwartet. Die Wachstumsprognosen für das Bruttosozialprodukt liegen zwischen 5,5% und 3,5%, wobei die Vorausschätzungen in den letzten Monaten durchweg etwas nach unten korrigiert wurden. Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Reden auf einer Veranstaltung gegen die Berufsverbote in Bonn am 19. Januar 1977

Prof. Dr. Gerald Grünwald
Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Bonn

Wer heute mit einem Bürger spricht, der aufgeschlossen und aus der Presse in durchschnittlichem Maße informiert ist, der wird auf folgendes Vorstellungsbild treffen: Gewiß, es sind in der Anwendung des Radikalenerlasses schlimme Sachen und unsinnige Sachen geschehen. Aber von solchen Auswüchsen muß man das Prinzip trennen; und das Prinzip, Verfassungsfeinde vom Staatsapparat fernzuhalten, ist doch vernünftig. Es ist nicht nur vernünftig, es ist ja auch im Grundgesetz verankert, denn wir haben eine streitbare Demokratie. Außerdem sind unsere Politiker, jedenfalls die von SPD und FDP, dabei, die Praxis auf das Vernünftige zu reduzieren und sie so liberal und rechtsstaatlich zu gestalten wie möglich.

Derjenige, der gegen die Berufsverbote argumentiert, begegnet deshalb dem Einwand, daß er entweder versuche, offene Türen einzurennen oder aber gegen das Prinzip der Abwehr von Verfassungsfeinden sei und es also wohl mit der Verfassungstreue selbst nicht so genau nehme.

An diesem Vorstellungsbild ist so ziemlich jedes Detail falsch:

Es ist nicht wahr, daß sich die Maßnahmen nur gegen Verfassungsfeinde richten. Nicht nur die Praxis widerspricht dem, vielmehr ist das *Prinzip* falsch dargestellt, wenn behauptet wird, es würden die Verfassungsfeinde vom Staatsdienst ferngehalten. Dies wird deutlich werden, wenn wir die Kriterien betrachten, nach denen über die Einstellung oder Ablehnung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst entschieden wird.

Es trifft ferner nicht zu, daß unsere Behörden auf dem Wege der Besserung seien. Freilich, wenn man die Erklärungen der Politiker hört, die sich vom Radikalenerlaß distanzieren, so zeigt sich ein Stimmungsumschwung. Aber an den Maßstäben, nach denen die Bewerber überprüft werden, hat sich nichts gebessert. Im Gegenteil: wenn man die Entwicklung seit dem Radikalenerlaß betrachtet, so ist eine *Verschärfung* der Kriterien festzustellen. Heute wird die Überprüfung nach den Grundsätzen praktiziert, die das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom Mai 1975 aufgestellt hat. Und diese Grundsätze gehen noch über das hinaus, was der Radikalenerlaß – jedenfalls seinem Wortlaut nach – vorsah.

Richtig ist es allerdings, daß an dem *Verfahren* der Überprüfung in einigen Ländern gewisse Verbesserungen vorgenommen worden oder wenigstens in Aussicht gestellt sind. Aber es ist aufschlußreich zu sehen, was heute schon als rechtsstaatliche Errungenschaft gepriesen wird – aufschlußreich dafür, was alles bisher geschehen ist. Es gilt schon als ein Fortschritt, daß künftig der Anspruch auf rechtliches Gehör beachtet werden soll und daß die Hinzuziehung eines Rechtsbeistandes gestattet wird. Und in dem Beschluß des Bundestages, den dieser am 24. Oktober 1975 dem Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften beigab (das Gesetz ist sodann im Bundesrat gescheitert), findet sich ein Passus über „Äußerungen und Handlungen eines jungen Menschen aus seiner Ausbildungs- und Studienzeit, insbesondere wenn sie längere Zeit zurückliegen". Man würde erwarten, daß für solche Äußerungen vorgeschrieben würde, daß sie nicht zu berücksichtigen seien; aber so weit wollte der Bundestag mit der Liberalität nun doch nicht gehen. Er erklärte vielmehr, daß solche Äußerungen „zur Begründung einer Einstellungsablehnung nur herangezogen werden (dürfen), wenn sie nach Art und Schwere berechtigten Anlaß zu der Annahme geben, der Bewerber werde nach seiner Ernennung nicht die Gewähr bieten, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt". Diese so wortreich umschrie-

bene Beschränkung der Verwertbarkeit von Äußerungen aus der Ausbildungszeit besagt kaum mehr als das Selbstverständliche, daß auf solche Äußerungen eine Ablehnung nicht gestützt werden kann, wenn sie für die Beurteilung nicht mehr relevant sind.

Man kann diese Einschränkung allerdings auch unter einem ganz anderen Aspekt betrachten. Auch wer sie als einen – wenngleich minimalen – Fortschritt begrüßt, kann nicht übersehen, auf welchen Prämissen diese „Nachsicht" beruht: Jugendsünden, so wird gesagt, solle man nicht nachtragen, und man denkt dabei an das politische Engagement an der Universität. Man sollte nicht übersehen, welche Geringschätzung des studentischen Engagements in der Politik darin liegt, wenn man es unter dem Stichwort „Jugendsünde" als irrelevant abtut.

An dem Vorstellungsbild, das ich zu Anfang gezeichnet habe, ist schließlich auch die Annahme falsch, daß das Grundgesetz die Überprüfung von Bewerbern gebiete. Die Befürworter der Überprüfung, das Bundesverfassungsgericht eingeschlossen, behaupten das allerdings. Aber ihre Thesen sind keine zutreffenden Ableitungen aus Bestimmungen unserer Verfassung, sie sind nicht der Vollzug von Entscheidungen des Verfassungsgesetzgebers, sondern es sind staatspolitische Entscheidungen, die auf staatspolitischen Wertvorstellungen der gegenwärtigen Verfassungsrichter beruhen. Auch das wird noch zu belegen sein. Soviel aber sollte unmittelbar einleuchten: Wenn es wahr wäre, daß alles, was heute geschieht, vom Grundgesetz geboten wäre, dann hätten wir bis 1972 in einem permanent verfassungswidrigen Zustand gelebt; denn bis dahin gab es keine systematischen Überprüfungen, und nach dem Ende der Adenauer-Ära gab es auch das nicht, daß jemandem wegen seiner Zugehörigkeit zu einer legalen Partei der Eintritt in den Staatsdienst verweigert wurde.

Nun zur Begründung der Aussagen, daß sich die Maßnahmen nicht nur gegen Verfassungsfeinde richten und daß die Bewerber heute nach schärferen Maßstäben als nach dem Radikalenerlaß beurteilt werden. Der Radikalenerlaß bestimmte: „Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt." Nach den heute geltenden Kriterien kann auch jemand, der nichts Verfassungsfeindliches tut, abgelehnt werden, wenn er den Behörden nicht vertrauenswürdig genug erscheint. Maßgebend sind jetzt die Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht aufgestellt hat, und diese fordern von dem Bewerber mehr, als daß er nur verfassungsfeindliche Aktivitäten unterläßt.

Das Bundesverfassungsgericht argumentiert so: Der Beamte habe eine besondere politische Treuepflicht gegenüber dem Staat und seiner Verfassung. Und zwar soll es nicht genügen, daß der Beamte die Verfassung und die Gesetze respektiert und anwendet. Vielmehr müsse er den Staat und die Verfassung „bejahen", sie als „einen hohen positiven Wert anerkennen", sich in diesem Staat „zu Hause fühlen". Nun enthält unser Grundgesetz bekanntlich Bestimmungen von durchaus unterschiedlichem Rang. Einige Artikel können auf legalem Wege nicht abgeändert werden. Es sind dies die Artikel, die die wichtigsten Prinzipien der Staatsordnung enthalten: die föderative und demokratische Staatsform, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung und die Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte. Nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts genügt es für den Beamten nicht, wenn er diese Grundprinzipien unserer Verfassung bejaht, sie als positive Werte anerkennt. Vielmehr gebiete die Treuepflicht, die „geltende Verfassungsordnung, auch soweit sie im Wege einer Verfassungsänderung veränderbar ist", zu bejahen.

Unterstellt, der treue Staatsdiener, der die veränderbare Staatsordnung in ihrer jeweiligen Gestalt gleichermaßen aus vollem Herzen bejaht, sei wirklich als das Idealbild des Beamten anzusehen – dann muß man sich doch klar darüber sein, daß es gänzlich unrealistisch ist zu erwarten, daß jeder Beamte diesem Bild entspräche. Man kann eine solche Gesinnung, selbst wenn man sie als wünschenswert ansähe, gar nicht ernstlich verlangen.

Ganz ernst nimmt das Bundesverfassungsgericht seine Forderung an den Beamten selbst nicht. Denn es erklärt zugleich: Wenn ein Beamter diese Treuepflicht nicht erfüllt, so hat das keine Konsequenzen. Er braucht nicht zu befürchten, etwa disziplinarisch zur Verantwortung gezogen zu werden, solange er nicht ein konkretes, handfestes Dienstvergehen begeht.

Wozu, so fragt man sich, wird dann eine solche hochgestochene Treuepflicht statuiert, eine solche Gesinnung vorgeschrieben, wenn das alles doch nur Theorie bleibt. Die Sache hat jedoch einen praktischen Sinn, zwar nicht für alle die, die schon Beamte sind, wohl aber für die Bewerber um Einstellung in den öffentlichen Dienst. Bei ihnen wird geprüft, ob sie eine solche Gesinnung ha-

ben. Die Behörde, die über die Einstellung entscheidet, muß sich ein Urteil bilden, das – wie das Bundesverfassungsgericht sagt – zugleich eine Prognose enthält: Wird der Bewerber, wenn er eingestellt wird, die beschriebene Staats- und Verfassungstreue haben? Bleiben auch nur Zweifel daran, daß er die wandelbare Verfassungsordnung in ihrer jeweiligen Gestalt bejahen wird, so ist er abzulehnen.

Das bedeutet, daß die heute etablierten Beamten die junge Generation von Lehrern, Juristen usw. nach Kriterien filtern, die sie selbst nicht zu erfüllen brauchen.

Weiter: Wie eigentlich kann man die Gesinnung eines Menschen – genau genommen sogar: seine künftige Gesinnung – feststellen? Es wird gesagt, es müßten alle Umstände des Einzelfalles gewürdigt werden. Da es höchst selten geschieht, daß jemand sich als Gegner der Verfassung bekennt, zieht man Schlüsse aus Indizien. Zu diesen Indizien, die der Verfassungsschutz sammelt und als Grundlage für die Beurteilung liefert, gehört neben der Mitgliedschaft in der DKP die Aktivität in politischen Studentengruppen, im Sozialistischen Hochschulbund ebenso wie im MSB Spartakus und den verschiedenen Gruppen der neuen Linken; in den Gruppen also, die an vielen Hochschulen die offizielle Studentenvertretung stellen und die zur Zeit der Studentenbewegung der Motor von Veränderungen an den Hochschulen – damals auch von vielen Politikern begrüßt – waren. Zu den Fakten, die als belastend angesehen werden, zählen ferner die Teilnahme an Veranstaltungen dieser Gruppen, die Teilnahme an Demonstrationen, die Unterzeichnung von Flugblättern, etwa wenn dabei von Imperialismus die Rede ist, die Teilnahme an Gruppenreisen in die DDR oder die Arbeit in Vereinigungen, an denen auch Kommunisten beteiligt sind.

Diese Handlungen, die der Verfassungsschutz registriert und die den Bewerbern vorgehalten werden, sind legal, mehr noch: mit ihnen werden Grundrechte ausgeübt. Wer demonstriert, Flugblätter unterschreibt oder in Versammlungen auftritt, der nimmt die Grundrechte der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit wahr. Daß die Ausübung von Grundrechten staatliche Maßnahmen nach sich zieht, ist nicht nur rechtlich widersprüchlich. Es hat vor allem politische Auswirkungen, von denen viel mehr Menschen betroffen sind als die schließlich abgelehnten Bewerber und diejenigen, die einer Anhörung unterzogen werden. Von der Materialsammlung durch den Verfassungsschutz, von den Prüfungsverfahren und von den Ablehnungen geht eine Einschüchterung aus, von der die Freiheit der politischen Auseinandersetzung, die für eine Demokratie lebenswichtig ist, insgesamt getroffen wird.

Woher, so muß man fragen, nimmt das Bundesverfassungsgericht die Begründung für die Anforderungen, die es theoretisch an den Beamten und praktisch an den Bewerber um Einstellung in den öffentlichen Dienst stellt?

Das Bundesverfassungsgericht beruft sich einmal auf Artikel 33 Abs. 5 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln." Es dürfte einleuchten, daß es nicht möglich ist, aus diesem Auftrag des Grundgesetzes an den Gesetzgeber, das Recht des öffentlichen Dienstes zu regeln und dabei die hergebrachten Grundsätze zu berücksichtigen, im Wege der Deduktion das Beamtenbild zu gewinnen, das das Bundesverfassungsgericht entworfen hat. Das Bundesverfassungsgericht greift in seiner Argumentation zurück bis in die Zeiten der absoluten und der konstitutionellen Monarchie, und es ist kein Zufall, daß das Bild des pflichtgetreuen Beamten, das auf diese Weise gewonnen wird, die Züge einer vordemokratischen Epoche aufweist. Der Beamte, der die veränderbare Verfassungsordnung in ihrer jeweiligen Gestalt jeweils in gleicher Weise bejaht, ist das Gegenteil eines mündigen Staatsbürgers.

Weiter stützt sich das Bundesverfassungsgericht auf das angebliche Prinzip der streitbaren, wehrhaften Demokratie. Im Grundgesetz findet sich dieses Prinzip nicht. Dort finden sich allerdings Regelungen, die es ermöglichen, in besonderen Verfahren einzelne Bürger, Parteien oder Vereinigungen aus dem politischen Leben auszuschalten, um von ihnen drohende Gefahren für die verfassungsmäßige Ordnung abzuwehren (Art. 9 Abs. 2, Art. 18 und Art. 21 Abs. 2). Es ist ein wirkliches Kunststück der Verfassungsinterpretation: Zunächst hat man aus diesen *Ausnahmevorschriften* ein Prinzip konstruiert und sodann aus diesem Prinzip die Legitimation für Einschränkungen der Freiheit der politischen Betätigung abgeleitet – und zwar für Einschränkungen, die jenseits des Bereichs der Ausnahmevorschriften liegen und im Widerspruch zu den Verbürgungen politischer Freiheit stehen.

Besonders deutlich ist der Widerspruch zum sogenannten Parteienprivileg, zu der Bestimmung des Art. 21 Abs. 2 S. 2 GG, die dem Bundesverfassungsgericht die ausschließliche Kompetenz zur Entscheidung der Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei zuweist. Bewerber für den öffentlichen Dienst werden wegen ihrer Mitgliedschaft in legalen Parteien – am häufigsten wegen DKP-Mitgliedschaft – abgewiesen, mit der Begründung, daß die betreffende Partei verfassungsfeindliche Ziele verfolge und daß darum die Zugehörigkeit zu ihr ein wichtiges Indiz für die Beurteilung des Bewerbers sei. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Praxis gebilligt. Es hat sich, wohlgemerkt, nicht selbst zur Verfassungsfeindlichkeit geäußert, sondern erklärt, daß diese Beurteilung von der Exekutive zu treffen sei, freilich nur im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Einstellung oder Ablehnung von Bewerbern.

In der Argumentation, die zur Rechtfertigung vorgetragen wird, tritt wieder die Vorstellung in Erscheinung, daß der Beamte eben etwas anderes sei als der Bürger. In den Worten des Bundesverfassungsgerichts: Das Grundgesetz „fordert vom *Beamten* das Eintreten für die verfassungsmäßige Ordnung", es „läßt dagegen dem *Bürger* die Freiheit, diese verfassungsmäßige Ordnung abzulehnen und sie politisch zu bekämpfen, solange er es innerhalb einer Partei, die nicht verboten ist, mit allgemein erlaubten Mitteln tut".

Abgesehen von der merkwürdigen Gegenüberstellung von Beamten und Bürgern stimmt die Argumentation aus zwei Gründen nicht. Erstens werden die nachteiligen Folgen des legalen Verhaltens ja gar nicht an das Verhalten eines *Beamten* geknüpft, sondern an das eines *Bewerbers* vor seiner Bewerbung, also zu einer Zeit, als er im Verständnis des Bundesverfassungsgerichts ein wirklich freier Bürger war. Und zweitens geht die Argumentation deshalb fehl, weil sie von der Voraussetzung ausgeht, daß die betreffende Partei die verfassungsmäßige Ordnung bekämpfe. Gerade die Kompetenz zur Feststellung dieser Voraussetzung aber ist das Problem. Es hat einen guten Sinn, daß das Grundgesetz die Beurteilung, ob eine Partei aus dem politischen Leben ausgeschlossen werden kann, nicht in die Hand der Exekutive gelegt hat. Die Gründe, die gegen eine Betrauung der Exekutive mit einer solchen Entscheidung sprechen, gelten auch dann, wenn es „nur" darum geht, bei der Einstellung von Bewerbern en passant die Verfassungsfeindlichkeit einer Partei festzustellen.

Die Überprüfungen und Ablehnungen von Bewerbern für den öffentlichen Dienst sind nicht das Ergebnis von Ableitungen aus den Normen unserer Verfassung. Sie beruhen auf politischen Entscheidungen. Auch ihre Überwindung ist nur auf dem Wege der politischen Willensbildung zu erwarten.

Prof. D. Walter Kreck
Evangelisch-theologische Fakultät der Universität Bonn

Hunderttausende, fast eine Million Menschen werden überprüft, und Hunderten, ja Tausenden wird der Zugang zum öffentlichen Dienst verweigert.

Eindeutige Aussagen des Grundgesetzes werden mittels einer engen, krampfhaften Interpretation des Beamtenrechts eingeschränkt und damit für die Betroffenen faktisch aufgehoben.

Behördenwillkür und Rechtsunsicherheit, Überwachung und Gesinnungsschnüffelei, Einschüchterung und Duckmäusertum, Opportunismus und Untertanengeist breiten sich aus.

Eingeständnisse führender Politiker, man habe sich geirrt, und Beteuerungen, der Radikalenerlaß existiere nicht mehr, gehen Hand in Hand mit Meldungen von immer neuen Ablehnungsfällen. Und das alles in einem Land, das sich täglich in Presse, Funk und Fernsehen rühmt, ein ausnehmend freier demokratischer Rechtsstaat zu sein.

Wie ist das möglich?

Drei Antworten drängen sich auf:

1. Wir sind gefangen in einer verhängnisvollen deutschen Tradition.

Gewiß hat die Teilung Deutschlands, der Riß, der durch unser Land geht und es in zwei Staaten unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung trennt, eine bereits überkommene Einstellung verschärft und verfestigt. Über alle Wandlungen in unserer neueren deutschen Geschichte hinweg hat sich im Bürgertum *ein* Dogma im Kern unverändert durchgehalten, nämlich der Satz: Der Feind steht links! Berufsverbote für Sozialdemokraten, diese „vaterlandslosen Ge-

sellen", d. h. Verweigerung der Beamtenlaufbahn, waren im Kaiserreich selbstverständlich. Aber auch in der Weimarer Republik, in der nach einem Wort Heinrich Manns allenfalls links gewählt, aber rechts regiert wurde, lebte der Geist der Restauration und Reaktion ungebrochen weiter. Die Dolchstoßlegende, die Entrüstung über Versailles, die Verächtlichmachung dieser Republik bereiteten im Zusammenhang mit Weltwirtschaftskrise und Rezession den Boden für die nationalsozialistische Machtergreifung. Und unter Hitler gab es gegen die Ausschaltung und Ausmerzung von Juden, Kommunisten und Sozialisten ohnehin keinen Widerstand mehr.

Und nach 1945? Kaum war der erste große Schock des Zusammenbruchs vorüber und eine zaghaft begonnene Neubesinnung bis hin in die Reihen der CDU erkennbar, da wurde diese Entwicklung durch die neue Ost-West-Konfrontation abgeblockt, und im Zuge des Kalten Krieges der 50er Jahre wanderten jedenfalls Kommunisten wieder hinter Schloß und Riegel, ohne daß man hierzulande dabei etwas fand. Zwar gab es Gruppen, die protestierten – ich erinnere nur an die Bewegung gegen Wiederaufrüstung, an die Antiatombewegung und (in den 60er Jahren) an den außerparlamentarischen Widerstand gegen die Notstandsgesetze, das Aufbegehren weiter Kreise studentischer Jugend gegen Vietnamkrieg und undemokratische oder scheindemokratische Verhältnisse. Aber eine bald erstarkende Reaktion versuchte nicht ohne Erfolg unter Berufung auf Gewaltakte einiger extremistischer Gruppen, die begonnene Entwicklung zu stoppen und zu diskriminieren. Wie sehr wir noch immer oder schon wieder in dem überkommenen Geist befangen sind, das zeigte die von vielen begrüßte demagogische Formulierung der Wahlparole „Freiheit oder Sozialismus". So konnte eine diesem Slogan entsprechende Berufsverbotspraxis offiziell abgesegnet werden, und erst allmählich – nach jahrelangem Protest von Minderheiten – scheint ein weiterer Kreis von demokratischen Bürgern im In- und Ausland mit zunehmender Besorgnis zu registrieren, daß das Wort Brechts neu bestätigt wird: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch."

2. Die entscheidende Begründung für diese Berufsverbotspraxis lautet bekanntlich: Die freiheitlich-demokratische Ordnung muß verteidigt werden – im Sinne einer „wehrhaften Demokratie", wie sie in Weimar fehlte. Diese Argumentation wäre überzeugend, wenn es um Bewerber ginge, welche die Anerkennung des Grundgesetzes verweigern, Gewalt und Terror propagieren und sich durch verfassungswidriges Handeln als Feinde der Demokratie beweisen. Aber die Anhörungsprotokolle zeigen, daß Gesinnung erforscht wird, daß nach Teilnahme an Demonstrationen, nach Reisen und Begegnungen in der DDR, nach Kontakten mit angeblich verdächtigen Organisationen u. a. gefragt wird. Ja, schon Beschäftigung mit marxistischem Schrifttum scheint bei gewissen Behördenvertretern einen Schauder zu erwecken. Wer verletzt das Grundgesetz, wenn es in Artikel 3,3 ausdrücklich heißt, es dürfe niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden, aber faktisch die Inanspruchnahme des ihnen hier verbürgten Rechts den Bürgern zum Vorwurf gemacht wird, anstatt gerade auch bei künftigen Staatsbediensteten kritisches Urteil und politisches Engagement zu loben und zu fördern? Kein Wunder, daß sich die juristischen Einwände gegen solches Verfahren häufen und dieser Tage sogar ein Richter am Bundesverfassungsgericht solche Gesinnungsschnüffelei als unerträglich brandmarkte!

Die krankhafte Hysterie, die sich in solchem Vorgehen und dem damit zusammenhängenden umfangreichen Überwachungs- und Spitzelsystem verrät, richtet sich bekanntlich kaum gegen Gefahren von rechts (obwohl das Grundgesetz dazu Handhabe gäbe), sondern nach links, gegen das kommunistische bzw. sozialistische Gespenst. Zwar heißt es, jeder Fall solle einzeln geprüft werden und bloße Zugehörigkeit zu einer sogenannten verfassungsfeindlichen Organisation genüge nicht als Abweisungsgrund. Aber es gab und gibt immer wieder Beispiele dafür, daß die Zugehörigkeit vor allem zur DKP als Grund geltend gemacht wird – obwohl nur das Bundesverfassungsgericht nach dem Grundgesetz das Recht hat, eine Partei als verfassungswidrig zu deklarieren. Welche Schizophrenie, daß man also bei uns als Mitglied dieser Partei Ratsherr und prinzipiell auch Abgeordneter im Bundestag und Minister werden kann, aber nicht Lehrer! Dazu ist von berufener Seite genug gesagt und bisweilen auch mit gerichtlichem Entscheid erfolgreich protestiert worden. Vollends haarsträubend aber ist es, daß man schon deshalb Bewerber ausschloß, weil sie einer Organisation wie der DFG-VK, der VVN oder einer demokratischen Juristenvereinigung angehören, zu deren Mitgliedern auch Kommunisten zählen oder deren Ziele partiell sich mit solchen decken, die auch von Kommunisten vertreten werden. Da mag man sich noch so entschieden zum Grundgesetz bekennen, keiner strafbaren Handlung schuldig sein, beste Zeugnisse haben und auf die Tatsache hinweisen, daß in anderen westlichen Ländern wie z. B. Frank-

reich, Italien, Dänemark usw. Kommunisten selbstverständlich Lehrer oder Hochschullehrer sein können – man ist machtlos gegen eine Behördenlogik, die mittels seltsamer Kettenschlüsse den Beweis dafür liefert, daß Zweifel an einem jederzeitigen künftigen Eintreten für die freiheitlich-demokratische Ordnung nicht ausgeräumt seien.

Angesichts solchen Vorgehens, dessen Rechtsstaatlichkeit höchst dubios ist, drängt sich der Verdacht auf, daß massive Interessen im Hintergrund stehen müssen. Sollte die Duldung dieser Praxis bei den Verantwortlichen nicht damit zusammenhängen, daß man bei uns die freiheitlich-demokratische Grundordnung allzu leicht mit den bei uns herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen gleichsetzt und dann jeden, der hier hinterfragt, zum potentiellen Verfassungsfeind stempelt? Daß bisher keine der im Bundestag vertretenen Parteien offiziell an unserem Wirtschaftssystem, an der sogenannten freien oder sozialen Marktwirtschaft, zu rütteln wagt, erlaubt doch nicht, diesen Status quo festzuschreiben und jeden, der diese Demarkationslinie auch nur in Gedanken überschreitet und mit namhaften Politikern und Ökonomen in der übrigen Welt an deren heutiger Effizienz Zweifel äußert, zu verdächtigen. Das Grundgesetz ist zum mindesten offen nach verschiedenen Seiten hin, d. h. es setzt die freiheitlich-demokratische Ordnung nicht mit freier Marktwirtschaft gleich, sondern sagt bekanntlich in Artikel 15 ausdrücklich: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel *können* zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz . . . in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden." In der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen heißt es darüber hinaus: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, *sollen* in Gemeineigentum überführt werden" (Artikel 27). Wenn Bürger solche Thesen vertreten bzw. sich aus solchen Gründen in nicht verbotenen Organisationen, die entsprechende Ziele verfolgen, betätigen, widersprechen sie damit zwar der in Politik und Massenmedien täglich proklamierten Leitlinie, aber sie sind noch lange keine Verfassungsfeinde.

3. Das alles ist deshalb so gefährlich, weil solche Methoden, die an die Metternich-Ära oder an die McCarthy-Zeit erinnern, geeignet sind, eine tiefe Staatsverdrossenheit in der kommenden Generation hervorzurufen, während wir angesichts der heutigen Weltsituation politisch wache, verantwortungsvolle und kritische Bürger brauchen. Wenn 15 Millionen Menschen in der westlichen Welt ohne Arbeit sind und allmählich auch die optimistischsten Prognosen Dauerarbeitslosigkeit und Dauerinflation prophezeien, wo jeder Schüler den Widerspruch zwischen überfüllten Klassen und auf der Straße stehenden Lehrern konstatieren kann, wo Bildungsausgaben gekürzt und Rüstungsausgaben ständig erhöht werden, wo alles auf Wirtschaftswachstum abgestellt ist und zugleich drohende Ressourcenknappheit und Umweltprobleme die Grenze der Expansion anzeigen, wo die Schere zwischen armen und reichen Völkern immer weiter auseinanderklafft und der Ruf nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, gegen den sich die Industrienationen bisher weithin verschlossen, immer gebieterischer von der Mehrzahl der Nationen erhoben wird, da drängen sich jedem, der nicht nur provinzielle Vogel-Strauß-Politik treibt, die Fragen nach möglichen und notwendigen, unter Umständen einschneidenden Veränderungen in Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auf. Dazu verpflichtet geradezu der wahrlich nicht eingelöste Satz aus unserer Landesverfassung (Artikel 24,1): „Jeder hat ein Recht auf Arbeit." Daß die gewohnten Instrumente nicht greifen, daß nichts mehr sein wird, wie es gestern war (wie es kürzlich aus dem Mund des Bundeskanzlers zu hören war), das muß doch zu denken geben. Wie sinnlos ist es, kritische Bürger, die nicht an gewaltsamen Umsturz denken, aber nach mehr Gerechtigkeit, mehr Frieden, mehr Chancengleichheit für alle Menschen auf Erden fragen, ja, die sich um das nackte Überleben der Menschheit von morgen sorgen, zu bespitzeln und zu disziplinieren, während rückgratlose Anpasser und engstirnige Karrieremacher als die besten Staatsbediensteten gelten können.

Wir haben es oft gehört: Bonn ist nicht Weimar und darf es nicht werden! Aber damit es nicht doch dazu kommt, d. h. damit nicht wieder die Glaubwürdigkeit in unserem politischen Leben in einer gemeingefährlichen Weise erschüttert wird, indem unter Berufung auf die freiheitlich-demokratische Ordnung diese in Wirklichkeit diskreditiert wird, deshalb fordern wir: Schluß mit dieser Zwielichtigkeit! Es genügt nicht mehr, einerseits zu beschwichtigen, ja, sogar verbal Irrtümer einzugestehen (vor allem für die Ohren des Auslands), aber andererseits mit solchen Praktiken fortzufahren und in der Öffentlichkeit darüber möglichst eine Decke des Schweigens zu breiten. Es gilt ernstzumachen mit Artikel 33,2 des Grundgesetzes gegenüber jedem, der dies Recht nicht ausdrücklich legal aberkannt bekam. Dort heißt es bekanntlich: „Jeder Bürger hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt."

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

101

Editorial: Neuer Jahrgang im neuen Gewand

Grußadressen zum hundertsten Argument (I): Günther Anders, Walter Jens, Leo Kofler, Alessandro Mazzone, Werner Mittenzwei, IMSF und viele Zeitschriften

Beiträge zur materialistischen Soziologie

K. H. Tjaden: Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte. Zu einer gesellschaftswissenschaftlichen Entwicklungstheorie. – J. Berger: Kritik der Verhaltenstheorie in der Soziologie. – F. Karl: Aktionsforschung – Gesellschaftstheoretische Defizite und politische Illusion. – U. Koch: Bericht über Soziologie in der DDR.

Kongreßbericht: 18. Deutscher Soziologentag

Diskussion: H. Kurnitzky: Replik auf Borneman

Aufruf: BdWi-Kongreß über Abrüstung

Besprechungen

Zeitschriftenschau

19. Jahrgang, Januar/Februar 1977

Einzelpreis 9,– DM, für Schüler/Studenten 7,– DM;
im Abonnement 7,50 DM, für Schüler/Studenten 6,– DM.

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

Im Frühjahr 1977 erscheint:

AS 13
Kritik der Frankreichforschung
Handbuch

Redaktion: Michael Nerlich

Zahlreiche Fachgelehrte des In- und Auslands stellen in diesem Band die verschiedenen Bereiche der Frankreichforschung dar. Den Hintergrund gibt der Abriß der deutsch-französischen Beziehungen seit 1871 (Gilbert Badia). Die deutsche Frankreich-Historiographie (kritisch dargestellt von Benseler, Haupt und Höhne) wird verglichen mit der Geschichte der sog. Landeskunde (Kolboom/Hinrichs). Die eigentliche romanistische Fachwissenschaft wird in den Bereichen Literatur- und Sprachwissenschaft untersucht (Beiträge u. a. von Hans-Heinz Baumann, B. Coenen-Mennemeier, A. Euler, Udo B. Figge, H. Grubitzsch, H. Hofer, U. Knoke). In Fortsetzung der fachkritischen Arbeiten von Victor Klemperer, Werner Krauss und Michael Nerlich (vgl. Argument 72) wird dabei nicht zuletzt die faschistische Vergangenheit des Faches aufgearbeitet. Im Wesentlichen aber geht es um die positiven Aspekte, also darum, den Studenten mit dem kritischen Überblick eine fortschrittliche Konzeption der Frankreichforschung an die Hand zu geben.

Einzelpreis 15,50 DM, im Abo 12,– DM; Schüler und Studenten 11,– DM, im Abo 9,– DM.

Argument-Verlag · Postfach 21 0730 · 7500 Karlsruhe 21

Aufruf zum Kongreß der Demokratischen Fraueninitiative am 16. April 1977 in Oberhausen: „Für die Gleichberechtigung der Frau in einer humanen Gesellschaft"

(Wortlaut)

Gesicherte Arbeitsplätze, eine gute Bildung und Berufsausbildung für alle Mädchen und Jungen, familienfreundliche soziale Wohnungen, ausreichende Gesundheitsfürsorge und Alterssicherung – dies sind Voraussetzungen für ein menschwürdiges Leben.

Für diese Ziele haben die Männer und Frauen unseres Landes jahrzehntelang gekämpft und hart gearbeitet. In der industriell hochentwickelten reichen Bundesrepublik müßten sie zu verwirklichen sein.

Wie sieht es aber in der Wirklichkeit aus?

Für die Erfüllung unserer berechtigten Ansprüche und Forderungen ist nicht genügend Geld vorhanden. Wir sollen uns abfinden mit Einschränkungen im Sozial- und Bildungswesen. Wir sollen uns ins Unvermeidliche fügen, Opfer bringen und verzichten. Dagegen werden ohne Debatte immer höhere Rüstungsausgaben bewilligt, anstatt die Möglichkeiten der Entspannungspolitik zu nutzen und sich für eine weltweite Abrüstung einzusetzen.

Von den Auswirkungen der Krise werden die Frauen besonders in Mitleidenschaft gezogen. Vor allem die Arbeitslosigkeit trifft sie zuerst und am längsten. Ihr Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit begegnet noch größerem Widerstand. Beim Wettbewerb um Bildung und Ausbildung sind sie noch mehr benachteiligt als gewöhnlich. Ihre ohnehin miserablen Aufstiegschancen sind weiter verschlechtert. Den Druck auf den Lebensstandard der Familien haben besonders die Frauen auszuhalten. Am Ende eines arbeitsreichen Lebens bekommen sie die geringsten Renten. Entgegen den Hoffnungen der vergangenen Jahre sind sie im Beruf und im privaten Leben abhängig wie zuvor, in den parlamentarischen Gremien sind Frauen kaum vertreten.

Die Benachteiligung der Frau steht im Gegensatz zum Verfassungsgebot und zu den Erfordernissen unserer Zeit. Sie widerspricht dem gewachsenen Selbstbewußtsein der Frau, ihrem gesellschaftlichen Engagement, ihren Leistungen in Beruf und Familie, ihren Vorstellungen von Würde, Freiheit, Sicherheit, Mitsprache und Mitverantwortung in einer gerechten Gesellschaft, in der sie dem Mann gleichgestellt ist. Das fordert die Frauen heraus.

Deshalb wird versucht, über Presse, Funk und Fernsehen, über Werbung, Massenliteratur, Schulen und Ämter die Erwartungen der Frauen herunterzuschrauben. Ein Frauenleitbild, das wir noch vor wenigen Jahren für bereits überwunden hielten, wird erneut gepriesen und der enge Wirkungskreis in Haushalt und Familie als erstrebenswert dargestellt.

Aber der Anspruch der Frauen auf einen Arbeitsplatz, auf gute Bildung und Ausbildung, auf wirtschaftliche Gleichstellung, eigenständige soziale Sicherung, Ausgleich ihrer Mehrbelastung durch verbesserten Mutterschutz, Entlastung bei der Erziehung der Kinder, ihr Anspruch auf gleichberechtigte Teilnahme an der Gestaltung des öffentlichen und privaten Lebens ist Ausdruck des Fortschritts, der nicht aufzuhalten ist.

Der Kampf der Frauen ist heute ein wichtiger Faktor zur Herbeiführung einer humanen Gesellschaft. Nicht zuletzt die Vereinten Nationen haben das in Entschließungen und in ihrem Weltaktionsplan für die Gleichberechtigung der Frau zum Ausdruck gebracht. Immer mehr Frauen schließen sich zusammen. Nicht gegen die Männer, sondern gemeinsam mit ihnen, mit der gesamten demokratischen Bewegung wollen sie die Gleichberechtigung verwirklichen. Sie arbeiten in Gewerkschaften, Verbänden und Elterninitiativen, setzen sich ein für wohnliche Städte und Gemeinden, engagieren sich in Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote, für Umweltschutz, für Entspannung und allgemeine Abrüstung.

So versteht die demokratische Fraueninitiative ihre Arbeit. Wir wissen, daß wir eine starke Frauenbewegung brauchen, wenn wir unsere Rechte durchsetzen wollen.

Wir fordern, daß der Auftrag aus Grundgesetz und Länderverfassungen, die Verpflichtung aus dem Weltaktionsplan der Vereinten Nationen erfüllt werden.

Um unserem Ziel ein Stück näher zu kommen und unser Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen, rufen wir auf zu einem

Kongreß am 16. April 1977 in Oberhausen.

Wir wenden uns an alle Frauen: Berufstätige, Hausfrauen, Lehrlinge und Studentinnen:

– Setzt euch für eure Rechte ein

– Arbeitet mit uns, beteiligt euch an unseren Aktionen

– Tragt zum Gelingen unseres Kongresses bei

Unterzeichnerinnen (Funktionsangabe dient nur zur Information):

Mathilde Adler, Nürnberg, Referat für Gleichberechtigung in der Freigeistigen Landesgemeinschaft Bayern; Hilde Auer, Duisburg, Rentnerin; Marie Louise Berg, Solingen; Friederike Bertram, Gießen, Pfarrvikarin; Fanny Büttner, Würzburg, Vors. des Frauenbundes Würzburg e. V.; Elke Mascha Blankenburg, Köln, Dirigentin, Kirchenmusikerin; Carin Braun, München, Schauspielerin; Hanne Brügelmann, Köln, Pastorin; Ulrike Bude, München, Studentin; Dr. med. Gabriele Claas, Marburg; Gertrude Degenhardt, Mainz, Malerin; Lottemi Doormann, Hamburg, Journalistin, Elternratsvorsitzende; Edelgard Greune-Weinreich, Niederkassel Studienrätin; Doris Gollwitzer, Ismaning, Bildmischerin, Betriebsrätin; Margret Gottlieb, Essen, Hausfrau; Klara Gröne, Paderborn, selbst. Buchdruckerin; Ulla Hahn, Hamburg, Dozentin; Gertrud Hartung, Gelsenkirchen, Metallarbeiterin, Betriebsrat; Dr. Florence Hervé, Düsseldorf, Publizistin; Anita v. Holt, Eschweiler, Betriebsratsvors. einer Bekleidungsfabrik, Gewerkschaftsfunktionärin; Dagmar Holzer, München, Journalistin; Helga Höntgesberg, Köln, Architektin; Tatjana Iwanow, Hamburg, Schauspielerin; Mechthild Jansen, Bonn, Bundesvors. d. Sozialist. Hochschulbundes; Dr. Luc Jochimsen, Hamburg, Fernsehjournalistin; Ulrike Kaiser, Münster, med.-techn. Assistentin, Personalrat, Gewerkschaftsfunktionärin; Alma Kettig, Wuppertal; Erika Kip, Köln, freiber. Journalistin; Lotti Klingler, Dortmund, kaufm. Angestellte, Gewerkschaftsfunktionärin; Marianne Konze, Gelsenkirchen; Dr. Helga Koppel, Marburg, Publizistin; Hannelore Knapp, Duisburg, Hausfrau; Christiane Knauf, Salzböden, Liedermacherin (Kinderlieder); Prof. Dr. Renate Krysmanski, Münster; Mira v. Kühlmann, München, Publizistin; Emmi Kuhlmey, Düsseldorf, Redakteurin; Ingrid Kurz, Hamburg, Dozentin; Ingeborg Küster, Lüdenscheid; Beate Landefeld, Bonn, stellvertr. Bundesvors. des MSB Spartakus; Christa Leonhard, Nürnberg, Lehrerin; Brigitte Leyendecker, Lüdenscheid, kaufm. Angestellte; Dr. med. Dorothee Lübber, Marburg; Bina Lössl, München, Studienrätin; Gudrun Lukasz-Aden, München, kaufm. Angestellte; Dr. med. Doris Maase, Dorfen, Sprecherin der Lagergemeinschaft Ravensbrück; Dr. Manon Maren-Griesebach, Dibbersen, Dozentin; Margret Martin, Frankfurt, Sekretärin, Betriebsobmann; Barbara Maubach, Köln, Studiendirektorin; Hanni Nagel, Gelsenkirchen, Metallarbeiterin, Vertrauensfrau; Peggy Parnaß, Hamburg, Kolumnistin; Eva-Maria Peine, Gelsenkirchen, Jugendvertreterin, Fotogroßlabor; Hildegard Proft, Bonn, Lehrerin; Lilo Rauner, Wattenscheid, Autorin; Gaby Rehnelt, Gießen, Bibliothekarin; Prof. Dr. Renate Riemeck, Alsbach; Erika Ruckdäschel, München, Journalistin; Dr. Erika Runge, München, Autorin, Regisseurin; Hanna Schönig, Duisburg, Studentin; Ursula Schneider, Gelsenkirchen, kaufm. Angestellte, Betriebsrätin; Dr. theol. Hannelis Schulte, Heidelberg; Monika Sperr, München, Autorin, Journalistin; Elly Steinmann, Wattenscheid, Journalistin; Christa Strobel, München, Sachbearbeiterin; Anna Maria Stuby, Bremen, Akad. Rätin; Elfi Thurow; Köln, Sozialarbeiterin, grad.; Astrid Westhoff, Wuppertal, Oberprimanerin; Rosi Wolf-Almanasreh, Frankfurt, Bundesvors. der Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen (IAF), Betriebsrätin; Dr. med. Inge Zeller, Dortmund; Gabriele Zipfel, AStA-Frauenreferentin, Univ. Hamburg.

Zustimmungserklärungen an: Ingeborg Küster, Demokratische Fraueninitiative, Postfach 300 665, 5000 Köln 30.

Aufruf: Verteidigt das Bremer Modell

(Wortlaut)

Als im Herbst 1971 die Universität Bremen eröffnet wurde, nahm eine Hochschule ihren Betrieb auf, an der zum ersten Mal in der BRD gewerkschaftliche Grundforderungen weitgehend verwirklicht waren.

Diese Reform war im wesentlichen Ausfluß der Studentenbewegung der 60er Jahre und eines starken Engagements anderer fortschrittlicher Kräfte vor allem im gewerkschaftlichen Bereich. Insbesondere

– die drittelparitätische Mitbestimmung in allen Fragen von Forschung und Lehre

– die demokratische Studienreform auf der Grundlage von Praxisbezug, Interdisziplinarität und gesellschaftlicher Relevanz (Projektstudium)

– die Integration von Forschung und Lehre

– die Sicherstellung der freien wissenschaftlichen und politischen Betätigung in allen Veranstaltungen

– die enge Kooperation zwischen Universität und Gewerkschaften

– das offene Eintreten der Hochschule für eine Ausbildung im Interesse der Unterprivilegierten

machte die Universität Bremen zum bundesweiten Modell für eine demokratische Hochschulreform.

Obwohl dieses Modell seit seinem Bestehen immer Angriffspunkt vor allem für die Rechtskräfte in diesem Lande gewesen ist, hat sie sich in den letzten fünf Jahren bewährt und zu einer leistungsfähigen und anerkannten Hochschule entwickelt.

Die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) Ende 1975 bedeutet eine Wende der Hochschulpolitik der Bundesregierung. Der im September 1976 vom Bremer Senat vorgelegte Entwurf für ein Bremer Hochschulgesetz bedeutet als Konsequenz aus dem HRG notwendig die Abschaffung wesentlicher Reformpositionen des Bremer Modells.

So wird die Drittelparität in den Fragen von Forschung und Lehre ersetzt durch die absolute Mehrheit der Professoren.

So werden über Studienreformkommissionen auf Bundes- und Länderebene bedeutende Teile der Studienreform aus den Hochschulen herausverlagert.

So werden zahlreiche Kompetenzen der Universität durch senatorische Maßnahmen erheblich eingeschränkt oder abgelöst.

So wird der verfaßten Studentenschaft nicht das uneingeschränkte politische Mandat gewährt.

Und so wird schließlich durch die Einführung eines Ordnungsrechts den Studenten die Möglichkeit zur politischen Betätigung erheblich eingeschränkt oder sogar kriminalisiert.

Die Unterzeichner protestieren gegen die Auflösung wesentlicher Bestandteile des Bremer Modells durch das HRG und eine extensive Umsetzung durch ein Bremer Hochschulgesetz. Sie halten fest an den Grundforderungen des DGB, wie sie in den „23 Thesen zur Hochschulreform" formuliert sind. Insbesondere unterstützen sie die Forderung nach

– drittelparitätischer Mitbestimmung

– demokratischer Studienreform ohne Regelstudienzeit durch die Hochschulen unter Mitwirkung der Gewerkschaften

– gesetzliche Verankerung des politischen Mandats der verfaßten Studentenschaft

und gegen ein Sondergericht an den Hochschulen, gegen jedes Ordnungsrecht.

Die Unterzeichner fordern den Bremer Senat auf, die im Hochschulrahmengesetz für die Erstellung der Landeshochschulgesetze angegebene 3-Jahres-Frist voll auszunutzen und konsequent für eine Novellierung des HRG einzutreten derart, daß die Verabschiedung eines Hochschulgesetzes gemäß der gewerkschaftlichen Grundforderungen auch in Bremen möglich wird.

Für eine demokratische Hochschulreform!
Für die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes!

Verteidigt das Bremer Modell!

Bisher haben unterzeichnet: Detlef Griesche, Vertreter des DGB-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen und des Bundesabteilungsvorstandes Wissenschaft und Forschung der ÖTV, H. J. Steinberg, Rektor der Universität Bremen, Rolf Prigge, Personalrat der Universität Bremen, Bundesvorstand des SHB, Bundesvorstand des MSB-Spartakus, Folker Caroli, Hochschullehrer (HL), AStA der Universität Bremen, Ludwig Kohlmüller, Konrektor der Universität Bremen (ÖTV), Peter Wehmeyer, Heinz Aufderheide, Klaus Gajke (ÖTV-Fraktion im Akademischen Senat der Universität Bremen), Hermann Cordes, HL, Alfred Rinken, HL, Holger Böning, Student, Vorsitzender des Projektbereichs Soziales der Vereinigten Deutschen Studentenschaften, Evelyn Patrzek, Verwaltungs-Angestellter, Thomas Piegeler, Student, Arnim Meier, Student, Ulli Sittermann, Doktorand, Lothar Marg, Student, Rainer Zoll, HL Uni Bremen, Gerhard Leithäuser, HL, Stephan Quensel, HL, Nils Jaeger, HL, Jörg Huffschmid, HL, Gerhard Stuby, HL, Detlev Albers, HL, Harald Boehme, HL, Barbara Rohr, HL, Hans Jörg Sandkühler, HL, Hans-Jürgen Schulke, HL, Wolfgang Jantzen, HL, Hellmuth Lange, HL, Lothar Peter, HL, Gert Sautermeister, HL, Hans-Gerd Artus, HL, Peter Derleder, HL, Wolfgang Däubler, HL, Manfred Hahn, HL, Ian Watson, HL, Dieter Herms, HL, Prof. Dr. jur. Wolfgang Abendroth, Lisa Abendroth, Peter Gingold, antifaschistischer Widerstandskämpfer, Hans Niedderer, HL, Wolfram Thiemann, HL, DKP-Betriebsgruppe Universität und Bremer Fachhochschulen, Juso-Hochschulgruppe Universität, Juso-Landesvorstand Bremen.

Zustimmungserklärungen an den AStA der Universität Bremen, Achterstraße, 2800 Bremen

Aufruf des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zur Fachtagung „Probleme der Abrüstung und die Aufgabe der Wissenschaftler" am 6. und 7. Mai 1977 in Darmstadt

(Wortlaut)

Krieg und Rüstung stützen sich seit undenklichen Zeiten auf Wissenschaft und Technik. Einige der wichtigsten wissenschaftlichen und technischen Fortschritte sind auf militärische Erfordernisse zurückzuführen. Heute hat die Entwicklung nuklearer, biologischer und chemischer Waffensysteme den Satz vom Krieg als der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln unwahr werden lassen. Der Einsatz dieser Kriegsmittel würde nicht nur jede sinnvolle Politik, sondern das Leben auf der Erde schlechthin zerstören.

Dennoch wird ein zunehmender Teil der Weltproduktion für solche Zwecke in Anspruch genommen. Erst nach vielen Jahren politischer Auseinandersetzung ist die Einsicht in die politischen, ökonomischen und ökologischen Folgen dieser Entwicklung zu einer Grundlage der internationalen Verständigung, insbesondere in den Ost-West-Beziehungen geworden. Mit der Unterzeichnung der Schluß-Akte auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Helsinki sind die Ost-West-Beziehungen deutlich aus der Phase des Kalten Krieges in eine Phase der Entspannung übergegangen.

Die Ost-West-Entspannung bildet ein hinreichend sicheres Fundament für konkrete Bemühungen um Rüstungsverminderung und Abrüstung. Sie wird ihrerseits nur unumkehrbar werden, wenn die zahlreichen Ansätze für Abrüstungsbemühungen nicht erfolglos bleiben.

Der politischen Entspannung sind bisher, trotz aller Rüstungs-Kontrollabkommen, nur ungenügende Maßnahmen der militärischen Entspannung gefolgt. Die Menschen in allen Ländern erwarten aber solche Maßnahmen, denn sie wissen, daß auf die Dauer nur Frieden und Abrüstung günstige Rahmenbedingungen für die Bewältigung der enormen Probleme sind, vor denen die Menschheit steht.

Zur Lösung dieser Probleme sind verstärkte wissenschaftliche und technische Anstrengungen notwendig. Fragen der Überführung militärischer in zivile Produktion, die Auflösung des militärisch-industriellen Komplexes, Probleme der Arbeitsplatzsicherung im Prozeß der Abrüstung und ähnliche Fragen stellen eine Herausforderung für die Wissenschaftler dar: Sie müssen nicht nur vor den Folgen des verlängerten Rüstungswettlaufs warnen, sondern die Perspektiven und einzelnen Etappen der Abrüstung gegenüber den Politikern und der Öffentlichkeit aufzeigen. Ihnen obliegt die Aufklärung über die Schäden des Wettrüstens und die Konzeption abrüstungsbezogener Strategien. Von ihnen werden Konzepte für eine Friedenserziehung erwartet, die ohne die überkommenen Klischees und Feindbilder auskommt.

Der Bund demokratischer Wissenschaftler möchte mit seiner nächsten Fachtagung an die Ergebnisse vieler internationaler Fachtagungen und Symposien anknüpfen und seine Mitglieder und die Öffentlichkeit über die verschiedenen Aspekte des Problems von Rüstungsverminderung und Abrüstung informieren. Er verfolgt damit die Absicht, die wissenschaftliche und politische Kraft der Argumente für die Einstellung des Rüstungswettlaufs und für eine allgemeine und vollständige Abrüstung in der Bundesrepublik Deutschland zu stärken.

Dabei befinden wir uns in Übereinstimmung mit den Bemühungen auch zahlreicher ausländischer und internationaler Wissenschaftler-Organisationen und mit dem Kampf der demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik um Abrüstung. Die Tagung soll auch ein Beitrag dazu sein, die UNESCO-„Empfehlung über die Erziehung zu internationaler Verständigung und Zusammenarbeit und zum Weltfrieden sowie die Erziehung im Hinblick auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten" in der Bundesrepublik bekanntzumachen und Wirklichkeit werden zu lassen.

Wir laden alle interessierten Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme an unserem Kongreß ein, für den wir folgendes Programm vorgesehen haben:

Am Abend des 6. Mai 1977 sollen im Plenum drei Einführungsreferate über die nationalen und internationalen Bedingungen der Abrüstung sowie über die Möglichkeiten und Aufgaben der Wissenschaftler gehalten werden.

Am 7. Mai 1977 sollen vier Arbeitsgruppen mit folgenden Themenstellungen tagen:

I. Politische Voraussetzungen und Möglichkeiten der Abrüstung in der BRD

II. Sozio-ökonomische Folgen der Abrüstung in der BRD

III. Lehrend-vermittelnde Tätigkeit von Wissenschaftlern und Lehrern; Erfolge der Friedenspolitik

IV. Naturwissenschaften und Abrüstung

Anmeldungen erbeten an die Geschäftsstelle des Bundes demokratischer Wissenschaftler e. V., Postfach 1162, 3550 Marburg/L. 1

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 362241.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 56,–; öS 375,–; hfl 54,–; bfrs 792,–; FF 108,–; £ 13,20; Lit 19 500,–; dkr 127,50; nkr 127,50; skr 92,–; Yen 6600; $ 22,40. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 362501. Konten: Postscheckamt Köln 6514-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Autoren dieses Heftes

EWERS, Dr. Ulrich, Diplom-Chemiker, Köln, geb. 1948 in Peckelsheim, Kr. Warburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HERDE, Georg,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/M., Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *LEGLER, Harald,* Diplom-Ökonom, geb. 1945, 1971–74 Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; verschiedene Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Konjunkturforschung sowie der Energie- und Rohstoffpolitik. *** *JOCHEM, Dr. Ing. Eberhard,* geb. 1942, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraunhofer-Gesellschaft, Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung; verschiedene Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Systemtechnik und der Umwelt-, Energie- und Rohstofforschung. *** *ARBATOW, Georgi,* geb. 1923, Kandidat des ZK der KPdSU, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, deren Institut für USA- und Kanada-Studien er leitet. *** *UNGER, Dr. Karl,* geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), Studium der Politik, Soziologie und Geschichte an den Universitäten Wien und Marburg, lebt z. Z. als freier Publizist in Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GESTIGKEIT, Werner,* geb. 1950, Starkstromelektriker, 2. Bildungsweg, Studium der Germanistik und wissenschaftlichen Politik in Marburg/Lahn. *** *BEYER, Prof. Dr. Wilhelm Raimund,* geb. 1902 in Nürnberg, Gründer und Erster Vorsitzender der Internationalen Hegel-Gesellschaft e. V.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SORG, Dr. Richard,* geb. 1940 in Betschmen/Jugoslawien, stellvertretender Vorsitzender des Marburger DGB-Hochschularbeitskreises, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften (Soziologie) der Universität Marburg; Buchveröffentlichungen: Marxismus und Protestantismus in Deutschland, Köln 1974; Ideologietheorien, Köln 1976.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe der „Blätter" ist ein Bücher-Sonderangebot des Pahl-Rugenstein Verlages beigeheftet, das wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein V
Vorgebirgstraße 1
5000 Köln 51

KOERTING
CLAUS
0538
80311
RETHELSTR 147
4000 DUESSELDORF 1

Von allen in der Z[illegible] für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	70,–	78,–	94,–	110,–	117,–	164,–	203,–	242,–
8 Seiten	117,–	133,–	156,–	176,–	195,–	273,–	332,–	390,–
12 Seiten	176,–	195,–	226,–	254,–	289,–	363,–	429,–	499,–
16 Seiten	234,–	254,–	293,–	332,–	371,–	456,–	538,–	632,–
20 Seiten	293,–	324,–	363,–	398,–	437,–	558,–	663,–	788,–
24 Seiten	332,–	371,–	421,–	468,–	507,–	651,–	772,–	975,–
28 Seiten	382,–	421,–	476,–	538,–	585,–	706,–	874,–	1092,–
32 Seiten	429,–	468,–	527,–	585,–	632,–	761,–	983,–	1209,–
36 Seiten	455,–	496,–	554,–	605,–	644,–	850,–	1084,–	1295,–
40 Seiten	476,–	519,–	578,–	636,–	675,–	909,–	1154,–	1334,–

Autoren dieses Heftes

EWERS, Dr. Ulrich, Diplom-Chemiker, Köln, geb. 1948 in Peckelsheim, Kr. Warburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HERDE, Georg,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/M., Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *LEGLER, Harald,* Diplom-Ökonom, geb. 1945, 1971–74 Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; verschiedene Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Konjunkturforschung sowie der Energie- und Rohstoffpolitik. *** *JOCHEM, Dr. Ing. Eberhard,* geb. 1942, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraunhofer-Gesellschaft, Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung; verschiedene Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Systemtechnik und der Umwelt-, Energie- und Rohstofforschung. *** *ARBATOW, Georgi,* geb. 1923, Kandidat des ZK der KPdSU, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, deren Institut für USA- und Kanada-Studien er leitet. *** *UNGER, Dr. Karl,* geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), Studium der Politik, Soziologie und Geschichte an den Universitäten Wien und Marburg, lebt z. Z. als freier Publizist in Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GESTIGKEIT, Werner,* geb. 1950, Starkstromelektriker, 2. Bildungsweg, Studium der Germanistik und wissenschaftlichen Politik in Marburg/Lahn. *** *BEYER, Prof. Dr. Wilhelm Raimund,* geb. 1902 in Nürnberg, Gründer und Erster Vorsitzender der Internationalen Hegel-Gesellschaft e. V.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SORG, Dr. Richard,* geb. 1940 in Betschmen/Jugoslawien, stellvertretender Vorsitzender des Marburger DGB-Hochschularbeitskreises, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften (Soziologie) der Universität Marburg; Buchveröffentlichungen: Marxismus und Protestantismus in Deutschland, Köln 1974; Ideologietheorien, Köln 1976.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe der „Blätter" ist ein Bücher-Sonderangebot des Pahl-Rugenstein Verlages beigeheftet, das wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.